Heft 3 März 1997 8,– DM

E 12611 E

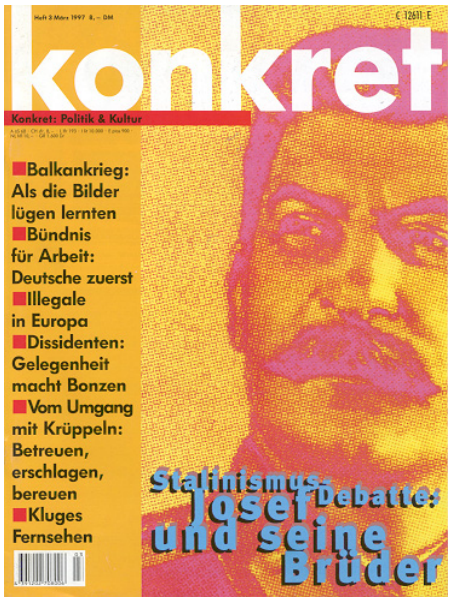
konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Balkankrieg: Als die Bilder lügen lernten
- Bündnis für Arbeit: Deutsche zuerst
- Illegale in Europa
- Dissidenten: Gelegenheit macht Bonzen
- Vom Umgang mit Krüppeln: Betreuen, erschlagen, bereuen
- Kluges Fernsehen

Stalinismus-Debatte: Josef und seine Brüder

in konkret März 1997



hier Konkret von Rainer Werning

von Konkret

an Konkret

Väterchen Stalinismus von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Als die Bilder lügen lernten von Thomas Deichmann
Das Symbol des Bosnienkriegs, ein Bild, das einen abgemagerten Muslim hinter Stacheldraht zeigt, war eine absichtsvolle Irreführung

Die höhere Wahrheit? Ein Nachwort von Hermann L. Gremliza

Ein schönes Blutbad zu Gemüte von Joachim Rohloff
Die deutschen Medien möchten Blut sehen: um liebsten das des serbischen Präsidenten, gerne aber auch das einiger seiner Gegner

Die Versteckten von Albrecht Kieser
2,5 bis 3 Millionen »Illegale« leben noch Schätzung der Genfer Regierungskommission der westlichen Industriestaat« (IGC) allein in Westeuropa: abgelehnte und untergetauchte Asylbewerber, illegal Eingewanderte und Ausländer, denen das Aufenthaltsrecht entzogen wurde

Ethische Ordnung von Walter von Goldendach, Hans-Rüdiger Minow
Im deutsch dominierten Großwirtschaftsraum »Europa« stören nationalstaatliche Grenzen. Ihre Zerschlagung ist das Ziel der deutschen »Ethno«-Politik, die nun mit dem »Europäischen Zentrum für Minderheitenfragen« (EZM) zur Offensive übergeht

Wer weiß mehr? von Christian Schmidt
Über die albanischen Zustände in deutschen Köpfen

Gelegenheit macht Bonzen von Heiner Möller
Weder kam der Übertritt einiger »Bürgerrechtler« zur CDU überraschend noch bedeutete er einen Verrat an den Zielen der Bewegung. Was da Verrat genannt wird, war das Ziel

Codewort »Regio-Gruppe« von Oliver Tolmein
Um die Redakteure der Zeitschrift »radikal« zu kriminalisieren, geht die Staatsanwaltschaft keiner Razzia aus dem Weg. Die Beweislage bleibt fadenscheinig

Zu Protokoll von Sahra Wagenknecht, Joachim Bischoff, Jürgen Elsässer, Hermann L. Gremliza
Auszüge aus der von KONKRET und dem AStA der Hochschule für Wirtschaft und Politik am 28. Januar in Hamburg veranstalteten Podiumsdiskussion über die Linke und die PDS. Es diskutierten Sahra Wagenknecht (Kommunistische Plattform in der PDS), Joachim Bischoff (Mitglied des PDS-Bundesvorstands) und Jürgen Elsässer (KONKRET-Autor und »junge Welt«-Redakteur). Diskussionsleitung: Hermann L. Gremliza

Nationale Arbeit von Georg Fülberth
Die höchste Arbeitslosenquote seit 1945 will IG-Metall-Chef Zwickel mit einer Quote für ausländische Arbeiter drücken. Damit spricht er zumindest dem Kapital

nicht aus dem Herzen

In diesem Sinne - Blöken, Böhmen, Mähren von Holm Friebe

In diesem Sinne - Der Preis ist heiß von Thomas W. Klein

In diesem Sinne - Kulturen der Welt von Justus Wertmüller

Der Lenin von gestern von Peter O. Chotjewitz

Josef Stalin gilt als eine der unheilvollsten Figuren der Geschichte, der Stalinismus als Synonym für das totalitäre terroristische System schlechthin. Stalin ist der Unhold, auf den jeder zeigt, der vorm Sozialismus bange machen will. Wer aber war dieser Mann, über dessen Rolle vor und nach der Oktoberrevolution Verläßliches kaum bekannt ist? Und wieviel Stalin steckt im Stalinismus? Teil 1 eines zweiteiligen Essays, mit dem KONKRET eine Stalinismusdebatte eröffnet

Kunst & Gewerbe

Rosenbergs Verleumdung von Stefan Ripplinger

Betreuen, erschlagen, bereuen von Erwin Riess

Die Funktion des Krüppels in der bürgerlichen Gesellschaft und der selbstbestimmte Behinderte in einer fremdbestimmten Welt

Franz Christoph von Udo Sierck

Adenauers Protestkultur von Oliver Tolmein

Die »Protest-Chronik 1949-1959« von Wolfgang Kraushaar kennt keinen Unterschied zwischen der Schändung jüdischer Friedhöfe und dem Boykott des Jud Süß«-regisseurs Veit Harlan. Mit derlei Gleichgültigkeit gelangte sie auf Platz 1 der Sachbuch-»Bestenliste« des SWF

Buch & Deckel von Anselm Jappe

Guy Debord: Die Gesellschaft des Spektakels. Aus dem Französischen von Jean-Jacques Raspaud und Wolfgang Kulkulies, Edition Tiamat, Berlin 1996, 304 Seiten, 40 Mark

Buch & Deckel von Pit Wuhrer

Gerry Adams: Bevor es Tag wird. Autobiographie. Aus dem Englischen von Jürgen Schneider. Verlag Volk & Welt, Berlin 1996, 412 Seiten, 45 Mark

Die Angst, nicht normal zu sein von Gerhard Scheit

»Das Erbe der Napola« ist eine Reise ins Innere der Nachkriegszeit, für die Söhne der Nazi- Väter aber eine Reise ins eigene Innere

Klebt mehr Collagen! von Jens Hoffmann

Der marxistische Kunsttheoretiker Hans Heinz Holz versucht sich an einer materialistischen Kunstphilosophie. Das Ergebnis ist fade

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Melodie & Rhythmus von Jürgen Roth

Mike Keneally: Hat, Boil That Dust Speck; beide Third Venture. Yngwie Malmsteen: Inspiration, Music for Nations. Vernon Reid: Mistaken Identity; Sony/Epic

Melodie & Rhythmus von Michael Rudolf

V.A.: Guitarzone; CMP/EFA. The Urge: Receiving The Gift Of Flavor; Epic/Sony

Kluges Fernsehen III von Kay Sokolowsky

Eine Mini-Serie über das Fernsehen als Halbbildungsanstalt und Apparat zur Vernichtung von Integrität. Letzte Folge. Vom Autorenfilmer zum Programmchef

Film & Theater von Dietrich Kuhlbrodt

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 03/97, S. 3

Rainer Werning

hier Konkret

Die Flucht eines hochrangigen nordkoreanischen Politikers hat Spekulationen wiederaufleben lassen, denen zufolge die Machtverhältnisse in der Volksrepublik seit dem Tod Kim Il-Sungs nicht geklärt seien. KONKRET befragte den Südostasien-Spezialisten Rainer Werning, bis 1995 Herausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift »Korea Forum«, zu den Hintergründen

konkret: Das nordkoreanische ZK-Mitglied Hwang Jang-Yop hat in der südkoreanischen Botschaft in Peking um Asyl nachgesucht, bzw. ist nach nordkoreanischer Version verschleppt worden. Wer ist dieser Mann, und welche Rolle spielte er in der nordkoreanischen Politik?

Werning: Prof. Hwang Jang-Yop zählte als Mitglied der älteren Führungsriege der herrschenden Partei der Arbeit Koreas (der KP Nordkoreas) zu den engeren Vertrauten des im Juli 1994 verstorbenen Staats- und Parteichefs Kim Il-Sung und seines designierten Nachfolgers und Sohns Kim Jong-Il. Als Mitglied des Zentralkomitees war er verantwortlich für die Außenbeziehungen der Partei, mithin ein wichtiges Scharnier zwischen Pjöngjang und der Außenwelt. Er war er einer der Architekten und Apologeten der Juche-Ideologie, der nordkoreanischen Variante des Schaffens aus eigener Kraft, bzw. ein Befürworter des Modells einer autozentrierten Entwicklung.

konkret: Kann seine Flucht als Ausdruck politischer Differenzen in der Führung Nordkoreas gedeutet werden, und wenn ja, um welche Positionen handelt es sich dabei?

Werning: Natürlich ist selbst die im Ausland als monolithisch erscheinende Führung der Volksrepublik nicht vor Dissens gefeit. Doch dieser ist, soweit sich das bislang beurteilen läßt, nicht antagonistisch. Hwang ist ein Zivilist, der eine wohldosierte und politisch regulierte Außenöffnung seines Landes befürwortete, wie sie sich beispielsweise in dem offiziell abgesegneten Vorhaben Pjöngjangs ausdrückt, das nordöstliche Grenzgebiet um Rajin-Sonbong (nahe der chinesischen und russischen Grenze) sowie die an der Westküste gelegene Hafenstadt Namp'o für ausländische Kapitalinvestitionen und Joint ventures zu öffnen. Ein Kritikpunkt Hwangs dürften die in den letzten Jahren markante Aufwertung hochrangiger Militärs innerhalb der Parteihierarchie und die U-Boot-Affäre im vergangenen Herbst gewesen sein. Hier ist anzumerken, daß der »Geliebte Führer« Kim Jong-Il noch immer nicht offiziell zum Staats- und Parteichef ernannt worden ist. Er bekleidet bis heute lediglich militärisch wichtige Posten in Staat und Partei und zeigt sich bei seinen wenigen öffentlichen Auftritten stets umringt von ihm ergebenen Generälen.

konkret: Westliche Nachrichtenagenturen kolportieren Äußerungen Hwang Jang-Yops, in Nordkorea hungere das Volk, und wo Hunger herrsche, könne es keinen Sozialismus geben. Wie beurteilen Sie die Entwicklung der sozialen Verhältnisse in Nordkorea?

Werning: Hwang ist gewieft genug, sich nicht unnötig selbst einen Bärendienst zu erweisen. Ihm ging es im Kern um drei Kritikpunkte. 1) Das Sozialismus-Konzept im eigenen Land kritisch und selbstkritisch zu reflektieren. 2) Bewegung in die verfahrene Lage zu bringen, was die Wiedervereinigung des seinerzeit durch imperiale Kalküle geteilten Korea betrifft. 3) Die südkoreanische Regierung zum Überdenken gewisser Positionen - beispielsweise in der Frage größerer Hilfeleistungen für den Norden - zu bewegen. Man mag füglich bezweifeln, ob Hwang da Erfolg beschieden sein wird. Jedenfalls ist das bedenkenswert.

Bereits im Dezember 1993 hat eine außerordentliche Sitzung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit - erstmalig in der Geschichte des Landes, das Statistiken als Staatsgeheimnis hütet - die vormals praktizierte Fetischisierung ihrer notorischen Planüberfüllungen aufgegeben. Es wurden schwerwiegende Mängel in Industrie und Landwirtschaft geortet. Versorgungsengpässe, Hunger gar, wird es in einigen Regionen des Landes sicherlich geben. Ob sich daraus ein für die politische Führung bedrohliches Widerstandspotential speist, vermag ich nicht einzuschätzen. Bedeutsam ist aber in diesem Kontext, daß die soziale Binnensolidarität und politische Kontinuität in Nordkorea ungleich größer sind als im Süden.

konkret: Bleibt auch Nordkorea angesichts der vollständigen wirtschaftlichen Isolation nur der chinesische Weg eines autoritären Kapitalismus?

Werning: Das ist eine verkürzte Sichtweise. Zunächst ist die Volksrepublik nicht isoliert; sie unterhält nach wie vor vielfältige Kontakte zum Ausland. Etwas anderes ist der interne öffentliche Umgang mit und die Rezeption von internationalen Ereignissen, was vor allem die Perspektiven von Sozialismus überhaupt betrifft. Außenpolitisches Merkmal von *Juche* war es ja gerade, daß Pjöngjang gleichermaßen stets Äquidistanz zu Moskau und Peking wahrte. Rückblickend betrachtet eine kluge Haltung. Außerdem hat die nordkoreanische Führung aufmerksam die jeweiligen Politiken in der Sowjetunion und VR China studiert und daraus eigene Rückschlüsse gezogen. Nur wer geneigt ist, sich auf Paradoxien

einzulassen, wird möglicherweise Gefahr laufen, ein wenig von dem, was in der Volksrepublik geschieht, zu begreifen. Ich persönlich sehe in Nordkorea keinen Sozialismus am Werke; es handelt sich dort um eine eigentümliche Mischung aus Etatismus, Neokonfuzianismus und regulierter Xenophobie mit gesicherten sozialen Leistungen für die Masse der Bevölkerung. Dieser Zustand kann noch einige Zeit anhalten.

Konkret 03/97, S. 4

von Konkret

Abend der Gauckler: Daß es die Gratulanten zum 50. Geburtstag des Deutschland-Magazins »Spiegel«, unter ihnen den ebenfalls einschlägig belasteten Bundespräsidenten, nicht im mindesten irritieren würde, aus gegebenem Anlaß in KONKRET (und in der »Tageszeitung«) zu lesen, welche SS- und SD-Männer der Verleger Augstein bis in die siebziger Jahre als Ressortleiter des Blattes beschäftigt hatte, durfte erwartet werden, und auch daß keiner der mutigen Enthüller aus der Redaktion, die wöchentlich eine andere Vergangenheit säubern müssen, die Tollkühnheit aufbringen würde, ein wenig vor der eigenen Tür zu fegen. Was der »Spiegel« in seinem »Sonderheft« zum Fünfzigsten dann allerdings zum Thema zu sagen wußte, muß man gelesen haben:

Seine (Augsteins) junge Mitarbeiter waren als Pimpfe, Volkssturm-Kanonenfutter und Soldaten mißbraucht worden... Ihr politisches Bewußtsein war indes noch lange nicht genug geschärft, jeden neuen Kollegen auf seine Herkunft hinzu durchleuchten: Sie nahmen sie, wie sie kamen...

Die Informationen für zwei zeithistorische Serien lieferte beispielsweise der Kriminalist Bernd Wehner. Im Krieg hatte er als Kriminalrat im Rang eines SS-Hauptsturmführers (Hauptmann) im Reichssicherheitshauptamt das Attentat vom 20. Juli 1944 untersucht, aber auch SS-Morde im KZ Buchenwald. 1954 übernahm er die Düsseldorfer Kripo.

In neugewonnener, ungeübter Liberalität kam in die Redaktion ein Alt-Parteigenosse der NSDAP als Berlin-Korrespondent, ein Waffen-SSIer als Fotograf, ein Stenograf aus Hitlers Hauptquartier in seinem Beruf - und ebenso das KPD-Mitglied Ralph Giordano...

Zwei Insider lieferten die Informationen für eine Enthüllungsserie über den Kaffeeschwarzhandel, den Text schrieb Fritz Köhler, vormals Chefreporter des »Neuen Deutschland«. Einer der beiden Informanten war Horst Mahnke, der im Krieg - er schwor: im Troß, als eine Art Küchenbulle - dem »Vorkommanda Moskau« angehörte, das am Judenmord in Smolensk teilgenommen hatte, wie sich später herausstellte. Er wurde Ressortchef,... Der andere Kenner des Kaffeehandels war Georg Wolff, ehemals Hauptsturmführer beim SS-Auslandsnachrichtendienst in Norwegen, auch er an Verbrechen nicht beteiligt... Wolff wurde 1959 stellvertretender Chefredakteur... Vor einem »Spiegel«-Gespräch mit Max Horkheimer legte er diesem seine Vergangenheit dar. Horkheimer schloß mit ihm Freundschaft.

Der »Spiegel« war immerdar ein antifaschistisches Geschütz, von Anbeginn.

Ein Hauptmann, der im Krieg Morde der SS untersucht, ein Kenner des Kaffeehandels, der am Judenmord in Smolensk nur als Küchenbulle teilgenommen, einer vom Auslandsnachrichtendienst, der auch keinem geschadet hatte, und als Beweis für die ungeübte Liberalität, in der die mißbrauchten Mitarbeiter die Leute nahmen, wie sie kamen, ein jüdischer Kommunist und ein Reporter der SED - eine so schöne deutsche Geschichte hätten nicht einmal Nolte und Zitelmann abzuliefern gewagt. Giordano freilich, der im PEN partout neben keinem Schriftsteller aus der DDR sitzen will, dem auch nur »Systemnähe« nachgesagt werden kann, hat sich mit keinem Wort diese Schreibung seiner Geschichte verbeten, und warum das so ist, war schon vor zwei Jahrzehnten (in KONKRET 7/78) beschrieben worden:

Die späten Anti-Nazis haben vor allem sich aber die Zeit gerettet und ihre Nachkriegskarrieren unbekümmert auf Bergen von Leichen aufgebaut. Daß sich nach dem Krieg wieder Juden in Deutschland niedergelassen haben, kam ihnen gerade recht. Das war die Möglichkeit, sich preiswert vor der Welt zu rehabilitieren, ohne wirklich mit der eigenen Vergangenheit zu brechen. Allerdings - dazu bedurfte es eines bestimmten Typus von Partner, der eine gewisse Schmutzarbeit übernahm und dafür entsprechend belohnt wurde - es bedurfte der Herren Marx, Nachmann, Giordano, Broder

USW.

Das Zitat ist nicht ganz korrekt. Giordano war nicht Gegenstand des Beitrags, und Henryk Broder (zusammen mit Michel Lang) nur sein Verfasser, der dem damaligen Herausgeber der »Allgemeinen jüdischen Wochenzeitung«, Karl Marx, und dem Vorsitzenden des Direktoriums des Zentralrats der Juden, Werner Nachmann, vorwarf, einem »PO« der NSDAP (Kiesinger) bzw. einem »Funktionsträger der Naziherrschaft« (Filbinger) die Hand gereicht zu haben, »was ein anständiger Mensch nicht einmal durch einen Asbesthandschuh hindurch getan hätte«. Auch der Titel des Beitrags meinte erst diese beiden und natürlich noch nicht den späteren Schmutzarbeiter im Hause der unbekümmerten SS-Nachkriegskarrieren, Henryk Broder: »Eine allseits korrumpierte Persönlichkeit«.

(Gewiß zeugen auch diese Bemerkungen von der »treffsicheren Maschinengewehr-Rhetorik von KONKRET«, die im »Spiegel« jüngst ihre Geißelung erfuhr. Solange es nur keine Küchenbullen-Prosa ist.)

Mit Hermann L. Gremlizas Kolumne und dem Essay »Der Lenin von gestern« von Peter 0. Chotjewitz (S. 40 ff.) eröffnet KONKRET in diesem Heft eine Debatte über den Stalinismus, die die Instrumentalisierung dieses Begriffs ebenso

behandeln soll wie die darunter gefaßten historischen und gesellschaftlichen Ereignisse. Beiträge hierzu sind, wo nicht erbeten, ausdrücklich erwünscht.

»Wann Gremliza der Kopf des Abends war, so war Tomayer der Bauch. Seine Gedichte, voller grotesker Banalitäten und beißender Wortspiele, waren sicher leichter verträglich als Gremlizas schwere politische Kost«, schrieb die »Rheinische Post« über Tomayers und Gremlizas Lesung in der Krefelder Kulturfabrik, die »Westdeutsche Zeitung« hatte »ein gutes zweistündiges Spiel« gesehen, ein »frisches Hin und Her«, mit »ordentlichen Verwünschungen« und »kräftigen Tritten«. Ab April gegen Tomayer und Gremliza wieder auf Lesetour, solo oder im Doppelpack. Veranstalter erfahren Termine und Konditionen beim Verlag.

Konkret 03/97, S. 6

an Konkret

Statt Kerzen

KONKRET 2/97: »Schade« von Boris Gröndahl

Ja - im Umgang mit dem großen Geld sind linke (auch und gerade kommunistische) Parteien immer recht unglücklich. Besser, sie trennen sich davon möglichst rasch. Dazu eine Idee: Beste katholische Tradition ist es, in der Hoffnung auf Gottes Beistand für den eigenen Erfolg in einer kniffligen Sache einem Heiligen eine oder mehrere (möglichst dicke) Kerzen zu stiften. Auch die KP Österreichs sollte sich an diese Gepflogenheiten halten. Heute müssen es natürlich nicht mehr Wachskerzen sein. Wenn also die KPÖ Gottes Segen für die folgende Runde gegen die Treuhand-Nachfolger vor dem nächsthöheren deutschen Verwaltungsgericht braucht, könnte - nein: sollte sie beispielsweise dem kubanischen Volk Ausrüstungen für die photovoltaische Elektrifizierung von soundsoviel Ärztehäusern in abgelegenen Bergregionen Kubas stiften, wohin das Netz nicht reicht und wo die Ärzte demzufolge abends und nachts bei Petroleum- oder Kerzenlicht praktizieren oder operieren. Wir von KarEn vermitteln gern den Kontakt zur Partner-Organisation Cubasolar, die sich um dieses Elektrifizierungsprogramm in der Sierra Maestra kümmert.

(KarEn - Verein zur Förderung alternativer Energien in der Karibik e.V., Berlin, Weydingerstr. 14-16, 10178 Berlin, Tel. /Fax 030/24009-470)

Volker Wirth

Berlin

Vollstrecker

KONKRET 2/97: »Freier Fall« von Karl-Heinz Hansen

Die Aufregung von Herrn Hansen ist mir unverständlich. Er war lange genug in der SPD, um sich daran zu erinnern, daß diese Partei, in der, in grauer Vorzeit, der Anwurf »vaterlandsloser Geselle« als Ehrentitel getragen wurde, seit langem zu einer Ethnie degeneriert ist, die sich in Sachen Patriotismus von niemandem übertreffen läßt. Liegt es da nicht nahe, beim erneuten Griff nach der Weltmacht die Verbrechen der Vergangenheit zu leugnen, zu relativieren, zu verharmlosen, auf daß deren Kenntnis dem fröhlichen Schaffen zukünftiger williger Vollstrecker nicht hindernd im Weg ist?

Hans W. Krause Hamm

G e i s t

KONKRET 2/97: »Waffenbruderschaften« von Thomas W. Klein

Gustav Heinemann definierte den »Geist« der Bundesrepublik im Jahre 1952 wie folgt: »Viel verdienen, Soldaten, die das verteidigen, und Kirchen, die beides segnen!«

Günther Heipp

Saarbrücken

Populär

KONKRET 2/97: »Auf der Flucht erschossen« von Oliver Tolmein

Auch wenn die Euphemismen »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« oder, bei Tolmein, »Humanitätsverbrechen« in Deutschland nach wie vor populär sind, es sind und bleiben Verbrechen gegen die Menschheit.

Karsten Scharmann

Hamburg

Konterrevolution

KONKRET 2197:«Das wahre Wort« von Georg Fülberth

So hätte es die Frau Lengsfeld vielleicht gern, daß sie bestimmen dürfte, was heuer »in der Logik der Demokratiebewegung der DDR« zu liegen hat. Tatsächlich erweist sie sich ja nur als mittelmäßige Schülerin der Politischen Klasse der BRD. Sonst hätte sie ihr Sprüchlein schon früher gesagt und wäre bei den Bündnisgrünen geblieben. Denn besser ein sicherer Arbeitsplatz in einer »Tarnorganisation« als keiner. Gewiß wird sie die »effektivere« Union noch eine Zeit lang gebrauchen können. Aber bald schon werden wir Frau Lengsfeld im TV erleben als »Membre du mouvement pour la cuisine de la bourgeoisie« (oder so ähnlich). In deren, der Bourgeoisie nämlich, Auftrag darf Frau Lengsfeld jetzt noch die Demokratie-Bewegung der DDR in den Schmutz ziehen.

Daß aber auch der Politologe auf diesen Karren aufspringt und insofern mithilft, die vielen, denen es redlich um eine Strukturreform der sozialistischen DDR ging, zum Schweigen zu bringen, ist wirklich schlimm. Da schreibt Herr Fülberth, von dem wir wahrlich Besseres gewohnt sind, eine sog. Deutsche Revolution nicht einmal mehr in Anführungsstrichen. Als hätte es je eine Revolution in Deutschland gegeben, die diesen Namen verdient hätte, ja als könnte überhaupt eine »deutsche Revolution« etwas anderes denn eine Konterrevolution sein. Und haben nicht stets die deutschnationalen, nationalen, nationalsozialistischen, oder wie immer sie sich gerade nennen mögen, »Revolutionäre« stets mehr noch gewollt als die (Wieder-)Herstellung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse?!

Jene Männer und Frauen, die 1989 über die BRD-Botschaften in den Westen gelangten, wollten ganz sicherlich in den Kapitalismus (zurück). Diejenigen aber, die damals versuchten, etwas genau in der Tradition von 1789 zu bewegen, finden in den BRD-Medien selbstverständlich keinen Platz. Sie wurden schnell zum Schweigen gebracht. Konkrete Gegenöffentlichkeit können sie auch so lange nicht erwarten, wie Linksintellektuelle der alten BRD ihnen ganz persönlich den Untergang der DDR meinen anlasten zu dürfen.

Johannes Feldner

Gießen

Fülberths Artikel sind von unterschiedlicher Qualität. Daß er aber so staatsnah ist, wie jüngst bekundet, hätte ich nie erwartet. Indem Fülberth die Behauptung Frau Lengsfelds, ihr CDU-Übertritt liege »in der Logik der Demokratiebewegung der DDR«, zur »Deutung aus objektiv-wissenschaftlicher Sicht« und die Blockflöten-CDU zur »Revolutionspartei« hochjubelt, hilft er die u.a. im »Einigungsvertrag« verfochtene These stützen, es sei gegen das Honecker-Krenz-Regime nur deshalb rebelliert worden, um nachher in die Arme Kohls zu sinken. Tatsache ist: Die Bürgerrechtsbewegung war heterogen. Einige in ihren Reihen mögen so gedacht haben, wie Bonn und Fülberth unterstellen. Höchstwahrscheinlich war darunter Pfarrer Eppelmann, vielleicht auch die Stasi-Offizierstochter Vera Wollenberger, heute Lengsfeld. Gleichzeitig wahr ist, daß die meisten Bürgerrechtler Demokratie und Sozialismus, nicht Anschluß an den Kapitalismus wollten. Eben das geht aus ihren Verlautbarungen und ihrem damaligen Handeln hervor. Dies nachträglich ins Gegenteil umzudeuten, ist unredlich und politische Ehrabschneiderei. Zugleich hilft es die Lebenslüge der erweiterten Bundesrepublik untermauern. Hierzu paßt bestens die Behauptung, 1989 sei die CDU die bewegende Kraft gewesen. Sie wurde es zusammen mit anderen reaktionären Elementen erst, als Straßendemos ungefährlich geworden waren und eine noch weit »revolutionärere« Institution, das Zentralkomitee der SED, die Grenzen öffnen ließ. Fülberth hat sich zu einer sehr gemischten Gesellschaft gesellt. Ob er sich darin wohlfühlt?

Manfred Behrend

Berlin

Debatte

KONKRET 2/97: »Abschied von der Realität« von Robert Kurz und »Provokation Literatur« von Stefan Ripplinger und Michael Scharung

Sorry, aber die Diskussion über die Frage, ob das Kapital nun etwas mehr oder weniger global ist, ist doch wohl angesichts der Tatsache, daß der Kapitalismus nach seinem weltweiten »Sieg« auf dem besten Weg in die Barbarei ist, zunehmend langweilig. So schwachsinnig die permanenten Untergangsphantasien von Robert Kurz auch sind, es kann jedoch nicht bestritten werden, daß sich technologisch durch die rasante Entwicklung insbesondere im Bereich der Mikroelektronik sowie politisch durch den Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten neue Ausbeutungs- und Verwertungsmöglichkeiten für den Kapitalismus ergeben haben.

Daß die »Globalisierung« an sich dennoch nichts völlig Neues ist, wie Thomas Ebermann und Rainer Trampert zu Recht feststellen, ist ja schon im *Kommunistischen Manifest* von Karl Marx und Friedrich Engels nachzulesen, wo es heißt: »Das

Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. «

Mich jedenfalls würde eine Fortsetzung der KONKRET-Serie »Aus den befreiten Gebieten«, die die katastrophalen sozialen und politischen Folgen des kapitalistischen Eroberungsfeldzuges besonders anschaulich macht, wesentlich mehr interessieren als diese öde Globalisierungsdebatte.

Jörg Steinau

Wuppertal

KONKRET ist immer so gut. Ich weiß gar nicht, wer recht hat: Kurz oder Ebermann/ Trampert bzw. Ripplinger und Scharang. Scharang klingt natürlich gut, aber warum ist Kurz Scheiße, wenn er in KONKRET schreiben darf?

Bitte erklären Sie's mir nicht.

Peter 0. Chotjewitz

Stuttgart

Konkret 03/97, S. 9

Hermann L. Gremli□ a

V□ terchen Stalinismus

Daß es je weniger Gelände desto mehr Geländefahrzeuge gibt, läßt sich erklären: Im Jeep hat die Mutti besseren Überblick auf der Mönckebergstraße. Warum aber ist, da es keinen Stalin gibt, immerzu von Stalinismus die Rede?

To cut a long story short: Die Übung dient der Verteidigung eines Systems, zu dessen Gunsten, wie Churchill wußte, nichts besseres gesagt werden kann, als daß alle anderen noch schlechter seien, wobei mit allen anderen natürlich nicht alle anderen gemeint waren, sondern bloß alle, die das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht achten. Geringfügige Beschränkungen seiner Freiheit genügen oft schon: In den USA beginnt Stalinismus mit *Medicare* und in Deutschland endet er beim Kündigungsschutz noch lange nicht. Für manche seiner achtundsechziger Bruder war das neue Ladenschlußgesetz ein großer Sprung über Josefs langen Schatten.

Mit Stalin haben sie sich da einen Kameraden hingestellt, einen bessern findst du nicht. Auch wenn er, nein: weil er längst von Pappe ist. Als er noch lebte, hatten sie sich schwerer mit ihm getan. Der Feldherr der Sowjetunion, die Nazideutschland fast allein besiegt hatte, wurde auch nach Kriegsende in der US-Presse liebevoll »Uncle Joe« genannt. Und nach dem 20. Parteitag der KPdSU noch, auf dem Chruschtschow Stalins Terror publik gemacht hatte, besang der Dissidentschaftskandidat Biermann dankbar die Säuberung seiner DDR »mit Stalins hartem Besen, daß rot verschrammt der Hintern ist, der früher braun gewesen«.

Zu seinem Namenspatron unterhält der Stalinismus ein bloß instrumentelles Verhältnis. Das Wort bezeichnet ja nicht die Wirklichkeit der Stalinschen Terrorherrschaft, die spätestens mit dem 20. Parteitag der KPdSU in ein recht durchschnittlich-autoritäres Regiment überging, sondern wird als Synonym mindestens für Sozialisten von Lenin bis Honecker, wenn nicht gar für Revolutionäre von Robespierre bis Lothar Bisky gebraucht. Marx, sagen die vereinigten Glücksmänner aller Länder, hat mit seiner Kritik der politischen Ökonomie die Basis für den Gulag gelegt, dessen Neueröffnung Sahra Wagenknecht plant, und Sozialismus ist ein endloser Massenmord.

Obwohl damit Sozialisten nicht zu trösten sind und Propagandisten nicht zu belehren: Stalins Terror dauerte nur relativ kurze Zeit, fast neunzig Prozent seiner Opfer starben in den Jahren 1936 bis 1938. Die geläufigen Totenzahlen, die jedes Jahrzehnt um eine Stelle vor dem Komma angehoben wurden - zuletzt war irgendwo von hundert Millionen die Rede -, sind zum Glück falsch. Ihre Karriere verdankten sie der Zwangslage der sowjetischen Regierung, die zur Berichtigung die richtige Opferzahl hätte angeben müssen, die erstens furchtbares Erschrecken ausgelöst hätte und zweitens doch nicht geglaubt, sondern auf eine neue Rekordmarke hochgerechnet worden wäre. Erste seriöse Zahlen, die auf KGB-Akten und demografischer Untersuchung der Volkszählungen von 1937 und 1939 beruhen, nennt der Historiker Wadim S. Rogowin:

Berücksichtigt man all diese Quellen, dann kommt man bei der Zahl der Gefangenen, die während der Stalinzeit aus politischen Gründen inhaftiert worden sind, auf schätzungsweise vier Millionen. Von diesen wurden dann 700.000 bis 800.000 erschossen... Die große Säuberung von 1936 bis 1938 war kein irrationaler, sinnloser und krankhafter Gewaltausbruch, der in Stalins blindem Argwohn begründet lag. Es handelte sich vielmehr um einen politischen Massenmord an sowjetischen und ausländischen Kommunisten, um einen präventiven Bürgerkrieg als einziges politisches Mittel, das Stalin zur Verfügung stand, um seine Macht zu behalten...

Wenn auch der Trotzkist Rogowin vielleicht Zahl und Bedeutung seiner Genossen zu jener Zeit ein wenig überschätzt, scheint doch plausibel, daß Stalins Terror eine andere Ursache hatte als die Paranoia eines blutrünstigen Diktators, und offen bleibt nur, ob man als Stalins Opfer ausschließlich echte kommunistische Revolutionäre vermutet (wie Rogowin das tut) oder eine komplizierte Mischung aus Revolutionären, Konterrevolutionären und Leuten, die zu Unrecht für das eine oder das andere gehalten wurden.

Jedenfalls legen weder die Zahl noch die Motive seiner Taten nahe, Stalin auf einer imaginären Verbrecherskala mit und vor Hitler zu plazieren, dem ganz anderes vorzuwerfen ist als die Ermordung der Mehrheit seiner Parteigenossen, nämlich die Vernichtung von sechs Millionen Juden und zwanzig Millionen Sowjetbürgern. Diese Verbrechen, die ein zwar deutscher, aber eben auch kapitalistischer Staat begangen hat, dem Sozialismus anzuhängen, wurde zur Zeit des Kalten Kriegs die Totalitarismus-Theorie erfunden, die den Nationalsozialismus als eine Spielart des Stalinismus und diesen als das Wesen des Sozialismus zu beschreiben hatte.

Und jetzt, da der Kapitalismus kriselt, wieder hat: Als »Himmlers Gulag« verkauft der ZDF-Historiker Guido Knopp seinen Millionen Zuschauern die Konzentrationslager der Nazis, Biermann zitelt mit Noltes Ernst übers »monströse Liebespaar Stalin-Hitler«, das »Hamburger Abendblatt« nennt Nazideutschland und die DDR in einem beliebigen Zusammenhang »deutsche Staatsformen, die inzwischen in die dunklen Seiten der Geschichtsbücher eingegangen sind«, Museumsdirektor Stölzl, Kohls historischer Auslagen-Arrangeur, will die beiden als »totalitäre Diktaturen vergleichen«,

wovon Augstein in gleicher Absicht abrät: »Zwischen den Qualitäten dieser beiden Unrechtsstaaten zu unterscheiden, lohnt sich nicht.«

Einmal, als die überspannte Saite riß, auf der die Redaktion das ewige Lied vom Tod in Honeckers Auschwitz spielt, klang es aus dem »Spiegel« zum Prozeß gegen Markus Wolf ganz neu: »Es ist verblüffend armselig, was die Ermittler aus 40 Jahren Spionagegeschichte an justiziablem Unrecht herausgefiltert haben.« Aber schon ein paar Seiten weiter, »in der von Bombenkrieg und Sozialismus konsequent (!) ruinierten Friedrichstraße«, war die DDR wieder die Verlängerung der stalinistischen Schlachtbank.

Auch Sachsens Justizminister Steffen Heitmann zeigt gern, warum die CDU ihn als Präsident aller Deutschen vorgeschlagen hatte: »Die DDR wird keinen Deut besser, wenn Sie sie mit der nationalsozialistischen Diktatur vergleichen. Menschenverachtende Regime waren beide. Soll man sagen, die DDR war nur deshalb besser, weil sie Juden nicht in die Gaskammern geschickt hat?« Nur wegen der blöden sechs Millionen und dem bißchen Weltkrieg? Das soll man nicht.

Nicht nur in der biederen DDR herrschte der - von Wolffsohn als braun beschriebene - Stalinismus. Bei den noch biedereren Grünen sieht es heute nicht besser aus: Weil sie ihn wohl fehlerhaft zitiert hatten, warf der stellvertretende Vorsitzende der sächsischen CDU, Schimpff, den sächsischen Grünen »sowjetische Desinformationsmethoden« vor, »Verleumdungen aus der Trickkiste des KGB« und »sowjetisch geschultes Vorgehen«. Seine neue Parteifreundin Vera Lengsfeld quittierte die Bemerkung ihrer alten Parteifreunde, sie weinten ihr keine Träne nach, mit der Analogie: »Genauso hat die DDR-Führung auf die Ausreisenden reagiert.«

Münchens CSU-Vorsitzender Gauweiler, der Lenin und Castro »Massenmörder« nennt, macht (in der »FAZ«) »die Rudi-Dutschke- und die Horst-Wessel-Generation« für »zwei deutsche Jugendrevolutionen und ihre Fieberträume von einer gerechten Welt« verantwortlich, der »Spiegel« fabriziert, beispielhaft, den Text: »In der Justizvollzugsanstalt Brandenburg geben inhaftierte Rechtsextremisten regelmäßig einen *Rundbrief inhaftierter Kameraden* heraus. Die Aktivitäten der Neonazis folgen einer Strategie, die einst von Linksextremisten praktiziert wurde.« Überschrift: »Rechtsextremisten/ Kampf im Knast nach linkem Muster«.

Linke schreiben Rundbriefe, Nazis schreiben Rundbriefe. Nazis sind Kommunisten, Kommunisten Nazis. Gott, dem Totalitarismus und Väterchen Stalinismus sei Dank.

Konkret 03/97, S. 10

Herrschaftszeiten

Zivilgesellschaft 1

Der Bürgermeister des bayerischen Eurasburg, Hans Fischhaber (CSU), lehnt die finanzielle Unterstützung eines Denkmals für Häftlinge des Konzentrationslagers Dachau ab, weil es unter ihnen »auch Verbrecher« gegeben habe.

Zivilgesellschaft 2

Weil er gegenüber zwei Kollegen geäußert hatte, »daß es so viele fette Juden gar nicht gegeben haben kann, wie wir umgebracht haben sollen«, war dem stellvertretenden Leiter des Lübecker Amts für Wirtschaft, Verkehr und Hafen von der Stadtverwaltung gekündigt worden. Das Landesarbeitsgericht hob die Kündigung auf. Begründung: Derartige Äußerungen könnten nur dann Grund für eine außerordentliche Kündigung sein, wenn »hierdurch der Betriebsfrieden gestört oder das Vertrauensverhältnis beeinträchtigt wird«. Eine Kündigung ohne vorherige Abmahnung sei nicht möglich, »wenn der Arbeitnehmer aus vertretbaren Gründen annehmen konnte, daß sein Verhalten nicht vertragswidrig sei oder vom Arbeitgeber nicht als erhebliches Fehlverhalten angesehen werde«.

Abs und downs

Zwischen 1989 und 1992 ist die Zahl der deutschen Einkommensmillionäre um 38 Prozent auf ca. 25.000 angestiegen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg im gleichen Zeitraum um 24 Prozent auf 3 ' 3 Millionen. Von 1990 bis 1995 stieg der Anteil der deutschen Haushalte mit Einkommen unter der Armutsgrenze von 10,5 auf 11,8 Prozent im Westen und von 3,7 auf 8,0 Prozent in den neuen Bundesländern.

... **und vergessen**

Ist es hart, DGB-Vorsitzender zu sein? Dieter Schulte: »Sicher, aber es macht auch Freude. Zum Beispiel, wenn ich spüre, daß die Gewerkschaften den Lauf der Welt entscheidend beeinflussen.«

Opferrente 1

SS-Obersturmführer Heinz Barth wurde 1983 vom Stadtgericht Berlin (DDR) wegen der Vernichtung der französischen Ortschaft Oradour und der Ermordung seiner 642 Einwohner zu lebenslanger Haft verurteilt. Trotz der Wende wurde Barth bis heute nicht begnadigt, doch bezieht er seither eine Kriegsopferrente von 800 Mark. Die Brandenburgische Sozialministerin Regine Hildebrandt verteidigte 1995 die Zahlung: »Auch wenn mir das nicht paßt - das Bundesversorgungsgesetz hat keine Ausschlußklauseln.« Jetzt hat das zuständige Versorgungsamt die Überweisungen eingestellt - »aus moralischen Gründen« und »vorläufig«. Eine juristische Entscheidung steht noch aus. Von 1990 bis heute hat das Opfer Barth 40.000 Mark kassiert.

Opferrente 2

Alle ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS und alle, die auf Seiten des Deutschen Reichs Kriegsverbrechen begangen haben, erhalten, wenn sie dabei verletzt worden sind, von der Bundesrepublik Deutschland eine Zusatzrente nach dem »Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges«. Die Gesamtzahl der Bezieher bzw. ihrer Witwen schätzt der Freiburger Militärhistoriker Gerhard Schreiber auf ca. 50.000 Personen, die jährliche Zahlung auf insgesamt 637 Millionen Mark. Das Gesetz gilt auch für Nichtdeutsche. So erhalten derzeit noch 179 lettische SS-Männer eine deutsche Rente. Die in Lettland lebenden 88 jüdischen KZ-Häftlinge bekommen nichts.

Opferrente 3

Um ihr »Eintreten für die Menschenrechte zu dokumentieren« (»FAZ«), hat die Bundesregierung 1992 entschieden, die von der DDR gewährten »Ehrenpensionen« für »Verfolgte des Faschismus« und »Kämpfer gegen den Faschismus« in Höhe von 1.400 Mark weiterzubezahlen. Einer der Ehrenpensionäre war Kurt Hager, jetzt 84 Jahre alt, der vor seiner Emigration 1936 von den Nazis inhaftiert und wegen seiner Teilnahme am Kampf gegen die spanischen Faschisten in Abwesenheit zu einer Zuchthausstrafe verurteilt worden war. Das Bundessozialgericht hat jetzt entschieden, daß die 1994

erfolgte Aberkennung dieser Ehrenpension rechtens war, weil Hager als Mitglied des SED-Politbüros an groben Verletzungen der Menschenrechte beteiligt gewesen sei.

Ein Nazi-Opfer ist kein Opfer-Nazi.

Buchführung

130 Millionen Mark, klagt die Firma Thyssen, habe sie bisher in die Entwicklung der Magnetschwebebahn investiert. Die Bundesregierung hat bisher zwei Milliarden Mark in diesen »Transrapid« investiert. Wer die wohl bekommen hat?

Phänomen

Noch 1995 hielten Deutschlands Staatsschützer die »Antiimperialistische Zelle« (AIZ) für »gefährlicher als die Rote Armee Fraktion« und schätzten ihre Stärke auf »25 bis 30« Mitglieder. Seit im Februar 1996 zwei junge Männer als AIZ-Verdächtige festgenommen wurden, ist die gefährliche Gruppe nie wieder in Erscheinung getreten. Ein Jahr später hat sogar die »Koordinierungsstelle Terrorismusbekämpfung« gemerkt, daß die AIZ außer den beiden Verdächtigen keine weiteren Mitglieder hatte. Nachdem Fingerabdrücke einer dritten Person nach intensiver Untersuchung schließlich einem der untersuchenden Sachverständigen zugeordnet werden konnten, erklärten die geheimpolizeilichen Spezialisten jetzt, daß die AIZ keine Gefahr mehr darstelle.

Soldat bleibt Soldat

Erst hatte der Oberstleutnant der Bundeswehr und der CSU gedient. Dann war er für die Grünen in den Bundestag und gegen die Nachrüstung in die Friedensbewegung eingetreten. Jetzt kämpft er als »Nationalpazifist« gegen das Undeutsche: »die Verrottung der deutschen Sprache«, »die Fremdbestimmung deutscher Verteidigungspolitik«, die »multikulturelle Gesellschaft«, die »Vermischung der Völker«, die »jüdischen Interessen« und die »Herabwürdigung der deutschen Wehrmacht«. Seine jüngste Großtat: In seinem Info-Dienst verriet er seinen Nazi-Freunden den richtigen Namen des Journalisten und KONKRET-Autors, eines der besten Kenner des braunen Milieus, der sich mit dem Pseudonym »Anton Maegerle« vor glatzköpfigen Besuchen geschützt hatte. Der Name des Denunzianten: Dr. Alfred Mechtersheimer. Oberstleutnant bleibt Oberstleutnant.

Tudj- und Titman

Nach fast sechsjährigern Krieg konnte in Zagreb endlich der erste »Playboy« in kroatischer Sprache erscheinen. Die »Hamburger Morgenpost« nennt es »ein Zeichen von Normalität« und huldigt dem Prinzip Hoffnung mit der Wendung, daß es »möglicherweise schon bald kroatische Mädchen geben« werde, »die als Playmate Karriere machen«.

Landserhumor

Ein Frontbericht der »Welt« aus Trogir:

Das Leben eines deut*schen Soldaten in Bosnien ist entbehrungsreich. Im Laufe des mehrmonatigen Einsatzes gewöhnt er sich an Strapazen in Kälte und Dreck, an Ruinen und Minenfelder. Ausdruck dieser Gewöhnung ist auch ein bissiger Humor, der in scherzhaften Ratschlägen für Angehörige deutlich wird, wie sie dem Bosnien-Hei*mkehrer die *Wie*dereingliederung erleichtern kö*nnen. Hier eine Auswahl, die bei der Bosnien- Truppe kursiert:*

· Überziehen Sie Garten und Wege mit einer dicken Sand- und Geröllschicht, damit es rund ums Haus schön staubig und bei Regen matschig ist und Ihr Mann sich gleich wie zu Hause fühlen kann;

· bauen Sie einen hohen Schutzwall mit Stacheldraht ums Haus;

· bereiten Sie Kaffee aus billigstem Pulver und servieren ihn im Styroporbecher. Sagen Sie ihm, daß die Milch zum Kaffee mit dem nächsten Konvoi kommt;

· lassen Sie das Essen mindestens 15 Minuten abkühlen - bei jeder Mahlzeit, die wärmer ist als Speiseeis, würde er sich den Mund verbrühen...

Kompanie dreimal kurz und kräftig gelacht! Ha! Ha! Ha! Wegtreten!

Total albanisch

Zu acht Jahren Haft hat das Landgericht Frankfurt die Präsidentin des »European Kings Club« verurteilt. Der Club hatte Traumrenditen von mehr als 70 Prozent versprochen und damit bei 100.000 Geldgebern fast zwei Milliarden Mark abkassiert. Besonderen Erfolg hatten die Veranstalter dieses Kettenbrief-Massakers mit dem Einsatz ihres

»Ehrenpräsidenten«. Sein Name: Michail Gorbatschow.

Erben

Die »Wirtschaftswoche« hat zusammengetragen, wer

zum 100. Geburtstag Ludwig Erhards im »Denn er war unser«Chor mitgesungen hat:

Regina Görner etwa, Vorstandsmitglied im DGB, sieht das Erbe Erhards nicht bei den »selbsternannten Nachfolgern aus FDP und CDU«, sondern bei der organisierten Arbeitnehmerschaft beheimatet. Bewegt erinnert auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Rudolf Scharping an den ersten deutschen Wirtschaftsminister. Mit ihren »leistungsfeindlichen Plänen zur großen Steuerreform«, schäumte Scharping, begehe »diese Regierung Verrat an Ludwig Erhard«. Der Mann sei »einer der Unsrigen«.

Längst kennt auch die radikalsozialistische Wirtschaftsexpertin Christa Luft keine Berührungsängste mehr. Sie habe, so die rote Wirtschaftsministerin im letzten DDR-Kabinett von Hans Modrow, mit Erhard »keine Probleme«. Und der hannoversche Soziologieprofessor Oskar Negt, einst der Hohepriester der 68er Studentenbewegung, geißelt die »von allen Beißhemmungen freie Marktlogik« und ruft Ludwig Erhard und seine Mitstreiter als Zeugen an: »Sie wären nie auf den Gedanken gekommen, daß das Gemeinwohl lediglich aus der Summe betriebswirtschaftlicher Kosten-Nutzen-Rechnungen besteht. «

Friedens-Dividende 2

Nach seiner Amtseinführung hat der wiedergewählte Präsident der USA, Bill Clinton, vorgeschlagen, die Krankenversorgung besonders bedürftiger Personen, insbesondere Arbeitsloser und Alter, ab 1998 in einem Zeitraum von sechs Jahren um 222 Milliarden Mark zu kürzen.

Gesundheit

Birkenstock, der Hersteller streng evangelischer Fußbekleidung, hat sein deutsches Werk in St. Katharinen geschlossen und dessen 81 Beschäftigte entlassen. Grund: Die Angestellten hatten Birkenstock zwingen wollen, die Einrichtung eines Betriebsrats zuzulassen.

P.C.

Weil er den alten Nazi Kurt Waldheim zu seiner Hochzeit eingeladen und mit dem neuen Nazi Jörg Haider vor Kameras posiert hat, war das US-Magazin »Esquite« so frei, Arnold Schwarzenegger in eine SS-Uniform zu montieren und mit dem Titel »Saturday Night Führer« auszuzeichnen. Politisch korrekt,

Selbstbestimmung

Richard McLaren, selbsternannter Chef der »Republik Texas«, erkennt die 1845 erfolgte Annexion des Staates Texas durch die USA nicht an. Von seinem durch bewaffnete Freiheitskämpfer geschützten Hauptquartier in Fort Davis aus hat McLaren die US-Regierung aufgefordert, umgehend den Regierungssitz in Austin zu räumen, den Staatsbesitz an die »Republik Texas« zu übergeben und 92 Milliarden Dollar Kriegsreparationen zu bezahlen. Beobachter in Austin fürchten, daß McLaren dem Vorbild des bosnischen Staatengründers Izetbegovic nacheifern und die völkerrechtliche Anerkennung der »Republik Texas« durch die deutsche Bundesregierung erreichen könnte.

Lernprozeß 1

Die Porzellanfabrik im sächsischen Meißen hat 1996 einen Umsatzverlust von 1,8 Prozent erlitten. Entsprechend dem Gesetz des Marktes, wonach sinkende Nachfrage das Angebot verteuert, hat die Firma ihre Preise um 2,5 Prozent angehoben. Neue Länder, neuer Kapitalismus.

Lernprozeß 2

Im Exil werden mitunter sogar Schriftsteller zu Alphabeten:

Die Führer der Europäischen Union legen zwar Lippenbekenntnisse zu den großen europäischen Idealen ab, aber wenn diesen Idealen machtvolle Banalitäten der sogenannten » Wirklichkeit« entgegenstehen - Handel, Geld, Waffen, Macht - , dann muß die Freiheit kuschen. Und wenn die Ajatollahs das auf ihn gesetzte Kopfgeld verdoppeln, lernt der Salman

Rushdie vielleicht sogar noch das Einmaleins.

Folklore

28 Prozent der Russen empfinden Sympathie für die Deutschen, 22 Prozent empfinden keine Zuneigung, 29 Prozent sind die Deutschen gleichgültig und 21 Prozent geben keine Auskunft. Vertrauen zu den Deutschen haben 16 Prozent, kein Vertrauen 47 Prozent. Die den Russen bekanntesten Deutschen sind Hitler (96,6 Prozent), Beethoven (90,1 Prozent), Bismarck (65,5 Prozent) und Hegel (63,9 Prozent).

Fortschritt

Mit 3,2 Millionen Pageviews pro Monat ist der Online-Dienst der »Bild«-Zeitung Marktführer der deutschsprachigen Verlagsangebote im Internet. Analphabetismus digital.

Knast GmbH & Co. KG

Weil Hamburgs Bürgermeister Henning Voscherau fand, daß der staatliche Strafvollzug »nicht so gut läuft«, hat er vorgeschlagen, die Gefängnisse zu privatisieren. Mit diesem Vorschlag, sagte der Abgeordnete Ralf-Dieter Fischer (CDU), renne Voscherau »bei der CDU offene Türen ein«; bemerkenswert sei allenfalls, »daß ihm das jetzt erst einfällt«. Voscheraus Justizsenator Wolfgang Hoffmann-Riem (»Denkverbote gibt es bei mir nicht«) erlaubte sich, öffentlich über den Einfall seines Chefs nachzudenken. Die Finanzbehörde hat das schon getan und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß jedenfalls ein Leasing-Knast »unwirtschaftlich« sei. Die KONKRET-Redaktion hat ebenfalls nachgedacht und schlägt, weil die Senatsverwaltung auch »nicht so gut läuft«, die Privatisierung Voscheraus vor.

Das Medium Buch eignet sich bestens für das Aufstoßen neuer Horizonte

Ernst Ulrich von Weizsäcker, verwandter Ökologe, Verfasser des Aufstoß-Buchs »Umweltstandort Deutschland«

Der Deutsche will diese Mannschaft sehen, er will Deutsche unter sich. Und genauso ist der Italiener, der Spanier

Hans-Hubert (»Berti«) Vogts, nationaler Übungsleiter

Estland gehört zur Spitzengruppe der ostdeutschen Reformdemokratien

»Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Verräter war ich schon 1977, als ich die RAF bekämpft habe. Ich war der personifizierte Verrot am Pazifismus in Bosnien. Ich bin der geborene Verräter, wenn man so will

Daniel Cohn-Bendit

Konkret 03/97, S. 14

Thomas Deichmann

Als die Bilder lügen lernten

Das Symbol des Bosnienkriegs, ein Bild, das einen abgemagerten Muslim hinter Stacheldraht zeigt, war eine absichtsvolle Irreführung

»Die Kamera schwenkt auf den knochigen Torso des Gefangenen. Es ist ein Bild der Hungersnot, aber wenn wir den Stacheldraht vor seinem Brustkorb sehen, ist es ein Bild des Holocaust und der Konzentrationslager.«

Frederick Baker, »Independent«, 5.8.93

Es dauerte einige Tage, bis ich selbst daran glauben wollte: Das wohl bekannteste Bild des Bosnien-Kriegs war eine Täuschung. Es wurde am 5. August 1992 von einem britischen Fernsehteam aufgenommen: dem Team von Penny Marshall von ITN und Ian Williams von Channel 4 in Begleitung des Reporters Ed Vulliamy vom »Guardian« und zeigt einen abgemagerten Muslim mit nacktem Oberkörper hinter einem Stacheldrahtzaun, Fikret Alic, in Trnopolje, einem Lager der bosnischen Serben. »The Proof« - der Beweis - schrieb die »Daily Mail« zwei Tage später in dicken Lettern über die Wiedergabe des Bildes: »Das sind Szenen wie die in schwarz und weiß flimmernden Bilder aus fünfzig Jahre alten Filmen über Konzentrationslager der Nazis.«

Weltweit wurde das Bild millionenfach reproduziert. Es flimmert noch heute über die Bildschirme und ist längst ein Dokument der Zeitgeschichte geworden: ein angeblicher Beweis für die Existenz von Konzentrationslagern in Bosnien fünfzig Jahre nach dem Holocaust. Daß an der Korrektheit dieses Stacheldrahtbildes mit Fikret Alic in Trnopolje nicht zu zweifeln sei und daß sich Penny Marshall, ihr ITN-Kameramann Jeremy Irvin, Ian Williams und nicht zuletzt Ed Vulliamy, der die Reise in seinem Buch *Seasons in Heil* (London 1994) eindrucksvoll nacherzählt hat, sich um die Aufklärung grausiger Vorgänge in Bosnien verdient gemacht hätten, dachte auch ich - bis Dezember 1996. Dann mußte ich meine Meinung revidieren.

Bei Recherchen im Auftrag der niederländischen Anwaltskanzlei Wladimiroff & Spong für die Verteidigung des vor dem Den Haager UN-Kriegsverbrechertribunal angeklagten Dusko Tadic sichtete ich Presseberichte und auch Videomaterial von Penny Marshall, das im deutschen Fernsehen ausgestrahlt worden war. Meine Aufgabe bestand darin, einen Bericht darüber zu verfassen (und später vor Gericht darüber zu referieren), wie oft Bilder des Angeklagten Tadic in den deutschen Medien gezeigt worden waren. Als ich die ITN-Aufnahmen aus Trnopolje betrachtete, machte mich meine Frau auf ein unscheinbares Detail aufmerksam: Wenn es sich bei den Aufnahmen um Bilder von Insassen eines mit einem Stacheldrahtzaun umgebenen Lagers handelte, warum war dann der Stacheldraht an jener Seite der mächtigen Pfosten angebracht, auf der sich auch die Lagerinsassen befanden? Ein Drahtzaun wird normalerweise an der Außenseite der Pfosten befestigt und ein Gelände somit eingezäunt.

Was hatte es also mit diesem Bild auf sich? Ich machte mich auf den Weg nach Bosnien. Meine Recherchen, die auch die Ansicht des unbearbeiteten ITN-Filmmaterials beinhalteten, ergaben, daß nicht die gefilmten Lagerinsassen und in ihrer Mitte Fikret Alic von einem Stacheldrahtzaun umgeben waren, sondern die britischen Journalisten, die aus einem so umzäunten Grundstück heraus in das Lagergelände hineinfilmten. Auf dem Grundstück, auf dem sie standen, befand sich eine Scheune. Daran angrenzend war das eigentliche Lagergelände: eine Schule, eine Art Bürgerhaus, genannt »Dom«, mit Sporthalle und medizinischem Versorgungszentrum und ein Freigelände mit Sportanlage.. .

Wie war es zu den Aufnahmen gekommen? Das britische Journalistenteam war Ende Juli 1992 auf Einladung des damaligen Präsidenten der bosnischen Serben, Radovan Karadzic, nach Bosnien gereist. Karadzic hatte in London an einer internationalen Konferenz teilgenommen und wurde vor seiner Abreise von leitenden Redakteuren von ITN und vom »Guardian« auf Gerüchte über brutale Internierungslager angesprochen. Er stritt deren Existenz ab und willigte ein, einem Journalistenteam den Besuch dieser Orte zu gestatten. Am 28. Juli trafen Vulliamy, Marshall und Williams in Belgrad ein. Im Gepäck hatten sie ein Papier der bosnischen Regierung, auf dem »Konzentrationslager« der Serben aufgelistet waren. Um die Zeit zu überbrücken, besuchten die Reporter von Belgrad aus zwei solcher Orte und stellten fest, daß es sich um einfache Flüchtlingslager handelte. Von KZs konnte keine Rede sein. Am 3. August flogen sie nach Pale. Am nächsten Tag ging es weiter nach Banja Luka und am darauffolgenden, dem 5. August, nach Prijedor. Die Journalisten wurden in Begleitung einer Militäreskorte nach Omarska und Trnopolje gebracht. Bereits am 2. August war ein Artikel von Roy Gutman über das Lager Omarska mit dem Titel »Todeslager« in der Zeitschrift »Newsday« erschienen, und die Erwartungen der Redaktionen in London waren entsprechend hoch. Marshall schrieb nach der Rückkehr in einem Bericht für die »Sunday Times« (16.8.92), daß sie und Williams von ihren Chefredakteuren die Order erhalten hatten, nichts zu senden, bevor sie nicht eine Geschichte über die Lager im Kasten hatten.

Der Besuch des Lagers Omarska auf dem Gelände eines Bergbaubetriebes war für das Reporterteam eine bedrückende Erfahrung, aber auch eine Enttäuschung: Lagerinsassen, die von Wärtern mit Schnellfeuerwaffen bewacht wurden; ausgehungerte Menschen, die offensichtlich eingeschüchtert waren und nicht mit den Journalisten sprechen wollten. Und dennoch: Die Aufnahmen, die sie machten, waren »nicht schockierend«, »nicht der Beweis für Folter und Mord«, wie später Monika Gras in ihrer Südwestfunk-Reportage »Omarska - Das Todeslager« die Bilder von ITN kommentierte. Marshall und Williams waren verärgert, weil ihnen trotz des Versprechens von Karadzic nicht erlaubt wurde, alle Gebäude zu betreten, und sie das Gefühl hatten, an der Nase herumgeführt zu werden. Nach einem erfolglosen Streit mit den Militärs machten sie sich auf den Weg zur letzten Station ihrer Reise: Trnopolje, nur wenige Kilometer von Omarska entfernt und in unmittelbarer Nachbarschaft des Ortes Kozarac, der im Mai 1992 von serbischen Einheiten fast vollständig zerstört und dessen muslimische Einwohner ermordet oder vertrieben worden waren.

In Trnopolje nutzten die Reporter die letzte ihnen gebotene Chance, das zu filmen, was man von ihnen erwartete und auf was sie allem Anschein nach auch selbst so erpicht waren: Bilder von Muslimen, eingepfercht hinter Stacheldraht. Die Journalisten konnten sich auf dem gesamten Gelände umschauen: Sie filmten im Schulgebäude, das mit Matratzen und notdürftigen Schlafplätzen überfüllt war, im Bürgerhaus, wo sich das gleiche Bild zeigte, und im Außenbereich, wo sich mehrere hundert Menschen aufhielten. Am gleichen Tag, als die Reporter eintrafen, war eine Gruppe von Muslimen aus dem Lager Keraterm gebracht worden, die nun im Freien auf ihre Registrierung und die Zuweisung von Lebensmitteln und Schlafplätzen warteten.

In dem mehrstündigen Filmmaterial, das aufgenommen und tags darauf in Budapest bearbeitet, nach London gesendet und abends ausgestrahlt wurde, finden sich auch Aufnahmen von Gesprächen der Journalisten durch einen Stacheldrahtzaun hindurch mit Muslimen, darunter Fikret Alic. Diese Aufnahmen, die den Eindruck erweck(t)en, das Lager sei von Stacheldraht umgeben, kamen zustande, nachdem Marshall und ihr Kameramann Irvin von einer Straßengabelung aus Richtung Süden ein mit einem Stacheldrahtzaun umgebenes Grundstück neben dem Lagergelände betreten hatten, auf dem sich ein Garagenverschlag, ein Transformatorenhäuschen und eine Art Scheune befanden. Dort gab es vor dem Krieg Agrargüter zu kaufen, und auch Baugeräte wurden dort früher untergebracht. Um das Material vor Diebstahl zu schützen, war lange vor dem Krieg ein Stacheldrahtzaun um das Gelände gezogen worden. Die Journalisten passierten zunächst das Trafohäuschen und die Scheune und näherten sich dann dem Stacheldrahtzaun an der Nordseite, wo sich, auf der anderen Seite des Zauns, rasch Neugierige versammelten. Von diesem Grundstück aus wurden die berühmten Aufnahmen gemacht.

Das unbearbeitete ITN-Filmmaterial, das ich einsehen konnte, zeigt, auf welche Einstellungen der Kameramann aus war. Er zoomte von verschiedenen Positionen aus durch den Zaun hindurch, stellte mal den Maschendraht im unteren Teil des Zaunes und mal den darübergespannten Stacheldraht scharf. Die Kamera war stets auf der Suche nach abgemagerten Menschen. Alic, der dann am 17. August 1992 auf der Titelseite von »Time« erschien, und eine weitere aus - gemergelte Gestalt, die am gleichen Tag in »Newsweek« abgebildet wurde, boten das passende Profil. Die Mehrheit der Flüchtlinge war zwar von den Kriegsmonaten gezeichnet, ihre Statur war mit der von Alic aber nicht vergleichbar.

In ihrem Artikel für die »Sunday Times« schrieb Marshall: »Jeremy Irvin, unser Kameramann, wußte, daß er mit starken Bildern aus Prijedor zurückgekehrt war. Aber erst als wir die Aufnahmen in unserem kleinen Filmstudio in Budapest betrachteten, begannen wir, ihre Wirkung zu erahnen.« Vulliamy faßte diese Wirkung in seinem Buch *Seasons in Hell* zusammen: »Mit seinem Rippenkäfig hinter dem Stacheldrahtzaun von Trnopolje wurde Alic zur symbolischen Figur des Krieges, auf jedem Magazinumschlag und Fernsehbildschirm der Welt. « Der Auslandsredakteur von ITN, Mike Jeremy, bezeichnete die Aufnahme als das »Schlüsselbild des Krieges im früheren Jugoslawien« (»Independent«, 5.8.93).

Als ich Trnopolje im letzten Dezember besuchte, sprach ich auch mit Dorfbewohnern, die das Gelände von früher her kannten. Familie Baltic lebt schon lange in Trnopolje, etwa 15 Minuten vom Schulgelände entfernt. Der 17jährige Sohn Dragan ging bis etwa April 1992 in Trnopolje zur Schule. »Außer im vorderen Kreuzungsbereich, um diese Art Scheune herum, hat es nirgends einen Stacheldrahtzaun gegeben«, erklärte er mir. Seine 19jährige Schwester Dragana bestätigte dies und fügte hinzu, daß es an der Straße in Höhe der Schule einen kleinen, etwa einen Meter hohen Metallzaun gab. Er steht noch heute und ist auch auf den ITN-Bändern zu sehen. Flüchtlinge lehnen daran, und an anderer Stelle springen sie darüber. Dragana erinnerte sich daran, daß es im vorderen Straßenbereich, anschließend an den Stacheldrahtzaun, schon vor dem Krieg einen kleinen, etwa ein Meter zwanzig hohen Maschendrahtzaun gab, »wie man ihn für die Hühnerhaltung verwendet«. Auch dieser Maschendraht ist auf dem ITN-Filmmaterial zu erkennen.

Pero Curguz traf ich in seinem Büro in Prijedor. Er leitet das regionale Rote Kreuz, war während des Betriebs des Flüchtlingszentrums in Trnopolje und wurde im August 1992 auch vom britischen Reporterteam interviewt. Er erklärte damals, die Menschen seien freiwillig auf das Gelände gekommen, um Schutz zu suchen. Er berichtete mir, daß zu keiner Zeit des Lagerbetriebs irgendein Zaun aufgestellt wurde. Im Gegenteil: Als die Lager in Keraterm und Omarska geschlossen wurden, sei Trnopolje überfüllt gewesen. Bis zu 7.500 Menschen seien dort gleichzeitig untergebracht worden.

Die Flüchtlinge hätten auch die Zäune in der Umgebung abgerissen, um sich Zelte und kleine Schutzhütten zu bauen. Curguz insistierte, daß es sich in Trnopolje nicht um ein Gefangenenlager gehandelt habe, sondern um ein Sammelzentrum für vertriebene Muslime.

Dem nicht ausgestrahlten ITN-Filmmaterial läßt sich entnehmen, daß das große Lagergelände zum Zeitpunkt der Aufnahmen nicht mit Stacheldraht umzäunt war. Man erkennt deutlich, daß sich die Menschen auf der Straße und auf dem Gelände frei bewegten und einige sich bereits kleine Schutzzelte errichtet hatten. Auch auf dem mit Stacheldraht eingezäunten Grundstück sieht man eine Gruppe von etwa 15 Personen, darunter Frauen und Kinder, unter einem Baum im Schatten sitzen. In einer weiteren Bandsequenz ist ein weiteres Mal die kurz zuvor eingetroffene Gruppe von Männern aus Keraterm aus anderer Perspektive zu erkennen. Der Kameramann stand nicht mehr im Stacheldrahtgelände, sondern etwa 20 Meter westlich daneben. Die Flüchtlinge befanden sich nun hinter einem niedrigen Maschendrahtzaun, der sich an den Stacheldrahtzaun um das Scheunengrundstück anschloß und bis zur hinteren Ecke der Sporthalle reichte. Sie warteten dort auf ihre Registrierung und auf weitere Anweisungen, erklärte mir Igor Curguz, ein ehemaliger Lagerwärter.

Misa Radulovic, heute 68 Jahre alt, früher Lehrer in Kozarac und Trnopolje, traf ich in Kozarac in der Bar von Mladen Tadic, dem Bruder des in Den Haag angeklagten Dusko Tadic. Radulovic wurde wie alle wehrfähigen Männer zum Militär eingezogen und drei Tage lang als Wärter in Trnopolje eingesetzt. »Wir haben die Muslime vor extremistischen Serben geschützt, die Rache nehmen wollten«, erklärte er mir seine Aufgabe im Lager. »Die Leute konnten das Lager ohne Papiere verlassen, aber das war gefährlich. Einen Stacheldrahtzaun hat es nur an der Ecke um die Scheune, dieser kleinen Verkaufsstelle für Agrargüter mit dem Elektrohäuschen, gegeben.« Radulovic berichtete mir auch, daß nach dem Besuch des britischen Reporterteams, das er selbst nicht gesehen hatte, zahlreiche weitere westliche Journalisten das Lager besuchten: »Die meisten wollten immer nur dieses vordere Grundstück sehen und die am meisten abgemagerten Gestalten fotografieren. Ich habe mich einmal mit einem gestritten und ihn aufgefordert, doch woanders seine Aufnahmen zu machen, z.B. im Schulgebäude. Aber er wollte gar nicht rein.«

Wie man wohl mit einem solchen »Scoop« noch ruhig schlafen könne, fragte ich mich. Vulliamy hatte seine Reportage bereits einen Tag nach dem Besuch Trnopoljes fertiggestellt. Sein Artikel erschien am 7. August im »Guardian«, wenige Stunden nachdem die ITN-Bilder erstmals am Abend des 6. August ausgestrahlt worden waren. Auffällig ist, daß Vulliamy, der bei der Fertigstellung seines Textes den ITN-Fernsehbeitrag vermutlich noch nicht gesehen hatte, kein Wort über den Stacheldrahtzaun verlor und zudem auch korrekt festhielt, daß Trnopolje nicht als Konzentrationslager bezeichnet werden könne. Seine recht objektive Darstellung der Situation beinhaltete auch die Wiedergabe von Gesprächen mit vertriebenen Muslimen, die ihm berichteten, daß keine Gewalt gegen sie angewendet worden war und der Ort ihnen eine gewisse Sicherheit bot.

Der Tonfall des »Guardian«-Reporters bei der Beschreibung seiner Eindrücke von Trnopolje sollte sich aber bis zur Herausgabe seines Buches *Seasons in Hell* 1994 drastisch ändern. Anscheinend beflügelt von der Resonanz auf die Bilder änderte er einige Passagen, und der Stacheldraht, en er in seinem ersten Beitrag nicht einmal für erwähnenswert hielt, bekam auf einmal eine zentrale Bedeutung. Seine ersten Eindrücke von Trnopolje beschrieb er nun so: »Noch mehr schmutzige Wege, noch mehr abgebrannte Dörfer und letztlich etwas, was früher eine Schule war und nun ein weiterer erschreckender Unglücksort: ein überfülltes Lagergelände, umgeben mit einem Stacheldrahtzaun.« Inar Gnoric, eine Muslimin, hatte sich mit Vulliamy in Trnopolje unterhalten und ihm erzählt, daß sie aus Sicherheitsgründen freiwillig dort Zuflucht gesucht habe. Im »Guardian«-Artikel wurde sie von Vulliamy mit den Worten zitiert: »Hier ist es sicherer, aber wir wissen nicht, welchen Status wir haben. Wir sind Flüchtlinge, aber es gibt Wärter und den Drahtzaun.« Welchen Zaun sie auch immer gemeint haben mag: In Vulliamys Buch findet sich das Zitat in etwas abgewandelter Form - Gnoric spricht nun von einem Stacheldrahtzaun.

Wachsendes Selbstvertrauen im Umgang mit dem Stacheldrahtbild ließ sich auch bei Marshall beobachten. Sie schrieb einen großen Bericht, den die »Sunday Times« am 16. August 1992 veröffentlichte. Dieser wirkte stellenweise wie eine Entschuldigung, so als sei ihr der Trubel um die besagten Bilder unangenehm gewesen. Sie verwies auf ihren Kameramann Irvin, der die Aufnahmen gemacht hatte, und auf ihren Chefredakteur, der bereit war, das Risiko des Unternehmen s zu tragen. Anders als Vulliamy erwähnte Marshall in ihrem ersten Bericht den Stacheldrahtzaun. Sie schrieb schlicht: »Draußen gab es Stacheldraht.« Ihre Eindrücke bei einem zweiten Besuch des Lagers wenige Tage später hielt sie im gleichen Artikel wie folgt fest: »Draußen hatte sich das Lager in der Woche seit unserem ersten Besuch verändert. Der Stacheldrahtzaun war entfernt worden, und die Serben hatten den Gefangenen Material überlassen, um sich Schutzhütten zu bauen.«

Die Schwachstelle ihrer Reportage, der Stacheldrahtzaun, war verschwunden. Doch Marshall schrieb die Wahrheit, denn die Zäune, die ihr Kameramann beim ersten Besuch gefilmt hatte, waren tatsächlich inzwischen fast alle entfernt worden. Das konnte ich dem Filmmaterial entnehmen, das sie vom zweiten Besuch mit nach Hause brachte. Stehen blieb lediglich der niedrige Metallzaun um das Schulgebäude, einige kurze Zaunpfosten im Bereich der Straße und um die Scheune die mächtigen Metallpfosten, an denen der Stacheldrahtzaun befestigt gewesen war. An der Westseite dieses Grundstücks

blieben bis heute Reste des Stacheldrahts hängen.

Marshall und ihre Kollegen haben mit ihrer Reportage gewisse Standards für investigativen Journalismus auf dem Balkan gesetzt, an denen sich andere orientierten. Es gab nur wenige kritische Stimmen zu den vermeintlich sensationellen Enthüllungen der britischen Reporter. So warnte Patrick Cockburn in einem Artikel im »Independent on Sunday« vom 9. August 1992, ohne daß er die üblen Zustände in den Lagern in Bosnien herunterspielte: »Es sollte aber auch gesagt werden, daß es bisher nur sehr begrenzte Beweise dafür gibt, daß diese Lager, um die es geht, Teil einer rassistischen Politik der Massenausrottung von bosnischen Muslimen und Kroaten sind, die Vergleiche mit Hitlers Endlösung zulassen würde.«

So bedacht wie Cockburn reagierten nur wenige Journalisten. Die Mehrzahl schrieb fortan von »serbischen KZs« und scherte sich um die Tatsachen nur wenig. Auch in Bücher hielten der Stacheldraht von Trnopolje und der KZ-Vergleich Einzug. »Als die ersten Journalisten einige Tage zuvor eintrafen, war der Ort von Stacheldraht umgeben, und es gab kein Begrüßungsschild«, schrieb z.B. Peter Maass in *Love thy neighbours., A story of war* über seinen Besuch Trnopoljes im Spätsommer 1992 (London 1996). Es schien auch ihm sehr wichtig, abgemagerte Lagerinsassen mit deutschen KZs zu assoziieren: »Ich hatte nie geglaubt, daß ich einmal ein wandelndes Skelett sehen würde. Doch in Trnopolje geschah es. Ich lief durch das Tor und konnte nicht glauben, was ich sah. Dort, direkt mir gegenüber, waren Männer, die aussahen wie Überlebende aus Auschwitz.« Tatsächlich waren viele Flüchtlinge in Trnopolje unterernährt - eine Folge der allgemeinen Lebensmittelknappheit während des Krieges. Erst ab dem 26. August 1992 konnte sich das IKRK in Trnopolje kontinuierlich um eine effizientere Lebensmittelversorgung kümmern und mit einem speziellen Ernährungsprogramm für besonders bedürftige Patienten beginnen.

Marshall und ihr Team hatten mit ihrem Welt-Scoop ein falsches Bild des Lagers Trnopolje entworfen. Dieses ist kein Konzentrationslager gewesen, in dem - zwecks Durchführung eines großangelegten rassistischen Aggressionsplanes - systematisch gefoltert, vergewaltigt und getötet worden wäre. Zwar kam es auch in Trnopolje zu Übergriffen auf Zivilisten. Doch so befremdlich es sich anhören mag: Hätte es dieses Sammelzentrum für Vertriebene zum Zeitpunkt einer unvorstellbaren Brutalisierung des Krieges zwischen Serben und Muslimen, hätte es den Schutz durch bosnisch-serbische Soldaten in Trnopolje nicht gegeben, hätten weit mehr muslimische Zivilisten ihr Leben verloren.

Das Sammelzentrum Trnopolje entstand nicht durch eine Order von oben, sondern spontan im Zuge der Eskalation des Konflikts in der Region Prijedor im Mai 1992. Der Zerfall der zivilen Ordnung und die Außerkraftsetzung aller humanen Normen bei Ausbruch des Krieges hatten zur Folge, daß reaktionäre Kräfte auf serbischer wie auf muslimischer Seite über Nacht Machtpositionen erringen und mit Brandschatzungen und Vertreibungen beginnen konnten. Inwieweit dies von der jeweiligen Militärführung befohlen oder geduldet wurde, bedarf der weiteren Klärung. Fest steht jedoch, daß die Gegend um Kozarac zu einem ersten Brennpunkt dieser Konflikte wurde. Mladen Tadic erzählte mir, daß sich ihm ein Bild des Grauens bot, als er im Mai 1992 aus München in seine Heimatstadt reiste: »Viele unschuldige Menschen wurden umgebracht. Im August lagen immer noch überall Leichen herum. Kozarac hatte etwa 20.000 Einwohner in einem Umkreis von rund fünf Kilometern. Ich habe gehört, daß mehrere tausend Muslime getötet wurden.« Auf die Frage, warum gerade Kozarac, das heute ein Bild der totalen Zerstörung bietet, antwortete er: »Bereits im Zweiten Weltkrieg war Kozarac eine extreme Stadt. Im Jahre 1941 haben die Muslime die Serben in Kozarac abgeschlachtet. Das, was jetzt passiert ist, war wie ein Rachefeldzug extremistischer Serben. Die Einwohner in Kozarac waren aber eher liberal eingestellt. Es waren extremistische Serben und Muslime aus anderen Dörfern und Städten, die sich hier bekämpft haben.«

In einer Nacht im Mai 1992 wurde Kozarac von serbischen Einheiten erobert, muslimische Einwohner wurden ermordet, ihre Häuser zerstört und die Überlebenden die Straße hinunter nach Trnopolje getrieben. Auf dem Gelände der Schule suchte der Flüchtlingstreck Zuflucht. Später wurden Wachtposten aufgestellt, um die Vertriebenen, die bald auch aus anderen Dörfern eintrafen, vor Übergriffen zu schützen. Serbische Marodeure hatten sich in Banden zusammengerottet und zogen plündernd durch die Gegend. Eine besonders berüchtigte Gruppe nannte sich »El Manijakos«. Ein ehemaliger serbischer Wärter aus Trnopolje berichtete mir, daß diese Bande auch einmal nachts ins Lager einfiel und Frauen vergewaltigte. Als »Nacht der Panzerfahrer« wurde dieser Vorfall bereits mehrfach beschrieben.

Doch auch von muslimischer Seite drohte den Flüchtlingen in Trnopolje Gefahr. Viele Männer im wehrfähigen Alter suchten Zuflucht, um sich einer Mobilisierung für die reguläre Armee oder dem Zugriff einer der Banden zu entziehen. Nach der Eroberung Kozarac versteckten sich zahlreiche muslimische Kämpfer, die serbische Zivilisten aus anderen Dörfern vertrieben hatten und mit ihnen ebensowenig zimperlich umgesprungen waren, in den bewaldeten Bergen. Sie versuchten, Saboteure ins Lager Trnopolje einzuschmuggeln, um Unruhe zu stiften, was jedoch in mindestens einem Fall, von dem mir Igor Curguz erzählte, aufflog, weil die muslimischen Zivilisten in Trnopolje aus dem Krieg herausgehalten werden wollten.

Wenngleich es im Lager zu Gewalttätigkeiten des Wachpersonals gegen Insassen kam, so war es doch generell lebensbedrohlich, es zu verlassen. Es gibt mehrere Berichte, daß Flüchtlinge, die ihre Äcker und Häuser aufsuchten, in der Hoffnung, dort Lebensmittel und andere Habseligkeiten zu finden, nicht mehr nach Trnopolje zurückkamen. Mladen Tadic

berichtete, daß eine kleine Gruppe muslimischer Männer aus dem Lager, die eines Tages in Kozarac auftauchten, von serbischen Extremisten umgebracht worden sei.

Die unmenschlichen Zustände während des Krieges erscheinen westeuropäischen Beobachtern schwer nachvollziehbar und die Existenz solcher Zentren wie in Trnopolje, in denen Menschen unter erbärmlichen Bedingungen lebten, zurecht als eine Qual. Doch der Krieg setzt zivile Normen außer Kraft, und unter Berücksichtigung dieses Umstands kann festgehalten werden, daß in Trnopolje, dank der Organisation und Mithilfe aller, das Leben relativ geordnet ablief und relativ sicher war. Paddy Ashdown, damals Vorsitzender der Liberalen Partei Großbritanniens, besuchte wenige Tage nach Penny Marshalls Team die Lager Manjaca und Trnopolje und beschrieb in einem Artikel im »Independent« (13.8.1992) seine Eindrücke von Trnopolje folgendermaßen: »Sie haben sich hier niedergelassen, weil sie nirgendwo sonst hingehen können. Ihre Häuser wurden niedergebrannt, und ihr Leben war bedroht. Muslimische Extremisten üben Druck auf die Männer aus, den Guerillabanden beizutreten. Sie sind deshalb zu ihrer eigenen Sicherheit hergekommen. Aber kürzlich wurde das unbewachte Lager nachts von serbischen Extremisten überfallen. Sie haben sie geschlagen, ihnen geraubt, was sie noch hatten, und angeblich auch Frauen vergewaltigt. Jetzt ist die Situation besser.« Selbst in Berichten des US State Departments wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß das Lager in Trnopolje für Tausende von schutzlosen Muslimen ein Zufluchtsort war. Sir John Thomson, seinerzeit Leiter einer KSZE-Untersuchungskommission, warnte Anfang September 1992 vor voreiligen Schlüssen: »Ich habe den Eindruck, daß einige der Gefangenen nicht sehr weit kämen, wenn einige der Lager einfach so geöffnet würden. Es gäbe einige Gräber in der Nähe« (»Guardian«, 5.9.92).

Die ITN-Reportage lieferte ein falsches Bild des Lagers Trnopolje, und sie hat damit Einfluß auf die westliche Politik gegenüber den bosnischen Serben ausgeübt. Eine Welle verschärfter Repressionen bis hin zur Androhung von Militärschlägen war die Folge. Auch beim ersten Prozeß des Kriegsverbrechertribunals in Den Haag gegen den bosnischen Serben Dusko Tadic spielte der Stacheldrahtzaun von Trnopolje eine wichtige Rolle. Tadic wurde vom Zeugen »L« - später bekannt als Dragan Opacic, der überführt wurde, von der Polizei in Sarajevo zur Falschaussage gezwungen worden zu sein - beschuldigt, im Lager Trnopolje an Morden und Vergewaltigungen teilgenommen zu haben. Opacic hatte am 15. August 1996 im Gerichtssaal in Den Haag in eine Skizze gezeichnet, wie der Stacheldrahtzaun angeblich das gesamte Lagergelände einzäunte.

Auch Vulliamy wurde in den Zeugenstand geladen. Am 6. und 7. Juni 1996 gab er seine Erfahrungen aus dem Balkankrieg wieder. Seine Ausführungen wurden über weite Strecken vom Abspielen von ITN-Videobändern begleitet. Als man sich der Stelle mit dem Stacheldrahtbild und Fikret Alic näherte, bat er darum, das Videogerät abschalten zu lassen: »Ich weiß nicht, wer darüber mehr verblüfft war, die anderen zu sehen. Wir, die wir die Leute hinter dem Stacheldrahtzaun erblickten, oder sie, die eine Gruppe von Leuten mit Notebooks und Kameras aus dem Bus steigen sahen. Wir liefen ihnen über ein Stück Land entgegen. Wir haben einigen von ihnen die Hände geschüttelt. Das war verwirrend. Ich beschreibe, wer hinter dem Zaun war, lieber mit abgeschaltetem Video, weil ich es besser kann, wenn ich nicht versuche, den Bildverlauf zu kommentieren.«

Warum Vulliamy gerade diese eindrucksvollen Szenen nicht vorgeführt sehen wollte? Mein erster Gedanke war, daß er möglicherweise Rückfragen zum Stacheldrahtzaun vermeiden wollte. Die Krönung dieser ganzen Geschichte aber präsentierte mir Tadics Verteidiger Mischa Wladimiroff in seiner Haager Kanzlei. Er erzählte mir, daß er Opacic, einen Tag nach seiner Entlarvung als Lügner, über die Hintergründe seiner Falschaussage befragt hatte. Opacic berichtete ihm, daß man ihm im Polizeigewahrsam in Sarajevo, Videoaufnahmen von Dusko Tadic und von Trnopolje, das er nur flüchtig kannte, vorgeführt habe. Darunter sei auch das Filmmaterial von ITN mit dem Stacheldrahtzaun gewesen. Wäre Opacic nicht vorzeitig der Lüge überführt worden, hätte Tadics Verteidiger den Stacheldraht zur Sprache gebracht, und vielleicht wäre schon dann das ITN-Bild aufgeflogen.

Eine gekürzte Fassung dieses Beitrags ist in der Züricher »Weltwoche« (9.1.97), im Wiener »Standard« (10.1.97) und im »De Groene Amsterdammer« (22. 1.) erschienen, eine ausführlichere in der Zweimonatsschrift »Novo« (Jan./Febr. 97)

Thomas Deichmann ist freier Journalist, Redakteur der Zeitschrift »Novo« und Mitarbeiter des London International Research Exchange. Er schrieb in KONKRET 8/96 über die Suche noch den Massengräbern von Srebrenica

Konkret 03/97, S. 17

Hermann L. Gremliza

Die höhere Wahrheit? Ein Nachwort

Es sei »aus journalistischer Sicht unprofessionell« gewesen, was die meisten Zeitungen mit dem Bild aus dem Lager Trnopolje getrieben haben, schrieb Thomas Deichmann an anderem Ort. Diese Behauptung ist falsch. Warum? Ich komme auf die Frage zurück.

»Es war dieses Bild, das die Welt in Alarmbereitschaft versetzte«, sagte die Journalistin Penny Marshall, die es gemacht hat, als sie mit ihren Kollegen Ian Williams und Ed Vulliamy von ITN im August 1992 Trnopolje besuchte. Das Foto, das damals in fast jeder Zeitung erschien, wurde als Beweis dafür präsentiert, daß die bosnischen Serben Konzentrations- und Vernichtungslager eingerichtet hätten. In kaum einer Bildunterzeile fehlten Auschwitz, Hitler, die Endlösung. »Belsen 92 - The Proof« titelten englische Blätter.

Heute, nach Deichmanns Recherchen, legen Penny Marshall und ihr Sender ITN größten Wert darauf, niemals behauptet zu haben, sie hätten ein »Nazi-style concentration camp« vorgefunden. Wie es dazu kam, daß ein Foto, das nicht in einem KZ aufgenommen wurde, exakt so aussah, als sei es in einem KZ aufgenommen worden, und warum ITN sich weigert, Einblick in das Filmmaterial aus Trnopolje zu geben, hat Deichmann plausibel beschrieben. Es spricht nicht gegen seine Version, daß die Reporter auf Einladung von Radovan Karadzic im Lager waren und sich dort (wie das Filmmaterial zeigt) frei bewegen konnten. Es wird in Trnopolje so gewesen sein, wie es eine Muslimin beschrieb, die Ed Vulliamy, der das Lager 1997 einem »Gulag von Konzentrationslagern« zuzählt, nach seiner Rückkehr 1992 im »Guardian« zitierte »Hier ist es sicher, aber wir wissen nicht, welchen Status wir haben. Wir sind Flüchtlinge, aber es gibt Wärter und den Drahtzaun. « Man kann sich das vorstellen. Fikret Alic, der im Mittelpunkt des ITN-Fotos stand, hat später das Lager - und das Land - verlassen.

Daß es in Trnopolje und anderen Lagern Morde und Vergewaltigungen gab, bestreitet niemand, auch Deichmann nicht. Was also soll die Wahrheit über das Foto beweisen?

Im »Freitag« spricht die Journalistin Erica Fischer aus, was die meisten ihrer Kollegen denken werden: »Immerhin hat das Foto die Welt wachgerüttelt und zur Schließung einiger Lager der sogenannten Serbischen Republik geführt. Dadurch wurden unzählige Menschenleben gerettet... Hat Penny Marshall behauptet, sie hätte außerhalb gestanden? Ich weiß es nicht, und es ist mir im Grunde genommen auch egal«

Hätte man das Foto also auch gleich in Roms Cinecitta schießen können, mit albanischen Flüchtlingen als KZ-Komparsen? Und warum das Schäumchen vorm Mündchen? Hat das Foto nicht seine segensreiche Wirkung längst getan? Kann Deichmann, der doch bloß »ein unerhebliches Detail ausschlachtet« (Fischer), damit noch irgendeinen Schaden anrichten?

Er kann. Ob nämlich die Einrichtung der Lager das größere Verbrechen war oder ihre nach Erscheinen des ITN-Fotos erfolgte Auflösung, ist durchaus strittig. Waren es Vernichtungslager, war es ihre Einrichtung, waren es Flüchtlingslager, war es ihre Auflösung, in welchem Fall die Journalisten, die das verlangt und mit dem Abdruck und der Kommentierung des ITN-Fotos darauf hingewirkt haben, die Folgen zu verantworten hätten.

Und war Trnopolje ein KZ, dessen Insassen nicht einzeln und spontan, sondern massenhaft und systematisch vergewaltigt und ermordet wurden, dann war das Verbrechen Politik, die Serbische Republik die Kriegsverbrecherin des Balkankriegs, über die Kohl, Genscher, Kinkel, Reißmüller und andere zu Gericht sitzen dürften. War aber Trnopolje ein Flüchtlingslager, dann sind die dort begangenen Morde und Vergewaltigungen Teil jener Schlächterei, die die drei Bürgerkriegsparteien überall in Bosnien untereinander verübten, und als Verbrecher dieses Kriegs hätten dann jene auf der Anklagebank Platz zu nehmen, die den friedlichen Vielvölkerstaat Jugoslawien zerschlagen und den Bürgerkrieg angeheizt haben: Kohl, Genscher, Kinkel, Reißmüller und andere.

Ich komme auf Deichmanns Fehler zurück. Was die Reporter von ITN und all die anderen mit deren Foto gemacht haben, war alles andere als unprofessionell. Der Beruf des Journalisten ist keineswegs die Verbreitung von Tatsachen, sondern die Herstellung und der Verkauf von Texten und Bildern. Ohne Stacheldraht war das Foto aus Trnopolje im günstigsten Fall ein paar tausend Mark wert. Mit Stacheldraht einige hunderttausend Mark. Mit Serben hinter dem Stacheldraht: nichts.

Konkret 03/97, S. 20

Joachim Rohloff

Ein schönes Blutbad zu Gemüte

Die deutschen Medien möchten Blut sehen: um liebsten das des serbischen Präsidenten, gerne aber auch das einiger seiner Gegner

Wie man Armut mit Anmut erträgt, bestohlen wird und trotzdem strahlt vor Freude, das demonstriert unter beträchtlichem Lärm derzeit die serbische Opposition: »Hunderttausende von jungen, schönen, freudestrahlenden, gelassenen, gebildeten, armen und bestohlenen Bürgern erzeugen tagtäglich, schon zwei Monate lang, eine Karnevalsatmosphäre auf den Straßen Belgrads«, läßt die »Zeit« einen serbischen Dichter dichten, und die »Taz« beschreibt mitten im Winter die »Gesichter des politischen Frühlings«: Bosko, »der freie Mitarbeiter einer Belgrader Lotteriegesellschaft«, wünscht Milosevic »das rumänische Ende«. Um halb acht, wenn die Nachrichtensendung des staatlichen Fernsehens beginnt, trommelt er mit Schraubenzieher und Kochlöffel auf Müllcontainer ein. »Lärm gegen Lügen«, nennt er das. Er »weiß von einem Mann, der seine Trompete an einen Staubsauger angeschlossen hat«. Von kreativen Autopannen liest man, von subversiven Dauertelefonaten, von der Wahl einer »Miß Protest« und von orthodoxem Mummenschanz.

Die Albaner sind derweil schon einen Schritt weiter. Der Sozialismus beutet den Menschen aus, dachten sie, im Kapitalismus arbeitet das Geld. Nach dem Zusammenbruch einiger naturgemäß unseriöser Anlagegesellschaften wollen sie nun ihre bürgerliche Regierung stürzen: »Ziel der Brandschatzungen sind nicht nur öffentliche Gebäude wie Rathäuser und Polizeistationen, sondern immer wieder auch die örtlichen Sitze der allmächtigen demokratischen Partei.« Da kommt keine rechte Karnevalsstimmung auf, das ist unschön anzusehen, obendrein illegal und vermag die westliche Presse kaum zu begeistern. In Bulgarien, wo die bürgerliche Regierung wegen der wirtschaftlichen Misere längst abgewählt wurde, fällt aus nämlichem Grund der Sozialismus bereits zum zweiten Mal. Trotzdem ist die Stimmung eher mies, zur Wahl einer Miß Generalstreik (Achtung: auch illegal!) fehlt es den Bulgaren inzwischen an Humor.

»Die Bürger Serbiens aber«, die von solchen Nöten noch nichts wissen, »wollen aufwachen und sich endlich ein schönes Frühstück zu Gemüte führen«, dichtet der Dichter der »Zeit«. »Die Bürger Serbiens wollen die Marmelade von heute.« Das ist metaphorisch gemeint. Mein Gott, sagt sich da der Kommentator der »Hamburger Morgenpost«, »mein Gott, wo soviel Witz unter das ernste Verlangen nach dem bißchen Freiheit der parlamentarischen Demokratie (er meint das nicht so! J.R.) gemischt wird, darf doch kein Blut mehr fließen.« Der »Spiegel« sucht einen »serbischen Vaclav Havel«, möchte zuvor aber Mirjana Markovic, die Gattin des amtierenden Präsidenten, brennen sehen. Sie hat nämlich vor Jahren »auf Parteitagen des damals alleinregierenden Bundes der Kommunisten die Lunte am Bruderkrieg mitgelegt«, sie »hetzte, Seite an Seite mit ihrem Mann, gegen Slowenen, Kroaten, Bosnier und Albaner, verunglimpfte deren politische Führer als >Separatisten(«. Nun, wie hätte sie Tudjman, der ein jugoslawischer Havel auch nicht war, anders nennen sollen? Einen Selbstbestimmungsrechtler? »Als die Umtriebige vor kurzem nach Neu-Delhi reiste, malten Studenten auf ein Transparent: >Sei froh, daß du in Indien bist, dort werden keine Kühe geschlachtet.<« Der Oppositionsführer »Draskovic schimpft sie in seinen feurigen Reden«, in denen er aber keine Lunten mitlegt, »eine Terroristin, Demonstranten zeichnen sie auf Plakaten als Hexe und wünschen sie in die Hölle«. Aber »Mirjana in der Opferrolle, die Hexe verbrannt? Nicht viele Serben können sich das vorstellen« und der »Spiegel« zu seinem Bedauern auch nicht, denn »die Dame, die so gern zündelt, sie ist nicht fürs Feuer«.

Zwar wird an der deutschen Revolution von 1989 allenthalben gelobt, daß sie so friedlich war, doch niemand denkt daran, sich bei Egon Krenz zu bedanken. Vielleicht ist man insgeheim doch leise betrübt ob der mangelnden Gegenwehr. Weil die Kommunisten sich sang- und klanglos verabschiedeten, zweifelt mancher am Sinn des eigenen Engagements in der Hitlerwehrmacht. Wenn man vorher geahnt hätte, daß der Bolschewik dereinst mit dem weißen Taschentuch wedelt, hätte man sich den Zweiten Weltkrieg doch sparen und den Kommunismus einfach aussitzen können. So ruht die letzte Hoffnung eines jeden, dessen Biografie nicht erst 1945 beginnt und der sich weigert, dieselbe und das Ritterkreuz anstandslos wegzuwerfen, inzwischen auf dem Postkommunismus. Ließe wenigstens der sich zu einem überzeugenden Massaker hinreißen, behielte Stalingrad vielleicht doch einen Sinn. In der »FAZ« müht sich deshalb Johann Georg Reißmüller nach Kräften, einen der letzten Feinde des Menschengeschlechts, den notorischen Blutsäufer Slobodan Milosevic, zum Bürgerkrieg zu tragen. Da er ihn aber bei seiner Kommunistenehre schwerlich noch zu fassen kriegt, appelliert er unter der Überschrift »Naht das Ende einer Tradition? Gewalt in Serbien - einst und heute« an den Killerinstinkt des serbischen Despoten: »So, wie der Machtkampf in Belgrad bisher abläuft, nimmt er sich ungewohnt aus vor dem Hintergrund der neueren serbischen Geschichte, in der grausame tödliche Gewalt ein häufig gebrauchtes Mittel in der politischen Auseinandersetzung war.«

Es ist empörend! Statt die demonstrierenden Studenten, die ihm nun seit Wochen auf der Nase herumtanzen, gehörig niedermetzeln zu lassen, spielt Milosevic den toten Mann. »Warum hat das Regime bisher nicht die Protestbewegung auf den Straßen zusammengeschossen? Befürchtet Milosevic, jedenfalls einige der westlichen Mächte, Amerika und

Deutschland vor allem, könnten sich dann für immer von ihm abwenden und seinen Sturz betreiben? « Denn die Briten und die Franzosen sehen bekanntlich einen gepflegten Massenmord zuweilen gar nicht ungern.

Auch die Führer der Opposition müssen daran erinnert werden, daß man den serbischen Thron traditionell mit blutigem Wams besteigt. Obrenovic mordet Karadjorjevic, Karadjorjevic junior mordet Obrenovic und wird wiederum von Obrenovic junior ermordet - so liest Reißmüller die serbische Geschichte. Es ist »bis in den Beginn des 20. Jahrhunderts kein einziger Herrscher Serbiens, ob Fürst oder, seit 1882, König, auf normale Weise, durch natürliches Ableben aus seinem Amt geschieden.« Da wäre es doch eine grausame Ironie, sollte ausgerechnet Milosevic dem höchsten Staatsamt sanft entschlummern.

Die größten Menschheitskatastrophen begannen regelmäßig mit serbischen Mordtaten: »Am Beginn des Ersten Weltkriegs stand der Mord großserbischer Fanatiker am österreichischen und ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajevo, am 28. Juni 1914«, und »in dem von deutschen Bombenangriffen schwer getroffenen Belgrad wütete im Frühjahr 1941 Terror der serbischen Tschetniks«. In seinem Standardwerk *Jugoslawien - Vielvölkerstaat zwischen Ost und West* beschrieb Reißmüller schon 197 1, wie »die Partisanen durch oftmals mit Grausamkeiten verbundene Überfälle auf deutsche Truppen diese zu Repressalien gegen die Zivilbevölkerung« reizten. Daß schließlich »in dem Eroberungskrieg, den Serbien unter Milosevic von 1991 bis 1995 führte und führen ließ, ... Völkermord und Massengrausamkeit wichtige Kampfmethoden« waren, braucht nicht eigens erwähnt zu werden. Nun aber? »Nun aber kämpfen auf den Straßen Belgrads und anderer serbischer Städte wochenlang Regime und Opposition um die Macht im Staat - doch zu Massakern ist es bisher nicht gekommen.« Ja, Scheiße, kann das denn wahr sein? »Könnte es sein, daß Serbien mit dem Heraufkommen neuer Generationen allmählich zu einem zivilisierten politischen Leben findet?« Ganz ohne deutsche Hilfe?

Konkret 03/97, S. 21

Albrecht Kieser

Die Versteckten

2,5 bis 3 Millionen »Illegale« leben noch Schätzung der Genfer Regierungskommission der westlichen Industriestaat« (IGC) allein in Westeuropa: abgelehnte und untergetauchte Asylbewerber, illegal Eingewanderte und Ausländer, denen das Aufenthaltsrecht entzogen wurde

1. Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer sich ohne Aufenthaltsgenehmigung im Bundesgebiet aufhält und keine Duldung besitzt.

2. Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer einen Ausländer zu einer der in Absatz 1 bezeichneten Handlungen anstiftet oder dabei Hilfe leistet und dabei wiederholt oder zugunsten von mehr als fünf Ausländern handelt.

3. In den Fällen des Absatzes 2 ist der Versuch strafbar.

Paragraph 92 Ausländergesetz

Noch haben Ermittlungsverfahren gegen »Unterstützer«, hauptsächlich gegen Pfarrer und Gemeindemitglieder, die abgelehnten Asylbewerbern Kirchenasyl gewährt haben, aber auch gegen Rechtsanwälte, zu keiner Verurteilung geführt. Die Drohung des Gesetzes tut dennoch seine Wirkung gegen die »Illegalen«, die von der staatlichen Asylverwaltung prinzipiell »Wirtschaftsflüchtlinge« genannt werden, um sie als Schmarotzer am deutschen - respektive europäischen - Wirtschaftsleib zu denunzieren. Unmißverständlich heißt es in der seit dem 20. Juni 1994 gültigen Entscheidung des Rates der Europäischen Union: »Die Mitgliedstaaten verweigern Staatsangehörigen dritter Länder, die zur Ausübung einer Beschäftigung einreisen wollen, die Einreise.«

4 Milliarden Mark haben die EU-Staaten in den letzten drei Jahren zur Befestigung ihrer Außengrenzen investiert. Das Personal allein des bundesdeutschen Grenzschutzes wurde seit dem Fall der Mauer von 24.000 auf Ober 40. 000 aufgestockt. In Österreich steht Militär an der Grenze zu Ungarn. In Spanien patrouillieren paramilitärische Einheiten der Guardia Civil mit Küstenschnellbooten an der europäischen Südflanke.

Daß neben Armutsflüchtlingen politisch Verfolgte, Opfer korrupter und unterdrückerischer Regimes, vor Kriegen und Bürgerkriegen Fliehende vor den neuen Festungsmauern, besonders dem neuen deutschen Ostwall scheitern und von dort sowie aus dem Innern Deutschlands und der anderen Staaten in die Hände ihrer Verfolger zurückgeschafft werden, nehmen die Bauherren der Festungsanlagen billigend in Kauf.

7,2 Prozent der Asylbewerber wurden im Dezember 1996 als politische Flüchtlinge anerkannt. Bei Flüchtlingen aus besonders finsteren Diktaturen liegt die Anerkennungsquote noch tiefer, ein Beweis dafür, wie wenig die offizielle Anerkennung eines Flüchtlings mit seiner realen Verfolgung zu tun hat: Für Nigerianer z.B. liegt die Quote bei 1,5 Prozent, obwohl sogar der Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung feststellt: »Die Menschenrechte werden in Nigeria nach wie vor nicht beachtet.« Nicht anders China: Bundespräsident Roman Herzog führte auf seiner China-Reise eine Liste von 15 inhaftierten Dissidenten mit, um deren Freilassung er »höflich, aber bestimmt« nachsuchen wollte. Mit einer Lufthansa-Maschine, die kurz vor ihm gestartet war, übergab das Bundesinnenministerium den chinesischen Freunden, sozusagen im Vorgriff auf die Liste, ein blutiges, gut verschnürtes Menschenbündel: Eine Chinesin, deren Asylgesuch abgelehnt worden war, hatte sich lebensgefährliche Schnitte kurz vor dem Flug zugefügt und sich so vor der Abschiebung retten wollen. Vergeblich.

1995 wurden an deutschen Grenzen 125.000 Menschen an der Einreise gehindert, 30.000 wurden nach ihrem illegalen Grenzübertritt aufgegriffen und zurückgeschoben, weitere 36.000 wurden, meist nach beendetem Asylverfahren, zwangsweise abgeschoben. Frankreich hat es im selben Jahr auf 15.000 Abschiebungen gebracht, aus Österreich wurden ebenfalls 15.000 Flüchtlinge abgeschoben, weitere 10.000 sitzen dort in Abschiebehaft. Europaweit säuberten die EU-Staaten im letzten Jahr über 100.000 Flüchtlinge von ihrem Territorium, immer öfter nach gegenseitiger Information und Absprache, oft in gemeinsam gecharterten Flugzeugen. Ein EU-weites »Informations-, Reflexions- und Austauschzentrum für Fragen im Zusammenhang mit dem Überschreiten der Außengrenzen und der Einwanderung (CIREFI)« organisiert u.a. »einen Informationsaustausch über Fragen der Rückführung, insbesondere Ober Zielländer, Abflug- oder Ankunftsflughafen, Beförderungsunternehmen, Flugrouten, Tarife, Buchungsmöglichkeiten, Beförderungsbedingungen, notwendige Begleitungen, Chartermöglichkeiten sowie über Probleme bei der Beschaffung von Heimreisedokumenten«.

Weil aber Abschreckung auch wirklich schrecken soll, haben es Mauerschützen und andere Wächter nach Schätzungen der europäischen Flüchtlingsorganisation UNITED seit 1993 auf über 200 Tote an den Außengrenzen und innerhalb der

Festung Europa gebracht.

»Sans Papiers«

Letzten August stürmten Polizisten mit Äxten die Pariser Kirche Saint Bernard, die Flüchtlingen Asyl gewährt hatte. Die französische Regierung wollte mit diesem Gewaltakt ein Symbol des Widerstands gegen die »Lois Pasqua« beseitigen, gegen jene Gesetze des Innenministers Pasqua, die mit einem Schlag zehntausende bislang in Frankreich geduldeter Ausländer zu »Papierlosen« gemacht haben. Die »Sans Papiers« appellieren an die Gewerkschaften und die Linken, die stille Übereinkunft zwischen linken und rechten Parteien in Frankreich über einen Einwanderungsstop, »Immigration zero«, aufzukündigen. Tatsächlich haben die »Sans Papiers« die Debatte in Gang gebracht. Als erste ist die Kommunistische Partei im Oktober 96 offiziell von der Parole »Immigration zero« abgerückt. Madjigene Cissé, Sprecherin des »Collectif Saint Bernard« und Mitglied der Nationalen Koordination der Papierlosen, hat auf dem nationalen Kongreß des Gewerkschaftsverbandes CGT gesprochen; die Legalisierung der Mitglieder des »Collectif Saint Bernard« wurde vom Kongreß unterstützt. Eine der drei wichtigsten Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst, die SUD, hat sich sogar hinter die Forderung nach Legalisierung aller »Sans Papiers« gestellt.

Der unabhängige Gewerkschaftsverband SUD hat denn auch das Kollektiv von Saint Bernard aufgenommen; die nahezu 300 Menschen leben nach der Vertreibung aus der Kirche und nach einer vorübergehenden Unterkunft u.a. im Théatre du Soleil jetzt in einem Gebäude, das SUD gehört. Mitglieder der Organisation, die vorrangig im Öffentlichen Dienst aktiv ist, schieben Wache vor dem Haus, um überraschenden unliebsamen Besuch zu verhindern. Zwei Gewerkschafter, die Posten stehen, geben über ihre Motivation Auskunft: »Als Gewerkschafter sind wir uns im Klaren darüber, daß die ausländischen Arbeiter die letzten in der Kette sind. Und daß es um die Ausbeutung der gesamten Arbeiterschaft geht; wenn die letzten in der Kette bedroht sind, sind auch alle anderen bedroht.« Und der andere ergänzt: »Wir wollen hier die Interessen der gesamten Arbeiterschaft verteidigen. Denn die Ausländer sollen als Sündenböcke dafür genommen werden, was uns allen als Folge der kapitalistischen Krise ins Haus steht.«

Denen, die sich solchermaßen auf Grundeinsichten der Arbeiterbewegung besinnen, geht es nicht um einzelne Härtefälle, die jeweils individuell zu regeln wären - es geht ihnen um die Veränderung politischer Strukturen und um allgemeine Rechte. Isabelle Alonges ist Gewerkschaftsekretärin von SUD. Sie demonstriert mit vor dem Pariser Palais de Justice, wo sich 200 Menschen, überwiegend AfrikanerInnen, versammelt haben, um einem der Ihren beizustehen. Trommeln werden geschlagen, Sprechchöre gerufen, die Polizei zeigt starke bis provozierende Präsenz. In einer kurzen Verschnaufpause im Café nebenan schildert die Gewerkschafterin den Standpunkt ihrer Organisation: »Vor den Ereignissen von Saint Bernard wußten viele Franzosen nichts über die Situation der >Sans Papiers< Die Leute lebten unauffällig, und selbst die Abschiebungen waren unauffällig. Doch jetzt ist das alles bekannt geworden. Der normale Franzose fühlt sich plötzlich betroffen. Und zwar auch deshalb, weil die Regierung immer stärker ein System des >Ohne< etabliert: ohne Arbeit, ohne Wohnung, ohne Geld, ohne Papiere. Die > Sans Papiers< sind da nur eine Gruppe von vielen. Etwas Gemeinsames scheint deshalb plötzlich auf zwischen den Franzosen und ihnen.«

Diese radikal politische Sicht auf das Problem der »Sans Papiers« fällt auf die Aufsplitterung in »schwere« und »minder schwere Fälle« nicht herein. Sie läßt sich erst recht nicht von der Parole »Das Boot ist voll« den Blick auf die Zusammenhänge verstellen. Erheblich beigetragen zu dieser Sicht haben die »Sans Papiers« selbst. Denn sie sind gerade keine soziale Hilfsorganisation, sondern wollen den politischen Kampf. Einer der Sprecher bringt das so auf den Punkt: »Das Ziel unserer Gruppe ist von Anfang an ein politisches gewesen. Natürlich helfen wir uns gegenseitig. Aber der politische Kampf ist das Grundsätzliche, der Motor und auch die Motivation für die Leute, hierher zu kommen. Weil die Situation in jeder Hinsicht schlecht ist, liegt die Hoffnung nur in einer politischen Veränderung. Hierauf konzentrieren wir uns, bei aller Solidarität im einzelnen.«

Wobei ihm und den anderen aus dem Kollektiv auch die internationalen Zusammenhänge wichtig sind. Die Runde der 20 »KollektivistInnen« nickt zustimmend, als einer von ihnen betont, auf keinen Fall dürfe die europäische, die internationale Dimension in ihrem Kampf vergessen werden. »Für die Wirtschaft«, so sagt er, »für das Kapital fallen die Grenzen, international. Aber für die Menschen werden die Grenzen hochgezogen. Und das ist eine internationale Entscheidung. Nicht nur eine französische. Unter dem Stichwort Globalisierung wird das europäische, das kapitalistische Modell aggressiver exportiert denn je. Aber wenn die Opfer der internationalen Ausbeutung nach Europa kommen wollen, läßt man sie nicht ein. Die Achtung der Menschenwürde spielt eine immer geringere Rolle. Wir, die wir uns das Recht auf Freizügigkeit nehmen, sind ihnen einfach im Wege. «

Auch Madjigene Cissé hofft, daß die »Sans Papiers« eine Bresche in die Festung Europa schlagen werden. Gerade darin liege der Sinn ihres Kampfes. »Es ist kein Problem Frankreichs, es ist ein Problem ganz Europas. Wir kämpfen heute für Papiere, aber wir kämpfen auch, damit die Beziehungen zwischen dem Süden und dem Norden eine andere Richtung nehmen.« Verbindungen gebe es mittlerweile zu Gruppen in Belgien, den Niederlanden, in England und Italien. Nur die

Kontaktaufnahme mit den Deutschen sei etwas schwierig, trotz Internet. (Für Interessenten: http://www.bok.net/pajol/).

Schweizer Löcher

In der Tat wird in Deutschland die Frage, ob und wie illegale, illegalisierte Flüchtlinge geschützt werden können, nur zögerlich angegangen. Von den wenigen Gruppen in der BRD, die sich dieser Aufgabe stellen, gehen noch weniger an die Öffentlichkeit. Eine von ihnen arbeitet in Berlin und hat sich das Ziel gesetzt, Illegalen den Kontakt zu Ärzten zu vermitteln, die sich zu kostenlosen Behandlungen bereit erklärt haben. Informationszettel in verschiedenen Sprachen werden von der Gruppe verteilt und öffentliche Sprechstunden durchgeführt, auf denen besprochen wird, welcher Arzt möglicherweise helfen kann.

Der wesentliche Grund dafür, daß sich in Deutschland so wenig an Hilfe für Illegale tut, ist wohl ein politischer: Daß das Bundesverfassungsgericht die Abschaffung des Asylrechts gebilligt hat, hat viele resignieren lassen; und die Jahr für Jahr - auf inzwischen mehrere hunderttausend - gestiegene Zahl der Illegalen, hat bisher nur die Rechte zu politischen Antworten angeregt: zu rassistischen Kampagnen (»kriminelle Schlepperbanden«, »Bedrohung durch die Illegalen«), zum Ausbau von Kontrollen und Gefängnissen und zur Beschleunigung der Abschiebemaschinerie.

So unangefochten wie in Deutschland herrscht die Festungspolitik nicht mehr überall. In der Schweiz z.B. geben Menschen aus dem liberalen und dem linken Lager spürbar contra. Zwar gibt es auch hier keine Bewegung wie die »Sans Papiers«, aber es gibt seit über zwölf Jahren die AaA, die »Aktion abgelehnte Asylbewerber« und verschiedene Kirchenasyl-Gruppen. Selbst das Schweizer Bundesamt für Flüchtlinge, die staatliche Asylablehnungsstelle also, ehrt die Arbeit der Flüchtlingsgruppen in einer offiziellen Broschüre mit folgender Kritik: »Häufig sind die Asyl- und Vollzugsbehörden auch mit Fällen konfrontiert, in denen sich Privatpersonen oder Organisationen mit Interventionen gegen die Ausschaffung einzelner Ausländer zur Wehr setzen oder die von der Ausschaffung Bedrohten verstecken.«

»Häufig«, das meint nach Einschätzung von Heidi Zuber, die mit ihrem Ehemann zusammen die AaA aufgebaut hat, etwa 30.000 abgelehnte AsylbewerberInnen, denen sie bislang auf die eine oder andere Weise geholfen haben. »Wir vermitteln gefälschte Papiere, Geld für Reisedokumente, wenn sie weiter müssen, wir verstecken sie, sorgen für das nötige Geld zum Leben, für eventuelle Krankenkosten, manche begleiten wir zurück in ihr Herkunftsland, für manche können wir nachträglich eine Legalisierung in der Schweiz durchsetzen.«

Ende Oktober haben die Zubers zum zweiten Mal einen wichtigen Schweizer Menschenrechtspreis erhalten. »Inzwischen hat man sich da ja viele Eigenschaften angeeignet«, sagt Herr Zuber, »Eigenschaften, die an die Methoden der Resistance erinnern. Die Art und Weise, wie man miteinander verkehrt, verschlüsselte Botschaften austauscht und so. Aber wir verstecken die Leute natürlich nicht einfach ein Leben lang. Sondern nur mit einer Perspektive. Da muß dann etwas gehen. Ein illegaler Platz dient vielleicht im Höchstfall drei Monate lang, aber eher nur zwei Wochen. In der Zeit muß etwas passieren, daß das Problem gelöst wird. Und hier gibt es dann die verschiedensten Möglichkeiten.«

Die Verschiedenartigkeit der Möglichkeiten hängt vom Kreis der Unterstützer ab, die sich dem Ziel der AaA verpflichtet haben. Sie stehen alle in einer Kartei, mit Namen, mit ihren besonderen Kenntnissen, ihren jeweiligen Mitteln. Von den Zubers werden sie angerufen, gefragt, ob sie jemanden unterbringen können, ob sie ärztlich helfen können, ob sie eine Arbeitsstelle haben. Ein Netz ist in diesen zwölf Jahren geknüpft worden, das viele Abgelehnte auffangen kann, aber von den Behörden schwer zu orten ist. Denn nur zwei oder drei Menschen treten öffentlich auf, halten den Kopf hin, lassen sich vor Gericht zitieren, kassieren Strafen (2 Monate Gefängnis bisher). Die anderen helfen verdeckt, anonym, im Stillen.

Bis zu den letzten Verschlechterungen der Schweizer Asylgesetze vor drei Jahren gehörte auch der Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge zu den heimlichen Unterstützern der AaA. Nachdem er seinen Posten niedergelegt hatte, bekannte er sich öffentlich dazu: »Er ist jeweils nachts um ein oder zwei Uhr mit dem Pferd bei uns vorgetrabt. Und dann haben wir begonnen zu verhandeln. « Zu verhandeln über die von seiner Behörde Abgelehnten, die Zubers auf ihrer Liste hatten. Und die zum guten Schluß, hinter den Kulissen der Macht, von einem ihrer Protagonisten geschützt wurden.

Die Verbindungen der AaA reichen auch nach Deutschland. Eine der SprecherInnen, die Pfarrerin Margit Fankhauser, hat letztes Jahr auf dem Bundestreffen der Kirchenasyl-Initiativen über die Arbeit der AaA und 'anderer Schweizer Flüchtlingsgruppen berichtet. Dabei hat sie auch auf die Hauptströmung hingewiesen, die in der Schweiz als europäischem Festungsland die Situation für Menschen kaum noch erträglich macht, die vor Mord, Armut und den Folgen der Globalisierung fliehen. Neueste »Errungenschaft« der Eidgenossen: Mit Gefängnis kann ein Flüchtling bestraft werden, »wenn die begründete Befürchtung auf Begehung strafbarer Handlungen vorliegt oder wenn der Ausländer ganz allgemein in grober Weise gegen Normen des ungeschriebenen Rechtes des sozialen Zusammenlebens verstößt« (aus der amtlichen Erläuterung des Gesetzestextes).

Hier die AaA und andere Gruppen. Dort die Gesetzgebung: Die schweizerische Gesellschaft reagiert extrem gegensätzlich. Rolf Widmer, Leiter einer Abteilung des Züricher Sozialamtes, das sich zur Aufgabe gemacht hat, den gegenseitigen »Respekt zwischen Schweizern und Flüchtlingen« zu fördern, verweist angesichts der immer schärferen Anti-

Flüchtlingsgesetze darauf, daß sich die Schweiz schon einmal weigerte, Flüchtlinge ins Land zu lassen. Damals waren es zehntausende Juden aus dem nationalsozialistischen Deutschland, die vergeblich Schutz suchten. »Wenn das so weiter geht«, sagt Rolf Widmer, »werden sich unsere Kinder oder Großkinder wieder für etwas entschuldigen und geradestehen müssen, das wir heute entscheiden.«

Albrecht Kieser ist Mitarbeiter im Rheinischen Journalistinnenbüro, Köln

Konkret 03/97, S. 24

Walter von Goldendach, Hans-Rüdiger Minow

Ethische Ordnung

Im deutsch dominierten Großwirtschaftsraum »Europa« stören nationalstaatliche Grenzen. Ihre Zerschlagung ist das Ziel der deutschen »Ethno«-Politik, die nun mit dem »Europäischen Zentrum für Minderheitenfragen« (EZM) zur Offensive übergeht

Fünf lange Jahre benötigten Auswärtiges Amt (AA) und Bonner Innenministerium (BMI), um ihre Pläne abzustimmen. Nun ist es soweit: Seit Dezember 96 arbeiten deutsche Spezialisten, damit »eine offensive Volksgruppen- und Minderheitenpolitik endlich den Platz erhält, der ihr bereits seit geraumer Zeit zusteht« - so die Landtagspräsidentin Lianne Paulina-Mürl auf einem Minderheitenforum des Landtags von Schleswig Holstein am 7. Juni 1991. Für ihre Minoritäten-Vorhaben haben sie in Flensburg eine europäische Kulisse errichtet, Fördergelder der EU kassiert und am neuen »Zentrum für Minderheitenfragen« auch die ahnungslosen Dänen beteiligt.

Daß die Offensive nicht den sozial Deklassierten in Deutschland gilt, etwa den Millionen Migranten aus der Türkei, Arbeitern aus Vietnam oder Osteuropa, versteht sich von selbst. Es geht um Minderheiten und sogenannte Volksgruppen *außerhalb* der Bundesrepublik. Ihnen will die von AA und Innenministerium finanzierte Minderheitenzentrale zu umfassenden Rechten verhelfen. Sie wurde »dringend benötigt« (Originalton BMI). Denn überall, so scheint es, verlangen Minoritäten Zuspruch und richten ihre Blicke auf das vereinigte Deutschland. Wie der Direktor des EZM, Stefan Troebst, anläßlich der Institutseröffnung am 4. Dezember letzten Jahres in Flensburg erklärte, »ist der geographische Arbeitsbereich der neuen Institution Europa und in manchen Fällen angrenzende Gebiete wie ... das Schwarzmeergebiet oder der Kaukasus«.

Wer wegen solcher Zielvorgaben vermutet, die deutsche Außenpolitik sei auf der Suche nach Minderheiten, die ihr den Weg in ressourcenstarke Interventionsgebiete öffnen, denkt zu kurz. »Besondere Aufmerksamkeit wird« zwar »Osteuropa gewidmet werden«, konzediert der Minderheitenexperte Troebst. »Doch wenn wir uns an die diesjährigen Schlagzeilen zu Nordirland, dem Raskenland, Korsika und Zypern erinnern, wird klar, daß nicht nur in der Region hinter dem ehemaligen Eisernen Vorhang schwere ethnische Konflikte schwelen. Wenn es um die Rechte von Minderheiten geht, hinken auch einige westliche Länder hinterher. «

Warum es sich bei der Minderheitenfrage um ein lokal nicht eingrenzbares Problem handelt und deswegen kontinentale, sowohl nach Osten wie nach Westen zielende Einsätze der deutschen Außenpolitik gefragt sind, erklärt der Bonner Staatssekretär Prof. Dr. Kurt Schelter mit grundsätzlichen Erkenntnissen. Ohne daß Schelter damit auf Widerspruch stieß, führte er in Gegenwart zahlreicher SPD-Politiker bei der EZM-Eröffnung aus: »Die Bevölkerung der meisten Staaten Europas ist ethnisch nicht homogen ... In vielen Ländern Europas gibt es noch ethnische Spannungen ... Hinzu kommen Auseinandersetzungen, die entstehen, weil sich Menschen in ihrer besonderen ethnischen Identität in ihrem Staat nicht genügend geachtet und beachtet fühlen ... «

Mit solchen Beobachtungen, denen auch die SPD-Ministerpräsidentin Heide Simonis applaudierte, bringt Schelter bekannte (im Ausland auch berüchtigte) Ordnungsprinzipien in Erinnerung: nicht Nationen rechtsgleicher Bürger, sondern »ethnisch« separierte »Volksgruppen« seien die Bausteine Europas. Als die Auffassungen des heutigen Staatssekretärs noch keiner »ethnischen« Umschreibungen bedurften, hatte es geheißen, Nationen mangelnder »Homogenität« müßten aufgelöst und ihre Siedlungsgebiete großdeutschem Schutz unterstellt werden, damit etwa Frankreich in viele Parzellen zerfalle: in »Volksgruppengebiete« der »Burgunder«, »Lothringer« und »Bretonen«. Durch ganz Europa jagten damals »Volksgruppen«-Kommandos auf der Suche nach »Volksmischgebieten«, in denen sie die Minderheiten erst aufwiegelten, dann ihnen das Bedürfnis nach »Autonomie« eingaben und bei Bedarf ihre Staaten auseinandersprengten. Auf diese Weise zerfiel die Tschechoslowakei. Auch Jugoslawien wurde »ethnisch« zerlegt. Die Vorarbeiten für einen »Nationalstaat Burgund« unterstanden damals Hitlers Staatssekretär v. Weizsäcker.

Aber welche »ethnischen Spannungen« hat die deutsche Außenpolitik 60 Jahre später im Auge, da ihre rassistischen Ausformungen angeblich doch längst der Vergangenheit angehören?

Neue Grenzen für Frankreich

Um ein aktuelles Beispiel für »ethnische Identität« und »ethnische« Homogenitätsprobleme ist EZM-Direktor Troebst nicht verlegen. Wenn das BMI in Gestalt von Staatssekretär Schelter die mangelnde Beachtung der Minderheiten rügt, fallen Troebst etliche Fälle ein. Beispielsweise denkt er an die »ethnische Identität« der Bewohner Südfrankreichs. Dort hinkt der französische Zentralstaat seinen Minderheiten hinterher, so daß Handlungsbedarf für die europaweiten Verpflichtungen der deutschen Minoritäten-Vorsorge besteht. Troebst kann sich vorstellen, daß von ihm entdeckte »Minderheiten« in Südfrankreich einen eigenen Nationalstaat gründen: »Ob ... beispielsweise ... die Okzitanier in Südfrankreich ein nationales

Programm vorschlagen, eine nationale Bewegung organisieren und schließlich einen eigenen Nationalstaat fordern, ja um ihn kämpfen, oder nicht, das sind schwierige, jedoch in manchen Fällen dringende Fragen.«

Mit »Okzitanien« tauchen in der deutschen Außenpolitik Optionen auf, die man nicht für möglich gehalten hätte, die aber im staatlich finanzierten EZM systematisch aufbereitet werden. So fragt sich neben Troebst auch das EZM-Vorstandsmitglied Rainer Hofmann, was es mit der nationalen Kohärenz der Franzosen auf sich habe. Hofmann, »Minderheitenspezialist« im Vertriebenen-Milieu und Co-Autor eines Rechtsextremisten, hat festgestellt, daß die französische Verfassung »die Existenz nationaler Minderheiten auf französischem Staatsgebiet (leugnet)« *(Minderheitenschutz in Europa,* Berlin 1995). Damit stehe die französische Verfassung »in deutlichem Gegensatz zu den tatsächlichen Verhältnissen«, die von zahllosen »Volksgruppen«bestimmt werden. Man erkenne sie an ihren »Minderheitensprachen« - neben »1.300.000 Personen im Elsaß und in Lothringen« (1) sind es » 10 Millionen Personen« im okzitanischen Südfrankreich, die unter Hofmanns Definition fallen und die er deswegen nicht Franzosen, sondern »Personen« nennt. Da weitere »600.000 Personen Bretonisch, 100.000 Personen Katalanisch, jeweils 80.000 Personen Baskisch und Flämisch und 70.000 Personen Korsisch« sprechen, schrumpft Frankreich auf die Ile de la Cite und das Territorium der Commune.

Freilich blieben solche Überlegungen bloße Fantasmen, gäbe es nicht Möglichkeiten, ihnen Rechtsform zu verleihen. Deswegen schlägt Hofmann vor: »Minderheiten, die als Volk und damit als Träger des Selbstbestimmungsrechtes anzusehen sind, ... (kann) ein Recht auf Sezession zuwachsen ... « (Die *Minderheitendeklaration der UN-Generalversammlung,* Berlin 1994). Zwar sind Minderheiten niemals »Völker«, und die Vereinten Nationen verbieten Hofmanns »Recht auf Sezession«, das einst von Staatssekretär v. Weizsäcker bei der Unterwerfung Europas erprobt wurde. Doch die angemaßte »Selbstbestimmung« der Minderheiten verhilft erneut zu praktischen Lösungen. In den Worten des Vorstandsmitglieds der staatlichen deutschen Minderheitenzentrale: »Wählte man den Weg der erzwungenen Assimilation von Minderheiten, wäre es wohl politisch unausweichlich und auch völkerrechtlich zulässig (!), daß die hiervon betroffenen Völker (!) versuchten, ihre eigenständige Identität (!) und damit ihr Überleben durch eine - im Extremfall auch gewaltsame - Ausübung des Selbstbestimmungsrechts mit dem Ziel der Errichtung eigener Staaten oder der gewaltsamen Änderung von Grenzen zu erreichen« *(Minderheiten-Schutz).*

Die hier postulierte Gewalttheorie über völkische Minderheiten und ihr biologisches Überleben ergänzt Direktor Troebst um das noch fehlende Recht des Stärkeren: »... keine Minderheit sollte einer repressiven zentralistischen Regierung ausgeliefert sein. In dieser Hinsicht müssen sogar souveräne Staaten das Eingreifen der internationalen Gemeinschaft hinnehmen. In Fällen wie im Kosovo (!) kann die Eskalation der Spannungen zwischen den Volksgruppen nur auf diese Weise verhindert werden. «

Man versteht nun besser, warum Troebst von der Griechischen Botschaft in Bonn beschuldigt wird, mit seiner Minderheitenarbeit »die Voraussetzungen für spätere Destabilisierungsversuche zu schaffen«, wie Andreas Papadatos, Pressesprecher der Griechischen Botschaft, am 9. September 96 in der »jungen Welt« warnte. Man versteht auch besser, welche Operationen im »Europäischen Zentrum für Minderheitenfragen« vorbereitet werden, um den kontinentalen »Volksgruppen« zu ihrem Recht zu verhelfen; beileibe nicht nur den Kosovo-Albanern und »Okzitaniern«. Nach einer offiziellen Zählung der von Rechtsextremisten und Antisemiten geprägten »Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen« (FUEV), die Mitglied des EZM-Kuratoriums ist, gehören 101.412.000 Menschen zum Minderheitenpotential. Sie werden 282 »Volksgruppen« in 36 europäischen Staaten zugerechnet. Diese Zahlen verdeutlichen, daß die deutsche Außenpolitik nicht nur gründlich ist, sondern auch aufs Ganze gehen will. Was in Jugoslawien erfolgreich begann - die »ethnische« Parzellierung des Kontinents in einem deutsch dominierten Großwirtschaftsraum marginalisierter Regionen - soll mit den Kosovo-Albanern, vielleicht auch mit den »Okzitaniern« fortgesetzt werden.

Volksromantiker & »Ethno«-Rassisten

Neben den Bundesbehörden hilft dabei das Land Schleswig-Holstein. Es ist die Kieler Regierung, die den Sezessionstheoretiker Rainer Hofmann aus dem rechtsextremen Vertriebenen-Milieu nach Flensburg berufen hat, wo er neben Marianne Tidick (SPD) über die gewaltsame Änderung von Grenzen nachdenkt. Der parteiübergreifenden Gemeinsamkeit sind ebenso Bündnis 90/Die Grünen angeschlossen. Als Koalitionspartner in der Landesregierung verantworten sie außer Hofmanns Berufung die Co-Finanzierung des EZM aus Haushaltsmitteln. Die grüne Bundestagsabgeordnete Angelika Beer, in Schleswig-Holstein zu Hause und Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, bot dem EZM-Vorstand im Februar an, »Kontakte nach Straßburg zu vermitteln«. Direktor Troebst ist von den Grünen außerdem eingeladen worden, »am 11. März in Bonn über die Arbeitsschwerpunkte der neuen Einrichtung zu berichten« (»Der Nordschleswiger«, 6.2.97).

Daß es bei dieser Gelegenheit zu einem Zusammentreffen mit Edith Müller kommt, ist nicht unwahrscheinlich. Frau Müller, Europa-Abgeordnete der Grünen, war mit dem EZM bereits vor dessen formeller Eröffnung im Gespräch. Nach

den Plänen des Bundesinnenministeriums und des Auswärtigen Amts sollen Parlamentarier wie Edith Müller eingebunden werden, um die aggressive »Volksgruppen«-Politik an der ehemals linken Flanke zu sichern. Auf diese Weise fließen ursprünglich unterschiedliche, ja konträre Potentiale zusammen und werden in der Außenpolitik des vergrößerten Deutschland legiert. Ihr gemeinsamer Bezugspunkt ist die Theorie vom »Selbstbestimmungsrecht«. Sie eignet sich sowohl für befreiungstheoretische Volksromantik als auch für rassistische »Ethno«-Politik.

Reicht das Selbstbestimmungsrecht in Erinnerung an Frantz Fanon den einen als Auftrag, die »Verdammten dieser Erde« zum Aufstand zu rufen, so meinen die anderen Friedrich Ratzel oder Alfred Rosenberg, wenn sie von »Selbstbestimmung« reden - für Ratzel und den NS-Rassentheoretiker Rosenberg bestanden Völker aus »Ethnien«, deren Selbstbestimmung der rassischen Reinigung homogener »Volkskörper« diente. Je sauberer gereinigt wurde, desto weniger blieb übrig. Um die homogenen Blutsdeutschen in der Mitte Europas sollten regionale »Volksgruppen« kreisen, atomisierte Reste früherer Nachbarnationen im deutschen Großwirtschaftsraum.

Die Fraktion der »Ethno«-Politiker alter Schule hatte bereits in den 80er Jahren erkannt, daß das »Recht auf Selbstbestimmung« neue Unterstützergruppen erschließen und ehemals Linke nach rechts führen konnte. Auf diesem Weg war die »Ethno«-Fraktion durchaus bereit, dem Verbalradikalismus ihrer einstigen Gegner zu entsprechen, der romantischen »Volks«-Verehrer und naiven Antiimperialisten. Die hatten den »Sieg im Volkskrieg« erhofft und »Dem Volke dienen« skandiert. Gemeinsam mit den »Ethno«-Aktivisten zogen sie nun gegen das »Europa der Konzerne« zu Felde, das ihre Hoffnung auf ein »Europa der Regionen« und authentischen »Völker« mit Industriemüll umgab. Radikale Kritiker der kapitalistischen Verhältnisse schienen am Werk; an die Stelle ihrer Forderung nach der Selbstbestimmung Vietnams trat die Forderung nach der Selbstbestimmung Europas, seiner »Volksgruppen« und Kulturen. Es fiel nicht weiter auf, daß auch Jörg Haider und Umberto Bossi die »Volksgruppen« pflegten und wortgleich verlangten, aus den Regionen Europas müßten Bollwerke werden, um Europas Konzernen Paroli zu bieten.

Spätestens bei der Forderung nach einem »Europa der Regionen« hätte deutlich werden können, daß der sozial-ökologische Protest lediglich als Einfallstor diente, hinter dem sich kleinflächige Ordnungen ethnischer Prägung für diverse »Volksgruppen« darboten. Baskische Tänze, korsische Gebräuche oder friesische Sprachpflege, die nun auch bei Sozialisten und anderen Vertretern eines revolutionären Sozialethos in Mode kamen, transformierten die Forderung nach ökonomischen Selbstverfügungsrecht in die Forderung nach Selbstbestimmung überkommener Kulturen (»Ethnien«, »Volksgruppen«, »nationale Minderheiten«).

Statt in alternative Gesellschaftsentwürfe ließen sich die »Volksgruppen« der »Regionen« in das Konzept eines europäischen Großwirtschaftsraums einfügen, ja waren problemlos geeignet, das soziale Protestpotential um Herkunftstheorien zu zentrieren. Die tatsächliche Vergesellschaftlichung der Individuen gerät so zu einem folkloristischen Gemeinschaftsunternehmen mit kollektiven Strukturen und regionalem Wertschöpfungsauftrag. »Wir wollen nicht das Europa grauer Einförmigkeit, sondern eine Vielzahl nationaler und regionaler Besonderheiten« (Helmut Kohl). Gemeint ist die Diversifizierung des nationalstaatlichen Angebots in Territorialparzellen, über die sich eine vereinheitlichende Herrschaft des Stärksten erhebt. Das »Europa der Regionen« und Minderheiten steht nicht in Widerspruch zum »Europa der Konzerne«. Beide sind identisch. Weil sie diesen Zusammenhang bis heute nicht begriffen haben, werden die ehemals linken Volksromantiker zu Teilhabern einer parteiumspannenden Koalition, die über Deutschlands neue Ethno-Zentrale hinausweist.

Der Erfolg steht noch aus

Neben einer verdrehten Auffassung über das Selbstbestimmungsrecht der Völker führt die Beteiligten der Anspruch zusammen, man müßte den Schwachen und Armen, den Minoritäten und Diskriminierten weltweit Hilfe leisten - den Iren, Palästinensern, Albanern, Tibetern, Kurden oder Uiguren. Die deutsche Sorge um Minderheiten, EZM-Direktor Troebst erwähnte es schon, meint außer Europa auch »angrenzende Gebiete«.

Handelt es sich um einen moralischen Impuls, so verliert er seine Unschuld, sobald er die Ebene der Politik erreicht. Ihr Feld sind Interessen, deren Durchsetzung Macht erfordert. Wird das Mittel der Macht für moralische Zwecke eingesetzt, beginnen Täuschung und Selbsttäuschung, denn auch Moral spricht von Interessen - nur vielfach verhüllt. Moralisches Engagement für Minderheiten mit den Mitteln der Politik ist ambivalent, meist zwielichtig, und trifft auf das scheinbare Gegenteil: politisches Engagement für Minderheiten mit den Mitteln der Moral. Beide Spielarten lassen Mittel und Zwecke zusammenfließen, wenn auch von unterschiedlichen Seiten. Im Ergebnis geht es um Machtfragen, die mit dem Etikett des Altruismus überdeckt werden.

Auf diese Weise wird die Mehrzahl der in die Ethnopolitik Verwickelten von dem subjektiven Glauben bestimmt, sie leiste Hilfe für die »Völker« Europas, wobei sich dieser Ansatz sowohl dafür eignet, wie in der NS-Zeit Verbrechen zu begehen, als auch zu behaupten, die vergangenen Verbrechen verpflichteten uns, erneut zu helfen, also im Irrtumsfalle neue

Verbrechen zu begehen. Mit den Worten von Peter Handke: »Wenn man einmal Verbrecher ist, kann man eigentlich nur überleben, indem man ein noch größerer Verbrecher wird.«

Die Wiederkehr einer gemeinsamen »Volksgruppen«-Politik nicht auf der Straße oder nur in Privatzirkeln, sondern von Staats wegen stellt in Deutschland die eigentliche Gefahr jenes Archaismus dar, der sich auf die »Ethnien« und die »Homogenität« beruft. »Die Erfahrung mit dem Nationalsozialismus lehrt, daß solche Homogenitäts- und Reinheitsvorstellungen eine mächtige Anziehungskraft für die Mehrheit der Bevölkerung haben können und auch heute noch nicht überwunden sind« (Werner Bohleber: *Die Nation als imaginäre Gemeinschaft,* Frankfurt/M. 1993). Sie stellen »Katalysatoren für die Radikalisierung der politischen Affekte« dar, die von den staatlichen Vorfeldapparaten nach Art des EZM auf immer weitere Gesellschaftsbereiche übertragen und gemeinschaftsfähig gemacht werden. Damit kommt es zu einem inneren, völlig lautlos funktionierenden Austausch zwischen den ministeriellen Stäben, deren Hintergrundarbeit keinen Verdacht erregt, und dem marodierenden »Volkstum«, das anfallsweise durch Deutschlands Straßen zieht oder in Polens Fußballstadion »Schindler-Juden, wir grüßen euch« johlt.

Über diesen wiederkehrenden Zusammenhang haben sich wohlmeinende Beobachter stets aufs Neue getäuscht. Wie die westlichen Außenpolitiker der 30er Jahre sind sie in die Falle ihrer eigenen Zweifel gelaufen. Konnte die Ethnisierung des Sozialen und der Politik, das Zerbrechen Europas in unzählige »Volksgruppen«-Teile, Absicht einer zivilisierten Nation sein? Was hatte der deutsche Plan einer Regionalisierung des Kontinents zu bedeuten, diese quasi naturhaft auftretende Forderung nach Vereinheitlichung der geographischen »Räume«? Würden die mit dem Selbstbestimmungsrecht aufgestachelten Minderheiten ihr homogenes »Überleben« wirklich bis zum letzten treiben, zum »Ziel der Errichtung eigener Staaten« und zur »gewaltsamen Änderung von Grenzen«? War es ernst gemeint, daß über dem Chaos der europäischen »Volksgruppen«-Kämpfe und sippenverhafteten Ethno-Strategien die Deutschen thronen wollten, um in einem »Europa der Regionen« räubernd und plündernd zu Herren zu werden?

Es war ernst gemeint, und der Erfolg steht noch aus.

Konkret 03/97, S. 27

Christian Schmidt

Wer weiß mehr?

Über die albanischen Zustände in deutschen Köpfen

In Albanien wußten viele, daß die nach dem Schneeballsystem funktionierenden Pyramidenspiele ihnen Gewinne bis zu 300 Prozent bringen würden. Als die Pyramiden zusammenbrachen, wußten die meisten, daß sie betrogen worden waren. Danach wußten viele Deutsche, darunter die meisten meiner Bekannten, Bescheid. Sie wußten, daß die Albaner doof sind. Wie konnten sie nur auf die utopischen Versprechen der »Anlagegesellschaften« hereinfallen? Und daß die komischen Albaner jetzt wohl endgültig begreifen müßten, daß man auch im Kapitalismus nicht ohne Arbeit zu Geld kommt, wußten sie auch.

Etliche Deutsche glaubten, nachdem sie Fernsehen gesehen oder die Zeitung gelesen hatten, etwas über die Aufstände in Albanien zu wissen. Die einen wußten, daß »Tausende den DP-Vorsitzenden, Außenminister und stellvertretenden Ministerpräsident, Tritan Shehu« in der Stadt Lushnja mit Steinen bewarfen »und mit einer Eisenstange« niederschlugen (»junge Welt«, 27.1.), die anderen, daß sie »ihm den Mund mit einer Zwiebel« stopften, »ihn mit Eisenstangen malträtierten und ihn in eine Umkleidekabine im Fußballstadion« sperrten. (»Taz«, 3.2.). Die einen jedoch wußten es anders, nämlich daß »der Verletzte zunächst in ein Fußballstadion der Stadt flüchten« konnte, »das daraufhin von 10.000 Menschen belagert wurde« (»junge Welt«, 27.1.). Ganz andere wußten noch mehr: »In der Nacht zum Sonntag ... konnte der Minister befreit werden« (»FAZ«, 27. 1.), während die einen wieder wußten: »Nach acht Stunden ließ man den prominenten Politiker laufen« (»Taz«, 27. 1.).

Die zeitunglesenden Deutschen kannten auch Zahlen. So wußten die einen zum Beispiel, daß am Sonntag, dem 26. Januar, »etwa 25.000 Menschen an einer Kundgebung der oppositionellen Sozialisten in der Nähe des Zentrums von Tirana teilgenommen« hatten (»FAZ«, 27.1.), die anderen von »100.000 Menschen, die am Sonntagmorgen in der albanischen Hauptstadt zusammengeströmt sind« (»Taz«, 27. 1.).

In der »jungen Welt« wußte Jürgen Elsässer, daß »bereits seit April der Vorsitzende der Sozialisten, Fatos Nano, im Knast« sitzt. Er wußte wohl nicht, daß es sich bei dem »April« um den Juli 1993 handelt. Die »heute«-Nachrichten im ZDF wußten, daß die Aufrührer »die einzige albanische Raffinerie in Ballsh« demoliert hatten, die »FAZ«, daß Ministerpräsident Meksi vor dem Parlament erklärt hatte, die Protestierer hätten »die größte Ölraffinerie in Ballsh ... zerstört«. Schlug man dieselbe Zeitung an anderer Stelle auf, wußte man, daß »aufgebrachte Demonstranten in der Stadt Patos eine Ölraffinerie« zerstörten. Der »Spiegel« (6/97) wußte davon nichts, dafür aber, daß »die Massen das Geschäftsgebäude der Firma Alb-Petrol« in Fier in Brand setzten.

Nachdem sie soviel Präzises über Albanien erfahren hatten, wußten viele Deutsche, darunter die meisten meiner Bekannten, daß die Albaner nicht nur hoffnungslos blöde, sondern auch komplett verrückt sind. Wie konnten sie sonst bloß so sinnlos ihre wichtigsten Industrieanlagen zerstören) Was man bis heute allerdings nicht weiß, ist, ob überhaupt eine Raffinerie zerstört wurde. Einen Beweis dafür gibt es bis jetzt nicht. Was die Zeitungen auch nicht wußten, war, daß man im September 1995 in einem Hotel in Fier allabendlich deutsche Prospektoren antreffen konnte. Die waren bei einer Hannoveraner Firma angestellt und erkundeten im Auftrag von Shell das Erdölgebiet um Fier, Ballsh und Patos. Ihre einzige Legitimation waren damals offenbar irgendwelche Absprachen mit der jetzigen albanischen Regierung, und, wie sie selbst sagten, ihre deutschen Autokennzeichen. Diese Prospektoren kannten bis auf die Erdölfelder nicht einmal ihre unmittelbare Umgebung. Sie wußten aber genau, daß die Albaner allesamt Diebe und Faulenzer seien. Wer am Erdölgeschäft in Albanien verdiente, wußten sie nicht. Man wüßte gerne, ob nicht hier die Gründe für das Anzünden des Alb-Petrol-Gebäudes - die wahrscheinlichste Raffineriezerstörungs-Variante - zu suchen sind.

Dafür wußte der Balkankorrespondent der »FAZ«, Matthias Rüb, um so mehr. Doch der ist leider vergeßlich. Er wußte, daß die »Forderung nach demokratischer Legitimation der Macht durch freie und allgemeine Wahlen« in Albanien »formal erfüllt« wurde, vergaß aber die massiven Wahlfälschungen bei den Parlamentswahlen 1996. Die brachten der »Demokratischen Partei« Präsident Berishas 122 der 140 Sitze im Parlament ein. Er wußte, daß Serbien, Albanien und Bulgarien alle miteinander »Demokraturen« sind, vergaß aber, daß in den beiden anderen Ländern weder die letzten Parlamentswahlen von internationalen Beobachtern - so wie in Albanien - beanstandet werden konnten noch ähnliche Mehrheitsverhältnisse in den jeweiligen Parlamenten herrschen. Er wußte, daß es sich bei der »Demokratischen Partei« in Albanien bloß »vorgeblich um konservative Demokraten handelt«, vergaß aber, daß die Partei erst jüngst in den Zusammenschluß der europäischen, keineswegs vorgeblichen konservativen Parteien EDU (langjähriger Generalsekretär: ÖVP-Klubobmann Andreas Khol) aufgenommen wurde.

Das also weiß der eine oder die andere hier über Albanien. Was aber wissen die Albaner über den Rest der Welt? Sie wissen zum Beispiel, daß man im Kapitalismus sehr wohl ohne Arbeit zu Geld kommt. In der neuesten Ausgabe der albanischen Satirezeitschrift »Hosteni« können sie nachlesen, wieviel ein Top-Model angeblich verdient. (Claudia Schiffer 5,3

Millionen Dollar, Naomi Campbell 2,1 Millionen) Sie wissen, daß der »Pyramidenbauer« von Lushnja, Xhaferri, dem argentinischen Fußballtrainer Mario Kempes 250.000 Dollar bloß dafür zahlte, daß er heute den örtlichen Fußballverein trainiert. Und sie wissen, daß in Cafés von Tirana hunderte von Männern sitzen, die den ganzen Tag nichts tun, aber trotzdem ein Vermögen besitzen und dicke Autos fahren, weil sie Waffen und Sprit verschieben lassen. Was sie nicht wissen, ist, daß nicht jeder im Kapitalismus ohne Arbeit zu Geld kommen kann, und daß die Chancen mit Arbeit noch wesentlich schlechter stehen.

In den Cafés Tiranas konnte man auch Intellektuelle oder solche, die sich dafür halten, treffen, die ganz genau wußten, daß »Europa« Albanien dringend braucht, sei es doch ein altes europäisches Kulturland. Was sie nicht wußten, war, daß sich »Europa« einen feuchten Kehricht für Albanien interessiert. Es sei denn, um dort »Stützpfeiler für die NATO einzuziehen«, wie in Tirana ein Bundeswehroffizier deutschen Damen ganz ungeniert beim Essen zu erzählen wußte. Jugendliche in den Straßen Tiranas, die vorhatten, eine Jugendzeitschrift zu gründen, wußten, daß deutsche Touristen ihnen sicher die Telefonnummer von Kurt Cobain vermitteln könnten. Nachdem sie welche getroffen hatten, wußten endlich auch sie, daß sich ihr Idol erschossen hatte.

Der Chefapotheker der Universitätsklinik von Tirana wußte, daß die albanischen Kommunisten nie etwas geleistet hatten. Er vergaß, daß er ohne die Kommunisten nicht Chefapotheker wäre, denn ohne sie stünde noch nicht einmal eine Universität in Tirana. Wahrscheinlich hatte er auch die eigene Parteimitgliedschaft vergessen. So wie Albaniens Präsident, Saldi Berisha, der wußte, daß »die roten Terroristen« an den Unruhen schuld sind. Er hatte vergessen, daß er selbst einer von ihnen gewesen war, nämlich Leibarzt Enver Hodschas, ein Herzspezialist, den man in Paris studieren ließ. Auch daß die vier größten Pyramidenbauer seinen letzten Wahlkampf finanziell unterstützten, fällt wohl unter Berishas Amnesie.

Wer weiß mehr, wer weniger? In Deutschland weiß fast jeder, daß der Kapitalismus prima funktioniert und allen ein mehr oder weniger angenehmes Leben ermöglicht. In Albanien weiß das fast jeder neuerdings auch. In Deutschland weiß fast jeder, daß der Sozialismus nur Not und Elend bringt und auf der ganzen Linie versagt hat. In Albanien weiß man das auch. In Deutschland weiß fast jeder, daß Pyramidensysteme nicht funktionieren. In Albanien weiß man das jetzt auch. Was aber kaum jemand wissen will: Daß auch der Kapitalismus ein Pyramidensystem ist, in das der größte Teil der Weltbevölkerung nur einzahlt und in dem nur wenige kassieren. In Deutschland weiß man es nicht, weil hier die meisten - trotz Sozialabbau - noch kassieren. In Albanien will man es nicht wissen, weil auch hier die meisten - trotz aller neuen Erfahrungen und der gegenwärtigen Demonstrationen - immer noch auf die vom Kapitalismus versprochenen sagenhaften Gewinne hoffen. Was man aber in Deutschland nicht weiß: Das albanische Wort für Glaube, Vertrauen, Versprechen heißt »Bese«. Es bedeutet erstaunlicherweise auch »Urfehde«. Gegen wen? Oder gegen was? Vielleicht wissen die Albaner doch mehr, als man hierzulande glaubt.

Christian Schmidt war im September 1995 mit der TITANIC-Redaktion in Albanien

Konkret 03/97, S. 28

Heiner Möller

Gelegenheit macht Bonzen

Weder kam der Übertritt einiger »Bürgerrechtler« zur CDU überraschend noch bedeutete er einen Verrat an den Zielen der Bewegung. Was da Verrat genannt wird, war das Ziel

Die Partei des Demokratischen Sozialismus ist von ihrer ostdeutschen Landsfrau Vera Lengsfeld bitter enttäuscht worden. Der Wechsel der Bundestagsabgeordneten von den Grünen zur CDU, zu dieser Partei der »permanenten Verletzung sozialer Menschenrechte«, stelle einen »Verrat an der BürgerInnenbewegung« dar, weinte die PDS-Bundestagsabgeordnete Christina Schenk. Und die PDS-Fraktion im Thüringer Landtag klagte, es sei »bedauerlich, daß sich ein ehemaliges Mitglied der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung so weit von ursprünglichen Idealen und Visionen entfernt hat«.

Ursprüngliche Ideale und Visionen - so hätten sie's gern, die Erbschleicher. Wieviel näher an der Wahrheit war da der bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Werner Schulz, der diesmal noch nicht mitgewechselt ist, als er seinem ehemaligen Parteifreund Günter Nooke, der die nächste Bundestagswahl zur Entscheidung zwischen »Freiheit oder Sozialismus« deklariert, zornig entgegnete: »Das brauche ich mir nicht vorwerfen zu lassen.« Braucht er wirklich nicht, und warum er das nicht braucht, hat der einstige grüne Ökolibertäre Thomas Schmid einfühlsam beschrieben: So »beunruhigend wie anregend« an den Parteiwechseln der Bürgerrechtler sei, daß Grüne »damit einen ersten Beweis erbracht« hätten, »daß es wohl doch eine gewisse Nähe zwischen bewahrenden grünen und bewahrenden schwarzen Positionen gibt«.

Eine Koalition gleichgesinnter Grüner, linker Opportunisten und bußfertiger Exkommunisten hat es den bürger- und menschenrechtelnden Hardcore-Antikommunisten bis heute erlaubt, das bißchen Sturm im Sandkasten, das sie anläßlich der von Kohl, Genscher, Schäuble und Gorbatschow organisierten Erweiterung der D-Mark-Zone unter den Augen der Herren Eltern hatten anpusten dürfen, eine Revolution zu nennen und seitdem als Wächter dieser Revolution die ideologische Avantgarde des neuen Deutschland zu spielen. Zwar rühmte der jetzt zur CDU übergetretene Pfarrer Erhart Neubert sich und die Seinen schon 1994: »Die Kirchen der DDR waren der wichtigste innenpolitische Faktor auf dem Weg zurück in das vereinte kapitalistische Deutschland. « Darunter aber, daß das gelogen ist, weil der einzige innenpolitische Faktor von Bedeutung der ökonomisch geschlagene, für die Marktwirtschaft geöffnete und in ihr nicht konkurrenzfähige, moralisch zersetzte und nur noch von Funktionären, Phrasen und Staatssicherheit zusammengehaltene DDR-Sozialismus war, darunter leiden die Wichtigtuer fast noch mehr als einst unter der Stasi.

Nicht einmal auf dem Höhepunkt ihrer »Revolution«, bei der Volkskammerwahl im März 1990, hatten die diversen Gruppierungen der DDR-Bürgerrechtler, die als »Bürger für Bürger« angetreten waren, zusammen mehr als knappe sechs Prozent der Wählerstimmen erreicht: Das Bündnis 90 aus Neues Forum/Demokratie Jetzt/Initiative für Frieden und Menschenrechte erhielt 2,9 Prozent, Grüne und der Unabhängige Frauenverband 2 Prozent; die Vereinigte Linke bekam 0,15 Prozent. Dazu kann man noch Rainer Eppelmanns damals schon in der »Allianz für Deutschland« mit der CDU liierten Demokratischen Aufbruch zählen, der 0,9 Prozent erhielt. Weil sie bei der Beseitigung der DDR nur eine periphere Rolle gespielt hatten, blieb ihnen - anders als ihren Kamerad»l«nnen in Polen und der Tschechischen Republik - eine höhere Belohnung versagt. Einige wenige Bundestagsabgeordnete, verteilt auf SPD, Grüne und die CDU, einige Landtagsabgeordnete und kommunale Parlamentarier - das war's. Und die paar neuen Posten in der staatlichen Kommunistenentsorgung, etwa bei Gaucks Stasi-Behörde, mußten sie sich auch noch mit westlichen Frontkämpfern teilen.

Und wer ist an dem neuen Elend schuld? Erstens die alten Kommunisten - schon 1992 hatte Bärbel Bohley gezetert: »Wir haben hier im Osten keine Revolution gemacht, damit die Vertreter der alten Macht ihr Gehalt in Westmark bekommen« - und zweitens die undankbaren Westler, die nach der Meinung von Wolfgang Templin unfähig und unwillig gewesen seien, »die östliche Dissidenz und die Menschenrechtsbewegung als möglichen Partner ernstzunehmen«.

Ein wenig Linderung bot die Bundesregierung, zwar spät, aber doch: 1993 empfing Helmut Kohl Bärbel Bohley das erste Mal, seither sind diverse Hofschranzen des Kanzlers bemüht, den Bürgerrechtlerpark als nationale Gedenkstätte für die Leiden an der »zweiten deutschen Diktatur« zu pflegen. Bundespräsident Herzog teilte im Oktober 1996 sogar urbi et orbi mit: »Die Bürgerrechtler gehören zum Besten, was Deutschland hervorgebracht hat.« Ein vernichtendes Urteil.

Mittlerweile durften die Revolutionäre mehrfach mit Wolfgang Schäuble sprechen, sind Bohley, Weiß, Templin und Klier regelmäßige, gut honorierte Referenten bei der CDU und der staatsfinanzierten Konrad-Adenauer-Stiftung, die im Dezember 1995 in ihren Berliner Räumen eine Ausstellung mit Bildern der berühmten Malerin Bärbel Bohley eröffnete. Der Grammatik-Dissident Lutz Rathenow erhielt den Konrad-Adenauer-Preis für Literatur. Roman Herzog nahm zu einer Tagung des Goethe-Instituts unter dem Nonsense-Titel »Bastille 1789 - Berlin 1989« die Damen und Herren Bohley, Fuchs, Schorlemmer, Birthler, U. Poppe, Gauck und Weiß mit nach Paris. Besonders Weiß, der dieses Jahr zur CSU-Tagung in Wildbad Kreuth eingeladen war, erweist sich stets als besonders dankbarer Gast. »Die CSU ist in Menschenrechtsfragen in mancher Hinsicht beweglicher als andere Parteien«, antwortete der Bürgerrechtler, als er nach

seiner Meinung zu Plänen der CSU gefragt wurde, Immigranten, die nicht aus der EU stammen, die Arbeitserlaubnis fünf Jahre lang vorzuenthalten.

Bärbel Bohley, die der Bundesregierung 1992 noch vorgeworfen hatte, sie habe einen »schandbaren« Einigungsvertrag ausgehandelt statt einen »wirklichen Nationalvertrag ... zum Wohle der Nation - ich sage: zum Wohle des Volkes«, referiert zum Wohle des Volkes jetzt bei der Adenauer-Stiftung zu Themen wie »Von der Utopie zu einem neuen Pragmatismus der Mitte«.

Die jüngst zur CDU übergetretenen Revolutionäre Günter Nooke und das Ehepaar Neubert waren 1989 Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs. Nooke wurde später zum Helden der Stolpe-Stasi-Kampagne, als er im März 1994 die Brandenburger Ampelkoalition zu Fall brachte. Mit »Respekt, Herr Nooke« gratulierte damals der komplette Chor der friedlichen Revolution: Neubert, Fuchs, Rathenow, Bohley, Biermann, K. Havemann, Poppe, Templin, Eppelmann, Vaatz und Heitmann, die westlichen Schützer der Verfassung Manfred Wilke, Brigitte Seebacher-Brandt, Ralf Georg Reuth und Michael Wolffsohn sowie der Rechtsradikale Ulricht Schacht (»Welt«, »Junge Freiheit«).

Nooke, der ohne Rücksicht auf die eigene Person verlangt, daß »Elite wieder ein positiver Begriff werden muß in Deutschland«, verließ die Grünen und gründete zunächst das (nur in wenigen kommunalen Parlamenten vertretene) »Bürgerbündnis« unter Einschluß der rechten ÖdP. Als Anfang 1995 die Brandenburger CDU ihm und Erhart Neubert die Mitarbeit an ihrem Grundsatzprogramm anbot, nahmen beide gern an. Ein Gespräch mit Schäuble folgte.

Kontaktpersonen, die frustrierten Dissidenten den Weg in die CDU bahnen, sind der Berliner Anwalt Lehmann-Brauns, der neben W. Biermann auch B. Bohley und F. Klier vertritt, Sachsens Umweltminister Arnold Vaatz, der die »Logistik« für den Wechsel von Frau Lengsfeld übernahm, und der Pfarrer Rainer Eppelmann. Als Verbindungsoffizier der Bundesregierung zur deutschen Revolutionsszene fungiert Kohls Staatsminister Anton Pfeifer.

Im August 1995, als Helmut Kohl Frau Bohley und die Ihren (Klier, Templin, Weiß, Nooke und K. Havemann) am Prenzlauer Berg aufsuchte, wurde die Zusammenarbeit endlich institutionalisiert. Templin, unterdessen auch Autor der Nazi-Zeitung »Junge Freiheit«, sprach hinterher von einem »normalen Arbeitstreffen«, das zum Ziel gehabt habe, ein »nichtstaatliches« Bürgerbüro einzurichten. Mit Sinn für bundesdeutsche Nationalgeschichte wurde es am 17. Juni 1996 gegründet und all jenen gewidmet, die »durch Willkürakte der DDR fortdauernd geschädigt sind«. Neben Bohley und Lehmann-Brauns sind u.a. die frischgebackenen CDU-Mitglieder Angelika Barbe und Erhart Neubert dabei. Als Schirmherren firmieren der Nichtstaatler Kohl, der 68erRevolutionär Peter Schneider und Ignatz Bubis. Die Satzung entwarf Kohls Staatsminister Pfeifer, finanziert wird das Büro auf Vermittlung Kohls unter anderem mit 100.000 Mark von der Bertelsmann AG.

Damit Moral sich wieder lohnt in Deutschland, ist Frau Bohley seit November 1996 im diplomatischen Dienst der BRD tätig. Auf Weisung Kinkels wurde sie dem Mitarbeiter des deutschen Auswärtigen Amts Michael Steiner - Bosniens »Mann des Jahres 1996« - in Sarajevo zugeordnet und bereitet dort im Auftrag der Bundesregierung die Rückkehr bosnischer Flüchtlinge aus Deutschland vor. Da darf sie kräftig herumregieren, bei Kohls Pfeifer anrufen, die Adenauer-Stiftung anreisen lassen, beim ZDF-Intendanten Stolte einen Fernsehbericht in Auftrag geben oder bei Volker Schlöndorff eine Filmvorführung in Sarajevo. »Sie trägt sich zu Markte als Ikone der Revolution, der etwas abzuschlagen schlechte Presse bringen könnte«, hieß es im »Spiegel«: »Es kommt bei ihr auf den Nutzwert an. So war das bei Helmut Kohl mit ihrer Idee eines Bürgerbüros für Opfer des SED-Regimes, so war es mit Klaus Kinkel.«

Und alles geschieht aus reiner Menschenliebe. In seiner Rührstory über die »Mutter Courage ohne Planwagen und Schweizerkas« in Sarajevo schreibt Augsteins Deutschland-Magazin: »Sie ist krank, doch will sie nicht jammern, sie hat keine Medikamente, ist >vermutlich nicht einmal versichert(, weiß nicht, was man >als Diplomat so verdient(.« Sie möge sich keine Sorgen machen: Eines ihrer Monatsgehälter dürfte ausreichen, die Regale im ehemaligen Wandlitzer HO-Laden der DDR-Führung leerzukaufen.

Gelegenheit macht Bonzen, und vor den Gelegenheiten, die das neue Deutschland seinen Dienern bietet, muß Wandlitz, das Bürgerrechtlersymbol für die Verkommenheit der »SED-Bonzen«, verblassen. Der feine Erwerbssinn der Revolutionäre wird freilich immer erst dann zum Thema, wenn einer sich bei seinem Verein unbeliebt gemacht hat - wie Frau Lengsfeld, deren längst bekannten Umgang mit Untergebenen und deren mißbräuchliche Verwendung von Staatsgeldern die »Tageszeitung« der Grünen plötzlich auf der Seite 1 anprangert: »Lengsfelds Hund pißt auf Staatskosten.«

Von der Moralisiererei der Bohleys und Lengsfelds bleibt, abzüglich ihrer Bonzenbezüge, bloß noch der nackte Antikommunismus als die letzte und einzige Moral. Während die Abgeordnete Lengsfeld, die ihren ehemaligen Mitgrünen vorwirft, mit der PDS-Tolerierung in Sachsen-Anhalt »ihre Unschuld in Fragen von Politik und Moral verloren« zu haben, auch nach ihrer jüngsten Äffäre weiterhin ihre Moral Gassi führen will, ist diese Methode ihrem Mitstreiter Neubert zu brenzlig. Der Herr Pfarrer, frisch von den Grünen weg, möchte auch weg vom »Bürgerrechtsmoralismus«: »Moral ist ein schlechter Rechtsberater ... Ich will politische, wenn's geht juristische Kategorien.«

Die langatmigen Übertrittsbegründungen der bislang sieben Abtrünnigen lassen sich auf die Aussage reduzieren: »Ich meine schon, daß es Richtungswahlen geben wird. Wenn es um die Alternative Freiheit oder Sozialismus geht, dann entscheiden wir uns für die Freiheit« (Nooke), gegen »jegliche Machtbeteiligung der PDS«, diese »sanfte Konterrevolution« (Lengsfeld). Gauweiler, Stoiber und Dregger dürfen vor Neid erblassen, wie straight ihre neuen Parteifreunde die kommunistische Bedrohung angehen. Die kreuzbrave »Erfurter Erklärung« ehemals Friedensbewegter, linker Sozialdemokraten und Gewerkschafter von Altvater über Jens, Schorlemmer und Sölle bis Zwerenz, die vor einem »Kalten Krieg gegen den Sozialstaat« warnt und »ein Bündnis für soziale Demokratie« unter möglicher Einbeziehung der PDS vorschlägt, wenn diese »ihre Positionen zum historisch gescheiterten Sozialismusmodell weiter« kläre, beweise »Klassenkampfdenken«, sei ein Aufruf zu »sozialem Bürgerkrieg«, führe »in der Konsequenz zu einem Staatssozialismus im Geiste einer reformierten DDR« und zeige, wie berechtigt die Parole »Freiheit oder Sozialismus« sei, erklärten Lengsfeld, Nooke, Barbe & Co. in einer »Berliner Antwort«.

Zwar tangiert die Bürgerrechtler-Wanderung auch die SPD, die Frau Barbe schon verloren und wegen der »Notizen« ihres Ober-Ossis Wolfgang Thierse über den Umgang mit der PDS sich nun die Drohung ihres bürgerrechtlichen Bundestagsabgeordneten Stephan Hilsberg eingefangen hat: »Ich halte sogar eine Spaltung für denkbar.« Heftiger aber trifft es die Grünen, die neben Werner Schulz noch Konrad Weiß und den Bundestagsabgeordneten Gerd Poppe auf der Transferliste haben und außerdem mit der CDU um die Rolle der führenden Bürger- und Menschenrechtspartei konkurrieren.

Gut kommt die PDS davon. Wer die Partei nicht kennt, wer nicht weiß, daß sie jüngst auf ihrem Schweriner Parteitag den letzten linken Ballast abgeworfen und daß ihre Wirtschaftexpertin Christa Luft der »Wirtschaftswoche« gestanden hat, sie habe »mit (Ludwig) Erhard keine Probleme«, könnte sie angesichts ihrer Gegner richtig liebgewinnen. »Linksreaktionäre« werden die neuen Sozis aus dem Osten von Lengsfeld, Barbe und Nooke genannt, »eine rückständige, konservative, schamlose Partei« nennt sie der fortschrittliche, progressive und verschämte Rudolf Scharping, von ihrem »partiell gefährlichen vordemokratischen Potential« raunt der Maoist a.D. Christian Semler in der »Taz«, als »reaktionäre Partei« gilt sie den Damen und Herren Poppe, Schulz, Birthler, Ullmann sowie 14 weiteren grünen Revolutionären. Günter Nooke warnt, die PDS betreibe »Umsturz« und verfüge »über eine klare Strategie zur Machtergreifung«. Hinreißend treffsicher ihrer aller »FAZ«-Herausgeber Johann Georg Reißmüller: »Was waren in der DDR die Blockflöten der CDU gegen die Stalinorgeln der SED, die unter dem Namen PDS fortbesteht?«

Hatten die Grünen sich vor dem Coup der Lengsfeld & Co gerade noch auf einen gelassenen Umgang mit der PDS geeinigt, mußte der Bundesvorstand einer Partei, deren Spektrum von rechtsökologisch und nationalistisch, wertkonservativ bis postmaoistisch und postterroristisch reicht, nun jede Zusammenarbeit mit einer Partei ausschließen, »deren Spektrum von rechtspopulistischen bis zu neostalinistischen Positionen« reicht. Die grüne Bundestagsfraktion erließ eine »Wörlitzer Erklärung«, in der unter Punkt 4 (»Trennung von Alt- und Poststalinisten«) nichts weniger verlangt wurde als die Auflösung der PDS - denn was bliebe von ihr nach dem Abgang der »Altstalinisten« (Kommunistische Plattform) und der Poststalinisten (Gysi, Bisky, Brie, Luft undsoweiter). Der Rest könnte Frau Lengsfelds Hund ausführen.

Bundesvorstandssprecher Jürgen Trittin schimpfte seine Fraktionäre kräftig, man müsse doch nicht »jedes Stöckchen überspringen, das ihnen der CDU-Pfarrer Hintze hinhält«, und versuchte es wenige Tage später auch einmal. Heraus kam eine »Bonner Erklärung«, die auf Bundesebene eine Zusammenarbeit mit der PDS ausschließt, »sei es in Form einer Koalition oder in Form einer Tolerierung«. Seither brüten Semantiker über den kleinen grünen Unterschied.

Freiheit oder Sozialismus? - das kann ein skurriler Wahlkampf werden. Dann also etwa doch, als ein ganz klein wenig kleineres Übel, die »Erfurter Erklärung«? Doch was tun deren Autoren? Sie schwafeln von der zur Umverteilung »mißbrauchten deutschen Einheit«, vom dringlichen »Vollenden der Einheit« und von einem »Machtwechsel« im »Geist von 1989«. Sagt mal, habt ihr sie noch alle?

Konkret 03/97, S. 31

Oliver Tolmein

Codewort »Regio-Gruppe«

Um die Redakteure der Zeitschrift »radikal« zu kriminalisieren, geht die Staatsanwaltschaft keiner Razzia aus dem Weg. Die Beweislage bleibt fadenscheinig

Wer sich überlegt, eine illegale Zeitung zu produzieren, der sollte versuchen, Einblick in die Anklageschrift des »radikal«-Verfahrens zu bekommen: Mit viel Liebe zum Detail wird dort ein Szenario entworfen, wie es gehen könnte. Auf jeden Fall sind ein außergewöhnliches Maß an Konspiration und eine umfangreiche Liste von Codewörtern vonnöten. Die Vorschläge, die da gemacht werden - »Regio-Gruppen« als Code für »regionale Gruppen« - sind zwar nicht immer überzeugend, reichen aber als Anregung für eigene Neuschöpfungen aus. Außerdem darf auch bei einer illegalen Zeitung die Nachwuchsförderung nicht vernachlässigt werden. Bei der Werbung neuer Mitglieder war »radikal« allerdings eher erfolglos: Lediglich ein »Igor« und ein »Oscar« sollen in den letzten Jahren für eine, wahrscheinlich freiberufliche, Nebentätigkeit gewonnen worden sein. Dabei hätte gerade »radikal« mehr Leute brauchen können, denn in einer arbeitsteiligen Gesellschaft benötigt auch ein illegales Projekt zahlreiche Gremien und Führungsstrukturen: Ob es nun unbedingt die von der Bundesanwaltschaft vorgeschlagenen »Fraß«-, »Feten«-, »Samba«-, »VV-« und »Bäng«-Treffen sein müssen, erscheint allerdings zweifelhaft, zumal sich die vier Angeklagten, die jeweils in mehreren der für Grundsatzfragen, Planung, Betriebsorganisation, Vertrieb und Akquisition zuständigen Abteilungen tätig gewesen sein sollen, dabei eine gewisse Ämterhäufung haben zuschulden kommen lassen, die nicht durch ein Mehr an Konspirativität aufgefangen werden konnte. Nur so ist zu erklären, daß die Anklageschrift zwar einerseits nicht umhin kann, mutmaßliche Maßnahmen der Gegenobservation und des (erfolgreichen) Abschüttelns von Verfolgern zu konstatieren, andererseits aber Informationen aus einem erbeuteten angeblichen Protokoll eines geheimen Treffs präsentieren und mit Details darüber glänzen kann, wer wen wann und wo getroffen haben soll. Daß Treffen von Personen mit anderen Personen strenggenommen nicht strafbar sind, wird im Fall von »radikal« von der Bundesanwaltschaft durch Aufzählung immer neuer »Code«-Wörter überspielt, die den Eindruck von staatsgefährdenden Aktivitäten enorm erhöhen. Zudem soll »radikal«, daran hält auch der Generalstaatsanwalt in Koblenz fest, der wegen »minderer Bedeutung« des Falles der Bundesanwaltschaft die Arbeit abnehmen mußte, nicht einfach eine in den Untergrund getriebene Zeitung sein, sondern eine kriminelle Vereinigung nach Paragraph 129 StGB: Damit ist auch Kommunikation schon als mitgliedschaftliche Betätigung strafbar. Besonders verdächtig ist dabei, wie sich aus der Anklageschrift ergibt, der Informationsaustausch per Diskette.

Wohl deswegen hat die Bundesanwaltschaft, als sie mit feinem Gespür für historische Daten am 30. Januar 1997 der »jungen Welt« einen Besuch abstattete, gar nicht erst eigene Disketten eingepackt, sondern kurzentschlossen einen ganzen Arbeitsplatz inklusive des dazugehörigen Rechners einkassiert. Diese Razzia, die von der »jungen Welt« tags darauf mit 1 2/3 leeren Seiten quittiert wurde, galt einem ihrer leitenden Redakteure, Wolf-Dieter Vogel, der ebenfalls Mitglied der geheimnisvollen »radikal«-Organisation sein soll: Eine plausible Annahme, denn wer wäre besser qualifiziert, nächtens und am heiligen Sonntag weniger als 5.000 AbonnentInnen ganz umsonst mit dem Stoff zu beliefern, der Staatsfeindschaft erst so richtig schön macht, als einer, der auch tagsüber für nur wenig Geld damit beschäftigt ist, 15.000 AbonnentInnen mit ausgesuchten Informationen zu versorgen?

Mehr Geld und weniger rabiate Methoden sind im Spiel, wenn die obersten Ankläger der Republik gegen Bertelsmann ermitteln: Aber allein die Tatsache, daß auch der Online-Dienst AOL plötzlich mit einem Verfahren wegen »Beihilfe zur Werbung für eine terroristische Vereinigung« zu kämpfen hat, ist ein schöner Beweis dafür, daß nicht alles Lüge ist, was die demokratische Zivilgesellschaftskultur anzubieten hat. Irgendwie sind doch alle vor dem Gesetz gleich. Allerdings wird dem Online-Chef J.H. Buettner, obwohl er seinen Kunden den Zugang zum Server »xs4all« nicht versperren will, auf dem auch die Internet-Ausgabe der »radikal« zu lesen ist, die Untersuchungshaft wohl ebenso erspart bleiben wie die Beschlagnahmung seiner ungleich gewichtigeren Rechner im AOL-Zentrum. Für ihn ist es aber möglicherweise schon Strafe genug, mit den AIZ, der RAF und gar der proletarischen Aktionsgruppe »Klasse gegen Klasse« in einen Zusammenhang gebracht zu werden.

Nicht nur mit Blick auf das Internet nutzt die Bundesanwaltschaft das Verfahren gegen »radikal«, um all die Kräfte und Kompetenzen, die man sich schon lange wünscht, einmal zum Einsatz zu bringen. Als beachtlicher Erfolg kann deswegen vor allem die Durchsuchung der Wohnung des im niederländischen Vaals lebenden Spaniers Miguel D. gelten, die bundesdeutsche BKA-Beamte zusammen mit der niederländischen Polizei vorgenommen haben. Auch Miguel D. soll als Mitglied oder Unterstützer von »radikal« aktiv gewesen sein. Daß es in den Niederlanden gegen diese Form der »Sicherheitspartnerschaft« lautstarke Proteste gab, dürften die Karlsruher Ankläger verschmerzen, hat doch die niederländische Justizministerin Winnie Sorgdrager der Polizeiaktion trotz einiger Bedenken schließlich zugestimmt, weil das Verfahren gegen »radikal« in ihren Augen kein politisches Strafverfahren ist. Allerdings ist noch nicht geklärt, ob die Deutschen das bei dem Spanier beschlagnahmte Material auch tatsächlich zur Verfügung gestellt bekommen. Miguel D.s Anwältin hat gegen die Art und Weise der Durchsuchung Beschwerde eingelegt: Erstens hätten deutsche Polizeibeamte

grundsätzlich an dieser Durchsuchung nicht teilnehmen, vor allem hätten sie aber nicht selbst dabei operativ tätig werden dürfen.

Im Ermittlungsverfahren gegen »radikal« befleißigt sich die Bundesanwaltschaft auch heute, anderthalb Jahre nach der ersten großen Razzia gegen die kleine Zeitung, eines Vorgehens, das man nur als radikal bezeichnen kann: Sowohl der mehrmonatige Lauschangriff auf ein Ferienhaus in der Eifel als auch die Durchsuchung der Wohnung in den Niederlanden oder die Beschlagnahmungen in der »jungen Welt« gehen selbst für die herrschende juristische Meinung bis an die Grenze dessen, was im geregelten Strafverfahren zulässig ist; für einige Juristen gehen sie sogar weit darüber hinaus. Charakteristisch ist, daß es in der Anklageschrift längere Ausführungen darüber gibt, daß der große Lauschangriff auf das Ferienhaus in der Eifel angeblich rechtsstaatlich vertretbar gewesen sein soll, »unbeschadet dessen« die Erkenntnisse der verdeckten Ermittlung aber gar keine Bedeutung mehr hätten, weil auch die später beschlagnahmten Gegenstände und Protokolle die Angeklagten ausreichend belasteten. Eine Ermittlungsmaßnahme muß also nicht rechtmäßig sein, sondern nur zur Auffindung von anderem Belastungsmaterial führen - dann ist alles wieder gut.

Das rigide Vorgehen und die umfassende Erhebung von Informationen über Kommunikationsstrukturen steht in krassem Gegensatz zur rechtlichen Würdigung der angeblichen Taten. In knappen Worten handelt die Generalstaatsanwaltschaft die Vorwürfe ab - von der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung über die Anleitung zu Straftaten bis zur Steuerhinterziehung: Schon die »Fülle einschlägiger Beiträge« reicht dabei als Argument dafür aus, daß »radikal« Bekennerschreiben nicht nur wertfrei dokumentieren, sondern zielgerichtet für Straftaten werben wollte. Daß es in dem Blatt zu den Aktivitäten der AIZ, für die sie angeblich geworben hat, auch ablehnende Positionen gibt, spielt angesichts des Desinteresses an dem, was »radikal« tatsächlich ist, keine Rolle. Für die illegalen Zeitungsmacher in spe, die die Hausarbeit der Staatsanwälte begutachten, ergibt sich daraus, daß sie zur Klärung politischer und gesellschaftlicher Zusammenhänge andere Lektüre heranziehen müssen. Die Phantasie der Ankläger treibt hier eher klägliche Blüten. Ihre Anklageschrift taugt nur als Anleitung für den kriminellen Kern eines solchen Projekts.

Konkret 03/97, S. 32

Sahra Wagenknecht, Joachim Bischoff, Jürgen Elsässer, Hermann L. Gremliza

Zu Protokoll

Auszüge aus der von KONKRET und dem AStA der Hochschule für Wirtschaft und Politik am 28. Januar in Hamburg veranstalteten Podiumsdiskussion über die Linke und die PDS. Es diskutierten Sahra Wagenknecht (Kommunistische Plattform in der PDS), Joachim Bischoff (Mitglied des PDS-Bundesvorstands) und Jürgen Elsässer (KONKRET-Autor und »junge Welt«-Redakteur). Diskussionsleitung: Hermann L. Gremliza

Gremliza: Ich gebe drei Behauptungen vor. Die erste gegenüber Sahra Wagenknecht: Ich behaupte, die PDS ist gleich SED minus Sozialismus. Wer die PDS beobachtet, entdeckt an ihr wieder, was Kommunisten an der SED gehaßt haben: Dogmatismus (der bloß jetzt ein Markt- und Parlamentsdogmatismus ist), Opportunismus, kleinbürgerlicher Proletkult, Abstrafungswut gegenüber linken Kritikern, Arschkriecherei gegenüber rechten - in all dem unterscheiden sich Gysi, Bisky und Brie keinen Deut von Honecker, Schabowski und Mittag. Das einzige Erbe der SED, worauf die PDS verzichtet hat, ist der Sozialismus, und zwar in jeder Form, die nicht eine Spezialform des Kapitalismus bezeichnen soll.

Jürgen Elsässer frage ich: Kann, was in so gut wie allen Fällen in Karsten Voigt, Wolfgang Roth, Joschka Fischer oder Vizepräsidentin Vollmer geendet hat, einen auch nur halbwegs brauchbaren Anfang gehabt haben? War 68 wirklich mehr als das typische Modernisierungsgeräusch, unter dem Bürgersöhne und -töchter die Gesellschaft ihrer Väter auf die Höhe der Zeit bringen?

Und an Joachim Bischoff, der auf dem Schweriner Parteitag gerade in den PDS-Bundesvorstand gewählt wurde: Die PDS ist nicht nur SED minus Sozialismus, sie ist zugleich ein neuer BHE. Der alte BHE, der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten, war nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet worden, für andere Ossis, die aus den vormals deutschen Gebieten in die BRD geflohen waren und Schwierigkeiten hatten mit dem »Zusammenwachsen« und der »inneren Einheit«. Der BHE sollte den Flüchtlingen Ausgleichszahlungen und allerlei Starthilfen erstreiten. Heute bildet die PDS einen Block der Bekümmerten und Sorgenvollen. Wenn einmal zusammengewachsen ist, was zusammengehört, und die PDS sich von den letzten Resten ihrer sozialistischen Vergangenheit gesäubert hat, wird sie entweder direkt in die SPD übernommen oder ihr als eine Art östliche CSU angegliedert.

Wagenknecht: Ich will nicht die PDS schönreden, aber die PDS ist eben mehr als Hermanns These, so plausibel die klingt, und auch mehr als das, was sich auf einem Parteitag abspielt. Die Realität der PDS, das sind immer noch 100.000 Leute, die organisiert sind und vor Ort politische Arbeit machen. Was will eine Linke erreichen, die nicht zunächst mal politische Kleinarbeit macht, um sich darüber Akzeptanz und Glaubwürdigkeit zu erwerben? Man muß unser Parteiprogramm nicht übermäßig begeisternd finden, aber es ist immerhin noch ein antikapitalistisches Programm, und die PDS wird dafür befeindet, daß sie diese Substanz immer noch hat.

Die andere Seite ist, daß bestimmte Kreise, gerade aus der Führung der PDS, dieses antikapitalistische Profil nicht wollen und deswegen eine Politik forcieren, die auf Regierungsbeteiligung ohne Wenn und Aber zielt. Noch ist die Auseinandersetzung darüber, wo die PDS hingeht, nicht entschieden. Und deshalb machen es sich Linke zu leicht, wenn sie sich jetzt hinstellen und sagen: Die PDS und ihre Führung, das geht ja alles den schrägen Weg, also ziehen wir uns zurück. Ich denke, es lohnt, um die PDS zu kämpfen. Wenn überhaupt eine Partei noch fähig wäre, Opposition zu praktizieren, dann die PDS. Alles andere kann man ohnehin vergessen. Die Grünen haben sich angepaßt, die SPD lohnt unter dem Stichwort Opposition schon gar nicht mehr genannt zu werden.

Elsässer: Ich habe schon vor dem Parteitag gesagt: Die PDS kannst du vergessen. Die Sache ist gelaufen. Die Version, daß hier eine Neuauflage der grünen Kämpfe - Realos gegen Fundamentalisten - läuft, mit Sahra als Jutta Ditfurth und Gregor als dem kleinen Joschka, das ist eine Medieninszenierung ohne realen Hintergrund. Ihr habt längst verloren. Die Realität ist der Schweriner Parteitag. Dieser Parteitag war der totale Durchmarsch der Realos und das vernichtende Debakel der Parteilinken, inklusive der Kommunistischen Plattform. Bei den Wahlen zum Vorstand erzielte André Brie, der etwa so antikapitalistisch ist wie Papst Wojtyla, das beste Ergebnis der sogenannten Männerliste. Ein ähnliches Traumergebnis erzielte bei den Frauen Christa Luft, eine Mittelstandstante, die nicht ohne Grund von der »Wirtschaftswoche« zur Managerin des Jahres 1995 gewählt worden ist. Gleichzeitig ist Michael Benjamin, der Vertreter der Kommunistischen Plattform, bei den Vorstandswahlen durchgefallen.

Aber wichtiger als diese Personalgeschichten sind die inhaltlichen Festlegungen des Parteitages. Die Vorlage des Vorstands zur Regierungsbeteiligung ist mit so überwältigender Mehrheit angenommen worden, daß die Gegenstimmen noch nicht mal ausgezählt zu werden brauchten. Sahra hat in verschiedenen Interviews formuliert, dieser Beschluß sei ja nur ein abstrakter Papierbeschluß. Was Sahra einen abstrakten Papierbeschluß nennt, ist doch schon Realität in ihrer Partei. Was machen denn die 180 Bürgermeister der PDS im Osten? Was passiert denn in Sachsen-Anhalt, wo die PDS de facto

mitregiert? Sie machen Abbau des Sozialstaates, Räumung besetzter Häuser, Duldung von Naziaufmärschen. Das Gerede von den abstrakten Papierbeschlüssen ist eine verdammte Verharmlosung. Wie lange wollt ihr die noch weitertreiben?

Bischoff: Was bei Hermann und Jürgen überhaupt nicht vorkam, das ist, daß wir eine völlig veränderte Landschaft in den kapitalistischen Metropolen haben. Um das wenigstens andeutungsweise zu sagen, möchte ich George Soros zitieren, den Chef eines der größten weltweit operierenden Anlagefonds. Soros schreibt in der »Zeit«: »Ich habe auf den Finanzmärkten der Welt ein Vermögen erworben, und dennoch fürchte ich inzwischen, daß die uneingeschränkte Intensivierung des Laisser-faire-Kapitalismus ... die Zukunft der offenen und demokratischen Gesellschaft gefährdet. Der wichtigste Teil der offenen Gesellschaft ist nicht länger die kommunistische, sondern die kapitalistische Bedrohung.«

Wenn man hier solche Rechnungen über die PDS und über einen Teil der sozialistisch-kommunistischen Linken aufmacht, dann gehört dazugesagt, daß wir völlig veränderte Konstellationen haben, daß die Bedrohung eben nicht die kommunistische Bedrohung ist, sondern die kapitalistische, und daß wir in diesem Land, wie die »FAZ« schreibt, 7,7 Millionen Unterbeschäftigte haben.

Was den ostdeutschen BHE angeht: Daß sowohl aus inneren Problemen heraus wie auch unter dem starken gesellschaftlichen Druck, der auf der PDS liegt, die Gefahr besteht, daß das eine ostdeutsche Regionalpartei wird, ist nicht zu bestreiten. Aber was soll denn die Alternative sein? Wenn jetzt über die Entwicklungsperspektiven der sozialistisch-kommunistischen Linken geredet wird, dann muß auch über den real existierenden Kapitalismus und die Transformationsprozesse in den kapitalistischen Ländern geredet werden, sonst funktioniert das nicht, sonst kriegt man keine Einschätzung. Die Herausforderung für die PDS und für die sozialistische Linke besteht in der Frage, wie es möglich ist, den augenblicklichen Gang in der Abwärtsspirale zu bremsen. Und da muß man fairerweise dazu sagen, daß wir da eben nicht die einfache Alternative haben zwischen Laisser-faire-Kapitalismus und Kommunismus, sondern real existierend gibt es in den kapitalistischen Ländern Westeuropas die Grünen und die Sozialdemokratie, die beide diesen unheilvollen Kurs auch nicht wollen. Kommunistische Parteien haben nirgends die Mehrheit, aber haben dennoch den Anspruch, eine Veränderung in Gang zu setzen. Und sie werden die Veränderung nur in Gang bekommen, wenn sie bereit sind, mit Grünen und Sozialdemokraten sich auseinanderzusetzen.

Gremliza: Bei Worten wie: Wir haben den Anspruch, Veränderungen in Gang zu setzen, und dazu wollen wir uns mit der SPD und den Grünen auseinandersetzen, fällt es schwer, ernst zu bleiben. In *Die letzten Tage der Menschheit* von Karl Kraus begründet ein sozialdemokratischer Funktionär, warum die Parteiführung eine Einladung an den Hof Wilhelms 11. angenommen hat, mit dem Argument, die SPD sei eben eine durch und durch revolutionäre Partei, die in ernster Zeit eben auch bereit sein müsse, sich selber zu revolutionieren. Die entscheidende Veränderung, die die PDS in Gang gesetzt hat, ist die Veränderung ihrer selbst zu einer sozialdemokratischen, zu einer sehr national geprägten sozialdemokratischen Partei.

Was die Klage des Multimilliardärs Soros beweist, ist nur die Wahrheit des Satzes: Alte Huren werden fromm. Unterm Druck seiner Milliarden stöhnt er, wie furchtbar ein System ist, das Leute wie ihn möglich macht. Diese Art Milliardärsgerede zieht sich durch die Weltgeschichte wie ein Running gag. Dies nur nebenbei.

Was ist die Funktion einer parlamentarischen Opposition? Sie hat die Zustimmung widerspenstiger Teile der Gesellschaft zu Entscheidungen zu organisieren, die im Interesse des nationalen Kapitals getroffen worden sind. Die Aufgabe der SPD oder der Grünen in der Debatte, ob die Bundeswehr in Jugoslawien oder sonstwo auf der Welt aufmarschieren soll, bestand ja nicht etwa darin, diesen Einsatz zu verhindern, sondern im Gegenteil: den Widerstand gesellschaftlicher Gruppen, die das nicht gleich akzeptieren konnten, Schritt für Schritt zu demontieren. Dazu sind sie da, dafür werden sie bezahlt. Die Opposition wird auch beim Umbau des Sozialstaats zum Polizeistaat gebraucht - nicht um ihn zu verhindern, sondern um ihn nach unten abzusichern. Ohne Mitwirkung der parlamentarischen Opposition wäre das sehr viel schwieriger.

Und schließlich: Wollen wir aus der Geschichte prinzipiell gar nichts lernen? Die PDS wäre die erste linke Partei, die sich innerhalb eines parlamentarischen Systems nach links entwickelt statt nach rechts. Das hat es noch nie gegeben. Und das wird es nicht geben.

Wagenknecht: Eine Opposition, die sich gar nicht erst bemüht, auch in Parlamente reinzukommen und Akzeptanz zu kriegen, die kommt natürlich auch nicht in die Verlegenheit, Zustimmung zu organisieren, weil sie einfach gesellschaftlich keinerlei relevanten Einfluß ausüben wird. Daß dieses parlamentarische System einen enormen Integrationssog ausübt, dem andere Parteien auch schon erlegen sind, und daß die PDS auf dem besten Wege ist zu erliegen, will ich überhaupt nicht bestreiten. Die eine Frage ist, ob es Alternativen gibt, und die zweite Frage ist, ob man dieser Gefahr, wenn man sich ihrer bewußt ist, nicht widerstehen kann. Wenn man sich erst gar nicht in die Gefahr begeben will, dann bleibt man rein und klar, aber dann bleibt man so klein, daß man gesellschaftlich einfach nicht relevant ist.

Der Hauptpunkt, über den Linke gegenwärtig streiten müßten, ist, wie man so viele Leute gewinnt, daß tatsächlich was gegen Kohl und gegen diesen Sozialabbau und gegen diese verheerenden Entwicklungen passieren kann, daß tatsächlich endlich Bewegung in dieses Land reinkommt. Dafür müssen wir Leute gewinnen. Und an die Leute kommen wir nicht ran, wenn wir alles, was sich irgendwo an Hebeln in diesem System bietet, ignorieren.

Ich will überhaupt nicht leugnen, daß der Parteitag für uns eine Niederlage war. Wir sind natürlich mit Zielen reingegangen, die anders waren als das, was auf dem Parteitag rausgekommen ist. Es ist ein Leitantrag beschlossen worden, der fast einen Blankoscheck für die Regierungsbeteiligung ausstellt. Aber ich denke nicht, daß das als Blankoscheck verstanden wurde von den Delegierten. Die eigentliche Auseinandersetzung wird erst noch stattfinden, wenn dann 1998 tatsächlich in ostdeutschen Ländern, also in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, das sind ja Kandidaten dafür, die Konstellation so sein wird, daß die SPD aus machtpolitischen Erwägungen selbstverständlich der PDS Koalitionsofferten macht. Dann wird sich zeigen, welche Inhalte dort durchsetzbar wären. Und dann, denke ich, dann kommt die Nagelprobe: Gehen wir darauf ein, organisieren wir mit der SPD zusammen Sozialabbau, organisieren wir mit ihr zusammen die Ausweisung von Asylbewerbern und anderes? Oder läßt sich die PDS da nicht vereinnahmen? Ich denke, die Frage ist einfach nach diesem Parteitag noch nicht entschieden.

Elsässer: Unseriös ist das Geschimpfe auf die Regierung Kohl. Das Problem in diesem Land ist nicht die Regierung. Die Regierung macht, was sie machen muß, sie regiert. Das Problem in diesem Land ist die Opposition, die nämlich mitregiert, inklusive der PDS. Es ist eine Mär, Joachim Bischoff, daß diese schlimme Lage, von der du zu Recht sprichst, durch einen Regierungswechsel geändert werden könnte. Es ist eine Mär, wenn so getan wird, als stünde die SPD links von der CDU. Die SPD ist anders als die CDU, aber sie ist nicht links von der CDU. Kohl ist gegenüber Schröder das kleinere Übel. Schröder ist ein Nationalchauvinist, der programmatisch-politisch mit Stoiber auf einer Stufe steht.

Wo soll die Verbesserung herkommen mit einer SPD-geführten und von der PDS gestützten Regierung zum Beispiel in der Frage des Rassismus? Da werden natürlich neue Nasen auf den Bildschirmen erscheinen und neue Gedenktage ausgerufen, aber es wird sich nichts ändern. Die meisten Abschiebungen nehmen sozialdemokratische Länder wie Nordrhein-Westfalen und Brandenburg vor. Es wird sich auch in der sozialen Frage nichts ändern. Die schlimmsten Sparschweinereien im Bundesgebiet werden nicht gemacht von christdemokratischen Regierungen, sondern von der sozialdemokratischen Senatorin Fugmann-Hesig in Berlin. Die schlimmsten Sparschweinereien in Europa werden gemacht von der sozialdemokratischen Regierung in Italien, die ein Sparprogramm vorgelegt hat von umgerechnet 60 Milliarden Mark, das ist mehr, als Waigel eingespart hat.

Ich bestreite nicht den Ernst der Lage. Aber aus dem Ernst der Lage folgt die Verpflichtung zum Widerstand. Und das Kriminelle am Schweriner Parteitag ist gerade, daß dieser Parteitag diesen notwendigen Widerstand einschläfert und die Leute dumm macht und vertröstet auf eine mögliche sozialdemokratische Regierung. Wer was erreichen will, darf nicht auf Mehrheiten setzen, vor allem nicht in einem Land, wo die Mehrheiten rechts stehen. Wenn du heute die Mehrheit entscheiden läßt, kommt schlimmeres raus als das, was Kohl exekutiert. Jedes Schielen auf Mehrheiten in diesem fetten Deutschland ist kriminell. Durchsetzen kannst du was über kleine radikale Minderheiten. Und dafür ist 68 ein Beispiel. Brandt wäre nie an die Regierung gekommen, die bleierne Zeit des CDU-Staates wäre nie zu Ende gegangen, der Vormarsch der NPD wäre nie gestoppt worden, wenn es nicht eine relevante Minderheit gegeben hätte, die gesagt hat, wir wählen Brandt *nicht.* Nur die radikale Negation konnte die Gesellschaft so polarisieren, daß wenigstens das kleinere Übel rangekommen ist. Und nur weil dieser richtige Gedanke von 68 trotz der Blödheiten von Dutschke und Cohn-Bendit - die Leute werden ja auch älter - in den 70er Jahren noch eine gewisse Zeit getragen hat an den Bauplätzen der Atomkraftwerke, konnte auch auf diesem wichtigen strategischen, militärstrategischen Gebiet ein Einschnitt erzielt werden. Der ganze Stopp des Atomprogramms ist durchgekämpft worden durch kleine, zum Teil sogar militante Minderheiten, die nicht in sozialdemokratischen Regionen, sondern in Bundesländern, die von der CDU oder der CSU regiert wurden, das Atomprogramm gestoppt haben.

Bischoff: Ich akzeptiere, daß es historische Konstellationen gibt wie die 60er und 70er Jahre und den Kampf um die Atomtechnologie, in denen eine kleine Minderheit, die sehr kompromißlos gegen ein Modernisierungsprogramm vorgeht, durchschlagende Erfolge hat. Was ich nicht zugestehe, ist die Bezeichnung der Äußerungen von Soros über die Transformation des modernen Kapitalismus als ein billiges Milliardärsgeschwätz. Beim Übergang zum Milliardärskapitalismus, beim Abbau des Sozialstaats, bei der Deregulierung und Arbeitslosigkeit sind wir mit einer völlig veränderten Qualität konfrontiert. Dieses Programm der Transformation des Kapitalismus ist durch eine kleine Minderheit und ihr engagiertes Nein nicht zu stoppen. Da stimmt die Analogie zwischen Atomtechnologie und dem, mit dem wir heute konfrontiert sind, nicht.

Vielleicht ist man auch ein bißchen blind, was die Kräfteverhältnisse des eigenen Ladens angeht, aber schon aus historischen Überlegungen finde ich es nicht akzeptabel, daß man sagt, die Sozialdemokratie und die Grünen sind noch schlimmer als die Unionsparteien. Das ist falsch. Das war historisch falsch und die Neuauflage der Sozialfaschismustheorie führt uns kein Stück weiter.

Die historische Herausforderung von Fondatione Communista wie der bundesdeutschen PDS besteht darin, sich jetzt eben nicht zu verkriechen, einen sozialen Lernprozeß in Gang zu setzen, deutlich zu machen, daß man mit einer bloßen Korrektur bei der Rentenfrage oder beim Gesundheitssystem oder bei der Massenarbeitslosigkeit nicht weiterkommt, sondern, um wirklich etwas zu ändern, an die Substanz dieser Gesellschaft ran muß. Und das kann man nicht schlagartig,

das kann man nicht als Minderheit, sondern das kann man nur in Form eines politisch-sozial angeleiteten entwickelten Lernprozesses.

Elsässer: Die Debatte ist ein Stück weit eine Gespensterdebatte. Anstatt Dinge zu diskutieren, die nicht auf der Tagesordnung stehen, müssen wir uns der Realität stellen, daß wir es mit einem schleichenden Faschisierungsprozeß zu tun haben. Nicht nur in Ostdeutschland, aber vor allem in Ostdeutschland entstehen infolge der wirtschaftlichen Verelendung braune Zonen, vor allem in ländlichen Gebieten, wo alles am Tropf von Waigels versickernder Zuwendung hängt. Erst haben sie die Flüchtlinge vertrieben, jetzt geht es der Reihe nach los gegen Pizzabäcker, Kebabköche, Bauarbeiter. Und die Leute gucken zu. Du hast eine glatzköpfige SA, und du hast den Rest, der wie 38 bei der »Reichskristallnacht« außen rumsteht und Däumchen dreht und nichts macht. Die Aufrechten, die wenigen Aufrechten, die es da jeweils gibt, die werden von der Bande terrorisiert. Und diese volksgemeinschaftlichen Strukturen werden mitgetragen von der PDS-Wählerschaft, teilweise sogar aus der PDS-Mitgliedschaft.

Bischoff: Es ist klar, daß dieses Moment von schleichender Rechtsentwicklung, einem manifesten Ausländerhaß, an der Wählerschaft und auch der Mitgliedschaft der PDS nicht vorbei geht. Das läßt sich nicht bestreiten. Aber der Schluß, der daraus gezogen wird, ist falsch. Wir haben hier von Beginn an gesagt, daß es negative Tendenzen gibt, auf der mittleren Kreisebene, in Landesverbänden, aber auch auf Vorstandsebenen. Unsere Gegenposition ist, daß die Sache nicht entschieden ist und daß wir jetzt in eine sehr komplizierte Phase der Auseinandersetzung in der Bundesrepublik eintreten. Und die Alternative: »Laßt doch diesen Verein sausen«, ist schlecht, wenn man zugleich einräumen muß, daß kleine, hartnäckig Widerstand leistende Minderheiten in dieser Konstellation auch keine Chance haben. Damit spreche ich ja gar nicht dagegen, daß das ein wichtiges Engagement ist. Aber es ist genauso wichtig, die Auseinandersetzung in der PDS durchzufechten. Ich bin mir, wie Sahra, nicht sicher über das Ende.

Gucken wir uns die Situation in Italien an. Da tolerieren die Kommunisten einen Regierungschef, der ein hartes Sparprogramm aufgelegt hat. Ich glaube, daß die Refundatione Communista nichts anderes machen kann, weil die Alternative von Berlusconi bis Fini wirklich das ganz, ganz dunkle Braun ist. Sie muß mit einigen Splittern der Christdemokraten, mit der italienischen PDS kooperieren. Ich glaube, daß das in der Summe einigermaßen Erfolg haben kann. Jedenfalls möchte ich, daß die sozialistische Linke in diesem Lande über den Tellerrand guckt und sich dieser Herausforderung bewußt wird.

Konkret 03/97, S. 36

Georg Fülberth

Nationale Arbeit

Die höchste Arbeitslosenquote seit 1945 will IG-Metall-Chef Zwickel mit einer Quote für ausländische Arbeiter drücken. Damit spricht er zumindest dem Kapital nicht aus dem Herzen

Denken und Lenken

4,66 Millionen Arbeitslose, 12,2 Prozent, Nachkriegsrekord. Die Zahlen kommen aus Nürnberg, von der Bundesanstalt für Arbeit. Aus derselben Stadt, wenngleich aus einer anderen Straße, werden wir seit Jahren auch schon mit ihrer flotten Interpretation bedient: Es gehe um »die Globalisierung und die Entkoppelung von Geld- und Realakkumulation« (R. Kurz, KONKRET 2/97).

Natürlich kann auch auf Marx' »Allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation« verwiesen werden: von Zyklus zu Zyklus wird lebendige Arbeitskraft durch Maschinen ersetzt. Allerdings müßte erklärt werden, weshalb »Globalisierung und die Entkoppelung von Geld- und Realakkumulation« gegenwärtig in den einzelnen Ländern des entwickelten Kapitalismus zu sehr verschiedenen Arbeitslosen-Quoten geführt haben: Frankreich 12,7 Prozent, Großbritannien 6,9, Niederlande 6,5, USA 5,3, Japan 3,3. Das Allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation wirkt dort auch, aber es gibt verschiedene Formen seiner wirtschaftspolitischen Hantierung.

Nehmen wir - ziemlich altmodisch - an, es gebe zwei Politische Ökonomien: eine der Bourgeoisie und eine der Arbeiterklasse, dann ist zu vermuten, daß aus ihnen konträre Arten von Beschäftigungspolitik resultieren. Die Terminologie allerdings ist oft dieselbe. So zum Beispiel bezeichnen beide Seiten die Arbeitslosigkeit als ein Übel und nennen Vollbeschäftigung ihr Ziel.

Letztere allerdings wird unterschiedlich definiert. Der Sachverständigenrat für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird eine Arbeitslosigkeit von null Prozent nicht als Vollbeschäftigung bezeichnen, sondern als »Überbeschäftigung«. Sie treibe die Inflation und drücke die Arbeitsproduktivität, weshalb sie zu vermeiden sei. Vollbeschäftigung dagegen ist, wenn nur so viele Leute ohne Job sind, wie nötig ist, um die Rate der Geldentwertung niedrig und die Schaffensfreude hochzuhalten. In den USA hat man diese »Non-Accelerating Inflation Rate of Unemploymento (das ist verdolmetscht: inflationsstabile Arbeitslosenquote) bei ca. 5,5 Prozent geortet. Kaufen Sie sich jeweils am Monatsanfang die »International Herald Tribune« (die gibt es schon in jeder Mittelstadt am Kiosk). Dort werden dann - wie bei uns - auf der ersten Seite die Beschäftigungszahlen genannt und kommentiert. Sinken sie unter 5,3 Prozent, wird die Börse nervös. Man fürchtet, daß die Inflation sich beschleunigt und die Zentralbank, um das zu verhindern, die Kredite verteuert. Bei den Leuten, die einen Job haben, gibt es in den USA »Lohnspreizung«. Das heißt: Eine große Zahl von Beschäftigten, die »working poor«, erhält so viel wie bei uns die Bezieher(innen) von Sozialhilfe.

Dieser idyllische Zustand ist gemeint, wenn Kohl eine Halbierung der Arbeitslosen-Quote bis zum Jahr 2000 verspricht. Das wäre jetzt also bei ca. 6 Prozent. Als er diese Ankündigung das erste Mal aussprach, war der Ist-Stand noch bei ungefähr zehn bis elf von Hundert. Geht man von dieser Marke aus, dann liegt das Soll also auf dem Niveau der USA. Die Unternehmer haben übrigens anders als in ihren verbalen Bekundungen gegen weitere Steigerungen nichts einzuwenden. Allerdings kann es dann auf Dauer Ärger mit der Nachfrage geben, und das politische System könnte knirschen. Auch letzteres - etwa Gewinne der »Republikaner« - wäre im Prinzip nicht schlimm, hätte sogar Vorteile. Natürlich ließen sich bei null Arbeitslosigkeit ebenfalls hohe Profite machen, selbst wenn nicht die Sonderbedingungen der sechziger Jahre bestehen. Voraussetzungen wären so niedrige Löhne, daß zwar alle arbeitsfähigen Menschen einen Job, viele von ihnen aber kaum etwas zu beißen haben. Wahrscheinlich würden sie dann aber bald frech, weil dann ja sogar formell »Überbeschäftigung« herrscht. Deshalb: Fünf komma fünf Prozent ist schon in Ordnung, wenigstens als nominelles Ziel.

Falls die Quote konstant darüber liegt, macht das auch nichts. Bis dahin können nämlich »Reformen« gefordert werden, zum Beispiel Abbau der Lohn-Nebenkosten und des Kündigungsschutzes. Dabei kommt es darauf an, daß durch die Beseitigung entgegenstehender gesetzlicher Regelungen Optionen eröffnet werden, die man fallweise nutzen kann, aber nicht dogmatisch allemal exekutieren muß. Nehmen wir die Beispiele Ladenschluß und Lohnfortzahlung. Der Gesetzgeber hat hier freie Hand gegeben. Die Realisierung auf dem Markt unterliegt dem Opportunitätsprinzip.

Der Vollständigkeit halber darf hier auch noch die »Politische Ökonomie der Arbeiterklasse« erwähnt werden. In der hier zu behandelnden Frage sieht sie Kürzung der Arbeitszeit nach Maßgabe der Produktivitäts-Entwicklung, Verteilung der Beschäftigung auf alle bei vollem Lohnausgleich vor. Hört da überhaupt jemand zu? Ach so. Lassen wir das.

Zwickel I

Der gegenwärtige Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Zwickel, ist wie sein Vorgänger Steinkühler offensichtlich von der Sieghaftigkeit, ja vielleicht Richtigkeit der Politischen Ökonomie der Bourgeoisie zutiefst überzeugt. Andererseits ist er im Nominalberuf Arbeiterführer. Sein und Bewußtsein kommen voll zur Deckung in einem Vorschlag, den Zwickel im November 1995 machte: »Bündnis für Arbeit«.

Er verlangte, die Unternehmen sollten auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten, 300.000 neue Arbeitsplätze schaffen, zusätzlich 30.000 Langzeitarbeitslose einstellen, jährlich fünf Prozent weitere Lehrstellen anbieten. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, auf eine Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes, die zu Lasten der Arbeitslosen ging, zu verzichten, die Sozialhilfekriterien nicht zu verschlechtern, ein Ausbildungsplatz-Angebot gemäß der Nachfrage zu garantieren und Betriebe, die keine Azubis haben, zu einer Umlage heranzuziehen. Im Gegenzug wollte sich Zwickel »dafür einsetzen, in 1997 Einkommenssteigerungen zu vereinbaren, die sich am Ausgleich der Preissteigerungen orientieren, und befristete Einarbeitungsabschläge für Langzeitarbeitslose zu ermöglichen«.

Auf den ersten Blick sieht das ein wenig nach der »Politischen Ökonomie der Arbeiterklasse« aus: Die Unternehmer sollten teilweise und befristet auf ihre freie Disposition auf dem Arbeitsmarkt verzichten. Bei näherem Zusehen stellt sich schnell heraus, daß nicht an die ganze Klasse gedacht ist, sondern vor allem an diejenigen, die noch einen Job haben. Dieser sollte ihnen für drei Jahre gesichert werden. Daß sie ihren Reallohn halten könnten, gehörte zwar zu den Forderungen, die Zwickel in den nächsten Tarifverhandlungen stellen wollte, doch es war nicht Bestandteil des von ihm angestrebten Abkommens innerhalb des »Bündnisses für Arbeit«. Die Erwerbslosen waren in dem Vorschlag nicht vergessen, aber sie bildeten nur die zweite Kategorie.

Für die Unternehmer kam der von Zwickel angebotene Pakt nicht in Frage, denn sie haben das gegenwärtig nicht nötig. Sicherheit des Arbeitsplatzes und Stabilität, ja Steigerung des Lohnes ist im Kapitalismus zeitweilig durchaus zu haben, nämlich bei flotter Akkumulation und Arbeitskräfte-Mangel. Ist nur die erste Bedingung erfüllt (wie jetzt), gibt es das eben nicht. Zwickels Bündnis-Gedanke war dennoch folgenreich. Er wurde nämlich von zahlreichen Unternehmern vor Ort praktiziert, allerdings mit ein paar Abweichungen: Sie setzten Betriebsvereinbarungen durch, wonach die Belegschaften unbezahlt Mehrarbeit leisten und deshalb für eine bestimmte Zeit eine Arbeitsplatzgarantie haben. Zu Neueinstellungen kam es dabei in der Regel nicht.

Zwickel II

Nachdem der IGM-Vorsitzende mit seiner »Bündnis«-Idee gescheitert und die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen war, definierte er die Gruppe, deren Interessen er in erster Linie zu vertreten hatte, neu. Es sind nicht mehr die Stammbelegschaften, sondern die Lohnabhängigen mit einem deutschen Paß. Dem bekannten Arbeiterkampfblatt »Focus« erklärte Zwickel am 27. Januar 1997: »Ich denke sehr wohl, daß wir zu verabredeten Quotierungen im Rahmen eines Einwanderungsgesetzes kommen müssen, um den deutschen Arbeitsmarkt zu entlasten und den sozialen Sprengsatz zu entschärfen.«

Das ging gegen Ausländer, die nicht aus der EU kommen. Es ist kein Patzer. Denn als Zwickel später erklärte, was er gemeint habe, machte er es nur noch schlimmer. Am 4. Februar drohte er schon mit dem Zorn der Volksgenossen: Es bestehe »die Gefahr, daß die anhaltende Massenarbeitslosigkeit ein politischer und sozialer Sprengsatz wird, der sich auch gegen ausländische Mitbürger und Zuwanderer richtet. Wir dürfen diese Frage nicht rechten Politikern überlassen, die dieses Thema zu angstmachenden Verknüpfungen benutzen. «

Daß es hier keinen Zufall gibt, sondern Kalkül, belegt endgültig der Eifer des IGM-Vorstandssprechers Jörg Barczynski. In einem Interview mit der »jungen Welt« vom 28. Januar bemühte er gleich zweimal die Metapher vom »sozialen Sprengsatz«. (Warum sagt er nicht »Brandsatz«?) Er wurde gefragt: »Müßte ein Gewerkschaftsführer nicht die Umverteilung der Arbeit bei vollem Lohnausgleich fordern, anstatt indirekt mit Arbeitsplätzen für Deutsche zu argumentieren? « Seine Antwort: »Glauben Sie im Ernst, daß wir die Arbeitsplätze umverteilen können, weg von den Deutschen hin zu Ceylonesen, Indern, vielleicht demnächst Chinesen, Afrikanern, Osteuropäern, die alle ihren Arbeitsplatz gerne bei uns haben wollen und den die Deutschen dann mit ihnen teilen müßten? Das hält diese Republik nicht aus.«

Gegenstimmen

Nur gut, daß es Kapitalisten gibt. Die lieben es gar nicht, wenn man ihnen durch Quoten die Zufuhr von Arbeitskraft einengt. Deshalb erhebt sich im »Handelsblatt« eine marktradikale Stimme, deren Argumentation - mit Barczynskis Tönen als Hintergrundgeräusch - in ähnlicher Weise mit Humanität verwechselt werden kann wie Zwickels Bündnisgedanke mit der »Politischen Ökonomie der Arbeiterklasse«. Unter der Überschrift »Die Zuwanderer als Sündenböcke« lesen wir: »Gerade Niedriglohnarbeitet, unter denen sich die meisten Zuwanderer finden, dürfen nicht durch überhöhte Lohnsteigerungen aus dem Markt gedrängt werden.«

Bevor jetzt auch noch die Sozialbeauftragten der beiden Kirchen gegen die IGM auf die Kanzel steigen, sollte hingehört werden, ob sich an der Basis was tut. Spricht der Vorsitzende nur aus, was man dort denkt? Zwar hat Yilmaz Karahasan, ein ehemaliges geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, zunächst in einem Rundschreiben versucht, Zwickels Aussage als nur »mißverständlich« schönzureden. Dann aber bekam er Barczynskis Text zu fassen und ließ es sein. Muammer Göbekli, der Vorsitzende des Ausländerausschusses der IG Metall Duisburg, schreibt: »Traurig, Klaus! Glaubst Du, durch Quotierungen den Arbeitsmarkt entlasten zu können? Was schlägst Du vor, wenn durch die Quotierung der Arbeitsmarkt nicht entlastet werden kann? « Da versteht wirklich mal einer was von Ökonomie.

Tuncay Kulaoglu aus Nürnberg benutzt die richtige Anrede: »Sehr geehrter Herr Vorsitzender! ... Falls Sie mit Ihrer Aussage im >Focus(-Interview bezüglich der >Ausländerquote< wahrhaft mit Herz und Seele verbunden sind, dann sollten Sie auf der Stelle zurücktreten als Vorsitzender von IG-Metall.« Kadri Özkol, freigestelltes Betriebsrats-Mitglied bei der Bremer Vulkan AG, fügte seinem Protestschreiben an Zwickel ein Postskriptum an: »Uns ist endlich klar geworden, daß wir für Wirtschaftsmisere, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Gewalt und Haß, Umweltschäden, flache Asylpolitik, Lehrermangel, Mangel an den Kindergartenplätzen, Verkehrschaos, Pflegenotstand, Perspektivlosigkeit u.ä. verantwortlich sind. Entschuldigung, >Ihr Deutschen<.«

Es ist immer wieder dasselbe mit dieser IG Metall. Kaum hat man sich vorgenommen, die Äußerungen ihrer Vorstands-Etage ein paar Wochen lang mal nicht zur Kenntnis zu nehmen, da stößt man in derselben Organisation auf ganz andere Leute. Man schließt die Augen und stellt sich vor, wie das wohl wäre, wenn der Vorsitzende nicht Zwickel hieße, sondern Göbekli, Kulaoglu oder Özkol.

Konkret 03/97, S. 38

Holm Friebe

In diesem Sinne - Blöken, Böhmen, Mähren

Anstatt klammheimlich und ein für allemal auszusterben, wie es sich allmählich geziemte, erfreuen sich die hiesigen Vertriebenenverbände und Landsmannschaften großen Zuspruchs und verzeichnen sogar Nachwuchs. Woher dieser sich rekrutiert, ob zur Aufnahme die bloße Sympathie für revanchistisches Gedankengut ausreicht, oder ob per Arier-Paß die sudetendeutsche Abstammung bis ins siebte Glied nachgewiesen werden muß - man will es lieber gar nicht wissen. Man möchte eigentlich überhaupt nicht so viel von ihnen und über sie wissen.

Trotzdem machen sie gerade in letzter Zeit wieder kräftig Schlagzeilen. Kaum daß versucht wird, ihr dangereuses Treiben mittels eines klar und deutlich formulierten Abkommens irreversibel auf die Hinterzimmer gutbürgerlicher Gaststätten zu verweisen, treten sie in alter Frische und Virilität auf den Plan, eifrig sekundiert von CSU-Landesgruppenchefs, CDU/CSU-Ehrenvorsitzenden und anderen dubiosen Grenzerscheinungen.

Von »nicht geklärten Besitzansprüchen« ist die Rede, von einem »durch nichts gerechtfertigten völkerrechtswidrigen Unrecht«, das den Deutschen widerfahren sei. Natürlich ist das historisch völliger Blödsinn, weil nicht zuletzt das Potsdamer Abkommen die Umsiedlung explizit völkerrechtlich absegnete – nur ficht das die Unions-Strategen von rechtsaußen und ihre klöppelnden Freunde nicht an. Statt dessen wollen sie ein »Daueraufenthaltsrecht« und die Möglichkeit zum Eigenerwerb in der Tschechischen Republik für sich und ihresgleichen verankert wissen. Kurz: Kaum soll ihnen ein für allemal das Maul gestopft werden, nehmen sie den Mund auch schon wieder voll. Das Blöken, Böhmen und Mähren will schlicht kein Ende nehmen.

Tatsächlich scheint darin die ganze Crux im Umgang mit den organisierten Heimatvertriebenen hierzulande zu schlummern: Wenn es heißt »Nazis raus!«, sehen sie zu, daß sie Land gewinnen.

Konkret 03/97, S. 38

Thomas W. Klein

In diesem Sinne - Der Preis ist heiß

»Der Jäger 90 paßt nicht mehr in unsere Zeit. In einer Demokratie kann man langfristig nur das durchsetzen, was man gut begründen kann... Der Jäger 90 ist tot. « Mit diesen Worten gibt zu Beginn des Jahres 1992 Volker Rühe seinen Einstand im Verteidigungsministerium. Ein paar Wochen später, nach einem ersten zarten Wink des Daimler-Chefs Edzard Reuter, trotzt er noch: »Ich bin skeptisch, ob man angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage einen Supervogel braucht. « Ein paar Monate später hat Rühe den Toten bereits wiederbelebt. Er gibt eine »abgespeckte« Version des Jägers (»Eurofighter 2000«) in Auftrag, die nicht mehr als 90 Millionen pro Stück kosten soll. Für das Gesamtprogramm wird eine Obergrenze von 15 Milliarden Mark festgesetzt.

Als Rühe Anfang des Jahres 92 dem Projekt die Grabrede hält, heißen seine Gründe: kein Feind, kein Geld. 1994 gibt das Bundesverfassungsgericht der Bundesregierung die Erlaubnis, ab sofort deutsche Soldaten »out of area«, also überall auf der Welt, aufmarschieren zu lassen. Und wo Feind, da Geld. Anfang Januar 1997, als die Arbeitslosigkeit einen neuen »Nachkriegsrekord« erreicht, verspricht Volker Rühe dem Chef der Daimler-Benz-Aerospace AG (DASA) den Kauf von 180 neuen Jagdflugzeugen des Typs »Eurofighter« zum Stückpreis von 155,4 Millionen - 65 Millionen pro Maschine mehr als versprochen und weit jenseits aller Obergrenzen.

In einer Demokratie kann man langfristig nur das durchsetzen, was man gut begründen kann.

Konkret 03/97, S. 38

Justus Wertmüller

In diesem Sinne - Kulturen der Welt

»Deutsche - schon vergessen? Dresden, Berlin, Nürnberg - 50. 000 Deutsche vom Leben befreit von Amerika und seinen zionistischen Drahtziehern«, mahnte ein Transparent auf einer Demonstration am 1. Februar 1997 in Berlin. Doch die 2. 000 Demonstranten waren weder Nazis noch Antiimperialisten, obwohl ein schwarzer, vermummter Frauenblock letzteres durchaus wahrscheinlich machte. » Und heute?« fragten die Plakatschreiber weiter: »Rauschgifte, Bandenkriege, Morde!« Also doch die PDS-Basis von Berlin-Hellersdorf in ehrlichem Bürgerprotest gegen die vietnamesische Zigarettenmafia? Wieder falsch. Die da so exemplarisch deutsche Befindlichkeit auf den Punkt brachten, forderten keine Gerechtigkeitskomitees und Allparteiengespräche zur Lösung von sozialer Frage und organisierter Kriminalität. Sie wissen: »Der Islam ist die einzige Religion, die Widerstand leistet. « Am 1. Februar war » Welt-Jerusalem- Tag«, und dessen Motto lautet: » Vorwärts, Muslime, laßt uns dem Zionismus und Israel einen wuchtigen Schlag versetzen!«

Wenige Tage später beendeten die Anhänger der einzigen Religion, die Widerstand leistet, einen ereignisreichen Fastenmonat. In Algerien waren mehr als 200 Menschen Opfer frommer Halsabschneider oder ihrer Autobomben geworden. In Ägypten folgte auf eine beispiellose Pressekampagne gegen Söhne und Töchter der Oberschicht, die »satanischen Kulten« anhingen und dabei die heilige Religion beschimpft hatten - Verbrechen, die natürlich auf zionistische Beeinflussung zurückzuführen sind – die fällige Entladung. Mangels Juden wurden neun koptische Christen niedergemetzelt. Gleichzeitig erhöhten pünktlich zum achten Jahrestag der Fatwa gegen Salman Rushdie die Iraner das Kopfgeld um eine halbe Million Dollar. Der Bedrohte meldete sich zu Wort und bemühte vergeblich eine große Idee: »Das Europa, von dem zu reden sich lohnt und das wert ist, neu geschaffen zu werden, ist sowieso etwas Größeres als eine >Kultur<. Es ist eine Zivilisation. « Denn nicht nur die moslemische Welt will von Zivilisation nichts wissen und definiert sich statt dessen als Kulturgemeinschaft.

Die Aufforderung des internationalen Rushdie- Verteidigungskomitees an die EU, sie möge ihren »kritischen Dialog« mit dem Iran beenden, mußte ins Leere gehen, weil Deutschland ganz andere Probleme hat. Zwar wollte auch Außenamtssprecher Erdmann gegenüber den frommen Moslems etwas klarstellen. Sein Statement, für die Bundesregierung sei die Fatwa gegen Rushdie »nach wie vor null und nichtig«, richtete sich jedoch nicht gegen den Dialog der Kulturen, sondern lediglich gegen übertriebene Erwartungen: Mit der Auszahlung der Mordprämie durch die BRD ist weiterhin nicht zu rechnen.

Konkret 03/97, S. 40

Peter O. Chotjewitz

Der Lenin von gestern

Josef Stalin gilt als eine der unheilvollsten Figuren der Geschichte, der Stalinismus als Synonym für das totalitäre terroristische System schlechthin. Stalin ist der Unhold, auf den jeder zeigt, der vorm Sozialismus bange machen will. Wer aber war dieser Mann, über dessen Rolle vor und nach der Oktoberrevolution Verläßliches kaum bekannt ist? Und wieviel Stalin steckt im Stalinismus? Teil 1 eines zweiteiligen Essays, mit dem KONKRET eine Stalinismusdebatte eröffnet

Es sei, sagte Diderot, eine Unsitte, moralische Ideen an gewisse physische Handlungen zu knüpfen, zu denen sie nicht passen.

Die 1990 in Berlin/DDR erschienene Neuauflage des Trotzki-Klassikers *Stalins Verbrechen* von 1937 enthält einen Klappentext, der so beginnt: »>Sie bilden sich eim, sagte Kamenew eines Tages zu Trotzki, >daß Stalin sich damit beschäftigt, Antworten auf ihre Argumente zu suchen; dem ist nicht so; er denkt nur daran, ein Mittel zu finden, Sie straflos zu liquidieren.<«

Nun ist Trotzki in Sachen Stalin etwa so glaubwürdig wie umgekehrt. Trotzki war, als Präsident des Obersten Kriegsrates zum Beispiel, nicht zimperlicher als sein Antagonist. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, Arbeitsdeserteure ins Straflager - das war seine Linie. Er führte Zwangseintreibungen von Lebensmitteln ein und ließ bei der geringsten Verfehlung erschießen. Als die Menschewisten gegen die Oktoberrevolution protestierten und eine Koalitionsregierung forderten, rief er ihnen nach, denn er haderte zwar immer noch mit Lenin, wollte sich die Macht aber nicht entgehen lassen: »Geht, wohin ihr gehört: Auf den Kehrichthaufen der Geschichte! «

Gegen den Kamenew unterstellten Satz spricht, daß es etliche Texte Stalins gibt, in denen er sich inhaltlich mit Trotzkis Vorstellungen auseinandersetzt. Es gibt sogar die Rede, in der er sagt, der Fall sei nun ausdiskutiert, und Trotzki möge endlich das Maul halten. Die Mehrheit sei gegen ihn.

Für das Zitat spricht, daß Trotzki im August 1940 in Mexiko, vermutlich von einem stalinistischen Agenten, ermordet wurde. Seine berühmte Weissagung nach dem ersten richtigen Parteitag der russischen Sozialdemokraten, der Juli/August 1903 in Brüssel und London stattfand, hatte ihn eingeholt. Als Lenins Fraktion sich damals in einer politischen Statutenfrage knapp durchsetzte, was ihr den Namen Mehrheitler (Bolschewisten) eintrug, begründete Trotzki, als Wortführer der Menschewisten, den Boykott der Parteiarbeit mit den Worten: »Wenn die Bolschewisten Politik nach dem Vorbild der Jakobiner machen wollen, dann wird es so weit kommen, daß die ganze internationale proletarische Bewegung vor ein Revolutionstribunal geschleppt wird. «

Trotzki hätte stets am liebsten seine eigene Partei aufgemacht, und es ist genau diese Haltung, mitzumarschieren, sich zugleich aber zu distanzieren, um für den Fall eines Fehlschlags Recht zu behalten, die Stalin in seiner Rede über die Opposition auf dem XV. Parteitag 1927 kritisiert. Da sprachen Stalins Gegner empört von *Thermidor.*

Ein wenig geht es bei diesen historischen Schlagworten auch durcheinander. Schon Bucharin soll die 1928 einsetzenden Säuberungen mit dem Thermidor verglichen haben. Trotzki sagt fortgesetzt: »Das thermidorianische Regime Stalins«, meint damit aber, daß die Stalinisten ein bürokratisches, konterrevolutionäres Schmarotzersystem errichtet hätten, und das kann man dem aktiven Besitzbürgertum, das in Frankreich nach dem Thermidor zur herrschenden Klasse aufstieg, nun wirklich nicht vorwerfen. Am 9. Thermidor 1794 begann nicht, sondern endete mit der Hinrichtung von Robespierre der große Terror der Jakobiner. Wenn überhaupt, könnte man die Ermordung Berijas, der die Geheimpolizei seit 1938 geleitet hatte, als Thermidor bezeichnen. Danach wurde die SU wirklich bürgerlich. Man denke nur, wie Stalins Tochter Swetlana in ihren 20 Briefen zehn Jahre später das brodelnde, weltstädtische Moskau und die Waldidylle beschreibt, wo die Moskowiter ihren Sonntag verbringen.

Als der Liebling der ganzen Partei, Bucharin, am 15. März 1938 erschossen wurde, »hatte Stalin bis auf Leo Trotzki ... den letzten der engsten und hervorragendsten Kampfgefährten Lenins beseitigt«, schreibt Schützler in der Dokumentation *Schauprozesse unter Stalin* (Berlin/DDR 1990). Schon Chruschtschow monierte die Eliminierung der Alt-Bolschewisten besonders. Man lese seine *Geheimrede* auf dem XX. Parteitag in der Nacht von 24. zum 25. Februar 1956, die so geheim war, daß sie wenige Wochen später vom US-Außenministerium veröffentlicht wurde und am 16. Juni ungekürzt in der »Stuttgarter Zeitung« stand. Niemand störte sich damals an der Larmoyanz des Karrieristen, der die Opfer in Gute und Schlechte sortierte. Chruschtschow war mit einem Schlag der Medienstar. Nicht nur bestätigte er ex officio die schlimmsten Nachrichten über den Stalinismus, die seit den 30er Jahren kursierten. Er bereicherte sie auch um Details, von denen man nicht weiß, ob sie echt sind. Mit seinen Enthüllungen schuf er die Voraussetzungen für neue Strategien zum Sieg über die SU. Was davor Klassenkampf hieß, wurde nun Menschenrechtsverletzungen genannt.

Mao erklärte dann, warum die Wende 1956 zwar den Herren im Kreml, aber den Völkern der SU nichts brachte. Auf die Frage, was gewesen wäre, wenn Lee Harvey Oswald nicht Kennedy, sondern Chruschtschow erschossen hätte, antwortete

er: »Das weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß Onassis nicht seine Witwe heiraten würde.«

Chruschtschow kritisierte auch, die Eliminierung der alten Kader sei politisch erforderlich, ihre Ermordung aber unnötig gewesen. Daran ist richtig: Trotzki und die anderen Köpfe der rechten und linken Opposition waren längst ohne Einfluß und mehrfach abgestraft, als sie nach dem Mord an Kirow 1934 wieder aus der Versenkung geholt, schubweise vor Gericht gestellt und absurder Dinge beschuldigt wurden. Falsch daran ist, daß Stalin sie deshalb nicht umzubringen brauchte. Grundsätzlich war jeder in seiner Nähe eine Gefahr und deshalb gefährdet - die Dienerschaft ausgenommen. Die liebte ihn wirklich, und das wußte er.

Als ab 19. August 1936 vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR der *Prozeß der Sechzehn* stattfand, wurden auch die Namen der führenden Bolschewisten bekannt, die im Auftrag der Angeklagten ermordet werden sollten, doch fehlte der Name Molotow, und sofort wurde gemunkelt, er sei das nächste Opfer. Trotzdem lebte er bis 1986, was auch biologische Gründe hatte: Er wurde 96 Jahre alt.

Bulganin, behauptete Chruschtschow, habe ihm einmal gesagt: »Es kann sein, daß jemand einer Einladung Stalins als Freund Folge leistet, und wenn er dann mit ihm zusammensitzt, weiß er nicht, ob er anschließend nach Hause oder ins Gefängnis geschickt wird. « Diese Willkür war nicht mit dem Furor der Revolutionsjahre zu vergleichen, in denen alle Bürgerkriegsparteien Verbrechen begingen. Als die Sozialrevolutionärin Fanni Kaplan am 30. August 1918 auf Lenin schoß und ihn lebensgefährlich verletzte, erließ der Präsident des Zentralen Exekutivkomitees Swerdlow einen Aufruf, in dem es hieß: »Die Arbeiterklasse wird auf Attentate gegen ihre Führer durch erbarmungslosen Massenterror gegen alle Feinde der Revolution reagieren. « Das war, mit Trotzki gesprochen, »rauh, grausam, aber ehrlich« - eine sinnvolle Methode also, in einer klar definierten Situation, für ein erreichbares Ziel.

1928 war die Revolution unschlagbar, die Konterrevolution unterlegen, die Opposition unerheblich, die Situation undefinierbar und das Ziel unerreichbar. Stalin mit 50 (1929) über jeden Zweifel erhaben. Zehn Jahre später brauchte Berijas ebenfalls hingerichteter Vorgänger Jeschow nur noch zu kabeln, wenn es stimmt, was Payne behauptet: »Sie werden hiermit beauftragt, 10.000 Feinde des Volks zu exterminieren.« Oder, Stalin an Molotow, August 1930, als die Währung aus dem Ruder lief und das Finanzministerium und die Staatsbank ins Schußfeld gerieten: »Es geht also darum, ... unbedingt zwei, drei Dutzend Schädlinge aus diesen Apparaten zu erschießen, darunter zehn Kassierer verschiedenster Art.« Wer hätte davon noch nie geträumt: Einen Bankier zu erschießen, der das Volksvermögen verspielt. Stalin, ein Traumberuf.

Natürlich sollte durch den mörderischen Fünfjahresplan 1934-39 der Anpassungs- und Leistungsdruck erhöht werden, aber das war sinnlos. In der SU herrschte seit dem Ende der noch halbkapitalistischen Wirtschaftsweise eine Politik, die jede Norm und jedes Ziel zunichte machte. Sämtliche Pläne waren unerfüllbar, auch wenn Stalin seine Nase in jeden Kochtopf steckte. »Stimmt es, daß aus England Schuhe für mehrere Millionen Rubel importiert wurden? Wenn das stimmt, dann ist es ein Fehler.«

Gerade weil er nicht nur strategische Ziele mit der richtigen Taktik vorzeichnete, sondern auch die Getreidekörner zählte, lief jeder Gefahr, als Saboteur zu gelten und liquidiert zu werden, und es war egal, ob man einen liquidierte oder tausend, denn in einem so großen, unterentwickelten Vielvölkerstaat gehen ständig tausend Dinge schief. Kein Wunder also, daß er, laut Chruschtschow, Besucher zu fragen pflegte: »Was haben Sie? Sie gucken so schief! «

Es gibt kaum noch Stimmen in der Literatur, die die *Tschistka,* die *Säuberungen,* den *großen Terror zu* minimieren und den bescheidenen Rest zu rechtfertigen versuchen. Das war nicht immer so. Barbusse, Paris 1935, auch Murphy, Zürich 1945, sind nur zwei von vielen westlichen Biografen, die Stalin bewundern. Es gab auch im Westen echte Bewunderung für ihn, nicht nur in der SU, wo er vor allem im Volk viele Verehrer hatte. Stachanow, der bekannte Lohndrücker, verging fast, als er ihm endlich die Hand drücken durfte.

Da er aus einfachsten Verhältnissen stammte, hatte er ein gutes Gespür für die Nöte und Sehnsüchte der kleinen Leute, vor allem wenn sie Russen waren. Im Film ließ er sich von einem Schauspieler doubeln, der nicht einen kaukasischen Akzent hatte, wie er selber. Den Marmortempel, den er um die Hundehütte bauen ließ, in der er als einziges von fünf Kindern überlebt hatte, muß man gesehen haben.

Westliche Diplomaten, die ihn trafen, waren angetan von seinen staatsmännischen Fähigkeiten, seinem Scharfsinn, seiner Weitsicht - so Harriman, der als US-Botschafter in Moskau von 1942-46 an den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam teilnahm. Sir Stafford Cripps, britischer Botschafter in Moskau im Vorwort zu Murphys Buch 1945: »Dieses Buch beschäftigt sich mit einem der bedeutendsten Männer aller Zeiten - sofern man nämlich seine Bedeutung nach dem gewaltigen Umfang der Veränderungen beurteilt, die er im größten Lande der Welt herbeigeführt hat. «

Churchill nannte ihn *meinen Freund* und tauschte mit ihm Vertraulichkeiten aus: »Teilen Sie mir bitte mit, wann wir aufhören sollen, Berlin zu zertrümmern, damit genügend Quartiere für die sowjetische Armee stehen bleiben!« Nach ihrem Treffen in Moskau, August 1942, das nicht gerade heiter verlief, urteilte er: »Rußland darf sich glücklich schätzen, daß es in seinem Kampf auf Leben und Tod diesen großen rauhen Mann an der Spitze stehen hat. Er ist eine hervorragend starke

Persönlichkeit und paßt in die dunkle, stürmische Zeit ... Ministerpräsident Stalin hat mir den Eindruck eines Menschen von hoher, kühler Weisheit gemacht, der frei ist von allen Illusionen ... «

So viel Zuneigung war nötig. Man konnte nicht mit einem hitlerartigen Unmenschen eine Allianz zur Verteidigung der Freiheit und Menschenrechte bilden. Das Bild Stalins verbesserte sich deshalb mit Beginn des Zweiten Weltkrieges erheblich, so daß er 1945 menschliche wie staatsmännische Größe zeigte. In *Stalin spricht/Die Kriegsreden vom 3. Juli 1941 bis zum 9. Mai 1945* (Berman-Fischer, Stockholm 1945) heißt es: »Nur ein großer, der Verantwortung seinem eigenen Volk und der Welt gegenüber voll bewußter Staatsmann konnte so sprechen.« Die damals aktuelle offizielle Stalin-Biografie des Marx-Engels-Instituts Moskau, ein Musterstück des Personenkults, war dem Band kommentarlos beigegeben.

Auch die Säuberungen wurden positiver gesehen. Durch sie, so die verbreitete Meinung, sei Hitlers Hoffnung, auf seinem Ostfeldzug reichlich Kollaborateure in der Sowjet-Hierarchie zu finden, enttäuscht worden. Stalin selber scheint überrascht gewesen zu sein, wie begeistert sich die Völker der SU in den großen vaterländischen Krieg warfen, in dem er, Chruschtschow zufolge, das größte Weichei war. Die Bewertung Stalins änderte sich schlagartig und rapide mit dem Beginn des Kalten Krieges. Der Dreierpakt Churchill-Roosevelt-Stalin firmiert nun als *Teufelspakt,* als *Unheilige Allianz* (Hamburg 1964). Stalin wird Wissenschaftsthema, und das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen in Bonn übernimmt die Verbreitung. Fetschers Untersuchung (1956) über Stalins Schrift *Über dialektischen und historischen Materialismus* (1956) kommt so über den Eisernen Vorhang und unter die Leute.

Die erste große objektive Darstellung ist 1948 Isaak Deutschers *Stalin.* Deutscher entdeckt Anfänge des paranoiden Despoten schon in den Jugendjahren am Priesterseminar in Tiflis. Der Tod der ersten Frau tötete lange vor der Revolution jedes menschliche Gefühl in Stalin, der damals noch Koba hieß oder Iwanowitsch. Ein ausgeprägtes Minderwertigkeitsgefühl kam hinzu. Der soziale und ethnische Underdog mit dem verkrüppelten Arm.

Von nun an waren, abgesehen vom Ostblock, nur noch die KPs im Westen bereit, Stalin' zu loben, und auch die nicht lückenlos, wie Tito/Djilas und Togliatti zeigen. Die jüngste westliche Hagiographie, die ich besitze, ist von 1979, *Die Wahrheit über Stalin,* Verlag Roter Morgen. Der Witz dabei: 1932 wurden dreißig Leute verurteilt, die einen *Bund der Marxisten-Leninisten* gegründet hatten.

Die heute vorherrschende Auffassung besagt, daß in der SU zwischen 1928 und 1953 zwischen 20 und 40 Millionen Sowjetbürger den zuständigen Staatsorganen zum Opfer fielen (Wolkogonow, Medwedjew), wobei unklar ist, ob damit nur die Toten gemeint sind. Stalins sonstige Politik verschwindet völlig hinter diesen Zahlen. Die Gleichsetzung Hitler-Stalin, die von etlichen Autoren schon im Titel ihrer Werke suggeriert wird (v. Thadden, Bullock), hat sich durchgesetzt.

Die Arbeit des Molochs verlief angeblich wellenförmig. 1928-32: Agrarreform, Kampf gegen die *Kulaken als Klasse,* forcierte Industrialisierung, Verfolgung protestierender Bürger, vor allem in der Intelligenz; Phase der *Schauprozesse;* Umsiedlungen während des Zweiten Weltkriegs; Maßnahmen nach Kriegsende vor allem gegen Heimkehrer; die letzten Lebensjahre: Ärzte-Prozeß, das jüdische antifaschistische Komitee, Säuberungen in den Vasallenstaaten.

Chruschtschow behauptete 1956, wenn Stalin nicht gestorben wäre, hätte er sie alle umgelegt. Statt dessen haben sie ihn umgelegt. Seither wird rehabilitiert. Von Kommissionen. Überwiegend posthum. Formularmäßig. Gerade ist wieder ein dickes Buch erschienen, über die ermordeten Schriftsteller: *Das auferstandene Wort* (Bergisch-Gladbach 1996). Damit stellt sich die Frage: Wo bleiben die Maler? Die Architekten? Die Tenöre?

Die meisten Autoren beschränken sich auf den *großen Terror* (Conquest, München 1992), d.h. die Prozeßwellen der 30er Jahre gegen: den *Bund der Marxisten-Leninisten* 1932-37; das *Moskauer Zentrum* / erster Prozeß gegen Sinowjew und Kamenew u.a. 1935; die Gruppe *Arbeiteropposition* 1935-37; diverse Angestellte der Kreml-Verwaltung (Putzfrauen etc.) / Kreml-Prozeß 1935; das *antisowjetische trotzkistisch-sinowjewistische Zentrum* 1936 / 1. *Schauprozeß / Prozeß der Sechzehn / endgültige* Ausschaltung von Sinowjew, Kamenew, Smirnow u.a.; *das parallele antisowjetische trotzkistische Zentrum* 1937 / 2. *Schauprozeß* gegen *Pjatakow,* Radek u.a.; die *antisowjetische trotzkistische Militärorganisation / V*erfahren gegen die Führung der Roten Armee - Tuchatschewski, Primakow u.a. 1937; den *antisowjetischen rechtstrotzkistischen Block / 3. Schauprozeß* 1938 gegen Bucharin, Rykow, Tomski u.a.

Das größte Aufsehen im Westen erzielten schon zu ihrer Zeit die drei *Schauprozesse.* Prominente Prozeßbeobachter bescheinigten den Farcen Korrektheit, andere sprachen korrekt von Farcen. Schon 1936 erschien in Paris die Streitschrift *Die sechzehn Erschossenen* von Victor Serge. Serge, der als Anarchist in Belgien, Frankreich und Katalanien gekämpft hatte, ist einer der glaubwürdigsten Zeugen der Revolution, die er nie verriet. Ich empfehle seine Bücher *Erinnerungen eines Revolutionärs* (Hamburg 199 1) und Er*oberte Stadt* (Frankfurt/M. 1977). Er kam 1919 nach Petrograd, war Mitarbeiter von Sinowjew, der die Komintern leitete, und wurde seit 1927 verfolgt, 1933 deportiert. Auf dem Kongreß zur Verteidigung der Kultur 1935 in Paris versuchten Freunde über seinen Fall zu sprechen. Aragon und Ehrenburg blockierten, Pasternak traute sich nicht. Es gebe keinen Schriftsteller Serge, nur einen Konterrevolutionär dieses Namens, der an der

Ermordung Kirows beteiligt sei. Erst als Gide aufmuckte und Romain Rolland von Stalin empfangen wurde, kam Serge frei.

Für die SU waren die Säuberungen eine Katastrophe. Man schätzt, daß um die 40.000 Offiziere den Säuberungen in der Armee zum Opfer fielen und führt die verheerenden Niederlagen im Sommer 1941 zum Teil darauf zurück. Einer der Helden in Simonows Trilogie *Die Lebenden und die Toten* ist ein Divisionär, der direkt aus der Verbannung an die Front eilt, um das Vaterland zu verteidigen, das ihn eben noch so erniedrigt hat.

Nicht geringer war das Desaster in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Chruschtschow behauptete, daß 70 Prozent der Mitglieder und Kandidaten des ZK, die 1934 auf dem Parteitag der Sieger gewählt wurden, in den Jahren 37-38 liquidiert worden seien. Mehr als die Hälfte der Delegierten dieses Parteitages sei ebenfalls wegen gegenrevolutionärer Verbrechen beseitigt worden. Der folgende XVIII. Parteitag 1939 wurde deshalb ironisch als *Parteitag der überlebenden* bezeichnet. Bis auf Stalin wurde die Führungsspitze der Lenin-Zeit vollständig annihiliert: das Triumvirat aus seinen letzten Lebensmonaten, das aus Stalin, Kamenew, Sinowjew bestand, und das erste Politbüro nach Lenins Tod, dem Stalin, Trotzki, Tomski, Rykow, Kamenew, Sinowjew und Bucharin angehörten.

Es gibt Gerüchte, daß es zuletzt auch Stalin erwischt habe. Trotzki prophezeite schon 1937 in *Stalins Verbrechen* (Zürich), daß Stalin »vor dem Abschluß seiner tragischen Mission« stehe. »Je mehr es ihm scheint, daß er keinen mehr braucht, um so näher rückt die Stunde, daß niemand ihn braucht.« Stalin sei gebraucht worden, um die Revolution zu liquidieren. Das zielt auf die Behauptung, Stalin habe in der Verschwörerzeit mit der Ochrana, der zaristischen Geheimpolizei kollaboriert. Marschall Tuchatschewski sei hingerichtet worden, weil er Stalins zaristische Geheimakte gekannt oder gar besessen habe.

Liest man Swetlana Allilujewas ersten Brief 1963, so stirbt ihr Vater einen zwar unappetitlichen, jedoch natürlichen Tod. Sie wird am »Montag (!), 2. März 1953«, aus dem Unterricht geholt und nach Kunzewo gebracht. Chruschtschow und Bulganin erwarten sie vor der Datsche. Die Männer haben geweint, da weiß sie, was passiert ist. Malenkow und Berija sind in dem Landhaus. Man sagt ihr, Stalin sei um drei Uhr früh auf dem Boden seines Zimmer gefunden worden. Er liege jetzt auf dem Diwan. Später liegt er in einem großen Saal, wird medizinisch versorgt und ist umringt von Diadochen. Irgendwo im Haus tagt eine medizinische Sonderkommission, im Nebenzimmer ein Ärztekonsilium. »Alle zeigten sich bemüht, zu schweigen wie in einem Dom ... Nur ein Mensch benahm sich beinahe unanständig - Berija.« Stalin hat eine Gehirnblutung erlitten, die langsam das Atemzentrum erfaßt. »Das Antlitz verfärbte sich, die Gesichtszüge entstellten sich bis zur Unkenntlichkeit, die Lippen wurden schwarz ... die Agonie war entsetzlich, sie erwürgte ihn vor aller Augen. In der letzten Minute öffnete er plötzlich die Augen und ließ seinen Blick über alle Umstehenden schweifen. Es war ein furchtbarer Blick, halb wahnsinnig, halb zornig ... und da hob er plötzlich die linke Hand und wies mit ihr nach oben, drohte uns allen. Im nächsten Augenblick riß sich die Seele nach einer letzten Anstrengung vom Körper los.«

Man muß den ganzen Text lesen, um seine betörende Authentizität zu erkennen. Die Erzählung ist sprunghaft, jedoch angereichert mit unwichtigen Details. Die linke Hand zum Beispiel oder eine unbenutzte medizinische Apparatur. Der Vater liegt noch auf dem Diwan, als sie kommt, sie darf auch zu ihm, aber offensichtlich sieht sie ihn erst, als er im Saal liegt, wo er später auch aufgebahrt wurde. Mehrfach betont sie, daß sie drei Tage lang bei ihm war, als ob daran ein Zweifel bestünde.

Aber warum liegt er überhaupt noch auf dem Diwan, als sie kommt? Offiziell erfolgte der Schlaganfall in der Nacht von 1. auf 2. März. Sie wird am Vormittag geholt, muß noch hinausfahren und immer noch wird er nicht notärztlich behandelt. »In den letzten Minuten«, behauptet Swetlana schließlich, »bemerkte Berija plötzlich auch mich und ordnete an: >Führt Swetlana hinaus! (« Aber was soll das? Drei Tage lang stehen beide am Totenbett, doch erst am Abend des vierten Tages bemerkt er sie?

Das Bild, das sie beschreibt, zeigt einen Toten, der sich zu einer letzten Drohgebärde aufrafft. Sofort nach dem Exitus hört sie Berijas »laute, unverhohlen triumphierende Stimme«. Er ruft: »Chrustaljow, den Wagen! « Er muß sofort ins ZK. Nun müssen zwar auch die anderen, aber sie rennen wenigstens nicht so. Sah sie den Vater erst, als er starb oder schon tot war? Woher kommen plötzlich die anderen Präsidiumsmitglieder, die ebenfalls weinen? Präsidium nannte man damals das Politbüro. Was bedeutet der Satz: »Auch sie waren wie ich zerrissen von widersprüchlichen Gefühlen, von Kummer und zugleich Erleichterung.«

Etliches verweist unmittelbar auf Chruschtschow: die Erleichterung, Berijas triumphierende Stimme, Stalins irrer Blick und die Drohgebärde, das Ersticken. Chruschtschow servierte die Geschichte diversen Ausländern als Puzzle. Setzt man es zusammen, so entstehen mehrere Versionen, die einander und auch Swetlanas Geschichte Lügen strafen. Mal werden Malenkow, Berija, Bulganin und er am Montag ans Krankenbett gerufen und warten drei Tage. Dann erlangt Stalin noch einmal das Bewußtsein, schaut sie lächelnd an und deutet auf ein Bild über seinem Bett. Es zeigt ein Lämmchen, das von einem Kind mit dem Löffel gefüttert wird. So wie er jetzt von einer Krankenschwester. Hier ist die Drohgebärde eine ironische Geste. »Kurze Zeit darauf starb er. Ich weinte.«

Ein anderes Mal wird Chruschtschow in der Nacht von Stalins Leibwache geweckt und fährt sofort los. Unterwegs entdeckt er sechs Autos. Sie enthalten Molotow, Berija, Malenko, Bulganin, Kaganowitsch und Woroschilow, also drei mehr. Der wachhabende Hauptmann im Landhaus ist besorgt, weil Stalin sich seit dem Abendessen nicht gemeldet hat. Niemand hat seither Stalins Räume betreten. Molotow gibt Befehl, die Panzertüren aufzubrechen. Man holt Eishacken. Der Bruch dauert eine Stunde. Stalin liegt in Uniform auf dem Rücken, alle drängen ins Zimmer. Plötzlich schreit Berija: »Der Tyrann ist tot, tot, tot!« Chruschtschow beugt sich nieder und sieht, daß Stalin ihn mit weit offenen Augen anstarrt. Er weicht zurück, alle flüchten, nur Berija blieb im Zimmer. »Der Mann, der es gewagt hatte, seine Freude laut herauszuschreien, blieb im Zimmer.«

Manchmal baut Nikita die Geschichte aus: Um vier Uhr früh ruft Malenkow die Ärzte. Sie können Stalin nur noch die Augen zudrücken. »Dann brachen die Mitglieder des Präsidiums einer nach dem anderen in Tränen aus. Nur Berija fragte mit eisiger Ruhe: >Woran ist er gestorben?< - >Ein Bluterguß im Gehirn. Lähmung. Tod durch Ersticken.<«

Swetlana ruft laut Chruschtschow am »Sonntag (!), den 2. März«, selber bei ihrem Vater an, wird aber nicht durchgestellt. Man sagt ihr nicht, daß er schwer krank ist. Erst am 4. 3. darf sie zu ihm. Er liegt immer noch auf dem Diwan. Zehn Jahre später bestreitet Chruschtschow, daß Ärzte geholt wurden. Erstens habe Stalin den Ärzten mißtraut, zweitens traute kein Arzt sich zu Stalin, weil mehrfach welche nach einem Besuch bei ihm spurlos verschwunden waren. Dazu gehört die Story, daß alle Ärzte und auch der aktuelle Sicherheitsminister kurz darauf ums Leben kamen.

Zuweilen findet der Tod auch in Moskau statt. Danach saß man im Kreml, diskutierte lebhaft, als Stalin plötzlich hinfiel. Offensichtlich tot. Wieder jubelt Berija, nur ausführlicher, doch plötzlich öffnet Stalin erst das eine Auge, dann das andere und sieht wieder gesund aus. Berija wirft sich auf die Knie, fleht um Verzeihung und beschwört seine Treue. Chruschtschow: »Stalin sprach kein Wort. Langsam schloß sich das eine Auge wieder, und dann schloß sich auch das andere.«

Die Geschichte erinnert an den Tod Iwans des Schrecklichen, der auch die Augen noch einmal öffnet und böse guckt, entspricht aber dem ersten Kommunique, das am 4. März im Moskauer Rundfunk verlesen wurde: »In der Nacht vom 1. auf den 2. März erlitt Stalin in seiner Moskauer (!) Wohnung eine Gehirnblutung.« Offiziell starb Stalin am Abend des 5. März 1953. Am 6., um vier Uhr morgens, meldete der Rundfunk nach einem Trommelwirbel: »Das Herz des Waffengefährten und genialen Fortführers von Lenins Werk, des weisen Leiters und Lehrers der Kommunistischen Partei und der Sowjetunion hat den letzten Schlag getan.« Aber vielleicht wollte Chruschtschow auch nur den Eindruck erwecken, die Stalinisten selber hätten sich ihres Herrn entledigt, um im Westen bessere Karten zu haben. Warum dann ausgerechnet Berija? Warum nicht er? Die Frage könnte von ihm stammen, denn lange Zeit später behauptete er plötzlich, Berija sei damals nicht in der Stadt gewesen. Aber welche Stadt?

Wir wissen nicht einmal, wer Stalin war. Vielleicht kann man Swetlana glauben, die ihn geliebt hat: »Niemand hielt ihn für einen Gott, für einen Übermenschen, für ein Genie oder für einen Bösewicht - man liebte und achtete ihn um der einfachsten menschlichen Eigenschaften willen, über welche die Dienerschaft stets untrüglich urteilt.« Vielleicht Trotzki: »Die unheilvollste Figur der menschlichen Geschichte.« Vielleicht Morozow: »Stalin war drei Jahre jünger als Konrad Adenauer, fünf Jahre jünger als Winston Churchill, zehn Jahre älter als Adolf Hitler. Stalin war ein Altersgenosse von Albert Einstein und Otto Hahn. Leo Trotzki war sechs Wochen älter als Stalin.«

Konkret 03/97, S. 44

Kunst & Gewerbe

Zwei Nachrichten

Zuerst die schlechte. Um das Jahr 2000 herum sollen Jesus Christus und Rudolf Steiner wiedergeboren werden - in einer Person. Dem ehemaligen Waldorflehrer Norbert Biermann, 48, liegen Informationen vor, wonach sich eingefleischte Anthroposophen auf die spektakuläre Doppelinkarnation gefaßt machen. In einem Interview mit der Zeitschrift »MIZ« hat Biermann von einer Unterhaltung mit einem Kollegen berichtet. Der Kollege habe erklärt, »daß man um das Jahr 2000 die Reinkarnation von Rudolf Steiner und Jesus Christus in einer Person erwarte«, Zitat Ende.

Jetzt die gute. Wenn mit der Seelenzusammenlegung ein neues Zeitalter anbricht, wird das einst von Rudolf Steiner verkündete »Michaelzeitalter« gezwungenermaßen zu Ende gehen. Steiner hatte geschrieben: »Das Michaelzeitalter ist angebrochen. Die Herzen beginnen, Gedanken zu haben; die Begeisterung entströmt nicht mehr bloß mystischem Dunkel, sondern gedankengetragener Seelenklarheit. Dies verstehen, heißt, Michael in sein Gemüt aufnehmen. Gedanken, die heute nach dem Erfassen des Geistigen trachten, müssen Herzen entstammen, die für Michael, den feurigen Gedankenfürsten, schlagen.« In sein Gemüt aufgenommen hat der deutsche Michel daraufhin die feurigen Gedankenfürsten Michael Schumacher, Michael Jürgs, Michael Hohn, Michael Ende und Michail Gorbatschow, mit den bekannten Folgen. Damit wird um das Jahr 2000 herum also Schluß sein. Vielleicht werden dann zur Abwechslung wieder die Köpfe Gedanken haben.

Gerhard Henschel

Ist Gott schwul?

18 bis 20 Prozent der katholischen Priester sind schwul, behauptet zumindest der Augsburger Pastoraltheologe Hanspeter Heinz unter Hinweis auf eine Studie des amerikanischen Wissenschaftlers Richard Sipe. Doch getreu der katholischen Doktrin, daß, was nicht sein darf, auch nicht sein kann, halten die erzkatholischen Fundamentalisten jetzt dagegen: Alles Quatsch, der Mensch sei schließlich ein Abbild Gottes und höchstens zu zwei Prozent schwul, weiß Anton Rauscher, Professor für christliche Gesellschaftslehre ebenfalls in Augsburg. Gott zu zwei Prozent schwul? Hört, hört.

Im übrigen, so Rauscher weiter, respektiere man selbstverständlich die Würde der Zweiprozentigen, so wie man ja auch beispielsweise dem Verbrecher seine Würde nicht entziehe. Gleichwohl Priester werden dürfen weder die einen noch der andere, und überhaupt gehören für Rauscher Schwule und Halunken eh in einen Topf. Denn schließlich, so jedenfalls lehre ihn »die Erfahrung«, sei im Lebensbereich von Homosexuellen verstärkte Kriminalität festzustellen. Rauschers Fazit: »Wegen der Gefahren, die von ihnen ausgehen können, ist die Kirche gut beraten, wenn sie homosexuell Veranlagte nicht zum Priestertum zuläßt.«

Nicht minder ingeniös argumentiert der katholisch veranlagte Erzbischof Johannes Dyba, und zwar in seiner Kolumne (»Das Wort des Bischofs(o im Fuldaer Bistumsblatt »Der Bonifatiusbote« (was doch - nebenbei - fast wie der Titel eines Schwulenmagazins klingt). »Erstens«, so zählt dort Dyba erstens auf, werde vom katholischen Priester im Zölibat der Verzicht auf Ehe und Familie verlangt. Dies jedoch sei ein Opfer, das vom homosexuellen Menschen gar nicht gebracht werden könne. Wer aber, so Dyba »zweitens«, dennoch behaupte, Homosexuelle könnten im Zölibat leben, der vergesse, »was uns die Erfahrung lehrt. Wenn nämlich heterosexuelle Priester am Zölibat scheitern, dann landen sie beim Standesamt. Wenn aber homosexuelle Priester daran scheitern, landen sie wegen des dann oft verletzten Jugendschutzes meist beim Staatsanwalt.«

Abgesehen davon, daß man, um diese bischöfliche Logik nachvollziehen zu können, mindestens schon als Kind katholisch mißbraucht worden sein muß, kann man leider nur wieder einmal dies konstatieren: Wer nämlich wie Dyba und vordem Rauscher seine Argumentation in geschlechtlichen Fragen hauptsächlich auf »Erfahrungen« stützt, sollte, zumindest unserer Erfahrung nach, tunlichst über ein paar mehr Erfahrungen verfügen als die eines Klerikers, dem, wenn überhaupt, nur die eigenen Glocken zum Bimmeln zu bringen erlaubt ist.

Aber lesen wir doch, wie Dyba in seinem Bistumsblättchen »schließlich und drittens« die Frage, wie 'rum ein Pfaff zu ticken hat, beantwortet: »Bei uns werden nur solche Männer zum Priester geweiht, die auch das Zeug zu gesunden und guten Familienvätern hätten«, so schreibt der bekanntlich mit allen Wassern geweihte Herr Dyba und deutet damit frei nach Tucholsky nichts anderes an als: Pfaffen sind potentielle Familienväter. Wir aber nehmen das staunend zur Kenntnis.

Nur eins bedarf sicher noch einer zusätzlichen Erklärung: Was meint Dyba eigentlich mit jenem »Zeug«, das ein gesunder und guter Familienvater seiner Ansicht nach haben sollte? Ist mit »Zeug« vielleicht der, übrigens auch für eine kranke und

schlechte Vaterschaft unabdingbare weibliche Gegenpart gemeint? Oder gar die für jede Vaterschaft biologisch notwendige Auferstehung des Fleisches, um die Erektionsfähigkeit einmal christlich zu umschreiben? Und hat dieses ominöse »Zeug« womöglich auch was mit den gelegentlich auftretenden Flecken auf Dybas Soutane zu tun? Fragen über Fragen. Wir freuen uns schon jetzt auf eine möglichst detaillierte, aber hoffentlich den sittlichen Schutz unserer jüngeren Leser beachtende Erläuterung des erzbischöflichen Zeugwarts zu Fulda.

Fritz Tietz

Ende der Kunst

Seit es Kunst gibt, wird ihr ein baldiges Ende prophezeit. Man gewöhnt sich an die Kunst von gestern, stöhnt unter der von heute und wünscht der von morgen den Tod. An diese uralte gesellschaftliche Auseinandersetzung um Kunst reiht sich eine neue, die allerdings kurzlebig sein wird, weil sie am eigenen Irrwitz zugrundegeht. Es handelt sich um eine österreichische Kreation, die erst ein paar Wochen alt ist, aber in ihrer haltlosen Hingabe an Obrigkeit und Hierarchie wirkt wie aus dem vorigen Jahrhundert.

Ein Grund für die Auseinandersetzung, ich sprach nicht leichtfertig von Irrwitz, ist nicht vorhanden: Bisher gab es einen Minister, der neben vielen anderen Dingen auch für Kunst zuständig war. Nun gibt es einen Staatssekretär, der neben vielen anderen Dingen für Kunst zuständig ist. Anderswo würde diese Änderung nicht auffallen, doch anderswo stehen Kunst und Künstler eben nicht in so hohem Ansehen wie in Österreich. Deshalb brach unter Künstlern, die ihr Ansehen geschädigt sahen, Empörung aus: Es steht ihnen kein Minister mehr vor, sondern nur mehr ein Staatssekretär. Was für eine Degradierung!

Die Künstler stehen mit ihrer Empörung nicht allein. Unzählige Solidaritätsadressen aus allen Schichten der Bevölkerung werden abgefaßt, die wichtigsten im »Standard« gedruckt. Ein Herr Wischenbart, der Sprache nach Eisenbahner, beklagt den »Verschub der Kunstagenden« und meint: »Die Koppelung der Agenden für Kunst und Europäische Union greift auf, daß schon die EU sich für Kultur unzuständig erklärte.« Was die Hoffnung weckt, daß die Koppelung auch aufgreift, was beim Verschub sprachlich entgleist.

Ein Professor Wagner wiederum, der Sprache nach Jäger, führt dem noch unerfahrenen Staatssekretär vor Augen: »Die Schonzeit ist kurz.« Warum? »Weil die Kunst längere Vorlaufzeiten hat, und die EU-Präsidentschaft ist nahe.« Nach diesem Ausflug ins Jägerlatein findet Wagner zur rauhen, knappen Jägersprache zurück und verrät, wann die Schonzeit vorbei ist: »Bald, ohne Verzug und ohne Verzögerung.« Während die Stimme des Volkes sich für die Kunst stark macht und dabei der Sprache den Gnadenstoß versetzt, rütteln die Interessenvertreter der Künstler, allen voran die Schriftstellervereinigungen, das Gewissen der Weltöffentlichkeit wach. Denn einer Kunst ohne Minister droht »internationaler Imageverlust«, außerdem wird es zu einem »Imageverlust im Regierungsgefüge« kommen.

Zu meinen, es handle sich hier um einen für Vereinsmeier typischen Wirklichkeitsverlust, hieße das Problem unterschätzen. Denn in Österreich gibt es mehr Schriftstellervereinigungen als Schriftsteller, ein Zustand, der begrüßenswert ist, solange die Interessenvertreter, deren gesamte Existenz auf Subvention aufgebaut ist, wie bisher nur ihre eigenen Interessen vertreten. Diesmal aber gehen sie zu weit. Sie sprechen im Namen der Kunst und der Künstler und damit auch in meinem Namen.

Die Interessenvertreter sind den Schriftstellern nicht nur zahlenmäßig, sondern auch stilistisch überlegen. Die Aussendungen der IG Autoren werden nicht von ungefähr als Unterrichtsmaterial in der Schule für Dichtung verwendet. In der letzten Aussendung wird poetisch vom »eingetretenen Entwicklungsstillstand in Kunstangelegenheiten« geredet. Man geht schlauerweise davon aus, daß nicht nur eine Tür eingetreten werden kann, sondern auch ein Stillstand ' so daß durch den eingetretenen Stillstand die Entwicklung doch irgendwie weitergeht. Aber auch der Kampf geht weiter, der nächste Feind steht schon vor dem Literaturhaus: ich.

Die Zahl der Gschaftlhuber, der literarischen Vereinigungen, Interessenvertreter und - ein wahrer Skandal - der Verlage, die sich aus dem Literaturbudget nähren, steigt unaufhaltsam, und alle diese Abstauber stützen einander als natürliche Verbündete. Ihr objektiver Feind ist der Schriftsteller. Dessen Arbeit zu fördern ist eine dankbare Sache, die wenig kostet. Prüft man das Ergebnis der Literaturförderung, wird man verblüfft vor einer beträchtlichen Anzahl herausragender literarischer Werke stehen. Prüft man hingegen das Ergebnis jenes wuchernden Betriebs, steht man vor dem Nichts. Verständlich, daß ein Nichts ausgerechnet über nichts und wieder nichts, über die Neuordnung von Kompetenzen durch einen neuen Kanzler, ein Gezeter anstimmt. Aber bitte nicht im Namen von Schriftstellern. Ich habe Beßres zu tun, als mich ausgerechnet von meinen Interessenvertretern distanzieren zu müssen.

Michael Scharang

Eiapopeia heute

Neu ist nicht, daß Produktionsfirmen, die nachmittägliche Jedermann-Talkshows mit Beichtwilligen aufzufüllen haben, zum gerade akuten »Thema« gezielt via Taxifunk oder per Anzeige in der Tagespresse aussagebereite Personen anwerben. Neu ist, daß das »Kontor für Kultur und Kommunikation« nun auf termingenaue Bekanntgabe des zu Besprechenden und die Nennung des Auftraggebers (Senders) verzichtet und deshalb in der »Hamburger Morgenpost« ein Inserat zum Abdruck bringen ließ, das Sujets kolonnenweise offeriert und fordert: »Also melden Sie sich und werden eine Fernsehberühmtheit.«

Um drei Problembereiche kümmert sich das Fernsehkartell demnächst besonders: »Von den verschiedenen Sendern aktuell geplant sind(c 1) »Liebe und Erotik«, 2) »Gesellschaft« sowie 3) »Gesundheit und Psychologie«. Wer was zu sagen weiß über »Musik - Die heilende Kraft der Töne«, »Bachblüten - Heilung für Körper und Seele«, »Fasten« oder »Urin«, sollte nicht länger im eigenen Saft schmoren. Anklagen darf man unter »Ich bin entstellt«, wahlweise »Operation mißlungen«, sich mal richtig aussprechen, wenn es heißt: »Du bist zu blöd, um abzunehmen!« Schmerzhaft vermißt wurden indes die Komplexe »Ich bin erkältet«, »Ist Sport Mord?« und »Patient tot - Heilung ausgeschlossen«. »>Du Sohn einer alten blöden Mutter?(- Jugendsprache auf dem Weg in die Gewaltgesellschaft« hätte Chancen im Themenblock »Gesellschaft«, wo allerdings mit »Früher war alles besser«, »Mythos Schlange« und »Ich quäle meine Mitschüler« das Soll bereits nahezu übererfüllt ist. Für die Zukunft sähen wir dennoch gern ausgeschrieben: »Morgen wird alles gut«, »Eiapopeia - sagt uns das heute noch etwas?« und »Legoeisenbahnen«.

Das Rubrum »Liebe und Erotik«? Neben »Die zehn besten Orgasmus-Tips« und »Liebe im Knast« suchte die Agentur weitergehend farbige Erfahrungsdingens. Nur: »Magische Partnersuche - Sterne, Mond und Liebeszauber« deucht uns da doch zu labbrig. »Körbchengröße A«, »Körbchengröße B«, »Körbchengröße C« und »Wer denkt, trägt links« wären lockvogeltechnologisch intensiver, aufregender gewesen, oder?

Nachbesserung also ist angesagt. Sonst entpuppt sich die ganze Aktion am Ende noch als Schlag ins Kontor.

Jürgen Roth

Kaiser Kohl

Sprächen Flegels Aussagen über den Verlauf der Geschichte nicht dagegen, daß der Weltgeist, der unaufhaltsam die Realisierung der sittlichen Idee im Sinn hat, einen Rückschritt zuläßt, müßte man derzeit darüber nachdenken, ob es möglich sei, daß nach der Auflösung der bürgerlichen Demokratie eine bürgerliche Monarchie die Deutschen beglücken könnte. Oder hat Hegel sich geirrt? Helmut Kohl immerhin warb erst neulich wieder für jene charmante Form des autoritären Staates und empfahl sich selbst als idealer Herrscher.

Die Bauarbeiten für den neuen Berliner Amtssitz des deutschen Regierungschefs wurden Anfang Februar aufgenommen, und zur Feier dieses Anlasses griff der Herrscher, der noch Kanzler ist, höchstpersönlich zum Spaten. Seine Untergebenen wußten, daß eine Schaufel, die Kohl einmal in den Händen gehalten hat, einen ganz besonderen Wert besitzt und bald in einem der Museen für die deutsche Geschichte wiederzusehen ist, und so beschrifteten sie besagte Schippe mit folgendem Hinweis: »Erster Spatenstich am 4.2.1997 durch Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl«. Ein Abgesandter der kaiserlichen Journaille (»Berliner Morgenpost«) titelte daraufhin: »Von Kohl geadelt - das Werkzeug aus dem Baumarkt«.

Wie es für eine höfische Ordnung üblich ist, waren auch die Pfaffen zugegen: Domprediger Martin Beer und Dompropst Prälat Otto Riedel segneten den Grund und Boden, auf dem das Bauwerk entstehen soll, mit einem »Ökumenischen Gebet«. Da werden sich auch die bigotten Architekten Charlotte Frank und Axel Schultes gefreut haben, deren Entwurf nicht eine halbwegs demokratisch gewählte Kommission, sondern Kaiser Kohl höchstselbst ausgewählt hatte.

»Bescheiden und würdevoll wünschte sich der Kanzler sein Amt«, hieß es in der Staatspresse, was einerseits verrät, daß Kohl im nächsten Jahrtausend noch zu regieren gedenkt, und andererseits darüber Auskunft gibt, was von Kohls feudalem Reich zu erwarten ist. Wenn die Machtzentrale schon 400 Millionen Mark kosten darf, um noch als »bescheiden« zu gelten, dann will man wissen, was mit dem Attribut »würdevoll« gemeint ist. Die »Dummheit der Fassade« wollte Baumeister Schultes vermeiden, und so entschied er sich für eine »gebaute Öffnung«. In einer aufgeklärten Monarchie ist man durchaus »offen für das Fremde und Neue«: Viel Glas, zahlreiche Wintergärten und an jeder Ecke eine schwungvolle Säule, das mochte Kohl, und da man davon ausgehen kann, daß in der Autokratie die Vorstellungen des Landesvaters ins ganze Land getragen werden, sind demnächst wahrscheinlich an vielen Orten solch »würdevolle« Gebäude zu bestaunen.

Carsten Otte

Gesundheit

Einen in seiner grandiosen Blödheit nahezu unüberbietbaren Ausspruch tat laut »junge Welt« vom 24. Januar 1997 der Bundesgesundheitsminister Seehofer, die alte Runzel, als er weiter wachsende finanzielle Belastungen von Kranken und Versicherten mit Blick auf »steigen(de) Ausgaben« folgendermaßen zu begründen suchte: »Das ist wie beim Biertrinken:

Wenn andere mitbezahlen, fühlen sie sich verleitet, medizinische Leistungen in verschwenderischem und völlig unnötigem Umfang nachzufragen.«

Nein, wie beim Biertrinken ist das nicht. Beim Biertrinken wird nicht nachgefragt, sondern Bier getrunken. Und dann noch mal Bier getrunken. Und schließlich sogar noch mehr Bier getrunken. In allerdings verschwenderischem, ja bataillisch-ruinösem, ganz und gar nötigem, den »Kollaps« (Robbi Kurz) des Hirnsystems einleitendem Umfang, daß man hinterher gar nicht mehr nachfragen, geschweige denn nachzählen kann. Aber nachzahlen, das kann man. Am nächsten Tag oder später. Bzw. zahlt schon irgendwer den ganzen Mist von angefallenem und ausgetrunkenem, vorher sogar lauthals nachgefragtem Bier.

Völlig klar.

Jürgen Roth

Lottie hüllte sich beim Frühstück am folgenden Morgen in finsteres Schweigen.

Patrick Quentin in »Fatal Woman«, Fortsetzungsroman der »Frankfurter Rundschau«

Ich vermute, daß Brian ihr davon erzählt hatte, wie er Nanny und mir vor meiner Wohnungstür begegnet war, und die Tatsache, daß sie mich nicht auf der Stelle der moralischen Verworfenheit zieh, ließ erkennen, daß sie es sich sehr zu Herzen genommen hatte und nur auf den »richtigen Augenblick« wartete.

Patrick Quentin in »Fatal Woman«, Fortsetzungsroman der »Frankfurter Rundschau«

Es war offenkundig, daß ich mich früher oder später mit ihr darüber aussprechen mußte, aber auch ich beschloß, auf den richtigen Augenblick zu warten.

Patrick Quentin in »Fatal Woman«, Fortsetzungsroman der »Frankfurter Rundschau«

Hamburger Anthologie*

An Euch

Nun wo der Himmel
etwas tiefer hängt
und die Unvernunft
auch weiterhin die Geschehnisse lenkt
sollten wir nicht
vor der Wirklichkeit davonrennen
sondern uns
zu unserer Hoffnung bekennen

Quasi ein besinnliches, richtig zum Nachdenken anstiftendes, mutig machendes und irgendwie auch an die Seele in uns allen gerichtetes Lyrikstück hat uns Ralf Ahl aus Mannheim eingesandt, und zwar nicht nur unverlangt, sondern auch extra zur »Aufnahme in Ihre Hamburger Anthologie« - wo anders freilich auch der Raum nicht wäre für so etwas Gewisses mit dem gewissen Etwas. Zur Sorte der Klartextlyrik gehörend, bedürfen Ahls Zeilen weniger der Transponierung in die Normalsprache als der aussagelogischen Erhellung. »An Euch«, d.h. wohl an uns, ist der Tip gerichtet, wir »sollten« angesichts schlechter Aussichten nicht zogen, sondern, sagen wir es ruhig im Dichterwort: »hoffen«, nein: »uns / zu unserer Hoffnung bekennen«. Wohlan, das mußte uns einmal gesagt werden. Eben noch im Begriff, ein Bekenntnis zur Hoffnungslosigkeit abzulegen bzw. zwar heimlich zu hoffen, öffentlich aber den Resignierten raushängen zu lassen, halten wir nun inne und hoffen wieder ganz offen. Oh Ahl! Oh Freunde, offen zu hoffen! Bei tiefhängendem Himmel, (weiterhin) lenkender Unvernunft und einer Wirklichkeit, der nicht entrinnt, wer vor ihr davonrennt, offen zu hoffen offenbar auf: weiter oben hängenden Himmel, nicht lenkende Unvernunft und eine Wirklichkeit zum Davonrennen. Die Zeitschriften,

die Verse aus dem Federhalter des wackeren Mannheimers publiziert haben, tragen Namen wie »Mea Culpa«, »Der Hahn« oder »Rund um«. Der Dichter macht Lesungen im Raum Mannheim, im Kulturtelefon und in Ludwigshafen. Dort hören ihm die Menschen zu. Hier, und auch diese Hoffnung bekennen wir ganz offen, vielleicht nicht. Denn was dem einen sin Ahl, ist dem andern sin Qual.

* unverlangt eingesandter Gedichte

Konkret 03/97, S. 47

Stefan Ripplinger

Rosenbergs Verleumdung

Wenn ein Staat einen anderen niederwirft, tut er gut daran, seine Flagge da zu setzen, wo früher die des unterlegenen Staates flatterte, dessen Kamarilla gegen die eigenen Gefolgsleute auszutauschen und in den Schulen und Universitäten statt der Legenden der alten Macht die eigenen lehren zu lassen. Seit vielen tausend Jahren hat sich diese Verfahrensweise immer wieder als die zweckmäßigste herausgestellt; und meist hat man Recht vor Gnade ergehen lassen. Das Recht entsprach jeweils den neuen Machtverhältnissen, denn das Wesen des Staates ist »zum ersten Macht, zum zweiten Macht und zum dritten nochmals Macht« (Treitschke).

Das war nicht anders, als die BRD die DDR besiegte, wenn der Sieg auch mit einem »Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands« besiegelt wurde. Dieser war bereits Teil der neuen, bundesrepublikanischen Legende: Die DDR erklärte zwar ihren »Beitritt« zur Bundesrepublik, aber nichts sollte von ihr übrigbleiben. Ihre Repräsentanten wurden entmachtet und vor Gericht gestellt, ihre sozialistischen Gesetze und Lehren wurden durch die kapitalistischen ersetzt, an den Universitäten lehrten von nun an andere Professoren eine andere Geschichte, und wer immer die Gunst der neuen Herren erringen wollte, tat gut daran zu erklären, er sei in dem nun entstandenen, größeren Staat »angekommen«.

Tina Rosenberg, eine US-amerikanische Reporterin, hat nach dem Untergang des Ostblocks die ehemaligen sozialistischen Staaten bereist. Im dritten Teil ihres gerade erschienenen Buches *Die Rache der Geschichte (C.* Hanser Verlag, 487 S., 49,80 Mark) berichtet sie über ihre Erlebnisse im neuen Deutschland. Rosenberg ist eine liberale Frau, eine entschiedene Verteidigerin der kapitalistischen Demokratie. Nichts ist ihr so suspekt wie der »Kommunismus«. Den Realsozialismus erklärt sie sich als einen »Tausch von Freiheit gegen Sicherheit«, und dieser Handel ist für sie ein »Pakt mit dem Teufel«. Sie konzediert aber, daß er sich für die DDR-Bürger gelohnt haben könnte: »Die ostdeutsche Regierung kaufte ihre Bürger, indem sie ihnen eine Krankenversorgung, Wohnungen, Grundnahrungsmittel und Arbeitsplätze sicherte« - Güter, die für den gewöhnlichen US-Bürger keineswegs sicher sind.

Die Austreibung des Teufels ist für die Autorin notwendig mit Grausamkeiten verbunden. Die Bolschewiki seien nicht anders verfahren: Sie »erschossen den Zaren und seine Angehörigen samt Dienstpersonal und Schoßhund«. A*nastasia screamed in vain.* Rosenberg fordert kein Mitleid mit dem Teufel: »Gerechtigkeit muß sein - aber zuviel Gerechtigkeit schlägt um in Ungerechtigkeit.«

Ein merkwürdiges Paradoxon - kann es ein Zuviel an Gerechtigkeit geben? Gerechtigkeit ist ein unpolitischer Begriff. Wenn man ihn an dieser Stelle ins Politische übersetzen wollte, müßte man sagen: Rosenberg begrüßt die Zerstörung des Realsozialismus, fürchtet aber, daß große Demütigungen zu Verwerfungen in den postsozialistischen Gesellschaften führen könnten. Sie möchte den neuen Herren in Tschechien, der Slowakei, in Polen und Deutschland also zu subtileren Methoden raten. Auf dieser Grundlage könnte man ihr Buch kritisieren.

Dazu wird es vermutlich nicht kommen. Denn längst hat sich ein Streit an ganz anderen, eigentlich selbstverständlichen Feststellungen Rosenbergs entzündet. Ihre Kennzeichnung der Entlassungen von Beamten der DDR als »Säuberungen«, der politischen Prozesse gegen die Repräsentanten des besiegten Staates als »Siegerjustiz« oder der kulturellen Umerziehung als »Kolonisierung« waren dem »Spiegel« (6/1997) Anlaß genug für eine nicht nur wütende, sondern geradezu tobende Polemik gegen die Autorin. Der Verfasser dieser Polemik, Matthias Matussek, hofft möglicherweise auf die Leser in den »alten Ländern«, die die »Wende« nicht aus der Nähe beobachtet haben, oder auf Ostler, die schon soweit indoktriniert sind, daß sie die Errichtung der neuen Macht als Herstellung von »historischer Fairness« (Matussek) interpretieren können.

Für einen wie Matussek, der seinen Kompaß nach den gerade herrschenden Mächten ausrichtet, ist Rosenberg die »moralische Kompaßnadel abhanden gekommen«. Die Moral und die Erkenntnis sind auf seiner Seite, bei Rosenbergs Beschreibung kann es sich also nur um eine »haarsträubende Deutung« handeln, die nicht nur auf die Zustimmung des »amerikanischen Publikums«, sondern auch auf die »deutscher Selbsthaß-Spezialisten« und »linker Kaffeetanten« berechnet sei. Er, keine Kaffeetante, sondern ein kerniger deutscher Mann, hat schon eine Vermutung, wer Rosenberg den Auftrag gegeben hat; ihre Argumentation habe nämlich »System«: »Als im vereinigten Deutschland Skins auf Ausländer einprügelten, rief >New York Times<-Leitartikler Abraham Michael Rosenthal nach einer internationalen Oberaufsicht über Bonn.« An ihren Vornamen sollt ihr sie erkennen: Die Juden sind es mal wieder, die den Deutschen heimleuchten wollen.

Entsprechend stellt Matussek seiner »Brachialrezeption« (»Süddeutsche Zeitung«, 11.2.) von Rosenbergs Buch eine Erinnerung an Daniel Jonah Goldhagen voran, der mit »biblischem Verdammungsdonner« über die Deutschen Gericht gehalten habe. Und jetzt folge ihm eine »Exorzistin« »aus Brooklyn« nach, deren »pausbäckiger Entlarvungseifer« ihr

bereits »einen Job bei der >New York Times<« eingebracht habe. Während es einem Job beim »Spiegel« nicht abträglich ist, wenn einer die jüdische Weltverschwörung an die Wand malt.

Matussek ist nicht allein. Wann immer nämlich das internationale Judentum einen Angriff auf deutsches Selbstbewußtsein zu unternehmen scheint, fühlt sich die »Taz« zu Abwehrmaßnahmen berufen (man erinnere sich an die einschlägigen »Taz«-Kommentare zu Goldhagen und Holocaust-Denkmal von Mariam Niroumand). Kurz nachdem »Taz«-Redakteurin Anita Kugler in einem Kommentar (25.1.) u.a. das »Recht« der »Juden«, »Verleumder genannt zu werden, wenn sie Verleumder sind«, gefordert hatte (Jerzy Kanal hält sie seither für eine »faschistoide Kryptoantisemitin«), erschien in ihrer Verantwortung Udo Scheers Rezension des Rosenberg-Buches (11.2.). Ganz im Matussek-Stil wird auch hier Klage darüber geführt, »wie dumm eine junge altkluge Amerikanerin Geschichte ignorieren kann«. Unsere Geschichte lassen wir uns nicht von dummen Amerikanern schreiben; Scheers Formulierung erinnert an Invektiven aus dem Goldhagen-Streit. Und die Auslegung, Rosenberg habe die Westdeutschen als »Krauts, fleischfressende, biersaufende, fette Nazis« dargestellt, fällt wohl unter das Recht der Kuglers, Juden Verleumder nennen zu dürfen, wenn sie Verleumder sind.

»Krauser Tobak springt den Leser alle paar Seiten an« (Scheer) - es ist nicht nur das »Sprachunempfinden« (Scheer), das »Spiegel« und »Taz« von Rosenberg trennt. Denn wenn diese einen »Knicks vor dem amerikanischen Klischee über Deutschland« gemacht haben sollte, huldigen Matussek und Scheer nicht nur dem offiziellen deutschen Klischee, sie *sind* das Klischee des neuen lauten Deutschland.

Konkret 03/97, S. 48

Erwin Riess

Betreuen, erschlagen, bereuen

Die Funktion des Krüppels in der bürgerlichen Gesellschaft und der selbstbestimmte Behinderte in einer fremdbestimmten Welt

»Willst du entscheiden, ob nicht ein verzerrter Körper, so gut als ein kränklicher mit unter die Leiden gehört, denen der Gerechte hier, der bloßen Vernunft unerklärlich, ausgesetzt ist?«

Lichtenberg

Öffentliche Verkehrsmittel müssen von allen genutzt werden können; Bürgersteige, Wohnungs- und Geschäftseingänge sind durch Rampen zugänglich zu machen; Diskriminierung ist gesetzlich zu verbieten. Diese Forderungen des internationalen »Independent Living Movement« oder der »Selbstbestimmt Leben«-Bewegung sind nach Kräften zu unterstützen. Von wem Gebäude und Verkehrsmittel benützt werden können, ist keine Frage einer Minderheit, sondern eine der Zivilisation. Soweit zum Selbstverständlichen.

Nicht selbstverständlich ist die Frage nach dem Selbstverständnis der Behindertenbewegung. Wie für jede minoritäre Allianz gilt auch in diesem Fall, daß Erfolg sich nur als Ergebnis eines Kreuzzugs einstellt. Leider haben es sieghafte Kreuzzüge an sich, noch verheerendere Wirkungen zu zeitigen als gescheiterte, und zwar auf die Sieger. Die Kreuzritter selbstbestimmten Lebens in einer auf Fremdbestimmung beruhenden Gesellschaft haben so manche Festung erobert: In Deutschland werden immer mehr Städte behindertengerecht umgestaltet, in Österreich wurde die Integration geistig und mehrfach behinderter Kinder im Schulwesen gesetzlich geregelt, und in der Schweiz bieten Fachstellen für behindertengerechtes Bauen international einzigartige Hilfestellungen.

Zu wenig, gewiß. Unvergleichlich mehr ist noch zu tun: Antidiskriminierungsbestimmungen müssen im Rechtsalltag durchgesetzt, bedarfsgerechte Pflegestrukturen aufgebaut, Eugeniker in Schach gehalten werden. Dennoch nimmt der behinderte Bürger seinen Platz in der bürgerlichen Gesellschaft ein, und es handelt sich dabei immer seltener um einen Platz, der ihm zugewiesen wird. Was bedeuten diese Errungenschaften für die Betroffenen, die behinderten Bürger und ihre Vereinigungen? Schärfen die Erfolge auch den Blick für die Leiden anderer Gruppen? Sind jene, die unentwegt ihre Menschenrechte einfordern, auch zur Stelle, wenn Arbeitsimmigranten oder Asylsuchende diskriminiert werden?

Angesichts der noch immer bedrängten Lage vieler behinderter Menschen sind das ungerechte, aber notwendige Fragen, denn die Borniertheit gegenüber anderen Krisenverlierern macht auch vor der eigenen Klientel nicht halt. In Deutschland kommt es zu Zwangseinweisungen in Heime, Österreich spart am stärksten an den Schwächsten unter den Behinderten, in der Schweiz (und nicht nur dort) finden Behinderte immer schwerer einen Arbeitsplatz. Und all das vollzieht sich mit stillschweigendem Einverständnis der Behindertenorganisationen.

Bürgerliche Verhältnisse sind immer solche der Konkurrenz, der Erfolg des einen ist die Niederlage des andern. Die Durchsetzung bürgerlicher Verhältnisse in der Behindertenbewegung kommt voran. Keine dreitausend Jahre, schreiben Adorno/Horkheimer, sei es her, daß mit dem Gebrauch der Vernunft die Grundlage für kommende Geschäfte gelegt wurde. »Ich komme zu euch, ein armer irrender Fremdling und kenne der Menschen keinen«, sagt Odysseus zum König der Phäaken, und tatsächlich kannte er keinen Vernünftigen, der ihm bei der Befreiung aus seiner mißlichen Lage behilflich hätte sein können. Als Repräsentant der alten, götterumrankten Ordnung war er nach Troja aufgebrochen, als Nutznießer der Vernunft, als ein Kenntlicher, kehrte er zurück. Der König Odysseus wärmte sich an der Hingabe seiner Untertanen, als Bürger, der sich wieder in sein Eigentum einsetzt, wärmt ihn die Aussieht auf Profit: Er erschlägt die Freier, erobert den Platz an Penelopes Seite, verschont, auf Athenes Rat, die anrückenden Feinde und wird dafür vom Wolkenversammler Kronion mit der Führerschaft über sein Volk belohnt. Als König hatte er zu den Göttern gebetet, nun, als Bürger, macht er mit ihnen Geschäfte.

In seinen Geschäften entflieht der Bürger den bornierten Verhältnissen der Natur. Im Fremden, das ihm gegenübertritt, sei es in Gestalt von Migranten, Kranken oder Behinderten, begegnet der Bürger der Geschichte seiner einstigen Naturhaftigkeit. Die Gestalt eines Krüppels erzählt von der überwunden geglaubten Naturgeschichte der Menschheit, sie erinnert immer an das, was der Menschheit fehlt oder an ihr mißgestaltet ist.

So wie die Natur im heimkehrenden Odysseus triumphiert, als er die Freier erschlägt, behält sie im defekten Wesen die Oberhand über einer gesellschaftlichen Ordnung, die auf einer durch Vernunft gegründeten Verwertbarkeit ruht. Odysseus tritt auf als Rächer und Richter der Gewalten, denen er einst entrann. So richtet der Bürger auch über den Krüppel, und im Urteilsspruch markiert er die von ihm zurückgelegte zivilisatorische Wegstrecke. Doch diese führt ihn nie so weit von seiner Naturhaftigkeit weg, wie er es gerne möchte.

Daraus resultiert der Kreislauf der Bürgerherrschaft im Umgang mit ihren behinderten Antipoden: betreuen, erschlagen, bereuen. Es ist der jeweiligen historischen und politischen Konstellation überlassen, die konkrete Ausprägung des Kreislaufes zu bestimmen, immer aber ist klar, daß ein Ausbruch aus dem ewiggleichen Folterrad in einer Gesellschaft, die den Wert ihrer Mitglieder an den von diesen zur Verfügung gestellten Arbeitsquanta bemißt, nicht möglich ist. Die Vorarbeiten des Sozialdarwinismus nutzend, waren die Nazis bislang die letzten, die das versuchten, und auch sie scheiterten. 1945 war das Dritte Reich nicht krüppelfrei. Die Alliierten hatten den Zweiten Weltkrieg aber nicht wegen der Rettung der Krüppel geführt, sie kämpften gegen ein Volk, das beschlossen hatte, mit sich identisch zu werden, indem es seine Naturhaftigkeit auszurotten versuchte. Diese aber rächte sich wie bei Odysseus, indem sie sich als entfesselte Gewalt im Herrschaftssystem einsetzte und als faschistischer Furor sich Ziele gab, die gleichbedeutend mit der versuchten gewaltsamen Aufhebung der Menschheit waren.

Im größten Schlachtfest der Menschheitsgeschichte war das Scheitern von Anfang an vorgegeben. Der Versuch des Bürgers, seiner Naturhaftigkeit zu entfliehen, endet immer mit dem Tod. Hierin liegt auch begründet, warum der Faschismus als äußerste Form des Sozialdarwinismus nicht aussterben wird. Er kann bestenfalls unter Kontrolle gehalten werden. Nicht Arbeitslosigkeit und soziale Depravation sind die Wurzeln des faschistischen Spuks, beide sind nur abgeleitete, sekundäre Faktoren - der hauptsächliche Antrieb der Nazis aller Formen und Ausprägungen ist der uralte Wunsch nach der Aufhebung des Zusammenhangs zwischen Zivilisation und Natur, wie sie am augenfälligsten im gesellschaftlichen Umgang mit Teilzeit- (Kinder, Kranke, Alte) oder Vollkrüppeln erscheint.

So wenig es den Faschisten gelingt, ihre Naturhaut für immer abzustreifen, so wenig werden die technokratischen Versuche ihrer zivilisierten Geschwister gelingen. Auch mit den Mitteln der Bioethik, der pränatalen Diagnoseinstrumente und der Sterbehilfe werden es die Gesundheitsökonomen nicht schaffen, behindertes Leben auszumerzen. Sogar die Gentechnologie wird immer auch neue Möglichkeiten behinderten Lebens mit sich bringen.

Alle bisherigen Gesellschaftsformen waren der bürgerlichen Arbeitsteilung verhaftet, auch der Reale Sozialismus; dieser sogar in einer kruden und auf frühbürgerliche Verhältnisse verweisenden Form. Der Mensch der Zukunft werde unvergleichlich viel stärker, klüger und feiner sein, heißt es bei Trotzki. Sein Körper werde harmonischer, seine Bewegungen rhythmischer und seine Stimme musikalischer werden, und der vollkommene Rumpf werde gekrönt von einem vollkommenen Kopf: Der Menschentyp der kommenden, kommunistischen Zeit werde sich bis zum Niveau der Aristoteles, Goethe und Marx erheben; sein fehlerloser Charakter sei ohnehin selbstverständlich. Aber auch der »westliche Sozialismus« bewegte sich immer im Bett des bürgerlichen Hauptstroms. Der Sozialdarwinismus des österreichischen Eugenikers Julius Tandler, der die »Sozialhygiene« des Roten Wien organisierte, unterschied sich nicht von dem seines englischen Genossen Karl Pearson. Auch George Bernard Shaw und Herbert George Wells unterstützten diese Politik, Wells forderte sogar die staatliche Sterilisierung aller Träger »minderwertigen Erbguts«.

Der wägende Krüppel fürchtet die bürgerlichen Verhältnisse auch deswegen, weil er gelernt hat, daß diese ihm nicht mit einem, sondern mit mehreren Gesichtern gegenübertreten. Sie reichen vom wärmenden Verständnis über die technokratische Versorgung bis zur offen ausgesprochenen eliminatorischen Absicht. Der wägende Krüppel weiß als Anti-bürger, daß die Anwesenheit des einen keinesfalls von der Abwesenheit des anderen zeugen muß.

Behinderte Menschen urteilen stündlich aus dem gegenübertretenden Gesicht, und sie irren stündlich. Die Ohnmacht des Krüppels zielt aber zugleich auf die Entmächtigung der Mächte. Nur in der beharrlichen Kritik des bürgerlichen Erbes vermag der Anti-bürger auf der Höhe der Zeit zu denken und zu handeln. Die Emanzipation des Krüppels nach vollendeter Odyssee in der Bürgerwelt würde die Erledigung des Krüppels als negative Gattung des Bürgers mit sich bringen. Der vom Bürger schamvoll versteckte behinderte Bruder träte aus dem Halbdunkel einer trügerischen Geborgenheit ins Licht von Verhältnissen, die längst keine bürgerlichen mehr wären, und er, dessen man sich vorher schämte, weil man ihn im Kreislauf von Betreuen, Erschlagen, Bereuen gefangen wußte, wäre dann im Besitz der Voraussetzungen, nunmehr seinen bürgerlichen Bruder, der seiner Lebens- und Geschäftsgrundlage, des individuellen Nutznießens an gesellschaftlichen Leistungen verlustig gegangen ist, an die Hand zu nehmen und ein Leben zu führen, in dem körperliche oder geistige Schwäche nicht länger ein zur Gewalt herausforderndes Mal ist.

Wenn aber die Behinderten ihre Krüppel-existenz abstreifen wollen, nur um sich den Anzug des Bürgers anzuziehen, setzen sich die bürgerlichen Verhältnisse innerhalb der Krüppelwelt vollends durch. In diesem Fall würde sich nur insofern etwas ändern, als die leicht Behinderten die schwer Behinderten, die Körperbehinderten die Geistesbehinderten und alle miteinander die Altersbehinderten unterdrücken würden.

Dieser Prozeß hat im übrigen längst begonnen. Ernst Klee wies darauf hin, daß in der Zeit des Ns-Regimes die Kriegsblinden sich von den Zivilblinden mit dem Argument, Kriegsblindheit sei kein Erbübel, distanzierten. Genauso grenzten sich die Sehschwachen von den Kriegsblinden ab, und die Schwerhörigen verleumdeten die Gehörlosen. Im Hörbehindertenblatt »Der Kämpfer. Deutsche Zeitschrift für Schwerhörige und Ertaubte« warb 1934 eine hörbehinderte Frau in eigener Sache: Schwerhörige seien bessere Nazis, schrieb sie, denn der Nationalsozialismus solle aus der Tiefe erfaßt werden, und in dieser Hinsicht sei der Schwerhörige dem Guthörenden weit voraus. Willfährig begrüßten 1933 die

Behindertenverbände das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Der Verein der blinden Akademiker führte im Juli 1933 den Arierparagraphen ein, ein jüdischer Blinder durfte keine arischen Blinden betreuen. Blinde wurden zwar in die HJ aufgenommen, später fielen aber auch sie der Vernichtung in den Euthanasieanstalten zum Opfer. Nach 1945 wurde der selektierende Blick unter den Behindertenverbänden nicht etwa aufgegeben, er wurde verallgemeinert: Während einer Demonstration der österreichischen Behindertenverbände zur Durchsetzung des Pflegegelds rief die Behindertensprecherin der FPÖ, Partik-Pable, Mutter einer mehrfachbehinderten Tochter, die Versammelten auf, gegen die angebliche Bevorzugung von Ausländern im Sozialbereich zu protestieren. Was man euch vorenthält, streichen die Kriminaltouristen ein, rief sie in die Menge, und sie erntete johlenden Beifall. Die behinderten Veranstalter der Demonstration fanden kein Wort der Distanzierung; im Gegenteil, die selektierende Dame wurde auch bei nachfolgenden Veranstaltungen immer wieder eingeladen, das Wort zu ergreifen. Während des Kampfes für ein bundeseinheitliches Pflegegeld wehrte sich der Kriegsopferverband vehement gegen die Zuerkennung des Pflegegelds an Zivilinvalide, weil die ja nicht ihren Kopf für die Verteidigung der deutschen Heimat hingehalten hätten:

Im Sommer 1996 nahm der Präsident der österreichischen Behindertendachverbände, der für die Wahlen zum Europäischen Parlament eine eigene Behindertenliste gegründet hatte, Kontakt mit der FPÖ Jörg Haiders auf mit dem Ziel, eine gemeinsame Kandidatur zu ermöglichen. Die Liste kam nur durch einen Zufall nicht zustande. Als wenig später die Eltern geistig Behinderter für die Integration ihrer Kinder in der Sekundarstufe stritten, fanden sie sich allein auf weiter Flur. Sozialdemokratische und konservative Schulgewerkschafter protestierten vehement, die Körperbehindertenverbände und die Dachorganisation der Behindertenverbände schwiegen beredt.

Das Bild der österreichischen Behindertenpolitik wäre unvollständig, würde man nicht erwähnen, daß auch die in der »Selbstbestimmt Leben Bewegung« organisierten Gruppen heillos untereinander zerstritten sind. Persönliche Gehässigkeiten, Neid und Mißgunst prägen die Szene. In Deutschland ist die Lage, so ist zu hören, nicht wesentlich anders. Von amerikanischen Verhältnissen ist man noch weit entfernt, denn als in den USA im letzten Moment versucht wurde, die geistig Behinderten vom Antidiskriminierungsgesetz auszunehmen, drohten die Behindertenpolitiker damit, das ganze Gesetz zu Fall zu bringen und schmetterten damit diesen Vorstoß ab.

Die Durchsetzung bürgerlicher Verhältnisse in der Behindertenbewegung ist hierzulande also weit gediehen, die »Selbstbestimmung«, der alte Kampfruf des Bürgertums gegen die Aristokratie, wurde getreulich kopiert - als Strategie der Aus- und Absonderung von betroffenen Gruppen und anderen Opfern der Mehrheitsbevölkerung. Auffällig ist, daß auch in den am meisten angefeindeten Gruppen das bürgerliche Vorteilsdenken unwidersprochen bleibt. So wurde in der Debatte um die schulische Integration geistig behinderter Kinder immer wieder mit Profitversprechen argumentiert: Für ein bißchen Rücksichtnahme würden die nichtbehinderten Kinder im Gegenzug ein Mehr an sozialer Kompetenz erlangen, was gerade für künftige Manager immer wichtiger werde:

Noch im äußersten Entgegenkommen des Bürgers gegenüber dem Krüppel, noch in seiner größten menschlichen Anstrengung vergißt er also nicht, mit der Latte des Äquivalents zu messen, und die zu Messenden fallen dem Aussonderer nicht etwa in den Arm, im Gegenteil, geschäftig eilen sie herbei, präsentieren sich so gut es geht in Reih und Glied, immer in der Hoffnung, als geschäftsfähig anerkannt und somit zum Bürger geschlagen zu werden. Hie menschliches Entgegenkommen, da der Zugewinn an Sozialtechnik für kommende Führungskräfte - für eine Welt, die auch in Zukunft aus behinderten Menschen Krüppel macht:

Die Funktion des Krüppels für die Bürgerwelt tritt besonders in jenen Verhältnissen zu Tage, welche die Sexualität behinderter Menschen verhindern. In der Abtötung der unmittelbaren Gesellschaftlichkeit, wie sie in der Sexualität als einzigem neben dem Geld existierenden Zusammenhang der Menschen existiert, bekämpft der Bürger das Anti-Bürgerliche im Krüppel. Die Leugnung der Sexualität behinderter Menschen ist fester Bestandteil der universitären Sonderpädagogik. Die Sterilisierung geistig Behinderter gilt als Kavaliersdelikt. Dabei ist nicht einzusehen, warum Geisteskrüppel in einer Gesellschaft, in der Mörder, Betrüger, Ausbeuter aller Schattierungen und Bekenntnisse sich fortpflanzen, nicht auch sich vermehren sollten. Wenn jene das kollektive Antlitz der bürgerlichen Gesellschaft mitzeichnen, warum sollte der Eintrag dieser dann fehlen? Weil größer noch als die bürgerlichen Verbrechen, das Verbrechen ist, kein Bürger zu sein, nie einer werden zu können?

Die sexuelle Begegnung behinderter Menschen mit Therapeuten, wie sie seit einigen Jahren in den Niederlanden und auch in Deutschland angeboten wird, ist, wenn den Betroffenen dadurch auch die Linderung eines Mangels zuteil wird, nur eine sozialarbeiterische Verbrämung des klassischen Gangs zur Prostituierten oder zum Stricher. An die Stelle eines bürgerlichen Geschäfts tritt hier die Ausdehnung der Geschützten Werkstätte in den Intimbereich. Die Folgen sind Abhängigkeit und die Perpetuierung von Unmündigkeit, aber auch die Säuberung des Sexualmarktes von behinderten Nachfragern.

Auch im behinderten Menschen manifestiert sich das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse. Der Krüppel ist ein Produkt der bürgerlichen Gesellschaft, er ist ihr Werk. Dieses Werk aber ist ein Spiegel; wenn ein Affe hineinguckt, kann kein Apostel heraussehen. Wer körperlich oder geistig Unangepaßte anstarrt wie die Kuh das neue Tor, kann von den

Ausgesetzten schwerlich erwarten, daß sie seinen Blick so erwidern, daß der Glotzende in seiner menschlichen Vollkommenheit sich bestätigt fühlt.

Der Heiland richtet, er macht gerade, in Fällen extremer Verkrüppelung aber richtet er hin, heißt es im Lukas-Evangelium. Schon de Sade, Nietzsche und Kant kannten den Zusammenhang von bürgerlicher Gesellschaft und Gezeichneten, sie wußten, daß die Sündhaftigkeit des Mitleids altes bürgerliches Erbgut war. Schuldig erscheinen dem Bürger die Schwachen, denn sie umgehen durch ihre Schlauheit das natürliche Gesetz. »Die Krankhaften sind des Menschen große Gefahr: nicht die Bösen, nicht die Raubtiere,« zitieren Adorno/Horkheimer Nietzsche. Die von vornherein Verunglückten, Niedergeworfenen, Zerbrochenen seien es, welche am meisten das Leben unter Menschen unterminierten. Analog dazu de Sade: Der Starke sei mit der Natur im Bunde, alles was daraus resultiere - Gewalttaten und Grausamkeiten sonder Zahl -, sei also natürlich.

Die Durchsetzung bürgerlicher Verhältnisse in der Behindertenpolitik erweist sich auch hier als vollzogen. Mitleid wird von den »Selbstbestimmt Leben«-Gruppen als diskriminierend abgelehnt, der bürgerliche Krüppel will nicht Mitleid, sondern Akzeptanz. Er wähnt sich als Bürger, wo er doch von seinen Mitbürgern als Krüppel gesehen und behandelt wird. Die Preisgabe des Mitleids hat aber nicht nur einen emanzipatorischen Effekt, sie bewirkt auch eine Verstärkung sozialdarwinistischer Verhaltensweisen. Wenn es denn das alleinige Ziel der Krüppel ist, Bürger zu werden, bietet sich erstens ihre verbale Beförderung zu »Behinderten« und zweitens die kalte Privatisierung ihrer Lebensumstände an.

So wie der Bürger seine ökonomische von seiner staatsbürgerlichen Existenz trennt, fallen beim behinderten Möchtegernbürger materielle und ideelle Existenz auseinander. Das Produkt ist der »integrierte Krüppel«, der sich selbst als gleichrangiger Bürger wähnt, obwohl seine Lebensumstände die eines ausgesonderten Krüppels bleiben. Noch trauriger als das Los der Hospitalisierten ist das jener Behinderten, die glauben, einen anerkannten Platz in der Bürgerwelt gefunden zu haben. Stecken jene in einem Käfig, gegen den zumindest zeitweises Aufbegehren möglich ist, tragen diese den Käfig stolz mit sich herum:

Der selbstbestimmte Behinderte in einer fremdbestimmten Welt: das Programm einer Diktatur. Zur Forderung nach Autonomie gesellt sich der Ruf nach ethnischer Säuberung. Schwule gegen Arbeitsimmigranten, Afroamerikaner gegen Juden, Krüppel gegen den Rest der Welt. Als Opfer ist der Krüppel eine Aufgabe für seinesgleichen, als Täter wird er zur Gefahr für die Zivilisation.

Der wägende Krüppel der Gegenwart weiß um seine Rolle als Anti-bürger und seine für jeden ersichtliche Naturhaftigkeit. Er weiß aber auch um die Vernunft der Natur. Und so nimmt er sich ein Beispiel an klugen Tieren und mobilen Pflanzen und folgt wie diese der Zivilisation. Ein städtischer Bus mit Hebeplattform in Bremen, eine improvisierte Rampe vor dem Eingang zu einer Peep-Show in Brooklyn, eine Behindertentoilette auf einer Autobahnstation an der ungarisch-ukrainischen Grenze. Mehr ist nicht zu haben.

Konkret 03/97, S. 51

Udo Sierck

Franz Christoph

Die Medienkarriere Franz Christophs begann, als er 1981 im Internationalen Jahr der Behinderten dem damaligen Bundespräsidenten Carstens auf einer Rehabilitations-Messe die Krücke an das Schienbein schlug, um auf die braune Tradition der Wohltäter zu weisen und die Verlogenheit der Gönner zu belegen. Tatsächlich bekam Christoph seinerzeit nicht einmal eine Anzeige, denn behinderte Menschen können so ziemlich alles anstellen, was sie wollen, nur ernstgenommen wurden (und werden) sie nicht. Kurze Zeit vor dieser spektakulären Aktion hatte Christoph erstes Aufsehen erregt, weil er wegen der speziellen deutschen Behindertenfeindlichkeit in den Niederlanden um politisches Asyl nachgesucht hatte. Für öffentliche Aufregung sorgte Christoph zuletzt, als er sich aus Protest gegen die Propagierung der »Euthanasie« vor der »Zeit«-redaktion ankettete.

Franz Christoph war Ende der siebziger Jahre ein Ideengeber der Krüppelbewegung. Er besaß die Fähigkeit, die ausgrenzenden Wirkungen des von der Normalität geprägten Menschenbildes im Detail aufzuspüren. Da kam niemand ungeschoren davon. Mit Vorliebe kritisierte er die Widersprüche im links-alternativen Spektrum: Schon früh bemerkte er, daß der Tierschutz dem Deutschen näher liegt als das würdevolle Leben behinderter Menschen, daß der Gesundheitsfetisch der Ökologiebewegung die Ausgrenzung Kranker oder Behinderter provoziert oder daß die Friedensbewegung verkrüppelte Menschen zu Abschreckungsmustern degradiert. Das hinderte ihn allerdings nicht daran, sich bei den Grünen und zuletzt bei der PDS zu engagieren.

Die unentwegte Abrechnung mit dem Ideal der Normalität führte ihn aber auch auf Irrwege. So, als seine berechtigten Attacken auf die eugenische Indikation im Paragraphen 218 ihn zum Feind jeglicher Abtreibung machten, oder als er sich zum Asyl ausgerechnet die Niederlande aussuchte, Westeuropas Musterland der »Euthanasie«.

Franz Christoph zeigte, daß behinderte Menschen keineswegs dankbar und lieb sein müssen, sondern frech und offensiv sein können, gerade auch gegenüber ihren sozial engagierten Fürsprechern und Partnern. Die Gemeinsamkeiten in der kritischen Beobachtung des Nichtbehinderten waren ein Grund, warum behinderte Menschen auch ohne vorheriges langes Palaver über Sinn und Zweck einer Aktivität zusammen wirken konnten. Andererseits hatte die Gemeinsamkeit Grenzen: Christophs ausgeprägter Hang zur Selbstinszenierung prägte seine Aktionen und verprellte nach und nach immer mehr Leute aus der aktiven Behindertenszene.

Franz Christoph besaß bestechende rhetorische Gewandtheit. Talk-Shows waren wie für ihn geschaffen, fast immer hat er sie souverän überstanden. Aber auch er hat die Spielregeln der großen Medien unterschätzt: Um im Gespräch zu bleiben, ist er in der Lebensunwert-Debatte Zu viele Kompromisse eingegangen, argumentierte er schwammig und beliebig. Die Kritik aus der Behindertenbewegung an seinen argumentativen Kehrtwendungen hat er nicht beantwortet, er hat die Auseinandersetzung gescheut. Jetzt ist es zu spät: Franz Christoph ist Ende Dezember 1996 in Berlin gestorben.

Konkret 03/97, S. 52

Oliver Tolmein

Adenauers Protestkultur

Die »Protest-Chronik 1949-1959« von Wolfgang Kraushaar kennt keinen Unterschied zwischen der Schändung jüdischer Friedhöfe und dem Boykott des Jud Süß«-regisseurs Veit Harlan. Mit derlei Gleichgültigkeit gelangte sie auf Platz 1 der Sachbuch-»Bestenliste« des SWF

1949, 7. Januar: »Die israelische Luftwaffe schießt über der Negev-Wüste fünf Maschinen der britischen Royal Air Force ab, die sich im israelisch-ägyptischen Grenzgebiet auf Erkundungsflügen befinden.« Ein Eintrag von vielen in der *Protest-Chronik* 1949-1959, die Wolfgang Kraushaar im Verlag Rogner & Bernhard bei »2001 « veröffentlicht hat (4 Bde., 2709 S., 120 Mark). Zu welcher Erkenntnis Ober »Bewegung, Widerstand und Utopie« im Nachkriegsdeutschland uns diese dürre Information verhelfen soll, bleibt unklar. Am 10./11. Oktober 1956, erfahren wir in den schwarzrot-orangenen Bänden Kraushaars, wurden »bei Angriffen israelischer Kommandounternehmen auf vier in Jordanien gelegene Dörfer insgesamt 48 Bewohner getötet und 31 verletzt.« Diesmal hilft immerhin ein Blick in das den Jahresdaten vorangestellte Kapitel »1956 im Überblick« weiter: »Auf dem Höhepunkt des ungarischen Volksaufstandes bricht in einer anderen Region, dem Nahen Osten, ein ebenso kurzer wie heftiger Krieg aus, der ein weiteres Mal die Gefahr eines nuklearen Konflikts heraufbeschwört. Ende Oktober greifen Truppen der israelischen Armee überraschend ägyptische Stellungen auf der Sinai-Insel an, angeblich um einer Bedrohung seitens der Ägypter zuvorzukommen ... « Angeblich. Darüber, worum es den Israelis tatsächlich ging, erfahren wir so wenig wie über die Reaktionen, die es in der Bundesrepublik auf den Angriff gab:

Die Subjektivität des Betrachters, behauptet Kraushaar in seiner Einleitung, könne als Produktivkraft verstanden werden, und er zitiert Walter Benjamin, der in seinem *Passagenwerk* über die literarische Montage schrieb: »Ich werde nichts Wertvolles entwenden und mir keine geistvolle Formulierung aneignen. Aber die Lumpen, den Abfall: Die will ich nicht inventarisieren, sondern sie auf die einzig mögliche Weise zu ihrem Recht kommen lassen: sie verwenden.« Tatsächlich hat sich Kraushaar mit geistvollen Formulierungen zurückgehalten - was seine *Protest-Chronik* aber mit Benjamins Montagearbeit zu schaffen haben soll, bleibt auch nach tagelanger Lektüre unklar. Deutlich ist immerhin Kraushaars Anspruch, Neuland betreten zu haben: An der Bundesrepublik und im Westen insgesamt schien es (in den 50er Jahren) nur Symptome der Langeweile und des Überdrusses zu geben.« So verdienstvoll es ist, nun die andere Seite zu zeigen: Kraushaar ist dabei keinesfalls der erste: Auch in dem Elefantenpress-Band *Bikini - Kalter Krieg und Capri-Sonne* wird ein Zeit-Porträt der 50er Jahre gezeichnet, das mehr parat hat als Halbstarken-Krawalle und Nierentische; im Pahl-Rugenstein Verlag hat Hans Karl Rupp schon 1970 die *Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer* zum Thema gemacht, im Rotbuch-Verlag wurden 1976 die Probleme von Gewerkschaftspolitik und Massenmobilisierung in den 50er Jahren eingehend reflektiert *(Die Linke im Rechtsstaat).*

Kraushaar hat in jahrelanger Arbeit Tausende von Daten und Fakten zusammengetragen, zu denen, wer die chronologische Lektüre scheut, Zugang über ein sorgfältig erstelltes Register findet. Wann SPD, KPD und VVN in Bad Homburg eine Veranstaltung der NDP verhindert haben, kann man nun nachlesen. Die Tarifkonflikte und die wilden Streiks sind sorgsam katalogisiert. Wir können im Register nachschlagen, daß »Halbstarke« Erwähnung auf den Seiten 1096,1106,1109 usw. finden, zumeist wegen, so das Zweit-Stichwort, »Krawall«. Der Freispruch des Landgerichts Dortmund für 20 ehemalige Mitglieder des Polizeibataillons 910, das im Warschauer Ghetto eingesetzt war, wird vermerkt. Kraushaar hat die Ereignisse um die Erschießung des FDJ-Mitglieds Philipp Müller auf der »Friedenskarawane der Jugend« in Essen durch die bundesdeutsche Polizei fast genauso ausführlich behandelt wie den Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR. Vorgänge in der DDR hat Kraushaar berücksichtigt, weil sich »kaum eine der wichtigen Protestaktivitäten in den fünfziger Jahren unter Abstrahierung von der internationalen, im gespaltenen Deutschland besonders brisanten Blockkonfrontation verstehen läßt)«. Allerdings muß der Chronist feststellen, daß sich »dort unter dem totalitären Charakter des Regimes kaum eigene Protestkulturen entwickeln konnten«. Schlimmer noch: Das, was es kaum gab, wurde auch noch »durch die Zensur der Presse und die ebenfalls von oben kontrollierte Geschichtsschreibung« gefiltert.

Wieviel besser sind da doch die Arbeitsbedingungen gewesen, die der Westen bot. Die antikommunistische »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit«, die das in »Mitteldeutschland herrschende Terrorsystem« beseitigen wollte und dafür vom US-amerikanischen Geheimdienst CIC und dem Senat von West-Berlin regelmäßig Gelder erhielt, konnte ihre Aktivitäten tatsächlich ungehindert in aller Öffentlichkeit entfalten. Kraushaars Protestbegriff umfaßt auch die Schändung jüdischer Friedhöfe, und in seiner Chronik findet die Bundestagung des »Stahlhelm - Bund der Frontsoldaten« am 28. August 1954 genauso Erwähnung wie die Wahl des ehemaligen SS-Generalleutnants Heinz Reinefarth 1958 zum Landtagsabgeordneten in Schleswig-Holstein.

»Die Auswahl für die vorliegende Protest-Chronik läßt sich dahingehend zusammenfassen, daß alle Protestphänomene, gleichgültig welcher Herkunft, welchen Bezugsfeldes und welcher politischen Zuordnungsmöglichkeit aufgenommen wurden«, schreibt Kraushaar in seinem Vorwort. Und er definiert steif und ordentlich: »Unter Protest soll hier eine Form

des öffentlichen Auf- oder Eintretens für eine partikulare gesellschaftliche Zielsetzung verstanden werden, mit der ein Mißstand behoben, eine drohende Gefahr abgewendet oder allgemeiner eine Veränderung herbeigeführt werden soll. Subjekt des Protestes ist eine Assoziation von Individuen, Gruppen und/oder Organisationen. « Mißstände beheben, Gefahren abwenden, Veränderungen herbeiführen - Kraushaars Vorstellung von Protest schließt den Weg zum Widerstand aus, ihr wohnt kein Element von Utopie und Umwälzung inne. Deswegen paßt sie so gut zum Deutschland der 50er Jahre, wo offensichtlich viel auf- und eingetreten worden ist, auch partikulare gesellschaftliche Zielsetzungen reichlich vorhanden waren und es assoziierte Individuen, Gruppen und Organisationen zuhauf gab. Im Endeffekt ist seine Fleißarbeit so nützlich wie der jährlich erscheinende *Fischer Weltalmanach,* wie das Parteienhandbuch des Westdeutschen Verlags oder der Nachdruck von »Akzente«, mit dem 2001 vor 20 Jahren sein Editionsprinzip des »Masse macht billig« erstmals umsetzte: Es ist gut, das Werk im Haus zu haben, vergnüglich, die alten Bilder anzuschauen - aber wer wirklich etwas wissen und verstehen will, tut gut daran, den Faktenwälzer aus der Hand zu legen und sich anderweitig zu informieren.

Ein Beispiel: Das unermüdliche und gegen alle Anfeindungen durchgehaltene Engagement des Hamburger Senatspressesprechers Erich Lüth für eine Verständigung von deutschen Christen mit Juden wird von Kraushaar aber die Jahre verfolgt. Die »Friedensbitte an Israel« z.B., die Lüth 1951 in der »Neuen Zeitung« veröffentlicht, vor allem aber Lüths Versuche, die Filme Veit Harlans, der »Jud Süß« gedreht hatte, zu boykottieren. Kraushaar erfaßt die Daten von Protestaktionen gegen Harlan-Filme zuverlässig, berichtet ausführlich aber die Auseinandersetzungen, die es gerade in Universitätsstädten um die Filme gibt, und vermerkt auch die Niederlagen, die Lüth vor Hamburger Gerichten mit seinem Boykottaufruf erleidet. Während der Chronist Material zur Verfügung stellt, das eine spannende Analyse der Kontroverse zwischen Harlan und Lüth als eines Symptoms für die Form der Identitätssuche der neuen Republik ermöglichte, führt seine ausführliche Betrachtung des schließlich erstrittenen Urteils vor dem Bundesverfassungsgericht, das 1957 den Boykottaufruf Lüths für rechtens erklärt, nur in den Mainstream der bundesdeutschen Geschichtsschreibung zurück: Das Lüth-Urteil, mit dem das Fundament für eine wertbezogene Verfassungsinterpretation gelegt worden ist, habe sich als ein »Meilenstein in der Grundrechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts« erwiesen, stimmt Kraushaar dem Ex-Bundesverfassungsrichter Wolfgang Böckenförde zu und ignoriert damit (in einer Protestchronik!) den linken Widerspruch gegen diese Entscheidung, die der Abschaffung des Paragraphen 218 StGB ebenso einen Riegel vorgeschoben hat wie dem Hochschulrahmengesetz Anfang der Siebziger:

Im Lüth-Urteil hat die Berufung auf das Grundgesetz als Wertordnung nach Meinung z.b. des Verfassungsrechtlers Helmut Ridder dazu geführt, daß eine Abwägung zwischen »allgemeinen Gesetzen« und dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung zur Regel gemacht wurde, die das Grundrecht eher ins Leere laufen läßt, als daß sie es unterstützt. Lüth durfte nach Meinung der obersten Richter nicht etwa, weil es ein Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gab, zum Boykott der Filme des NS-Regisseurs Harlan aufrufen. Ausführlich erörtert das Urteil Lüths Motive: »Er war von Sorge bewegt, das Wiederauftreten Harlans könne - vor allem im Ausland - so gedeutet werden, als habe sich im deutschen Kulturleben nichts geändert. ... Dem deutschen Ansehen hat nichts so geschadet wie die grausame Verfolgung der Juden durch den Nationalsozialismus. Der Beschwerdeführer konnte also in dem Auftreten Harlans einen im Interesse der deutschen Entwicklung und des deutschen Ansehens in der Welt zu beklagenden Vorgang sehen. ... Für die Beurteilung des Verhaltens des Beschwerdeführers«, resümiert das Bundesverfassungsgericht, »kann die hier (in einer Sitzung des Bundestages, in der die Vorführung von Harlan-Filmen als Schande für Deutschland bezeichnet wurde, 0.T.) zum Ausdruck gekommene Auffassung des repräsentativen Vertretungsorgans des deutschen Volkes nicht gleichgültig sein.«

Meinungsfreiheit in den Grenzen der Debattenkultur des Bundestages - kein Wunder, daß ein anderer Beschwerdeführer leer ausging, dessen Fall am gleichen Tag vom BVG entschieden wurde, was Kraushaar, so umfassend er sonst informiert, nicht vermerkt. Auch hier ging es um das Recht auf freie Meinungsäußerung. Der Beschwerdeführer, ein Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, hatte an der Außenwand seiner Wohnung ein Wahlplakat seiner Partei angebracht. Der Hauseigentümer erwirkte die Entfernung des Plakats und erhob gleichzeitig erfolgreich Unterlassungsklage. Die Berufung des Beschwerdeführers erreichte ihr Ziel nicht. Eine Verfassungsbeschwerde wurde zwar zugelassen, schlug aber ebenfalls im Ergebnis fehl. Mit Verweis auf das Lüth-Urteil stellte das BVG fest, daß das Grundrecht der Meinungsfreiheit zwar erhebliche Bedeutung habe, daraus aber nicht folge, daß man seine Meinung in jeder Form äußern dürfe. Hier ergäben sich Beschränkungen durch die »allgemeinen Gesetze«, in diesem Fall durch Paragraph 1004 BGB, der ein Abwehrrecht gegen Eigentumsstörungen gewährt:

»Protest entsteht aus den Widersprüchen des politischen Systems und wirkt, ob beabsichtigt oder nicht, auf dieses wieder ein.« Ein Satz von erhabener Banalität, der aber durchaus zu Recht auf dem Umschlag der *Protest-Chronik* prangt: Sie listet Ereignisse auf und verhält bei dem Befund, daß es da etwas gebe, was sie alle im Innersten mit dem politischen System verknüpfe. Wie dieses »etwas« beschaffen ist, warum Protest wirkt, mit welchen Intentionen und Vorstellungen seine Protagonisten angetreten sind - darüber erfahren wir bei Kraushaar nur das, was ohnedies auf der Hand liegt. Offenbar ein Erfolgsrezept, um auf Platz 1 der SWF-Bestenliste zu landen. Kraushaar ist es gelungen, eine Geschichte der 50er Jahre zu präsentieren, die so ganz anders anmutet als die Klischees über diese Zeit, die sich aber rückstandslos ins Bestehende fügt. Der Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung sieht keine Gefahr, er braucht, im großen

und ganzen zufrieden mit diesem Staat, auch keine Hoffnung. Die 50er Jahre erscheinen bei ihm als Durchgangsstadium auf dem Weg in die Zivilgesellschaft, nicht als Phase der Restauration, die bereits die Grundlagen für das aggressive Großdeutschland von heute gelegt hat.

Konkret 03/97, S. 54

Anselm Jappe

Buch & Deckel

Guy Debord: Die Gesellschaft des Spektakels. Aus dem Französischen von Jean-Jacques Raspaud und Wolfgang Kulkulies, Edition Tiamat, Berlin 1996, 304 Seiten, 40 Mark

Die Situationisten, und Guy Debord insbesondere, haben bis heute in Deutschland weniger Interesse hervorgerufen als in jedem anderen westeuropäischen Land. Und doch ist Debords zuerst 1967 in Paris erschienenes Buch *Die Gesellschaft des Spektakels* eines der wenigen, das Anspruch auf den Titel eines Klassikers der Moderne erheben kann. Nachdem es jahrelang in Deutschland nicht mehr zugänglich war, ist nunmehr eine neue Ausgabe erschienen zusammen mit der ersten deutschen Übersetzung der »Kommentare zur Gesellschaft des Spektakels«, die Debord 1988 hinzufügte, um die weitere Entwicklung der spektakulären Gesellschaft zu beschreiben.

Klassisch ist *Die Gesellschaft des Spektakels* durch ihren zeitlosen Stil epigrammatischer Gedrängtheit; wie alle Klassiker wird sie von den unberufensten Seiten - man denke nur an einige postmoderne »Theoretiker« - geplündert. Zahlreich sind die Bezüge auf Klassiker wie Marx und Hegel, hauptsächlich in Form abgewandelter und nicht als solcher ausgewiesener Zitate - »Détournement« nannten die Situationisten dieses Verfahren. Debords Buch ist eine »klassische«, das heißt mustergültige Analyse der Moderne; und wie alle Klassiker wird es vom Wechsel der Zeiten bestätigt, nicht widerlegt. Stolz verweist Debord darauf, bei allen Neuauflagen nie eine Zeile geändert zu haben.

Der prophetische Aspekt von Debords Begriff des »Spektakels« ist in der Tat beeindruckend. Dieser zielt keineswegs nur auf die Allgegenwart der Massenmedien ab - darauf hat man das »Spektakel« immer wieder zu reduzieren versucht - , sondern bezeichnet alle Gelegenheiten, bei denen die Wirklichkeit durch ein von anderen ausgewähltes Bild und das Leben in erster Person durch die passive Betrachtung ersetzt werden. Was Debord in 221 Thesen abhandelt, geht weit über die Aufhebung der Kunst und die Revolutionierung des Alltagslebens hinaus, mit denen die situationistischen Ideen oft identifiziert werden. Trotz den bei Debord noch vorhandenen Resten eines abgestandenen Arbeiterbewegungsmarxismus' wird man kaum fehlgehen, wenn man in seinen Schriften eine der ganz wenigen Analysen sieht, die zur Kritik des globalisierten und postmodernen Kapitalismus Entscheidendes beizutragen haben. Deshalb werden sie auch diejenigen interessieren, die weder die Debord umgebende Aura, der radikalste der Subversiven gewesen zu sein, kennen, noch den Haß, der ihn stets verfolgt hat, noch sein 1994 abgeschlossenes exemplarisches Leben (über das sein demnächst auf deutsch erscheinender Panegyrikus unterrichtet).

Das »Spektakel« ist ein Ergebnis der Warenwirtschaft, die sich von der gesellschaftlichen Totalität getrennt und sich ihr entgegengesetzt hat, bis sie schließlich das Leben und sogar das bloße Überleben offen bekriegt. Einsam damals auf weiter Flur - wenngleich nicht ohne einige Parallelen zu Adorno - griff Debord vor dreißig Jahren die Marxsche Kritik der Warenform, des Tauschwerts und der abstrakten Arbeit auf. Nicht einzelne Schwächen der Warengesellschaft und ihre Unvollkommenheiten waren sein Thema, sondern deren Grundwiderspruch: die stets ausgedehntere Reduzierung des Realen auf eine Abstraktion, Grundlage und Folge des Tauschwerts. Das Spektakel ist die höchste Stufe der Entfremdung: Wie in der Religion erscheinen die Kräfte der Menschen als von diesen völlig losgelöst und gerinnen zu ihnen gegenüberstehenden Bildern, die ihrerseits die Menschen beherrschen. Alles was im wirklichen Leben fehlt, gibt es als kompensatorisches Bild. Aber das hat nichts mit Medientheorie zu tun: Das Spektakel ist die Fortentwicklung des Warenfetischismus. Es ist die gefährlichste Form der gesellschaftlichen Bewußtlosigkeit. »Wo das wirtschaftliche Es war, muß Ich werden«, schreibt Debord.

Debords Weltsicht beschränkt sich keineswegs auf diese allgemeinen Grundzüge des Spätkapitalismus. Er lieferte eine theoretische Erklärung der Rolle des Stalinismus (im weiteren Sinne) als eines »Spektakels«: die Sowjetunion und die von ihr abhängigen Parteien im Westen böten ein bloßes Bild der Revolution dar. Sie sorgten, solange ein unruhiges Proletariat bestand, dafür, daß die passive Identifikation mit den falschen Formen der Revolution (oder auch mit den angeblichen Revolutionen in weiter Ferne, in der dritten Welt) jede wirkliche revolutionäre Tätigkeit verhinderte. Keine andere Wahl als die zwischen der »konzentrierten« Form des Spektakels (totalitäre Staaten) und der »diffusen« (Gesellschaften des Warenüberflusses) sollte möglich sein; jede rechtfertigte sich durch den Verweis auf die andere. Debord beschrieb also Jahrzehnte vor dem Mauerfall die Sowjetunion als eine andere und subalterne Form der Warengesellschaft, der es letztlich bestimmt sei, wieder in deren Hauptstrom einzumünden, und er sagte voraus, daß das weniger einen Triumph der westlichen Gesellschaft darstellen als vielmehr ein »ungünstiger« Faktor für sie sein würde.

1968 wurde die situationistische Forderung nach Abschaffung des Geldes, des Staates und der Lohnarbeit nur von einer extremistischen Minderheit aufgegriffen. Damals waren die Binnenkonflikte der Moderne, die gleichzeitig ihren Motor darstellten, noch nicht völlig erschöpft; die 68er Bewegung war in ihrer Hauptströmung eher ein Altweibersommer des herkömmlichen, auf die Modernisierung und Ausbreitung der Warengesellschaft drängenden Marxismus. Heute hingegen betrifft die Krise die Grundkategorien der warenförmigen Vergesellschaftung selbst, und das situationistische Programm ist

aktueller denn je. Aber wie Debord in den »Kommentaren« anmerkt, sind nur noch die Regierungen der Meinung, daß die Umstände revolutionär seien. Der optimistische Ton der *Gesellschaft des Spektakels* hat in den »Kommentaren« der Feststellung Platz gemacht, daß es der spektakulären Macht gelungen sei, die gesamte Gesellschaft nach ihrem Bild umzugestalten und ihrer Gegner Herr zu werden. Es geschieht nunmehr aus eigener Kraft, dank dem blinden Selbstlauf der Wirtschaft, daß sie sich in den Abgrund stürzt.

Die große Bedeutung, die Debord in diesem Werk den Geheimdiensten und ihren Manipulationen zuschreibt, ist von einigen als Aufgabe des in dem vorhergehenden Werk erreichten Reflexionsniveaus betrachtet worden, aber zu Unrecht: Debord behauptet nicht, daß die Agenten die Welt regieren, sondern daß dem Kapitalismus notwendigerweise jede Strategie abhanden gekommen sei und daher alle Versuche, die Ereignisse zu kontrollieren, vergeblich sein müssen.

Konkret 03/97, S. 54

Pit Wuhrer

Buch & Deckel

Gerry Adams: Bevor es Tag wird. Autobiographie. Aus dem Englischen von Jürgen Schneider. Verlag Volk & Welt, Berlin 1996, 412 Seiten, 45 Mark

Als Gerry Adams, Präsident der irisch-republikanischen Partei Sinn Féin, seine Autobiographie den Medien vorstellte, schnatterten die anwesenden Journalisten sofort los. Wann er denn der IRA beigetreten sei, wollten sie wissen, und ob er je eine Bombe gelegt, dem Armeerat angehört, einen Menschen getötet habe. Immer auf der Suche nach billigen Sensationen á la »Ex-IRA-Boss plappert sich ins Gefängnis« erhofften sie sich ein hohes Maß an Bescheuertheit, zumindest Unaufmerksamkeit - die IRA ist immer noch illegal, eine Mitgliedschaft folglich strafbar. Adams kennt sich aus in solchen Spielchen. Seit er für die IRA-Partei Sinn Féin spricht, wollten ihn schon Leute ganz anderen Kalibers ins Fettnäpfchen locken. Denn das ist klar: Adams, von dem manche sagen, er sei Belfaster IRA-Kommandant gewesen, kämpfte zumindest einige Zeit nicht nur verbal gegen den nordirischen Staat und dessen Hinterleute in London.

Seine Rolle in diesem Kampf und seine Bedeutung hat die britische Regierung im Sommer 1972 selber anerkannt, als sie ihn nach Absetzung der nordirischen Regierung zu Gesprächen aus dem Internierungslager Long Kesh holen und nach England fliegen ließ. Dort verhandelten die damalige Sinn Féin-Führung und zwei junge Aktivisten - Martin McGuinness, seinerzeit angeblich IRA-Kommandant von Derry, und Adams - mit dem britischen Innenminister. Die Gespräche scheiterten schnell. Die irischen Republikaner verlangten für eine Einstellung der IRA-Angriffe den vollständigen Abzug der britischen Armee innerhalb von drei Jahren, Generalamnestie für die politischen Gefangenen usw., mithin weitaus mehr als in ihrem Friedensangebot zu Beginn der 90er Jahre, das der britischen Regierung bekanntlich ebenfalls nicht in den Kram paßte.

Den IRA-Kämpfer Adams sucht man also vergeblich in dem Buch; just an den Stellen, da man gern Näheres wüßte, huscht der Autor von der Phrase über die Floskel zum Gemeinplatz. Daß er durchaus informieren kann, zeigt Adams, wenn er über seine Familie, seine Jugend im Belfaster Stadtteil Ballymurphy, seine Jobs als Barkeeper und die Angriffe der nordirischen Staatsmacht auf die Bürgerrechtsbewegung berichtet. Adams schildert detailliert die Lebensverhältnisse der Arbeiterfamilien und die Diskriminierung der irisch-katholischen Bevölkerung; er protokolliert die Umstände, die zum Ausbruch des Krieges führten; er skizziert die Counter-Insurgency-Maßnahmen der Briten, die Nebenrolle der pro-britischen loyalistischen Kommandos, die schwarze Propaganda. Seine Darstellungen der Internierungen (1971-75), der Verhöre, der Mißhandlungen, der Haftbedingungen bis hin zu den Hungerstreiks (1980/81) sind lesenswert - manchmal blitzt der Witz der Widerspenstigen auf, der »Crack«, den sie so mögen in Nordirland. Nach der Lektüre dieser Passagen weiß man, warum Adams in Westbelfast geschätzt wird. Er ist integer.

Und doch hat die Autobiographie unübersehbare Schwächen. Sie ist aus einem politischen Kalkül, einer taktischen Überlegung heraus entstanden; sie dient keinem politisch-aufklärerischen Zweck. Streckenweise reiht sich ein verquastes Statement an die nächste Leerformel (»es bedarf einer demokratischen Kontliktlösung, wenn es Frieden geben soll«); solche Sätze schreibt einer, der nicht genau sagen kann oder will, was er denkt. Adams ist natürlich in einer unerfreulichen Situation: Da hatte er mit John Hume von der gemäßigten katholisch-sozialdemokratischen SDLP den Friedensprozeß in Gang gebracht und mit großem persönlichen Einsatz die IRA-Basis davon überzeugt, daß eine breite Koalition irisch-nationalistischer Kräfte von Belfast über Dublin bis Washington das Ziel einer freien irischen Republik eher erreichen könne als der militärische Kampf; da hatte er also London eine fast einmalige Gelegenheit praktisch auf dem Tablett überreicht (andauernde IRA-Waffenruhe für ein bißchen Gesprächsbereitschaft) und wurde auch als Friedensstifter gefeiert - und mußte doch erleben, wie ihm die britische Regierung eine lange Nase drehte. Nach 18 Monaten beendete die IRA ihre Warterei, mit der Bombe im Londoner Geschäftszentrum Canary Wharf im Februar letzten Jahres flog Adams aus den positiven Schlagzeilen - er war nunmehr ein Schurke, John Major hingegen ein ehrenwerter Mann. In dieser Situation schrieb Adams das Nachwort zu seiner »Autobiographie«, die eigentlich eine Jugenderinnerung ist (sie endet mit einer Schilderung des Hungerstreiks 1981).

Das Buch ist auch als ein Versuch zu begreifen, den Friedensprozeß zu retten. Wohl deswegen scheut Adams jede Analyse. Er braucht Hume und die SDLP für seine Strategie, also verschont er die katholischen Sozialdemokraten. Ohne Mithilfe der erzkonservativen Parteien hat der pan-irische Ansatz keine Chance, also kritisiert er nur deren weit zurückliegende »Versäumnisse«. Selbst die Spaltungen der republikanischen Bewegung und deren verheerende Folgen hat Adams auf eine Weise beschrieben, die bei weniger informierten Lesern nur Kopfschütteln hervorrufen kann: Die spinnen, die Iren. Daß er seine eigenen Leistungen und Erkenntnisse herausstreicht und die der IRA-kritischen republikanischen Linken beiseiteläßt - nun ja. Adams hat Anfang der 80er Jahre aus dem IRA-Anhängsel Sinn Fein eine politische Kraft gemacht. Er hat gesehen, daß militärischer Kampf den politischen Konflikt nicht entscheiden kann. Das haben vor ihm schon so manche Linke erkannt, die Bürgerrechtlerin Bernadette McAliskey zum Beispiel, die immer noch für eine radikale

Demokratisierung der nordirischen Verhältnisse ficht. Adams aber wandte sich einer Parlamentarisierung der politischen Debatte zu.

Sein Friedensprojekt hat der Sinn Féin-Präsident den irischen, den britischen, den US-amerikanischen Regierungsbehörden vorgestellt - aber nicht der eigenen Basis, die nach dem Waffenstillstand der IRA jubelte, weil sie glaubte, es sei etwas erreicht worden. Sinn Fein setzte ganz auf Geheimverhandlungen mit den Briten, also quasi auf das politische Pendant zum militärischen Kampf der IRA: In beiden Fällen agiert eine Elite. Das ist auch der Grund für die Formelhaftigkeit nicht nur des aktuellen Nachworts: Adams läßt die Leute im Dunkeln. Sein Motto: Angesichts meiner hier ausgebreiteten Geschichte könnt ihr mir ruhig vertrauen. Sinn Féin war so sehr von der neuen politischen Strategie überzeugt, daß sie auf jede Mobilisierung der dazu durchaus bereiten Bevölkerung verzichtete - obwohl ja, und das kommt in Adams' Buch zum Ausdruck, der Massenprotest die Entwicklung der nordirischen Verhältnisse viel stärker beeinflußte als die Operationen der IRA. Diesen Widerspruch erklärt das Buch nicht. Es verrät auch nicht, weshalb die seit Adams' Präsidentschaft als links geltende Sinn Fein zur Lösung des Krieges ausgerechnet auf die konservativen Politiker der Irischen Republik und die oft rabiat reaktionären US-Politiker irischer Abstammung setzt. Das ist aber die Kernfrage zum Verständnis der aktuellen irisch-republikanischen Politik.

Konkret 03/97, S. 56

Gerhard Scheit

Die Angst, nicht normal zu sein

»Das Erbe der Napola« ist eine Reise ins Innere der Nachkriegszeit, für die Söhne der Nazi- Väter aber eine Reise ins eigene Innere

Über die sogenannten Napolas, die »Nationalpolitischen Erziehungsanstalten«, deren Aufgabe die »Heranbildung« einer Elite von Nationalsozialisten war - »tüchtig an Leib und Seele, für den Dienst an Volk und Staat« - gibt es einschlägige Studien von Horst Ueberhorst und Harald Scholtz. Beim Buch von Christian Schneider, Cordelia Stillke und Bernd Leineweber mit dem Titel *Das Erbe der Napola* wäre indes die Betonung auf *Erbe zu* legen - vor allem aber auf den Untertitel: *Versuch einer Generationengeschichte des Nationalsozialismus.* Tatsächlich konzentriert sich die Studie auf die Nachwirkungen nationalsozialistischer Erziehung - nicht nur bei ihren ehemaligen Zöglingen, sondern ebenso bei deren Kindern und, in einigen Fällen, sogar Enkeln.

Einige Rezeptionshindernisse werden aufgebaut. Die Sprache etwa ist mit psychoanalytischen Fachausdrücken gespickt. Wer sich aber einliest, erkennt, daß sie notwendig sind, um die nötige Komplexität in der Beschreibung der einzelnen Fälle zu erreichen - um verallgemeinern zu können, ohne das Heterogene des Einzelnen auszulöschen. Im Grunde entwickeln die Autoren aus dem Fachjargon eine sehr behutsame und doch konsequent argumentierende Wissenschafts-Prosa. Sie gewinnen damit eine Nahe zum Lesenden wie auch zum Beschriebenen, die man sonst fast nur von fiktionalen Texten kennt.

Diese Nähe hängt freilich damit zusammen, daß die Autoren sich selber ins Spiel bringen, die eigene Position, die Methode und das Instrumentarium nicht einfach voraussetzen, sondern als Teil des Gegenstandes begreifen - und hierzu gehört nicht zuletzt auch die Gefühlslage bei den ausgiebigen Interviews, die das wichtigste Material bereitstellen. Die Autoren sprechen zu recht von »Tiefeninterviews«. Dabei tauchen sie nicht nur in die Tiefe der Napola-psyche: »Daß sich in der Begegnung mit den Napola-Absolventen Teile unserer jeweiligen Vaterbeziehung reaktualisieren würden, war uns bei der Konzeption des Projekts nicht nur bewußt, sondern bildete die Grundlage unserer methodischen Überlegungen.«

Ein anderes Rezeptionshindernis besteht darin, daß nicht unmittelbar einzusehen ist, warum man sich ausgerechnet mit den vorgestellten fünf Fällen so eingehend beschäftigen soll (um so mehr als man diesen Herren Teschner, Völklin, Fischer, Iddel, Ossendorf und ihren Kindern sehr nahetreten muß), da doch, wie die Autoren bekennen, die Auswahl der Personen einen hohen Grad an Zufälligkeit besitzt - ein Problem, das ein Roman immerhin durch ästhetischen Schein zu überblenden vermag. Die Studie versteht es jedoch überzeugend, aus der Zufälligkeit der herangezogenen Fälle einige Idealtypen im Sinne Max Webers gleichsam zu destillieren, in denen sich geschichtliche Erfahrung zu verdichten scheint.

Schneider/Stillke/Leineweber stellen zunächst in Frage, daß die Generation der Täter und Mitläufer nach 1945 einfach nur geschwiegen - sozusagen vor sich hin geschwiegen - hätte. Zum Schweigen, gar zum gezielten, gehören vielmehr zwei: Das charakteristische Schweigen über die Nazi-Zeit war »keineswegs nur das Resultat eines Ausweichens der Alten vor den Fragen ihrer Kinder, sondern tatsächlich Ergebnis eines eigenartigen Pakts zwischen den Generationen«:

Hatte die Jugend der fünfziger Jahre im stillen Konsens mit den Eltern wohl tatsächlich weitgehend aufs Fragen verzichtet, so fand die erste politisch artikulierte, rebellische Generation gegen Ende der sechziger Jahre keine Form der Frage, die wirklich eine Antwort ermöglicht hätte. Das Schweigen wurde dadurch zementiert, daß der Wunsch nach politischer Aufklärung den Gestus der Anklage annahm.

Wieso Gestus - und warum ist eine Anklage zementierend? Eine Anklage kann auch sehr aufklärend wirken. Das Problem war eher, daß die Anklage wohl zu abstrakt formuliert wurde und in dieser Abstraktheit sich manches verbarg, was tatsächlich einem geheimen Pakt zwischen den Generationen entspricht:

Der Protest war der Versuch der Autopoiesis einer Generation, die mit der vorherigen bei aller Differenz den Wunsch nach einem Ungeschehenmachen der NS-Zeit teilte. Die schroffe Trennungsgebärde gegenüber den Eltern war der Statthalter dieses Wunsches.

Hier zeigt sich allerdings eines der Probleme, die die Studie von der Psychoanalyse geerbt hat: Als Ausgangspunkt dient die Annahme eines >normalen<,)gesunden< Verhältnisses zwischen den Generationen - in Habermas'schein Jargon: kommunikative Rationalität; eine merkwürdig konstruierte Naivität tritt zutage, wenn die Autoren darüber staunen, daß sich »keine kommunikative Rationalität zwischen den Generationen entwickeln konnte«, und in diesem Zusammenhang auch noch von »Klima« sprechen.

Das Buch erscheint in dieser Hinsicht wie eine Therapie, die zu spät kommt - und so ist ein gewisser tragischer Ton des Ganzen nicht zu überhören. Aber wie das so ist bei den Tragödien des Zu-Spät-Kommens: Man erfährt sehr viel über die

einstigen Verhältnisse, z.B. eine Geschichte, in der das Verstehenwollen der Jungen auf das Verstandenwerdenwollen der Alten in familiärer Harmonie trifft:

Es war wie ein Spiel zwischen uns. »Erzähl von der Gefangenschaft« war mein Stichwort, wenn ich das Gefühl hatte, daß wir allein waren und er Zeit hatte. Und ich hörte atemlos zu... Mein Vater erzählte dann stundenlang. Sicherlich habe ich irgendwie gespart, daß es ihm guttat. Aber ich habe nie – oder erst sehr viel später - nach dem Krieg in Rußland gefragt. Mein Interesse galt - das ist mir klar - nicht meinem Vater als Täter, sondern eben als Opfer.

Und die Autoren fügen hinzu:

Vielleicht hat der Sohn sogar - er selber schließt es nicht aus – nach dem Krieg gefragt, in alter Unschuld. Aber er wird hier auf Schweigen gestoßen sein, auf ein Ausweichen, ein Zögern, eine unbewußte Abwehrstrategie, die ihn von weiteren Fragen abgebracht hat.

Im großen und ganzen können die Autoren selbst der Gefahr entgehen, beim Interview dieses exkulpierende »Sprachspiel« zwischen den Generationen zu wiederholen - eben weil sie sich ihr ständig bewußt sind. An einem Punkt allerdings fragen sie zu wenig hartnäckig: Bezüglich des Antisemitismus wäre gewiß eine intensivere und vielleicht auch raffiniertere Befragung notwendig gewesen, um diesen Kitt aus den Fugen der nationalsozialistisch geprägten Psyche herauszuquetschen. Nur an wenigen Stellen, etwa wenn ein ehemaliger »Napolaner« sich spontan mit palästinensischen Jugendlichen identifiziert, kommt er ganz von allein ans Tageslicht. Dabei wissen Schneider/Stillke/Leineweber genau, in welchem Verhältnis Eliteschule und KZ zueinanderstanden:

Mit dem Projekt Napola sind... die Ideen von Zucht, Reinheit und Selektion verbunden, die negativ an der Rampe von Auschwitz vollstreckt wurden. Insofern gehören beide zusammen: Eliteinternat und KZ sind, als totale Institutionen, die beiden Extreme eines Systems, das die individuelle Berechtigung zum Leben an die Zurechenbarkeit zu einer Nation, einer Rasse, einem Typus, einer Einstellung band. Die Napola ...war das größte Menschenexperiment des NS-Staats, das nicht auf Destruktion, sondern auf Produktion angelegt war.

Zuletzt jedoch gelingt es den Autoren - hindurchgegangen durch lange und intensive Interviews - auch den inneren Zusammenhang von Erziehung und Vernichtung sichtbar zu machen. Das psychologische Grundprinzip der Napola-Erziehung habe darin bestanden,

die Differenz von Ideal und Realität gezielt und repressiv in Regie zu nehmen. Das propagierte Idealbild des »Napolaners«, des neuen NS-Elitemenschen, machte den Zöglingen ihr eigenes. Ungenügen, ihre Abweichung, ihre Negativität qualvoll deutlich. Jeder spürte an sich und in sich eine Schicht, die dem terroristisch aufgedrungenen Idealbild nicht nur nicht entsprach, sondern geradezu widersprach... Jeder von ihnen hütete sein Geheimnis der Abweichung wie eine versteckte Schuld.

Die Napola, und hierin ist sie wirklich der Idealtypus der NS-Gesellschaft mit all ihren Organisationen wie HJ, BDM, Arbeitsdienst, Wehrmacht etc., zerstörte systematisch die »selbstverständliche« Eigenreferenz - die Möglichkeit, die vermeintlichen eigenen Schwächen reflexiv einzuholen. »Dazu wäre es nötig, sie als Teil eines >Selbst< anzuerkennen, das keiner weiteren Legitimation bedarf als der, ein Individuum zu sein.« Fehlt diese Anerkennung und Eigenreferenz, eröffnet sich die Möglichkeit fast von selbst, das als >negativ< Empfundene und Gedachte nach außen, auf andere zu projizieren und sich seiner mittels Terror und Massenmord zu entledigen.

Für die Lage der zweiten Generation könnte in Anlehnung an Alice Millers *Drama des begabten Kindes* (auf das merkwürdigerweise nicht Bezug genommen wird) vom Drama des Nazi(Mitläufer)-Kindes gesprochen werden: Der Wunsch des Heranwachsenden nach Verständnis wird unter der Last der Vergangenheit, welche die Eltern irgendwie »bewältigen« müssen, fast vollständig verschüttet - die Möglichkeit der narzißtischen Gratifikation für die neue Generation damit erheblich eingeschränkt.

Die Autoren differenzieren dabei zwischen der Situation der Töchter und der Söhne; was etwa die letzteren betrifft, protokollieren sie die Klage, der Vater habe dem Sohn niemals zugehört: »Nie habe er sich wirklich für das Leben des Sohnes interessiert und ihm je auch nur eine einzige Frage gestellt. Aus dieser Sicht der Söhne haben die Väter ihre männlichen Nachkommen als reines Abbild gesehen.« Das sind freilich allgemein die »Tücken einer narzißtischen Eltern-Kind-Beziehung, in der das Kind, soweit es geliebt wird, als Verlängerung des Eltern-Ichs vereinnahmt wird« und die Erfahrung, eine von den Eltern abgegrenzte und von ihnen unterschiedliche Person zu sein, nicht machen kann. Aus ihr entstehen die seltsamsten Möglichkeiten: Das Kind kann etwa die Reflexion der Eltern übernehmen; oder es wird vom Vater dazu gedrängt, die für ihn selbst bedrohlichen negativen Aspekte der eigenen Person zu verkörpern. Die Eltern entledigen sich der eigenen unerträglichen Negativität durch Projektion. Erziehung wird dann zum Versuch, diese Negativität am Kind zu bekämpfen.

Freilich verzeichnen die Autoren auch die Perspektive, sich aus dieser instrumentellen Funktion zu befreien: Wo der Sohn »den Vater für sich sein lassen kann, von sich selbst getrennt, hat er das Reich der narzißtischen Vereinnahmung

verlassen«. Demnach war der Druck der narzißtischen Vereinnahmung für die zweite Generation besonders groß - ja, das Erbe der Nazi-Zeit realisierte sich in den Familien in diesem Druck. Aber für jeden einzelnen der zweiten Generation stellte sich damit die Frage, wie mit diesem Druck umzugehen sei.

Wer dieses Buch liest, begibt sich also auch auf die Reise ins eigene Innere; es ist bei der Lektüre nahezu unumgänglich, die eigene Vaterbeziehung mitzureflektieren. Wer dazu bereit ist, erfährt über sich selbst wohl ebensoviel wie darüber, was unter verfestigten Abstraktionen wie »Verdrängung« und »Bewältigung der Vergangenheit«, »Kollektivschuld«, »Unfähigkeit zu trauern« etc. verborgen liegt. Es gibt keinen deutschen oder österreichischen »Volkscharakter«, aber die Kontinuitäten und Brüche, die ein solcher Begriff fetischisiert, treten sofort zutage, sobald nur etwas Licht in den familiären Raum zwischen den Generationen fällt.

Da wird es manchem unbehaglich. So etwa dem Rezensenten der »FAZ«. Nach allerlei akademischen Vor- und Einwänden, mündet die Kritik plötzlich in einen persönlichen Ausfall: »Wie sagte doch einer der ehemaligen >Napolaner< nach einem Treffen mit früheren Mitschülern? >Ja, also das Erstaunliche war, daß alle sehr normal geworden sind.(Die Frage nach der Normalität der Verfasser dieses Buches und ihrer >psychoanalytischen Supervisoren< liegt in der Luft.« Die Dynamik der Aufdeckung, die das Buch in Gang bringt, erfaßt noch den, der es verleumden will: Ohne Scheu offenbart dieser Kritiker seine größte Angst - eben jene, die der Nationalsozialismus auf singuläre Weise in Regie zu nehmen verstand: die Angst, nicht normal zu sein.

Christian Schneider, Cordelia Stillke, Bernd Leineweber: *Das Erbe der Napola. Versuch einer Generationengeschichte des Nationalsozialismus.* Hamburger Edition, Hamburg 1996, 396 Seiten, 58 Mark

Konkret 03/97, S. 58

Jens Hoffmann

Klebt mehr Collagen!

Der mar□ istische Kunsttheoretiker Hans Hein□ Hol□ versucht sich an einer materialistischen Kunstphilosophie. Das Ergebnis ist fade

Ganz geheuer scheint Holz das eigene Projekt nicht immer gewesen zu sein. Das Vorwort jedenfalls klingt wie eine trotzige, systematisch gegen alle Zweifel abgeschottete Rechtfertigung gegenüber Leuten, die möglicherweise etwas anderes von einem marxistischen Philosophen erwarten als eine auf drei Bände angelegte Philoso*phische Theorie der bildenden Künste.* Vierundvierzig Jahre Tätigkeit als Kunstkritiker, »mindestens tausend kritische Beiträge« in allerlei Medien und »wesentlich« um »Tiefendimension und Breite« erweiterte theoretische Perspektiven trägt der Autor mit sich auf die Denker-Waage, um auch wirklich als ernstzunehmendes, potentes Superschwergewicht erkannt zu werden.

Nun ist von der Sache erst mal gar nicht viel gegen Holzens Vorhaben einzuwenden. Es gibt sehr anschauliche Werke über den Biorhythmus der Eisbären und den Gebrauch von Salatschleudern in geschlossenen Räumen, warum dann nicht auch eine materialistische Kunstphilosophie? Die Menschen wollen die Welt verstehen, die Bücher wollen die Welt verstehen, so können sie sich praktischerweise auch gleich zusammensetzen, einen Tee aufbrühen und gemeinsam Verständnis produzieren, bis Tee und Plätzchen alle sind. Daran ist nichts Verwerfliches. Allerdings dürfte bereits die auf Seite 10 von Holz umrissene Beschäftigungstherapie - »Wir müssen von neuem beim empirischen Material, dem Bestand an Kunstwerken aller Zeiten anheben, wenn wir einen Zugang zum Gegenstandsbereich Kunst finden wollen« - nicht gerade begeisternd auf das angesprochene »Wir« wirken.

»Wir müssen von neuem«, das wird gern von Leuten gesagt, die ideologische oder politische Fehler der Vergangenheit nicht korrigieren mögen, sondern entschlossen sind, diese hinter markigen Durchhalteparolen vom ehernen Gang der Weltgeschichte verschwinden zu lassen. Und um mit dem eigenen Verein nicht gar zu nichtssagend in der Gegenwart rumzustehen, beschwört man geistige Traditionslinien, die wahlweise bis zum jungen Hegel oder bis zum Kreuzhänger reichen. Je weiter, desto besser. Dann kann man endlich wieder irgendeine Ecke im Spiegelkabinett der Philosophiegeschichte ausfegen und eines jener kritischen Forschungsprojekte anleiern, das todsicher beweisen wird, daß früher Leute gelebt haben, die auch schon ziemlich clever waren. Und Eulen, immer mehr Eulen flattern Richtung Athen.

Das größte Problem der parteinahen marxistischen Denker nach Lenin ist, daß die Oktoberrevolution tatsächlich stattgefunden hat. Seither sehen sie mit ihren revolutionären Erkenntnissen, die zu nichts anderem als revolutionärer Erkenntnis taugen, ziemlich alt aus. Beim großen Vorbild in Matthäus 14 sollen immerhin einige Leute satt geworden sein. Die disziplingeübten Denker verweisen zu ihrer Verteidigung auf die notwendige Arbeitsteilung in den existenten oder imaginären Organisationen des Proletariats und schreiben weiter Bücher, die aus guten Gründen kein Mensch freiwillig lesen mag.

Holzens Buch hat den Charme eines prädikatenlogischen Kalküls. Auf 326 Seiten ist keine Bemerkung oder Wahrnehmung zu finden, die aufregend, aus der Ruhe bringend oder gar aufrüttelnd zu nennen wäre. Mit reizloser Präzision entwickelt er in vier Hauptstücken den Genesis- und Geltungsbereich einer materialistischen Ästhetik, stellt den Begriff der Mimesis dar und beschreibt die Besonderheit und den Zeichencharakter des ästhetischen Gegenstands. Wo es inhaltlich spannend hätte werden können, hält Holz dem Publikum zielsicher linksdrehende Seditativa vors Gesicht. »Auf jeder historisch-gesellschaftlichen Entwicklungsstufe sind Ausblicke auf eine Aufhebung der antagonistischen Widersprüche der Klassengesellschaft möglich; solche Ausblicke, die vor der Ausbildung eines dialektisch-materialistischen Geschichtsverständnisses zwar utopisch, aber nicht minder realitätsschwanger sind, ergeben sich zwangsläufig aus dem Bewußtsein des widersprüchlichen Aufbaus der jeweiligen Gesellschaftsordnung.« Das richtige Bewußtsein stellt keine Fragen, kennt keine Zweifel und findet immer die richtige Seite. Das richtige Bewußtsein erklimmt die Leichenberge und schafft sich einen Ausblick. Lang lebe das richtige Bewußtsein.

Und damit das Warten auf die Aufhebung der Klassengesellschaft für das richtige Bewußtsein nicht zu langweilig wird, soll es sich in der Zwischenzeit mit bildender Kunst beschäftigen. Es soll sich von dieser zu »Selbstverständnis und Selbstbekundung hinführen« lassen, soll »die Ahnung des Eigentlichen, zu dem die Welt noch nicht gediehen ist«, in sich wecken oder einfach Einsicht nehmen »in das Eigentliche des Menschen, in sein Sein und sein Ziel: die Wirklichkeit wie ein Kunstwerk zu gestalten«. Uneigentlich geht es bei Holz aber auch: »Kunst macht es möglich, >alles so zu begreifen, daß wir eingreifen können((Brecht). Dabei machen wir die Erfahrung, daß der Eingriff in die geschlossene Totalität eines Werkes nicht dieses oder jenes verändert, sondern das Ganze.« Am Kunstwerk »ist einsehbar, daß die konsistente Veränderung eines ungewünschten Moments die Veränderung des ganzes Systems fordert«. Vom Kunstwerk lernen, heißt jetzt also siegen lernen.

Sogar die leidige Freizeit wird durch Kunst beziehungsweise »Kunstübung« wieder lebenswert und überhaupt ganz anders werden. Holz empfiehlt den »von den Zwängen des Arbeitslebens entlasteten Menschen«, sich schleunigst mit Schere und

Klebstoff auszurüsten und doch einfach mal ein paar kreative Collagen zusammenzuleimen. Weg mit den ewigen Rätselheftchen! Herbei »zum geistvollen Spiel mit der Materie« und zum Angriff auf die »Umwelt aus genormten, schablonierten Dingen und Ansichten«. Antreten »zur Wiederholung des Individuellen«! »Eine neue Blüte der Phantasie und der optischen Kultur« wird die Sitzecken der Wohnzimmer erobern. Doch damit nicht genug. »Künftig werden sich vielleicht einmal Liebende Collagen kleben, die sie ihren Briefen beilegen oder die sie sich statt Briefe senden; von Reisen wird man seinen Freunden Photocollagen schicken, die nicht nur das Bild der Fremde, sondern auch die Erlebnisstimmung festhalten.«

Das wird ein Fest. Unweigerlich. Überall werden erlebnisgestimmte und hoffentlich auch haftpflichtversicherte Liebende mit verklebten Händen und klappernden Scheren durch die genormte Umwelt schwärmen, um die >Fremde< festzuhalten. Bacchantische Treibjagden mit unkalkulierbaren Konsequenzen sind zu erwarten.

Hans Heinz Holz: *Philosophische Theorie der bildenden Künste;* Band *1: Der ästhetische Gegenstand.* Aisthesis Verlag, Bielefeld *1996, 326* Seiten, *98* Mark (Subskriptionspreis *68* Mark)

Konkret 03/97, S. 59

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Lieber Franz Beckenbauer!-

Das letzte Mal sahen wir uns an einem weißblauen Julisonntag des Jahres 71 auf dem Fußballplatz meines Heimatvereins, des Ammersee-B-Ligisten »SpVgg Wildenroth«. Sie waren anläßlich der kirchlichen und weltlichen Einweihung unsres neuen Sportlerheims mit Warmwasseranschluß extra zu uns aufs Land gekommen mit ihrem international berühmten FC Bayern München, zu einem Freundschaftsspiel, und Sie erteilten uns mit 14 zu 1 eine weißgott standesgemäße Lektion. Unvergeßlich bleibt mir Ihr 6 zu 1, das Sie, die ganze Leichtigkeit Ihres Liberodaseins zelebrierend, in der 53. Minute erzielten, zum Entzücken der 2.000 Zuschauer. Nach dem Spiel kamen wir kurz ins Gespräch und entdeckten Gemeinsamkeiten. Beide warn wir in früher Jugend Auszubildende gewesen, im Versicherungsgewerbe, Sie bei der Allianz, ich bei der National. Das begossen wir kameradschaftlich mit einem kühlen Weizen. Dann rief Trainer Udo Lattek Sie und die Mannschaft zum Bus und - wir verloren uns aus den Augen. Ich kehrte in meine kleine Endreimschmiede zurück, Sie bestiegen den goldenen Waggon des Ruhms, wurden Weltmeister, Teamchef, nochmals Weltmeister und schließlich Präsident des FC Bayern. Doch vor kurzem begegneten wir uns wieder. Als ich die »Bild«-Zeitung aufschlug, sahen Sie mich an, auf einer Fotografie, die Sie vor ihrer neuen, 800 Quadratmeter geraumigen Alpenresidenz hoch über den Dächern Kitzbühls zeigt. Aber Ihr Blick war nicht mehr so burschikos wie einst, sondern kam aus vom Grübeln über den Sinn des Lebens unterdunkelten Augen. Wie das, durchfuhrs mich, doch dann las ich in der Ihnen gewidmeten Folge der »Bild«-Serie »Die Mächtigen der Liga« Ihre Einlassungen zur momentanen Befindlichkeit:

»Was mich am wenigsten interessiert, ist meine persönliche Zukunft. Ich lerne aus der Vergangenheit. Ich habe gerade Sofies Welt gelesen, diesen dicken philosophischen Schinken. Sokrates, Aristoteles, Platon und diese Leute haben sich vor zweitausend Jahren Gedanken gemacht, da sind wir noch auf den Bäumen gesessen und haben uns vor den Wildschweinen gefürchtet. Seither haben sich nur ganz wenige weiterentwickelt. Ich gehöre auch zum großen anderen Teil. Wenn ich zum Beispiel einen Schopenhauer lese - ich verstehe ihn nicht. Da muß ich meine Beschränktheit zugeben ... «

Ja, lieber Franz Beckenbauer, Sie sind mir ja gelungen! Wolfgang Schäuble hat Sie, als Garant für die Wiederwahl seines Herrn anno 98, als Deutschlands ersten Sportminister vorgemerkt, und was tun Sie? Sie gehn mit Ihrer intellektuellen Krisis gassi, dekuvriern sich haarscharf am Harakiri vorbei mit dem flagellantisch herausgeprügelten Bekenntnis: »Ich mache seit 33 Jahren Fußball, weil ich nichts anderes kann, und gehe vor einem Schopenhauer, der nie zur Weisheit eines Doppelpasses oder der rechtzeitigen Einwechslung Witeczeks fand, mea Beschränktheit, mea maxima Beschränktheit ausrufend, in die Knie«?! Aristoteles, Platon, Sokrates - na und? Wo steht der griechische Fußball heute? Glauben Sie im Ernst, daß Kanzler Kohl, der immerhin die Geschicke eines 80-Millionen Volkes und Exportweltmeisters lenkt, sich mit dem Kantschen Ding an sich auskennt? Was sollen denn diese ganzen Spitzfindigkeiten gegen die solide Wucht von 37 Prozent mehr verkaufter Hemdchen mit der Klinsmann-Nummer drauf? Schluß, lieber Franz Beckenbauer, mit diesem Herumgegrüble, und zurück ins Leben, denn nur da spielt die wahre Musik. Ich bin Ende März wieder in der Wildenrother Gegend, weil die drei Kamine meines alten Hauses neu aufgemauert werden müssen. Nach Kitzbühl wärs ein Katzensprung. Die Einladung zu einem Gedankenaustausch in Ihrer schönen Bergabsteige, sei es nun über Versicherung, Fußball, Schopenhauer oder Lebensabend und ein evtl. Leben nach dem Tod« schlüge ich gewiß nicht aus. Lassen Sie bitte hören von sich.

Lieber Uwe Kopf in Hamburg!

Bin ich der Bus, der bummelte, und als du endlich den Hof erreichtest mit delay, da lag das Kind in deinen Armen, aber es war schon tot? Fand ich deine Geldkatze und unterschlug ich sie? Bin ich dein Mädl, das dich mit einem andern Jungen betrog? Verletzte ich dich je am Leibe oder trieb ich je ein feiles Wortspiel mit deinem Namen? Allemal nein? Nun, was soll dann dieser dein Vortrag da? Kapital contra Arbeit, Schröder gegen Scharping, Bayern vs. Dortmund, das fetzt. Aber deine Feindschaft zu mir hat doch nicht den Hauch von Substanz. Ich soll (statt in »Bayer auf Rügen« den pensionierten »OStR Dr. Thormaier« und in »Frauenarzt Dr. Markus Merthin« den Truckfahrer »Gigant« zu geben - an der Seite so vorzüglicher Akteure wie Wolfgang Fierek und Sascha Hehn!) Betten machen im Puff? Das ist doch windigstes, kindischstes Föjetôn, gegen das in publizierter Form noch nicht mal zu wettern wäre, aber deine Zeilen wurden ja nicht nur nicht honoriert, sondern du mußtest sogar noch eine Mark Porto berappen für deren Übermittlung an mich, dem allerdings nach der Lektüre dieses Bombenbriefes alles weh getan hat. Ganz selten und nicht selten nie holt uns der Engel einen runter, und die Regel ist in der Regel die von Gustav Meyrink vor gut hundert Jahren in Prag so trefflich formulierte: »Das ganze Sein ist flammend Leid.« Dir, lieber Uwe, scheint dies nicht zu reichen, du glaubst es mit solch schmetternden Aktenvermerken vermehren zu dürfen. Was für eine Anmaßung, was für ein Irrtum. Jedoch wie du mich auch verletzet

hast, ich werde dich, lieber Uwe, heilen. Und zwar von deiner eingebildeten Feindschaft zu mir. Wir treffen uns an einem Abend deiner Wahl in meiner Stammkneipe, dem KöPi an der Rappstraße la. Ich stell dir einen Halben hin und werde dir alles erzählen von mir, und du bist ab dann mein Freund.

Tomayer,

---

gestern abend beim Zappen sah ich plötzlich Dein Gesicht - in der Serie «*Frauenarzt Dr. Markus Merthin«, und* neben Deinem Gesicht war Sascha Hehns Gesicht, und ich dachte: Weiß Gremliza, daß sein Tomayer inzwischen jede Niveaugrenze unterschreitet? Du würdest sogar als Kolumnist in der «Bild«-Zeitung auftreten, sofern sie ein Foto von Dir mitdruckt.

Ja. auch Du mußt Geld verdienen, aber kannst Du nicht mal was Anständiges machen – kellnern, auf dem Bau arbeiten oder im Puff die Betten frisch beziehen?

Konkret 03/97, S. 60

Jürgen Roth

Melodie & Rhythmus

Mike Keneally: Hat, Boil That Dust Speck; beide Third Venture. Yngwie Malmsteen: Inspiration, Music for Nations. Vernon Reid: Mistaken Identity; Sony/Epic

Als eines der wichtigsten Rituale im kritischen Pop-Journalismus darf die seit etwa 1951 kurrente Beschwerde gegen das Virtuosentum gelten. Wer sein Instrument (aber Gebühr) beherrscht und solch Fähigkeit gar auf Tonträgern dokumentiert, sei des Teufels, ein phallozentristisch geerdeter Reaktionär und musikalischer Rechtsradikaler - jedenfalls wäre keineswegs ausgemacht, worüber das Kölner Amtsblatt seine Cheftheoretiker zu Gericht sitzen lassen sollte, wenn man nicht die Geißel des »Rockismus« erfunden hätte. »Will man sich nicht in musikologische oder technologische Diskussionen ... verstricken«, wurde zum Jahreswechsel (»Spex« 1/97) wieder einmal deklariert, »muß Virtuosität weiterhin problematisiert werden bzw. anderen Maßstäben weichen.«

Verstricken wir uns, wird gleich klar, daß Yngwie Malmsteen eine allerdings bereits mit dem gut zehn Jahre zurückliegenden Moment seines furiosen Einmarsches in die Metal-Arena (»Wunderknabe!«) notorisch gewordene Nervensäge ist, die das Gitarrensolo als hyperaktivistische Fingerübung interpretiert und damit Maßstäbe betreffend Klischeeversessenheit und Dummqualligkeit setzen konnte. Denn wer behauptet, die weite Erfinderwelt eines Hendrix und eines Blackmore bereits mit zehn Jahren vollständig durchmessen zu haben, benimmt sich später auch wie der nie erwachsen gewordene, etwas mopsige Balg, der unter Einsatz einiger zusammengekratzter und gut einstudierter phrygischer und barocker Skalen aufs Selbstbild eines durch Haarpracht und ausgereifte Blödlackposen reinkarnierten Albinoni-Paganini-für-arme-Deppen herauskommt. Die gewagten Faltenwürfe stets doomy produzierter, teigiger Gniedeleien möchte aber außer im Heavy-Dorado Japan niemand mehr : sehen resp. hören.

Zu Recht, wenn man Malmsteens letztes Kapitalverbrechen, das diversen Tribute Kompilationen hinterhergenudelte Cover-Album »Inspiration« auch nur auszugsweise erduldet. -' Seinen Hausheiligen (UK, U. Roth, Rush u.a.) wollte er da huldigen, zermöhrt hat er die feinsten Werke: unverständig, tolpatschig, ohne Geschmack und jeden Individualstil, den seine Vorbilder aus dem im Detail nicht immer glücklich getroffenen Dezennium der siebziger Jahre noch stets zu pflegen verstehen.

Vernon Reid, item ein Mann, der was kann und einst z.B. für Miles Davis auf »allerhöchstem Grandiosniveau« (»Notes«) in die Saiten langte, hat andere Referenzen vorzuweisen. Sein nach dem Scheitern der wahrlich singulären Crossover-Metal-Funk-Supercombo Living Colour aus dem Ruder gelaufenes Dasein flickte kein geringerer als Kurt Theobald Cobain wieder zusammen: »Mit seiner Tat sprach er direkt zu mir. Sein Tod rettete im Grunde mein Leben«, wird Reid von »ME/Sounds« zitiert. »Mistaken Identity« macht denn auch unmißverständlich klar, daß Reid dem Konzept der Rockband ein für allemal abgeschworen hat: Solistische Präsentationen müssen sich nicht mehr im Songgefüge bewähren, ganze Bataillone von prominenten Gastmusikern aus allen denkbaren Genres tröten und trommeln um die Wette, die dichte Atmosphäre der eingespielten kleinen Besetzung verliert sich in fröhlicher Allerleidudelei. Einzig die schweren Riffs des Openers »CP Time« erinnern an kräftezehrend laute Kapellen-Epochen. Statt rockigen Konstruktionen dominieren nunmehr schlichte Melodiebögen und Single-note-Sequenzen, die Reids präzise vorgetragene Phrases wie maschinell erzeugte Loops klingen lassen. Gewiß macht sich das Mitwirken etwa von DJ Logic und Miles-Davis-Produzent Teo Macero bemerkbar: HipHop-Beats verleihen den in der Mehrzahl ausgeprägt trägen Instrumentalnummern eine elegante Gefälligkeit. Obendrein integriert Reids rundlaufende, meditative, vom weichen Jazzanschlag profitierende Spielweise divergente musikalische Materialien zu einem hie frischgefönten Flokatiklangteppich, da versierten Synkretismus. So kann man es doch auch mal sagen.

Der ehedem bekennende Krawallmacher Reid bleibt natürlich trotz Understatement ein brillanter Gitarrist, ein Rocker zumal. Will er über weite Strecken glauben machen, das Schrammeln werde jetzt aus dem Planschbecken heraus erledigt, bleiben gar die langen Passagen seiner Fusion-Jazz-Kompositionen für spieltechnisches Schaulaufen ostentativ schlecht genutzt, so überfällt er seine neue Klientel, Dance-Flooristen und Clubgänger, trotzdem manchmal mit brachialen Soloeinlagen. Wo der Einzelpart dann wider jegliche Kalkuliertheit herrlichen Krach, Tempo, Dynamik und melodische Gemeinheiten in komplexer Einheit vorführt, sind schließlich weder Hopfen noch Gitarrensolo verloren.

Im Gegenteil: Der ehemals bei Frank Zappa tätige Multiinstrumentalist Mike Keneally demonstriert an Hand und Ohr seiner beiden endlich auf CD erhältlichen Platten »Hat« und »Boil That Dust Speck«, warum Rockmusik weiß Gott von Zeit zu Zeit des altertümlichen Strophe-Refrain-Strophe-Schemas entbehren darf. Waren für den schmierigen Versuchs-Imitator Malmsteen die Vorlagen entschieden zu groß, und parodiert Reid vornehmlich und souverän, so gelingt es Keneally, mit einer beinahe unverschämt distinguierten und freundlichen Geste Improvisationen und verwinkelte Liedstrukturen ineinander aufgehen zu lassen. Seine Verbeugung vor dem musikalischen Vater zeugt von niemals devotem Respekt und gleichermaßen - hier falle der »Spex«-Leser in Ohnmacht - schierer Ingeniosität: Das an Zappa geschulte und

doch eigenständige Cluster-Langstreckensolo hören wir genauso voller Staunen wie die in rhythmische Verläufe eingepaßte Gitarrendarbietung; der Einsatz vieler Effekte folgt den Erfordernissen des »intelligenten« Songs, die Persiflage rettet stets würdig ihr edles Opfer, Transparenz regiert gemeinsam mit einer nur dem gelungenen Kunstwerk eigenen Kompliziertheit. Hier wurde vorher nachgedacht. Via Booklet verspricht Keneally Susanne und Jeff Forrest im Fall spürbar steigender Verkaufszahlen Automobile. Allen drei sei das alles von Herzen gewünscht.

Zwei der drei hier begutachteten Gitarreros plädieren durch ihr bloßes Tun für die allfällige Rehabilitation des Rockgitarrensolos - des wahren und guten Solos, des »Schönlärms« (E. Egner). Ich plädiere mit.

Wenn das Gestümper eines Akkordmähdreschers wie K. Richards und eines Zupfgeigenhansels wie E. Clapton außen vorbleibt.

Konkret 03/97, S. 61

Michael Rudolf

Melodie & Rhythmus

V.A.: Guitarzone; CMP/EFA. The Urge: Receiving The Gift Of Flavor; Epic/Sony

Wahrer Segen liegt auf dem Prinzip des Wechselstromes - 50 Beats pro Sekunde, das schafft so schnell keiner. Nicht viel weniger Segen ruht auf den sechs Drahtseilen, die vermittels eben solchen Wechselstromes und diverser Mechanik in Schwingung versetzt, zu Mirakulösem neigen. Dieser Einsicht erlag auch das kühne CMP-Label, als es in Form seiner jüngsten Kompilation ein Monster von Votivkerze vor dem Gitarrenaltar anzündete. Vom qualitativen Status quo der 90er-Jahre-Gitarre lesen wir sogar. Mit Fug! Und hier verbindet CMP Kühn- mit Klugheit, denn die einzelnen Tracks sind Auskopplungen des bisherigen Back-Kataloges unter dem Zeichen des Saitenschalls, sozusagen als Appetizer für Interessierte, die sich dann den Katalog erhamstern sollen. Und müssen.

Der oftmals unterschätzte Andy Summers eröffnet mit Greg Bissonette den Melodienstrauß, und es ist ihm die Freude anzumerken, endlich von einem richtigen Bassisten begleitet zu werden, und nicht von Sting. Allan Holdsworth kooperiert mit der Eleganz des Trommelspielers schlechthin - Chad Wackerman (Ex-Zappa). Philip Catherine gitarrisiert mit Charlie Mariano und Jasper Van't Hof, Bill Frisell mit Michael Shrieve (Ex-Santana) an den Kesseln gefällt sich in Schönklang. Und der alles überragende David Torn - ein wahrer Fels in den brandenden Fluten des Ein- und Zweierlei mediokrer Saitendompteure - liefert ein Stück von seiner 1995er »What Means Solid, Traveller?« (»Spell Breaks With The Weather«) ab, das klingt, als hätte er seinen Haustieren Chemikalien verabreicht. Nur Gitarre und Stimme unisono, ein Soundteig, wie aus einem Dudelsack geknetet, der mit Feuerwasser betrieben scheint. Freilich wird auf der Platte viel fusioniert; CMP ist ja auch ein Jazz-Label. Dennoch hören wir gerne Miroslav Tadic, UX Rattay, Buckethead, Mick Goodrick, Jimi Sumen, Shane Lane, Clem Clempson und Sonny Sharrock. Den Ricky King, pardon: Pat Metheny hätt's nicht gebraucht wie auch den dezidiert würdelosen Versuch von Gary Moore, als Claptonklon den Status eines ernstzunehmenden Gitarrenspielers zu erschwindeln (im Original auf Jack Brucens Live-CD »Cities Of The Heart« mit zu verfolgen). Das führt in die Irre. Wie schon beim Vorbild, das leider auch hier mit von der Partie ist. Ein schönes Geschmeide also und nur drei falsche Perlen dabei.

Jerry Rost wird man in diesem Reigen wohl kaum je antreffen. Das liegt zum einen daran, daß er für The Urge spielt, zum anderen, daß er kein herausragender Solist ist. Wenig Klimmzüge, doch die Band ist klasse und nicht zu verwechseln mit der hiesigen Hardcore-Combo oder (Ex-Gillan) Bernie Tormes 1976er Band. Urge revitalisieren den heuer schon leicht siechen Crossoverkontext mit einer rasierapparatetauglichen Bläsersektion (2 Posaunen und 1 Saxophon), gestützt von einem 1,5-Becken plus Kickdrum-Schlagzeug und einem quirlig hüpfenden Bass. So hätte die neue Fishbone geraten sollen, munkeln die Kollegen, lassen aber außer acht, daß es von der CD tönt, als hätten sich hier die Ohio Players, Parliament, The Time und Living Colour beim, Wandzeitungmachen zum Thema niveauvoller und engagierter Funk getroffen. Dabei spielen hier bis auf den Sänger nur Weiße. An Jerry Rost ist es nun nicht, die Saitenschallmauer zu durchbrechen, denn The Urge zahlt nur als Band. »Receiving The Gift Of Flavor« ist ein fettes Fest der Riffs, da sitzt jeder Schlag, ab und an betätigt Rost seinen Whammy, und es ist wohlgetan. Gebet also hin und kaufet diese Platte. Mehr zu richtig guten Gitarristen in der nächsten Folge von Gitarre-KONKRET.

Konkret 03/97, S. 62

Ka□ Sokolo□ sk□

Kl□ ges Fernsehen III

Eine Mini-Serie □ ber das Fernsehen als Halbbild□ ngsanstalt □ nd Apparat □ □ r Vernicht□ ng □ on Integrit□ t. Let□ te Folge. A□ torenfilmer □ □ m Programmchef

Anfang der 60er Jahre brach das »Fernsehfieber« aus. Das neue Medium war eines der Massen geworden, und die Bedenkenträger des Feuilletons und der Kirchen konnten sich die Begeisterung der Kundschaft für die »Flimmerkiste« nicht anders erklären als mit einer Krankheit. Also fuhr ein Reporter des WDR durchs Land, um herauszufinden, was es mit diesem »Fieber« auf sich habe. Er interviewte Bergleute, die aus den Zechen stracks zum heimischen Bildschirm eilten, um »bis zum Sendeschluß« davor hockenzubleiben (denn in jenen Zeiten gab es noch einen Sendeschluß). Er begleitete Angestellte der GfK beim Marktforschen, das sich damals viel aufwendiger und zugleich ungenauer anließ als heute. Immerhin zeigten ihre Statistiken deutlich genug, daß mit den fabelhaften Quoten, die der »Straßenfeger« der Saison, Durbridges »Halstuch«, erzielte, die »anspruchsvollen« Sendungen nicht annähernd mithalten konnten.

Die Intendanten der Rundfunkanstalten, die der Reporter zu diesen Zahlen befragte, warfen ihre Gesichter in tiefe Falten, schwafelten von »Verantwortung« und wirkten, durchaus authentisch, angefressen von schlechtem Gewissen. Obwohl man heute kaum fassen kann, was damals als Unterhaltung durchging - Krimis wie aus Nashornleder nämlich und Vico Torriani -, obschon man dem deutschen Fernsehen jener Tage alles eher unterstellen konnte als Kurzweil: Die bildungsphiliströsen Kulturverwalter brachten es fertig, selbst dieses rasend betuliche Zeug der »Nervenaufpeitschung« zu zeihen. Der Reporter jener antiken WDR-Dokumentation stellte sich auch auf den Campus zu Tübingen und erfuhr von buchstäblich jedem Studenten, daß man das Fernsehen für minderwertig erachte, für »Zeitverschwendung« oder sogar »gefährlich«.

Aber es war nicht das Fernsehen, vor dem die Elite sich schüttelte. Sondern der Mob, der keinen Pfifferling auf die Halb- bzw. »Volksbildung« gab, die ihm vor dem »Stahlnetz« und nach »Bonjour, Catherine« aufgedrückt werden sollte. Der akademische Spießer bemerkte mit Schrecken, daß der »kleine Mann« via TV nur mehr geführt und kleingehalten werden konnte, wenn man ihm Zugeständnisse machte, also US-Serien importierte und die Sportberichterstattung ausdehnte - doch mit jedem Kompromiß schrumpfte der Sendeplatz für »wertvolle« Beiträge. Die Erfindung der Dritten war nicht etwa ein Triumph, sondern die Kapitulation des Bildungsbürgertums vor der Eigendynamik des Mediums. Allerdings gelang es dem verschwindenden Stand bei seinen Abschiedsgefechten, Mediengesetze zu erlassen, die dem promovierten Bourgeois bis heute eine Präsenz im Programm einräumt, die er in der Gesellschaft gar nicht mehr hat.

Niemand wußte davon besser zu profitieren als der Jurist, Autorenfilmer, Essayist und Fernsehproduzent Alexander Kluge. Ohne daß davon mehr Notiz genommen worden wäre als von seinen seltsamen Video-Features, ist er zu einem der bedeutendsten TV-Fürsten der Republik aufgestiegen. Wonach sein jüngerer Adept Roger Willemsen verzweifelt strebt, hat er längst erreicht: Von aller Welt ignoriert zu werden und doch mehrmals die Woche im Fernsehkasten zu erscheinen, unkündbar. Einen »Magier« nennt der ZDF-Schmock seinen Meister - und wirklich hat es was Bezauberndes, wie Kluge die beiden größten Medienkonzerne des Landes, Bertelsmann und Kirch-Springer, seit zwölf Jahren dazu zwingt, ihn zu sponsern, obwohl sie ihn viel lieber auf den Mond schössen.

Was Kluge stets abgegangen ist, die erwiderte Liebe zum bewegten Bild, hat er immer mehr als wettgemacht durch sein Riesentalent, Geldquellen anzubohren und Gesetzesnischen zu besetzen. Mochte er auch der einzige Mensch auf Erden sein, der seine Filme so interpretierte: »Ich wende mich an die Eigenschaften, die klassenmäßig im Menschen unterdrückt werden. Also ans Zwerchfell, ungehemmt« - den beträchtlichen Mangel an lachendem und erst recht an zahlendem Publikum wußte er, durch Staatsmark, wohl auszugleichen. Wahrscheinlich findet sich in Kluges heillos mit Zitaten, Assoziationen, Bildungshubereien und Verfremdungseffekten überfrachteten »Spielfilmen« niemand sonst zurecht als er selbst; und der vehementen Opposition gegen alle Produktionsmethoden oberhalb des Super-8-Niveaus, die seine Ästhetik prägt, sollte man bloß keine tiefere Bedeutung beilegen als diese: Er kann einfach nicht inszenieren. (Kluge hat sein Defizit einmal, durchaus brillant und souverän, so umschrieben: »Ich halte das Formprinzip, das Formen durch einen Autor, eigentlich für einen Fehler.«)

Abhängig von den Fleischtöpfen des Innenministeriums, wurde er einer der lautesten Propagandisten des Filmförderungsgesetzes und belegte, sobald sie gegründet war, gleich drei Kommissionsplätze in der zuständigen Anstalt. Als er sie 1977 verließ, lauthals gegen »verkappte Zensur« protestierend, hatte er längst ein frisches Eisen im Feuer: das Fernsehen. Sein ganz schön kritischer Film An Gefahr und größter Not« entstand 1974 »im Auftrag des ZDF«. Der musterhafte Herr Professor freundete sich mit dem Medium also schon an, als es in der Linken, die ihn schätzte, noch en vogue war, TV mit Orwells »Televisor« zu übersetzen, mit einer omnipräsenten Verblödungs- und Einschüchterungsmaschine des »Systems«. Aber auch das verstand Kluge, 1976, imposant zu verkaufen: »Wenn ich eine künstliche Schranke niederreiße, die die Produktivkraft hemmt wie die zwischen Fernsehen und Film, dann gibt es

automatisch einen Zuwachs an ... Öffentlichkeit, einen Phantasiezuwachs ... « (Mit der vermehrten Öffentlichkeit hat er recht behalten, der »Phantasiezuwachs« freilich brachte nichts als das neudeutsche Komödienkino hervor, also nichts.)

Mitte der Achtziger, als das kommerzielle Fernsehen auf den Weg gebracht wurde, entwickelte Kluge sein genialstes Projekt: die »Arbeitsgemeinschaft Kabel und Satellit«. Diese Kooperative aus 144 kleinen Anbietern, die vom großen Kuchen, der nun gebacken wurde, auch ein wenig naschen wollten, tat sich bald mit der japanischen Werbeagentur Dentsu und dem »Spiegel«-Verlag zusammen, taufte sich um in DCTP (Development Company for Television Programs) und wurde zum schlimmsten Alptraum von RTL-Chef Helmut Thoma (was man getrost das größte Verdienst Alexander Kluges nennen darf). Denn RTLplus und Sat 1, vom Medienrecht genötigt, der Kultur und Information ein Plätzchen zu bieten, obwohl sie in ihren Gründerjahren nicht einmal wußten, wie sie die übrige Sendezeit füllen sollten, erkannten in der DCTP und ihrem Katalog aus »Spiegel-TV«, Kluge-Interviews und komplett esoterischen Filmessays ein Angebot, das sie nicht ablehnen konnten.

Und weil die Produkte aus dem Hause Aust & Augstein sowie »Stern TV« sich bestens verkauften, konnte - als die Jahre so fett wurden, daß Sat.1 sich einen Punkt zu- und RTL das plus ablegen konnte - die Ladenhüter, die Kluge selber anfertigte und ziemlich ironisch mit »Prime Time« etikettierte, nur loswerden, wer bereit war, sich auch von den Rennern zu trennen. 200 Millionen Mark an entgangenen Werbegeldern habe DCTP seit 1988 seinen Sender gekostet, jammert Thoma. Doch obwohl für den »Fensterplatz« im »Mantelprogramm«, den das Mediengesetz erzwingt, in diesem Frühjahr die Tickets neu verteilt werden, hat RTL sich längst, an den Landesmedienanstalten vorbei, mit Kluge geeinigt. Lieber »Ten to Eleven« weiter durchschleppen als auf »Stern TV«, diesen »Born der Wahrheit« (Harald Schmidt) und der Reklamegelder, verzichten. Thoma wird Kluge vermutlich weiterhin einen »Parasiten« nennen, aber das dürfte einer schon ertragen, der ins populistischste aller Programme sein sehr, sehr privates Fernsehen eingeschmuggelt hat.

Den Zenit seiner Produzentenkarriere erreichte Kluge 1993 mit der Etablierung von Vox. Denn nun wurde seine Firma Teilhaberin eines ganzen Senders; und wenngleich das DCTP-Engagement sich auf lächerliche 0,3 Prozent beschränkte, erlaubten die Landesmedienanstalten von Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bremen und des Saarlands es Kluge, sich als der wahre Herrscher des neuen Programms zu fühlen: Sie hatten der DCTP eine eigene Lizenz für die Vox-Frequenz erteilt. Als ein gutes Jahr später der Sender - nicht zuletzt dank der immensen Unbeliebtheit der Kluge-Features - vor dem Bankrott stand und Hauptanteilseigner Bertelsmann den Betrieb einstellen wollte, konnte der DCTP-Chef daher auftrumpfen wie noch nie und drohte an, auf Kosten des Konzerns seine Formate weiterzusenden: Kluges Fernsehen, rund um die Uhr. (Es schadet im Geschäftsleben eben nie, die richtigen Leute zu kennen: Der Anwalt von DCTP während der Vox-Krise war Paul Leo Giani, vormals Chef der hessischen Staatskanzlei.)

»Wer ein Kernkraftwerk baut, muß es auch wieder abbauen«, bemerkte Kluge zum Greinen aus Gütersloh. Und tat sich wenig später, ohne einen Anflug von Bauchschmerzen, mit Rupert Murdoch, einem echten Freund des »kommerziellen Qualitätsfernsehens«, zusammen, um Vox zu erhalten. Es ist zweifelhaft, daß Kluge an eine solche Allianz dachte, als er viele Jahre zuvor mit Oskar Negt diesen Satz formulierte: »Produktion, die in dem Maße in sich selbst, abhängig ist wie das Fernsehen, läßt sich nur durch andersgeartete Produktionen kritisieren.«

Kluges staunenswerte Geschäftstüchtigkeit prägt auch seine Sendungen. Da wird, wie einst im Mai 68, an allem gespart, an Kameramann, Beleuchtung und Dramaturgie; die MAZ-Bänder sind von einer Qualität, als wären sie mindestens hundertmal benutzt worden, und der Ton klingt grundsätzlich wie im Bahnhofspissoir aufgenommen. Nur mit seiner Schlaumeierei geizt Kluge nie. Er führt keine Interviews, sondern vor, daß er eh schon alles weiß, was die Interviewten ihm gleich erzählen werden. Fortwährend fällt er ihnen ins Wort, stiehlt ihnen die Pointen und mit seinem füllwortdurchsetzten Palaver (»ja ... nicht ... ja ... «) die Nerven. »Nur in dieser Form«, schreibt sein inflammierter Apostel Willemsen, »gelingt es ihm, dem Medium die präzisesten ... Gespräche abzutrotzen, die ... im deutschen Fernsehen geführt werden.« Und diese Großtat (die außer Roger Willemsen niemandem aufgefallen sein dürfte) verdanke sich zumal dem Grundgestus der Sendungen: »Dies ist kein Fernsehen.« Stimmt. Inserts und Zwischentitel, die schon der Autorenregisseur so sehr liebte, daß man ihn mit Fug den Schöpfer der gefilmten Fußnote nennen darf, überwuchern geradezu die armseligen Bilder seiner TV-Beiträge. Dies ist kein Fernsehen, nicht einmal der Versuch von Fernsehen, sondern die Visualisierung von Zettelkästen, lebensferner als »Life« mit Birgit Schrowange, weltfremder als »Wunderbare Welt«.

Willemsen und Kluge erweisen sich als die letzten Relikte einer Zeit, da es noch Pflicht war, das Lieblingsmedium der Massen zu verachten, um darin etwas zu sagen zu haben. Der komplette Ruin des Bildungsbürgertums wird nirgends so sichtbar wie in ihren peinlichen Anstrengungen, das Fernsehen als Anstalt wenigstens der Halbbildung zu nutzen. Gegen die Dummheit des Hauptprogramms setzen sie die weit größere Dummheit, daß man sich nur wie ein Snob verhalten, daß man bloß alles vermeiden muß, was der Zuschauer erwartet, um ein besseres Fernsehen zu haben.

Aber das beste, das perfekte Fernsehen läuft eben nicht auf 3Sat oder Arte, sondern bei RTL und heißt »Explosiv«. Der Moloch hat keine Moral, darum ist allein die Behauptung, es sei in seinem Bannkreis anständiges, integres Programm möglich, bereits unanständig und die Desintegration gerade der hehrsten Vorsätze programmiert. Man plant, das Medium zu erneuern, und landet beim »Themenabend«, Artes dürftig kaschiertem Unternehmen, das steinalte Material der

zuliefernden Staatssender zu recyceln. Oder man tritt an, ein brandmodernes politisches Magazin zu initiieren, wie Friedrich Küppersbusch mit »Privatfernsehen«, läßt sich das vom WDR mit 11 Millionen Mark vergüten, lernt plötzlich, was »Erwartungsdruck« bedeutet, verkündet sodann, man habe ja nicht vor, »das Fernsehen neu zu erfinden«, und präsentiert schließlich eine Show, die sich von »Zak« allein dadurch unterscheidet, daß sie vor Publikum stattfindet und zu lang ist.

Um auf dem Bildschirm zu bleiben, der Kluge und Willemsen noch weniger mag als sie, vorgeblich, ihn, haben sie sich in pure Images, in Abziehbilder ihrer selbst verwandelt. Viel mehr als Eitelkeit und ein hervorragender Geschäftssinn ist auch außerhalb des Apparats von ihnen nicht mehr vorhanden. Wären sie nicht so intensiv damit beschäftigt, sich für schlauer zu halten als ihr Medium, sie hätten es vielleicht gemerkt: daß die »schleichende Abgeklärtheit ohne Substanz«, vor der speziell Willemsen sich mal fürchtete, im selben Augenblick vollendet war, da sie ins Fernsehen gerieten. Das aber ist weniger eine Tragödie als eine Seifenoper.

Konkret 03/97, S. 64

Dietrich Kuhlbrodt

Film & Theater

Marie-Hélène Gutberlet, Hans-Peter Metzler (Hg.): Afrikanisches Kino. Horlemann Verlag, Bad Honnef 1997, 258 Seiten, 32 Mark

Die 258 Seiten sind Anlaufstation auf dem Weg ins Internet. Mit den Wegweisern http://www-sul.stanford.edu/depts/ssrg/africa/film.html (Afrikanische Filme) bis http://www.pacificnet/geeschee/yaya.html (Afrikanisches Netzwerk Gumbo YaYa) endet das Buch. Es kommt ohne Bilder aus, weil es die Vertrautheit mit dem, was man nicht gesehen hat, herbeiredet. Der beruhigende Sprachduktus nimmt uns bei der Hand, um in der Fremde weiße Flecken auf der ethnografischen Filmkarte zu tilgen. »Du schaust uns an, als wären wir Insekten«, warf Ousmane Sembène vor dreißig Jahren Europas Chefdokumentarfilmer Jean Rouch vor. Der historische Disput ist dokumentiert. Drum kann und will ich nicht behaupten, daß die verdienstvollen Herausgeber sich einen Tropenhelm aufgesetzt haben. Aufgesetzt haben sie den Forscherblick, und sicherlich teilen sie die Freuden des Entdeckens. Doch wo bleibt der Blick-zurück-in-die-Kamera, der den Zuschauer ins Visier nimmt? Wer tritt uns zu nahe mit dem »Du bist einer von uns«? Bouna Medoune Seye jedenfalls nicht: »Scheiße, entschuldigen Sie bitte, nein, ist mir völlig egal. Daß das afrikanische Kino von Afrikidioten gemacht wird, ist nicht mein Problem.« So bleibt ein Wunsch offen. Für einen zweiten Band: der Blick aus dem fremden seltsamen schwarzen Kontinent auf die nicht minder befremdliche Zentrale Europa. Mit vielen Bildern diesmal, bitte.

Eva Braun Home Movies

Regie: Ulli Lommel; USA 1994; ca. 90 Minuten; AVU Video Vertriebs-Gesellschaft, Kusel

»Spiegel-TV« hat vor Jahr und Tag berichtet. Jetzt hat der Videofilm die FSK passiert, und es herrscht auffälliges Schweigen. Ist Eva Braun unauffällig geworden? In dem angeblich aus Familienbesitz aufgetauchten dokumentarischen Material zeigt sich ein naives Frollein, das mit der 16 mm-Kamera, einem Geschenk des Führers, die Panoramen des Salzkammerguts abschwenkt; Familienidyllen; Geschäftskollegen vom Geliebten; sehr nett, der Herr Speer; unangenehm der Esoteriker Himmler. Aus dem Off hören wir, daß Hitler beim Geschlechtsakt gern die Stiefel anbehielt. - Sitzen wir wieder einer (Bilder-) Tagebuchfälschung auf? Vom Regisseur Ulli Lommel kennen wir Filme wie »Jodeln ist ka Sünd«, »Adolf und Marlene«, »Overkill« und »War Birds«. Die überauthentischen »Eva Braun Home Movies« werden in der Erwachsenenecke der Videotheken landen, dort, wo bizarre fremde seltsame Welten ambivalente Signale aussenden. Der guten Ordnung halber hat der Film sich einige dokumentarische KZ-Szenen angepappt. Schlechtes Gewissen hat er also. Aber auch er riskiert nicht den Gegen-Blick frontal in die Kamera, der allein den Eva-Braun-Fan verunsichern könnte. Keiner guckt über den Zaun hinein in diese schnuckelige Schrebergartenwelt, hoch auf dem Obersalzberg.

Praxis Dr. Hasenbein

Regie: Helge Schneider; mit: Helge Schneider, Andreas Kunze; BRD 1996; 94 Minuten; seit 6.2. im Kino

Auch in der Stegreifkomödie »Praxis Dr. Hasenbein« geht es in eine sonnige deutsche Zeit zurück, hier kurz vor dem Einsetzen der antiautoritären Erziehung. Als ob es 1968 nicht gegeben hätte. Was haben wir uns die Finger wundgeschrieben. Was hat KONKRET die Spalten gefüllt. Und nun dieses ungebrochene, wenn auch reichlich schräge Loblied auf folgsame Kinder, konsumgerechtes Verhalten, pflichtgetreuen Wehrdienst. Autoritär und liebenswert sind Dr. Angelika Hasenbein (Helge Schneider) und Frau Waisenhausdirektorin (Andreas Kunze), und in den Neunzigern möchte jeder die Schneider-Sau rauslassen. Im Fanzine »Neues vom Meister«, veröffentlicht von Helge Schneiders Fan-Klap (Fax 040-7247784), bekennt Prof. Dieter Glasmacher, Heintje-Forscher und Maler, daß er sich in Helge Schneider selbst wiedererkenne und dieses Erlebnis durch entsprechende Seminararbeiten seinen Studenten zu vermitteln trachte. - Wir Intellektuellen wollen doch nicht abseits stehen, wenn 400.000 Helge-Schneider-Fans auf der Tournee von 1996 ihre proletarische Heimat gefunden haben, zum Beispiel in der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz. Also heben wir ihn auf den Schild und hängen ihm die große Zeit der deutschen Stegreifkomödie an, zurück und vorbei an besorgten Pädagogen, an Lichtwark, den Aufklärern und dem fatalen Gottsched, der die populäre Kultur in den Untergrund gedrängt hatte.

Box of Moonlight

Regie: Tom DiCillo; mit: John Turturro, Catherine Keener; USA 1996; 110 Minuten; ab 13.3. im Kino

Doch Verdacht keimt auf, daß die prompten Theorie-Werker nicht gebraucht werden. Selbst bei einem Film wie »Box of Moonlight« bleiben wir außen vor. Was haben wir falsch gemacht? DiCillo (»Living in Oblivion«) setzt auf die gute alte Natur, die die Antwort auf die Rätsel des Lebens gebe, zum Beispiel auf die Midlife crisis. Soeben zupft Familienvater Turturro das erste graue Haar aus der Schläfe. Auftritt im Trapper-Outfit ein junger Hippie-Pan, der sich in Gottes freier Natur den eigenen Fun Park illuminiert hat, allein auf der Flöte resp. passendem Instrument bläst, uneigennützig von pädagogischem Eros beflügelt ist und dem älteren Herrn im ökologisch unbedenklichen Waldsee zu neuem Lebensmut verhilft. In der lauen Sternennacht meditiert das therapeutische Paar über den metallenen Koffer (Box), der die Strahlen des bleichen Mondes reflektiert.

Adalbert Stifters Nachsommer revisited, bloß die Generationen haben getauscht. Lehrmeister ist jetzt ein Kid. What for? Ein Aus- oder gar Aufbruch zu neuen Ufern? Aber nein, die Zeit der Alternativen ist längst passé. Das Survivaltraining im finstren Forst dient lediglich der Ertüchtigung für Beruf und Familie. Ein Therapieerfolg! Wieder fit für die *family values* schließt der gefestigte Vater Turturro daheim im Chicagoer Haus-mit-Garten Frau und Kind in die Arme. Und dann wird er wieder auf Montage gehen, um in der Natur eine Chemiefabrik hochzuziehen, die im nächstgelegenen Jungbrunnen oder Mondsee ihr Formaldehyd entsorgt.

Katharina & Witt

Fiction & Reality. Zeichentrickfilm von Mariola Brillowska und Charles Kissing; BRD 1997; 100 Minuten

Die Maler und Animationskünstler Mariola Brillowska und Charles Kissing schlagen zu. Die Kunstszene ist kriminell und lächerlich; die Malkunst ungebräuchlich; das Jahr der »Katastrophe« ist gekommen. Aber jetzt wird nicht mehr gelitten oder Zuflucht gesucht, sei es auf dem (Obersalz-)Berg oder im Mondlicht-Teich. Brillowska und Kissing schreiten zur Tat. Als erstes zu unsublimiertem, unverklemmtem Sex, paar- und gruppenweise. Und dann wird gekämpft, gegen die Galeristen-Mafia, die Kunstausstellungen nur noch als Medienereignis inszenieren kann. Um Kunst zu vermarkten, wird sie zum Verschwinden gebracht, zum Beispiel durch die Inszenierung des größten Kunstraubs aller Zeiten.

Die Interpolagenten Katharina & Witt sowie die Informanten Henry & Maske klären auf, genauer: Sie rechnen ab mit Kunstkritik, -theorie, -handel und -szene. Ein Kampf, für den die Künstleragenten organmäßig zugerichtet sind. Augen, Ohren, Mund sind auf eine einzige Kopföffnung konzentriert, Hand und Finger zusammengefaßt zu einem besonders aktiven und dazu rot gelackten Fingernagel. Eine Waffe. Strategisch unterwandern die Undercover-Kunstagenten den Markt als Betreiber der Galerie »Kunst im Puff«. Die neuen Trends der Votzenmalerei und des »schwingenden Pinsels« wollen mit dem Disco- und Sportkult konkurrieren und unter dem Vorwand, die Jugend mit Idealen zu beglücken, die Arbeitsplätze von Kunstprofessoren, Museumsdirektoren und Galeristen sichern.

Die Künstler und Nestbeschmutzer Brillowska und Kissing liefern die Kritik an ihrem Film gleich mit: »Katharina, Ihr Comic ist ein Sozialreport und leider kein salonfähiges Werk der bildenden Kunst. Mit dieser Art ecken Sie in der Kunstszene an. Um sich dort zu integrieren, müssen Sie intellektuell verschlüsselte Andeutungen vorbringen, sog. Kopfgeburten, mehr nicht!« - »Katharina & Witts« Antwort: Es wird gefickt, das erste Mal soeben als Forumsbeitrag auf den Berliner Filmfestspielen.

Lost Highway

Regie: David Lynch; mit: Bill Pullman, Patricia Arquette, Balthazar Getty; USA 1996; ca. 90 Minuten; ab 10.4. im Kino

Das jähe, süße Erschrecken, blickt die fremde seltsame Welt Dich an: »Du bist einer von uns« - David Lynch hat die verführerische Attraktion von »Blue Velvet« (1985) in seinen neuen Film »Lost Highway« transportiert. Der gelbe Mittelstreifen auf der nächtlichen Straße - ein einmaliger Ausflug im alten Film - ist ein Jahrzehnt später Hauptmotiv und Struktur geworden. In »Lost Highway« ist das vertraute, abgenutzte Highway-Genre fremd besetzt; experimentelle Filmtechniken tummeln sich bunt und grell im biederen Road Movie; die Kunst hat ihre elitäre Nische verlassen und macht sich dort breit, wo niemand auf sie gefaßt war: im Main Indepent Film, also im Mainstream. Zu hören sind passend dazu in voller Pracht ihrer morbiden Schönheit David Bowie, Nine Inch Nails und Rammstein.

Wer Kabelanschluß hat, schaltete auf der Suche nach Videokunst schon längst auf MTV. Die Kunstvermittler, die in »Katharina & Witt« ihre Meta-Diskurse führen, werden in »Lost Highway« nicht mehr gebraucht. Keiner tut seine Pflicht & Schuldigkeit, wenn er sich den neuen Lynch-Film anguckt. Die Agenten haben ausgedient. Und aus dem Kultur-selber-machen von 68 ist dreißig Jahre danach ein (Film-)Kultur-selber-sehen geworden. Naja. Tendenziell wenigstens. Denn noch hält der Vertriebsweg (Senator) zu artgerechtem Konsumverhalten an.

Blutgeil (Zurich Cop Eaters IV)

Regie: Lö Lee; Schweiz 1993; 25 Minuten

Um Kontakt zu »Blutgeil«, dem Splatter- & Kampf- Video aus dem damals besetzten Wohlgroth-Gelände in Zürich, wird man sich selbst bemühen müssen. Mit »vielen Grüßen aus dem Nazigoldland« verweisen Angst & Ärger, Spezialautonome und Leader der aggressiven SIS-Musikgruppe, auf das Vertriebsverbot in der Schweiz. Dort hatte das Obergericht unter Anwendung des Satzes »Kultur muß positiv sein« das Hausbesetzer-Video als »nicht schutzwürdig« eingestuft, es verboten und 1995 verbrannt. Gegenwärtig sitzen Angst & Ärger ihre Strafe ab. Das Video kann jedoch aus den Niederlanden bezogen werden. Im Katalog 1995 des Rough & Ruined Festival ist es dokumentiert. Das Filmhuis Cavia, Van Hallstraat 52-1, 1051 HH Amsterdam weiß Bescheid (nach Liz'n'Tee fragen: 31-020 6811419). Man muß allerdings wissen, daß im Video Bullen beleidigt werden, und zwar von bekifften Hausbesetzern, Drogis und Alkis, die gestandene Polizeibeamte einfangen, entkleiden, sieden und verzehren. Wobei die Form gewahrt und Eßkultur beachtet wird. Im gebackenen Beamtenarsch wird das Loch lecker mit einer gedünsteten Mohrrübe garniert. Feinschmecker kommen auf ihre Kosten. Und auf ihre Kosten waren die Beamten schon vorher gekommen, bei ihren Prügelorgien.

Was die Züricher Beamtenschaft, die sich durch »Blutgeil« beleidigt fühlt, nicht bewältigen konnte, das war der Blick zurück, vom Splattermovie auf ihre saubere Welt. Ihr seid welche von uns, ihr blutgeilen Maniacs, lautete die Botschaft. Und das Genre besetzen wir mit den Bildern, die ihr euch von uns gemacht habt. - So etwa verfremdeten die SIS-Kämpfer das vertraute Schreckensklischee. Die fremde seltsame Welt, das große Kotzen - das ist eure Welt. Bitte, hier habt ihr sie.

Kampf der Welten:

Chaos-Tage 1995

Regie: Sprengkopf Recklinghausen; mit: Jens Feddersen, Feuerstein, Adolf Hitler, Friedrich Küppersbusch, Helmut Kohl, Die Letzten, Franco Nero, Gerhard Schröder, Arnold Schwarzenegger, Tobias Scheiße, BRD 1995; 92 Minuten

Die perfekte Besetzung nicht nur eines, sondern vieler Genres. Aus dem, was der Maintreamfilm verkündet, und aus dem, was die Sender ausstrahlen, besorgen sie sich ihre Meinung, ihre Anleitungen und ihre Befehle im Kampf gegen das Böse: Reagan im fernen Washington, die Einsatzleiter in Hannover, die Kommentatoren in den kommerziellen Hetzsendern, die braven Nachbarn vom Sprengelgelände sowie alle anderen Glotzenglauber. Das Böse, das waren 1995 in Hannover die Punx und Chaoten. 3.500 Polizisten kämpften gegen 3.000 Jugendliche, genauer: gegen ein zwar medienreales, aber wirklichkeitsfernes Feind-Bild.

Das Video beschränkt sich daher auf die Montage von Spielfilmsequenzen sowie TV-Reportagen und -Kommentaren. Das ist genial gelungen. Der Hetzkommentator ruft zur Eliminierung der Jugendlichen auf. Er spricht die Sprache des antisemitischen Machwerks »Der ewige Jude« (1940). Dort verkörpern Ratten, die sich über die Vorräte braver Bürger hermachen, das Böse. Das brauchte im »Krieg der Welten« nicht extra gesagt zu werden. Die Bild-Verknüpfung ist stärker und überzeugender als jede Resolution. Sprengkopf Recklinghausen bleibt dabei, die TV-Bilder selbst sprechen zu lassen. Und es funktioniert, geradezu mainstreamtauglich unterhaltsam, abendfüllend, zum Lachen und Wütendwerden. Die Musik richtet es: The Accused, Bad Brains, Beck's Pistols, Black Flag, Dead Kennedys, Hammerhead, Kotzbrocken, Ennio Morricone, Sex Pistols & Ronald Biggs, Terrorgruppe, Total Chaos, V-Mann Joe, Vorkriegsjugend, WIZO. Das ist der einzige, nonverbale, schlagende Kommentar des Sprengkopfs. Der Kommentar zu den Politikern und Polizisten, die drei Tage lang immer neue Straßenschlachten gegen die größte Punkfete aller Zeiten inszenierten und sich dabei eines Gewaltpotentials bedienten, das die Mainstreamfilme »Django«, »Gremlins I«, »Highlander«, »Kampf der Welten«, »Die Klapperschlange«, »Rückkehr zum Planet der Affen« Terminator« 1 u. 2, »Der Wilde« und »Die totale Erinnerung« für den Kampf gegen das Böse bereithielten. Die Ausschnitte werden gezeigt. Punktgenau. Dramaturgisch raffiniert. Wahr & richtig. Denn im Laufe dieses Propagandafilms kommt es heraus, was das TV-Material tatsächlich propagiert: den politisch völlig ungeahnten Zusammenschluß von Punx, Skins, Hooligans und Autonomen, zwar zur Solidarität geprügelt, nunmehr aber leichter als etwas Allgemeines zu begreifen - und zu eliminieren.

Urheberrechtlich wird die Montagekunst des Sprengkopfs Recklinghausen nicht völlig unproblematisch sein. Wo wird man das Video bekommen? »Wir nehmen absolut KEINE BESTELLUNGEN an«, erklärt der Kopf; »wir haben andere und ungefährlichere Wege des Vertriebs gewählt.«

Konkret 03/97, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Auch in ihrem 21. Jahr noch herrscht bei »Emma« oft eitel Freud:

Der Trend zur Emanzipation ist unaufhaltsam - auch wenn uns Frauen immer wieder Knüppel zwischen die Beine geworfen werden.

Schwestern, bitte, ich wars nicht!

Reichsmarschall Hermann Göring über Erwin Rommel, den sogenannten Wüstenfuchs:

Wenn es um alles oder nichts geht, wird die Lichtgestalt zum mentalen Riesen, dessen schier unbeugsamer Wille zum Sieg die Weltbesten schier reihenweise in die Knie zwingt.

Bzw. die »Hamburger Morgenpost« über Boris Becker, den sogenannten Bumm-Bumm.

Früher, schreibt Claus Jacobi, als er noch nicht jeden Samstag in der »Bild«-Zeitung die Kolumne »Hier schreibt Claus Jacobi jeden Samstag« schreiben, dem Augstein den Chefredakteur oder der Gräfin Dönhoff den Volontär machen hatte müssen, früher, als der kleine Claus Windeln trug und »die Tugend noch nicht belächelt wurde«, war alles viel besser:

Gras wurde gemäht, nicht geraucht. Pornographie war keine Massenunterhaltung. Nächstenliebe hieß noch nicht Solidarität. Wer sich selbst verwirklichen wollte, ging arbeiten. Feigheit galt nicht als mutig, Jungsein nicht als Verdienst, eine Ohrfeige nicht als Folter. Kinder wurden erzogen, sich manierlich zu benehmen, und boten Erwachsenen in der Straßenbahn ihren Platz an. Ehen wurden auf Lebenszeit geschlossen und schwule Paare nicht von Pastoren getraut.

Arbeit machte noch frei, Treue war eine Ehre, die deutsche Frau rauchte nicht, Kommunisten wurden eingesperrt, Juden weggebracht, und das schwule Paar, das die Tugend zu sehr belächelt hatte, bekam Manieren beigebogen. Ach, die guten alten Zeiten!

Ein Wunder der Naturwissenschaft hat der »FAZ«-Korrespondent Matthias Rüb in Belgrad beobachtet:

Die Ereignisse treten seit Wochen auf der Stelle.

Weil das seinem Herausgeber Reißmüller gar nicht gefällt, macht der Frontberichterstatter den auf der Stelle tretenden Ereignissen sogleich Beine:

»Bundesrepublik Jugoslawien«... Die Zukunft des Kunststaates (steht) zur Disposition... Von Beginn an war sie ein unorganisches Kunstgebilde, ein juridischer Spielball.. Ein durch Gewalt zusammengehaltener Kunststaat, in dem die meisten Minderheitenvölker unterdrückt werden... 1,8 Millionen ethnischer Albaner auf dem Amselfeld ... Die Unterdrückung der albanischen Bevölkerungsmehrheit durch die Serben kann nicht ewig fortdauern... 350.000 Magyaren in der Vojvodina.. Autonomie der Vojvodina.. Provinzhauptstadt Neusatz (Novi Sad)... 300.000 Muslime in der Region Sandzak, Kroaten, Roma Aus demselben Grund mußte schon das alte Jugoslawien zerfallen.

Sie können sagen, sie sind dabeigewesen, der Raiczkj Mullha (Reißmüller) und sein Ryb (Rüb). Sie werden dabeibleiben, bis der juridische Spielball in die Luft gejagt, jeder Vojvode als Staat anerkannt und der letzte Serbe auf dem Amselfeld erdrosselt ist.

Der deutsche Mann hat aus der Geschichte, vor Leningrad und am Kursker Bogen, gelernt. Ihm macht keiner was vor, er kennt den Iwan:

Mein Urteil: freundlich reden mit den Russen, aber den dicken Knüppel bereithalten. Wer sich nur ein bißchen mit der russischen Mentalität auskennt, weiß; daß dies die einzige Sprache ist, die russische Politiker verstehen. Für Liebedienerei hat der Russe nur Verachtung übrig, weil er sie mit Schwäche gleichsetzt.. Falls der Russe im Baltikum Gewalt anwendet..

darf Volker Rühe sich um historisch bewährte Hinweise vertrauensvoll wenden an: Werner Pfeiffer, Gütersloh, c/o »Die Welt«, Redaktion Leserdienst.

Wie der Redakteur Matussek, dessen Herausgeber Augstein den Itzig Goldhagen so herrlich niedergemacht hatte, die Sarah Rosenberg niedermachen wollte und dabei direkt auf seinen bolzengraden Arierzinken gefallen ist:

Da nennt sie die Entlassung von schwerbelasteten Tätern aus dem Öffentlichen Dienst - ahnungslos oder absichtsvoll - »Säuberungen« (purges), so als sei die Gauck-Behörde in Wahrheit der NKWD und die Verweigerung einer BAT-III-Stelle eine Hinrichtung.

Schon wieder müssen sie sich gegen die Deutschen verschwören, die amerikanischen Juden, obwohl doch jeder weiß, daß die Entlassung schwerbelasteter Täter aus dem Öffentlichen Dienst in Wahrheit ganz anders ging:

Nicht nur in Sachsen kommt die »Aktion Besen«, wie die Entlassung alter Kader nach der Wende genannt wurde, die Steuerzahler teuer zu stehen. Der Grund für das Debakel sind verwaschene Richtlinien für die schulische Säuberung.

So stand's - ahnungsvoll oder absichtslos - im »Spiegel« 10/1994, ganz als sei das deutsche Nachrichtenmagazin in Wahrheit das Sekretariat für Agitation und Propaganda beim Zentralrat des Weltjudentums.

Eine Wochenzeitung wirbt für sich mit den Besten, wo sie hat:

Die »Zeit« wird von ganz unterschiedlichen Persönlichkeiten geprägt. Zwei Beispiele: Mitherausgeber Helmut Schmidt - Inbegriff des Staatsmannes. Redakteur Kuno Kruse - ehemaliger Gegner jeglicher Autorität.

Getrennt marschierend in der »Taz« und im Bundestag, gingen Kuno der Gegner und Helmut der Inbegriff uns früher jeder für sich auf den Geist. Gemeinsam zuschlagend sind sie heute *die* Entdeckung des postalternativen Journalismus, ja, man könnte sie geradezu dessen zwei Eier des Kolumbus nennen.

Der Verband deutscher Schriftsteller in der Industriegewerkschaft Medien, aus der ich 1990 gerade noch rechtzeitig ausgetreten bin, greift tief in die Streikkasse, um der ungeduldig harrenden & scharrenden Welt endlich die »Erklärung von Lutz Rathenow« zu verkünden:

Ich trete dem VS bei und habe beim Landesverband Berlin meine Aufnahme beantragt.

Gelebtes Recht des Bürgerrechtlers: erst beitreten, dann die Aufnahme beantragen. Aber wozu?

Eine Vertretung beruflicher Interessen auf rationalem Niveau bleibt nötig. Das wurde mir bei Gesprächen mit dem amtierenden VS- Vorsitzenden Erich Loest (zwischen unseren Lesungen in Montevideo) einmal mehr klar.

nachdem es ihm schon ein paarmal zuvor in Kyritz an der Knatter, in Rothenburg ob der Tauber und in Rathenow ob der Syntax klar geworden war, daß eine Vertretung beruflicher Interessen auf rationalem Niveau nötig bleibt, wenn man als gelernter Analphabet auf Goethes und seines Instituts Kosten die Welt sehen bzw. sich ihr zeigen will, wobei eine gewisse Nähe zu reisend amtierenden Vorsitzenden nicht schadet.

Der VS West versagte in punkto DDR mehrmals.

Rathenow in punkto Komma immer.

Daraus kann aber keine Handlungsstarre folgen bis zu dem Tag, an dem keiner der Versager mehr lebt,

weil, Versager hin, Vergaser her, eine Handlungsstarre nicht nur manche schöne Reise erschweren könnte:

Eine Diskussion der Rahmenbedingungen der literarischen Arbeit muß unter Kollegen möglich sein.

Und zwar insbesondere der Rahmenbedingungen einer endlich von staatlicher Gängelung und Kontrolle befreiten literarischen Arbeit, als da wären: Staatsknete, Staatspreise, Staatsreisespesen. Wer alles nimmt, nimmt alles auch mal in allem, weshalb er mit der Parole endet:

Der kleinste gemeinsame Nenner ist der VS.

Und nun ist er auch der dickste.

Vera Lengsfeld kann etwas nicht mehr nachvollziehen:

Ich kann nicht mehr nachvollziehen, wenn Eltern eine Abtreibung vom Geschlecht des Kindes abhängig machen.

Ich kann's auch nicht. Es läßt sich ja in den ersten sechs Wochen nicht feststellen, ob es einE BürgerrechtlerIn wird.

Wer fehlt noch? Pfarrer Schorlemmer. Bitte:

Ich möchte nicht, daß Karl Marx mit seiner Analyse des Kapitalismus recht behält. Nichts wäre schlimmer als Realpolitiker ohne eine Vision und Visionäre fern der Realität. Ich bin schließlich Sozialdemokrat und nicht irgendein Politspinner.

Und das soll nach hundertzwanzig Jahren sozialdemokratischer Rechtbehalterei gegen Marx nicht auf eins rauskommen?